



Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 57

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Italien und die Großmächte

1943-1949

Herausgegeben von

Hans Woller

ROU(1388)

00064

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Der Sammelband ist eine Gemeinschaftspublikation des Deutschen Historischen Instituts in Rom und des Instituts für Zeitgeschichte.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Italien und die Grossmächte: 1943–1949 /

[Gemeinschaftspubl. von Dt. Histor. Inst. in Rom u. Inst. für Zeitgeschichte]. Hrsg. von Hans Woller. – München:

Oldenbourg, 1988

(Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; Bd. 57)

ISBN 3-486-64557-9

NE: Woller, Hans [Hrsg.]; Deutsches Historisches Institut (Roma);
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64557-9

Inhalt

<i>Hans Woller</i>	
Einleitung	7
<i>Jens Petersen</i>	
Sommer 1943	23
<i>James Edward Miller</i>	
Der Weg zu einer „special relationship“. Italien und die Vereinigten Staaten 1943–1947	49
<i>Hans Woller</i>	
Amerikanische Intervention oder kommunistischer Umsturz? Die Entscheidungswahlen vom April 1948	69
<i>Salvatore Sechi</i>	
Die neutralistische Versuchung. Italien und die Sowjetunion 1943–1948	95
<i>Antonio Varsori</i>	
Bestrafung oder Aussöhnung? Italien und Großbritannien 1943–1948	131
<i>Enrico Serra</i>	
Schwieriger Neubeginn. Italien und Frankreich 1943–1951	161
<i>Ennio Di Nolfo</i>	
Von der Konfrontation zur Partnerschaft. Italien und der Vatikan 1943–1948	179
<i>Pietro Scoppola</i>	
Alcide De Gasperi. Sein Weg zur Macht	207
Auswahlbibliographie	241
Personenregister	246

Hans Woller

Einleitung

Die kurze Zeitspanne zwischen dem Sturz Mussolinis 1943 und dem Beitritt Italiens zum Nordatlantikpakt 1949 ist die einschneidendste Umbruchsphase in der Geschichte des Landes seit seiner staatlichen Einigung in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Im Verhältnis von Kontinuität und Wandel, den beiden alle historischen Epochen durchziehenden antithetischen Elementen, überwog in diesen Jahren letzterer so sehr, daß man von einer revolutionären Zäsur sprechen kann: Italien wandelte sich von einer Monarchie zu einer Republik, der Liquidierung des faschistischen Regimes folgte die Etablierung eines demokratisch-parlamentarischen Systems nach westlichem Muster, das – trotz mancher Funktionsstörungen und Innovationsschwächen – bis heute intakt geblieben ist. Das von Mussolini an die Seite Hitler-Deutschlands geführte Land löste sich außerdem aus dem Achsen-Bündnis und entwickelte sich dann zu einem zuverlässigen Verbündeten der westlichen Welt. Hand in Hand damit ging der Durchbruch des politischen Katholizismus zur Macht, die Integration der sozialistisch-kommunistischen Subkultur in die politische Nation und die allmähliche Gewöhnung breiter Schichten an demokratische Werte und Normen. Und schließlich erwachte Italien in den vierziger Jahren auch aus nationalistischem Fieber und langgehegten Großmachtträumen. Die Geschichte Italiens in dieser Zeit, so hat Brunello Vigezzi, einer der originellsten Köpfe der italienischen Geschichtsschreibung, bemerkt, „handelt zu einem guten Teil vom ‚Ende einer Großmacht‘ und von den Schwierigkeiten, die dieses Ende mit sich brachte“¹.

I.

Im 19. Jahrhundert galt Italien in der europäischen Staatenwelt als die „erste der kleineren Mächte“². Alle Versuche, diesen schmerzlich empfundenen

¹ Brunello Vigezzi, *De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la percezione della politica di potenza dal trattato di pace al Patto Atlantico (1947–1950)*, in: *Storia contemporanea* 16 (1985), S. 662; vgl. auch ders., *Italy: the End of a ‚Great Power‘ and the Birth of a ‚Democratic Power‘*, in: Josef Becker, Franz Knipping (Hrsg.), *Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950*, Berlin/New York 1986, S. 67–87.

² Vgl. dazu Vigezzi, *De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana*, S. 661 und R. J. B. Bosworth, *Italy. The Least of the Great Powers. Italian Foreign Policy before the First World War*, London 1979.

Makel durch eine energische Eroberungspolitik in Afrika abzustreifen, schlugen zunächst fehl. Erfolge der kolonialen Expansion wie die Landnahme in Ostafrika in den achtziger Jahren und die Errichtung einer Kolonie Eritrea 1890 wurden von der vernichtenden Niederlage überschattet, die der äthiopische Kaiser Menelik den italienischen Streitkräften 1896 bei Adua beibrachte. Das Trauma von Adua, das sich tief in das kollektive Gedächtnis des Volkes einsenkte, und der verletzte Stolz einer „verspäteten“ Nation, die nichts sehnlicher wünschte, als gegenüber den mächtigen europäischen Nachbarn das Versäumte aufzuholen, trieben Italien nach der Jahrhundertwende in weitere expansionistische Abenteuer. Die Schaffung eines Einflußgebietes in Tripolis, dann die Annexion von Tripolis und der Cyrenaica und schließlich die Eroberung von Rhodos und der Inseln des Dodekanes im italienisch-türkischen Krieg von 1911/12 blieben aber weit hinter den Erwartungen der konservativ-nationalistischen Führungsschichten zurück, die sich aufgrund der ruhmreichen kolonialen Vergangenheit des Alten Rom zu einer missionarischen Rolle im Mittelmeer und in Afrika berufen fühlten. Der „italienische Imperialismus“, so der bissige Kommentar von Giuliano Procacci, „trug in jeder Form das Merkmal des Wunschdenkens, oder, nach einer Definition Lenins, des ‚Lumpenimperialismus‘: man könnte sagen, daß es sich um einen Kolonialismus zum internen Gebrauch handelte. Er sollte die Italiener selbst davon überzeugen, daß Italien eine große Macht sei und dem Staat damit ein Ansehen verschaffen, das er sonst kaum finden konnte.“³

Auch nach dem Ersten Weltkrieg erfüllten sich diese Erwartungen nicht. Italien zählte zwar zu den Siegermächten, das Land profitierte durch den Gewinn von Südtirol und Istrien von der Versailler Friedensordnung, und Vittorio Emanuele Orlando, der italienische Ministerpräsident, saß neben den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten am Tisch, als es galt, Gericht zu halten über das Deutsche Reich und eine neue Friedensordnung für Europa zu schaffen. Orlando vertrat andererseits aber die „schwächste Großmacht“, und er hatte im „Rat der Vier“ viel geringeres Gewicht als Wilson, Clemenceau und Lloyd George. Italien verfehlte so seine „hochgespannten Expansionsziele“⁴, die auf Erwerbungen im östlichen Mittelmeerraum und in Afrika gerichtet waren. In bürgerlichen und nationalistischen Kreisen kam deshalb schon bald das Schlagwort vom „verstümmelten Sieg“ („vittoria mutilata“) auf, das eine ähnlich verheerende Wirkung entfaltete wie im Deutschen Reich das Schlagwort von der „Schmach von Versailles“.

Die Außenpolitik Benito Mussolinis stand zunächst ganz in der Tradition des italienischen Nationalismus. Sie zielte auf die Revision der als demüti-

³ Giuliano Procacci, *Geschichte Italiens und der Italiener*, München 1983, S. 301.

⁴ Rudolf Lill, *Geschichte Italiens vom 16. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Faschismus*, Darmstadt 1980, S. 291.

gend empfundenen Friedensregelungen, ohne freilich den Einsturz des 1919 geschaffenen Systems der kollektiven Sicherheit zu riskieren und die Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich über Gebühr zu belasten⁵. Allmählich zeichneten sich jedoch in den Reden des faschistischen Diktators die Umrisse eines großangelegten Programms imperialer Expansion ab, das in London und Paris auf heftige Ablehnung stoßen mußte. Mussolini war besessen von dem Gedanken, eine italienische Vormachtstellung im weitgehend von Großbritannien und Frankreich kontrollierten mediterranen Raum zu errichten, das Mittelmeer zum „mare nostrum“ zu machen und für Italien freie Zugänge zu den Weltmeeren zu gewinnen. „Erst wenn es ihm gelungen sei“, so hat Denis Mack Smith die ehrgeizigen Pläne Mussolinis zusammengefaßt, „eine vom Indischen bis zum Atlantischen Ozean reichende Kette von Kolonien zu bilden und mit zehn Millionen Italienern zu besiedeln, dürfe Italien aufatmen.“⁶

Schon ein flüchtiger Blick auf die altertümliche Weltkarte in der Sala del Mappamondo, seinem Arbeitszimmer im Palazzo Venezia, konnte den Duce davon überzeugen, daß seine weitreichenden Pläne nur Aussicht auf Erfolg hatten, wenn der „potentiell stärkste revisionistische Staat, Deutschland, fähig und willens war, den Status quo“ der europäischen Ordnung zu sprengen und damit die Hüter des Versailler Friedens – Frankreich und Großbritannien – so zu „beschäftigen“, daß Italien seine Hand auf die erstrebten Gebiete legen konnte, ohne Sanktionen befürchten zu müssen⁷. Der Duce schürte deshalb den sich schon in den zwanziger Jahren anbahnenden und nach Hitlers Machtergreifung zuspitzenden Konflikt zwischen dem Deutschen Reich einerseits, Frankreich und Großbritannien andererseits, um sich im geeigneten Moment auf jene Seite schlagen zu können, welche die territorialen Begierden Italiens am ehesten zu stillen vermochte. Außenminister Dino Grandi hatte die Grundlinien dieser Politik schon 1930 in einem Brief an Mussolini zusammengefaßt: Wir müssen „diplomatisch vorgehen und intrigieren und Machiavelli etwas mehr anwenden, als wir das bisher schon getan haben. [...]

⁵ Vgl. Renzo De Felice, *Alcune osservazioni sulla politica estera mussoliniana*; in: Ders. (Hrsg.), *L'Italia fra tedeschi e alleati. La politica estera fascista e la seconda guerra mondiale*, Bologna 1973, S. 57–74; Sergio Romano, *Storia d'Italia dal Risorgimento ai nostri giorni*, Mailand 1978, S. 216–227; Ennio Di Nolfo, *Mussolini e la politica estera italiana 1919–1933*, Padua 1960; Jens Petersen, *Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem*, in: *VfZ* 22 (1974), S. 417–457; ders., *Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italien*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken*, Bd. 54, Tübingen 1974, S. 428–470; ders., *Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin – Rom 1933–1936*, Tübingen 1973, S. 1–7 und die Arbeiten von Giorgio Rumi, vor allem *Alle origini della politica estera fascista (1918–1923)*, Bari 1968.

⁶ Denis Mack Smith, *Mussolini. Eine Biographie*, München/Wien 1983, S. 265.

⁷ Hermann Graml, *Europa zwischen den Kriegen*, München 1969, S. 226; vgl. auch Ferdinand Siebert, *Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg*, Bonn 1962 und Denis Mack Smith, *Italy. A modern history*, Ann Arbor 1959.

Mit allen und gegen alle. Wir müssen uns bewaffnen und immer mehr isolieren, um uns in der Stunde der großen Krise zu einem hohen Preis zu verkaufen.“⁸ Mit dieser riskanten Politik des „peso determinante“ (ausschlaggebendes Gewicht) setzte sich der faschistische Staat über die bis dahin respektierte Grundregel der italienischen Außenpolitik hinweg, die besagte: Italien muß das europäische Gleichgewicht wahren, um als „ausgleichende Macht“⁹ Einfluß und Prestige gewinnen zu können.

Kurzfristig verschaffte die Destabilisierung in einem von Hitler in Atem gehaltenen Europa dem Duce tatsächlich die Möglichkeit, ein wenig von seinen Weltmachtambitionen mit Eroberungen in Abessinien und Albanien zu verwirklichen und seinen Ruhm als „genialer Staatsmann“ zu mehren. Langfristig aber wurde der Nutzen, den Mussolini aus dieser Entwicklung zog, um ein Vielfaches von den Kosten übertroffen, die Italien dafür zu tragen hatte. Die „camorrahafte Abenteuerpolitik“¹⁰ Mussolinis überstieg die Kräfte der Nation bei weitem. Sie ruinierte zudem die Beziehungen zu den westlichen Demokratien und zwang Italien so an die Seite des wesensverwandten Hitler-Deutschland, das sich Ende der dreißiger Jahre anschickte, die Landkarte Europas neu zu gestalten und damit den Zweiten Weltkrieg entfesselte¹¹.

Als italienische Soldaten 1941 in Griechenland und Nordafrika, in Rußland und Südfrankreich standen, mochte sich Mussolini als „neuer Cäsar“ fühlen, der „das vom ganzen Erdkreis beneidete Italien“ in den Rang einer Weltmacht erhoben hatte¹². In Wirklichkeit aber trieb der faschistische Staat schon unaufhaltsam der Auflösung entgegen. Das zeigte sich auf den Schlachtfeldern, wo sich Debakel an Debakel reihte, und besonders am Bedeutungsschwund Italiens im Achsenbündnis, der bald nach Kriegseintritt Formen und Ausmaße erreichte, daß beispielsweise das Foreign Office zu dem Ergebnis kam, Italien sei nicht mehr als eigenständige Größe zu betrachten¹³. Im Sommer 1943 war der Großmachttraum endgültig ausgeträumt. Der allmächtige Diktator war gestürzt, die italienische Armee hatte die Waffen gestreckt und war in Kriegsgefangenschaft gegangen, das ganze Land war von fremden Truppen besetzt. Südlich von Salerno lagen alliierte Soldaten, nördlich davon Einheiten der deutschen Wehrmacht. In der Hauptstadt standen die Regierungsgebäude leer, König Vittorio Emanuele III. und Ministerpräsident Pietro Badoglio waren nach der bedingungslosen Kapitulation und der Verkündung des Waffenstillstandes überstürzt aus Rom geflohen, um

⁸ Grandi an Mussolini, 31. August 1930, zit. nach De Felice, S. 65 (wie Anm. 5).

⁹ Mack Smith, Mussolini, S. 315.

¹⁰ So Carlo Sforza, *L'Italia dal 1914 al 1944, quale io la vidi*, Rom 1944, S. 151.

¹¹ Vgl. die in Anm. 5 zitierte Literatur, vor allem die Arbeiten von Jens Petersen.

¹² Vgl. den Beitrag von Jens Petersen, in: *Der italienische Faschismus. Probleme und Forschungstendenzen*, München/Wien 1983, S. 35 (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte).

¹³ Vgl. dazu den Beitrag von Antonio Varsori in diesem Band.

sich dem Zugriff der deutschen Wehrmacht zu entziehen, und hatten sich im süditalienischen Brindisi niedergelassen, wo sie im Stile von Duodez-Fürsten herrschten. Italien war, überspitzt formuliert, im Sommer 1943 wieder einmal nur noch ein geographischer Begriff. Seiner staatlichen Existenz faktisch beraubt, war das Land zu einem Objekt alliierter und deutscher Politik herabgesunken.

II.

Die italienischen Politiker, die im Machtbereich der Alliierten die Führung übernahmen, setzten alles daran, um die Fesseln der bedingungslosen Kapitulation abzuschütteln und so schnell wie möglich zu einem „Normalzustand“¹⁴ in den auswärtigen Beziehungen zurückzufinden. Welche langfristigen Ziele verfolgte die neue politische Garde dabei? Distanzierte sie sich vom faschistischen Expansionismus, akzeptierte sie die Zurückstufung Italiens in das zweite oder dritte Glied der internationalen Ordnung, oder knüpfte sie an die Außenpolitik des liberalen Italien mit ihren opportunistischen und machiavellistischen Zügen an¹⁵? Verfolgten die Verantwortlichen für die italienische Außenpolitik tatsächlich eine Politik der Westbindung, und machten sie sich wirklich zu „Herolden“ der politisch-ökonomischen und geistigen Einigung Westeuropas¹⁶? Oder wollte man sich, wie Pietro Quaroni, einer der einflussreichsten Botschafter dieser Jahre, es formuliert hat, „alle Straßen offen halten“¹⁷ und Kapital schlagen aus den bald nicht mehr zu übersehenden Zwistigkeiten der Siegermächte?

Auf welche Resonanz stieß die italienische Außenpolitik in den westlichen Hauptstädten und in Moskau? Welchen Stellenwert räumten die Großmächte den Beziehungen zu Italien ein? Waren sie nach dem Sturz von Mussolini bereit, einen Schlußstrich unter die jüngste Vergangenheit zu ziehen, oder wurde auch Italien, ähnlich dem besetzten Deutschland, wie ein politisches Entwicklungsland behandelt, an welchem die Großmächte ihre demokratischen Umerziehungsprogramme erprobten?

Der Weg Italiens zur Rehabilitierung war steinig, aber bemerkenswert kurz im Vergleich zu der Wegstrecke, die der frühere Verbündete Deutschland zurücklegen mußte, ehe er die Insignien staatlicher Souveränität zurückerhielt und wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen wurde. Italien

¹⁴ Ennio Di Nolfo, Die europäische Einigung und die italienische Außenpolitik 1945–1954, in: VfZ 28 (1980), S. 150.

¹⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Sergio Romano, in: Der italienische Faschismus, S. 48 (wie Anm. 12).

¹⁶ So Carlo Sforza, *O federazione europea o nuove guerre*, Florenz 1949, S. 79f.

¹⁷ So Pietro Quaroni in einem Brief vom 20. Mai 1948, zit. nach Vigezzi, *De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana*, S. 681.

hatte sich schließlich durch die Abschüttelung der faschistischen Diktatur und seinem anschließenden Bündniswechsel einen moralischen Anspruch auf wenigstens partielle Vergebung der politischen Irrtümer erworben, der dank dem heldenhaften Kampf der Resistenza und der Mitwirkung des neuen italienischen Heeres an der alliierten Kriegführung täglich stärker wurde und von den Siegermächten trotz weiterwirkender Vorbehalte gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner auf die Dauer nicht ignoriert werden konnte. Der „lange“ Waffenstillstand vom 29. September 1943, der einschneidende Beschränkungen der Souveränität Italiens mit sich brachte und fast die gesamte Wirtschaft des Landes den Alliierten unterstellte, blieb so de facto nicht allzu lange in Kraft¹⁸. Schon die Dreimächte-Erklärung vom 18. Oktober 1943, in welcher Italien den Status einer „nazione cobelligerante“ (mitkriegführende Nation) erhielt¹⁹, nahm ihm viel von seiner ursprünglichen Schärfe. Auch die Besatzungsherrschaft verlor frühzeitig den Charakter eines strengen Regiments. Die britisch-amerikanische Militärregierung lockerte noch im Winter 1943/44 die anfangs straffen Zügel, als sie etwa den Parteien und der Presse weite Betätigungsfelder einräumte²⁰. Im Februar 1944 gab sie dann das Territorium südlich von Salerno, das sie seit September 1943 verwaltet hatte, an die italienische Regierung zurück; im Sommer 1944 kamen die Gebiete südlich der Linie Rom–Pescara hinzu, im Herbst die südliche Toskana und Teile der Marken, bis dann im Dezember 1945 die ganze Halbinsel wieder als italienisch gelten konnte²¹.

Wie groß die Spielräume von Regierung, Parteien und Verbänden, Zeitungen und kulturellen Einrichtungen 1944/45 im befreiten Italien tatsächlich waren, liegt noch weitgehend im dunkeln. In der italienischen Zeitgeschichtsschreibung wird die Rolle der Besatzungsmächte meist nur am Rande erwähnt. Noch immer fehlen sorgfältig recherchierte und methodisch anspruchsvolle Studien zu zentralen Fragen der Geschichte Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg, die über Grenzen und Möglichkeiten alliierter Politik ebenso Aufschluß geben könnten wie über Spielräume und Hemmnisse für eigenständiges italienisches Handeln. Fest steht aber: Italien war nur wenige Monate ein besiegter Feind und ohnmächtiger „Strafgefangener“²². Im Zeichen der „cobelligeranza“ glich das Land schon bald einem Delinquenten,

¹⁸ Die Texte des „kurzen“ und „langen“ Waffenstillstandes sind abgedruckt in: *La Nascita della Repubblica, mostra storico-documentaria a cura dell'Archivio Centrale dello Stato*, Rom 1987, S. 58 und 64–69.

¹⁹ Ebenda, S. 70.

²⁰ Zum Charakter der Militärregierung in Italien vgl. die Monatsberichte der Militärregierung aus den Jahren 1943–1945, in: *National Archives, Suitland/Ma., RG 331, Allied Control Commission, Italy, Adjutant, Numeric file, 1943–1947*, box 28.

²¹ Vgl. *La Nascita della Repubblica*, S. 219.

²² So Ludolf Herbst in der Einleitung des von ihm herausgegebenen Bandes *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986, S. 11.

der von den Richtern wegen guter Führung zur Bewährung auf freien Fuß gesetzt wird. Das zeigt sich beispielsweise in der Erklärung von Hyde Park, wo sich Churchill und Roosevelt am 26. September 1944 auf einen vom amerikanischen Präsidenten so genannten „New Deal for Italy“ geeinigt hatten²³. Vor allem aber ergibt es sich aus dem Aide-Memoire, das Harold Macmillan (Vertreter des britischen Kriegskabinetts im Hauptquartier der Alliierten in Nordwestafrika) als Leitfaden für den Umgang der Militärregierung mit der italienischen Regierung verfaßt hatte. In diesem am 24. Februar 1945 der Öffentlichkeit vorgestellten Dokument verpflichteten sich die Alliierten, „die Kontrolle der italienischen Regierung im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens hinsichtlich der Routineverwaltung zu lockern und Kontrollen nur dann auszuüben, wenn alliierte Militärinteressen es erfordern“. Im einzelnen hieß es in den 19 Geboten des Aide-Memoire: „Die Alliierte Kommission wird sich, was das unter italienischer Verwaltung stehende Territorium anbetrifft, auf Konsultationen mit und Beratung der [...] italienischen Regierung beschränken. [...] Die italienische Regierung ist nicht mehr verpflichtet, der Alliierten Kommission Gesetze und Erlasse zur vorherigen Genehmigung vorzulegen. [...] Sie ist nicht mehr verpflichtet [...], bei Personalernennungen die Zustimmung der Alliierten Kommission einzuholen, weder bei Ernennungen auf nationaler noch auf lokaler Ebene. [...] Die italienische Regierung hat das Recht, Personalentscheidungen der Alliierten Militärregierung, die vorher erfolgten, rückgängig zu machen.“²⁴

Auch in der Außenpolitik löste sich die italienische Regierung schon 1944/45 ein wenig aus der alliierten Bevormundung. Den Regierungen der „unità nazionale“ aus Christdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Angehörigen der Aktionspartei sowie einer sozialdemokratischen Splittergruppe war es aber zunächst unmöglich, sich auf eine klare Linie zu einigen²⁵. Im Kabinett und in den Führungszirkeln der Regierungsparteien setzten die einen auf Anlehnung an die Vereinigten Staaten, die anderen gaben einer neutralen Position den Vorzug, die dritten pochten auf Verständigung mit der Sowjetunion, während die vierten die Meinung vertraten, Italiens Zukunft sei am besten in einem vereinten Europa aufgehoben²⁶. Daß

²³ Vgl. James Edward Miller, *The United States and Italy 1940–1950. The Politics and Diplomacy of Stabilization*, Chapel Hill/London 1986, S. 96–127.

²⁴ Das Aide-Memoire vom 24. Februar 1945 findet sich in: National Archives, Suitland/Ma., RG 331, Allied Control Commission, Italy, Subject files of the Chief Commissioner, 1943–1947, box 12. Vgl. dazu auch Harold Macmillan, *War Diaries. Politics and War in the Mediterranean. January 1943 – May 1945*, London 1984, S. 701.

²⁵ Vgl. Vigezzi, De Gasperi, Sforza, *la diplomazia italiana*, S. 680. Allgemein vgl. auch Paolo Caccace, *Venti anni di politica estera italiana (1943–1963)*, Rom 1986, S. 13–137.

²⁶ Vgl. dazu die Beiträge von Alberto Benzoni, Giorgio Galli, Stefano Silvestri und Annibale Vasile in: Massimo Bonanni (Hrsg.), *La politica estera della Repubblica Italiana*, Mailand 1967, Bd. 3, S. 927–949, 950–967, 999–1011, 1012–1020.

der Neubeginn in den auswärtigen Beziehungen im Zeichen einer merkwürdigen Zerfahrenheit stand, hing auch mit der kaum zu überblickenden internationalen Lage zusammen, die der italienischen Regierung äußerste Vorsicht in der Führung der Außenpolitik auferlegte – mußte Italien doch zunächst alles vermeiden, was die Beziehungen zu den vier Großmächten belasten, den Abschluß des bereits in Potsdam angekündigten Friedensvertrages verzögern und ihm unnötige Härten verleihen konnte. Entscheidend aber war: Die neue politische Führung schwankte zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit, eindeutige Konsequenzen aus der Großmachtspolitik des liberalen Italien und dem Freibeutertum des Faschismus ziehen zu müssen, und der Überzeugung, daß Italien sich durch Resistenza und Cobelligeranza von der Last des Faschismus befreit habe und damit erneut, wie 1915 oder 1933, den Rang einer europäischen Großmacht beanspruchen könne. Selbst Alcide De Gasperi und Pietro Nenni als Repräsentanten derjenigen Kräfte, die den waffenklirrenden Nationalismus und den faschistischen Expansionismus stets entschieden abgelehnt hatten, blieben in manchen Streitfragen Gefangene der nationalistischen Ambitionen, die tief in den außenpolitischen Traditionen Italiens wurzelten. Sie waren wohl selbst nicht ganz frei von Großmachtillusionen, vor allem aber mußten sie auf starke nationalistische Strömungen in der Gesellschaft Rücksicht nehmen, die erst lange nach dem Sturz Mussolinis verebbten²⁷.

Die italienische Außenpolitik bot so nach 1945 zunächst ein irisierendes Bild: Die Forderung nach Beibehaltung der Kolonien in Afrika und die Hartnäckigkeit bei der Verteidigung der nach dem Ersten Weltkrieg willkürlich gezogenen Grenzen zu Österreich und Jugoslawien kontrastierten mit dem festen Willen der Regierung, den imperialistischen Neigungen der Vergangenheit für immer abzuschwören. Und die Ungeniertheit im Ausnutzen von Differenzen zwischen den Siegermächten vertrug sich nur schlecht mit der Versicherung, Tugenden wie Aufrichtigkeit und Berechenbarkeit gerade in den auswärtigen Beziehungen in ihr Recht einzusetzen²⁸. Rosaria Quartararo, eine Schülerin von Renzo De Felice, die sich mit einigen grundlegenden Studien zu den auswärtigen Beziehungen Italiens im 20. Jahrhundert einen Namen gemacht hat, wagte deshalb sogar die These: Die Außenpolitik des nach-

²⁷ Vgl. Rosaria Quartararo, *Italia e Stati Uniti. Gli anni difficili (1945–1952)*, Neapel/Rom 1986, S. 72, und Brunello Vigizzi, *La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica. Governo, diplomatici, militari e le discussioni dell'estate 1948*, in: Ders. (Hrsg.), *La dimensione atlantica e le relazioni internazionali nel dopoguerra (1947–1949)*, Mailand 1987, S. 51. Vgl. auch den Beitrag von Antonio Varsori in diesem Band.

²⁸ Vgl. dazu etwa Alfonso Sterpellone, *Vent'anni di politica estera*, in: Bonanni, *La politica estera della Repubblica*, Bd. 2, S. 159–345, besonders S. 165.

faschistischen Italien sei „stark anmaßend, nationalistisch, man könnte sogar sagen imperialistisch“ gewesen²⁹.

1946/47 wurde ein neues Kapitel in der Außenpolitik Italiens aufgeschlagen. Nicht daß die Großmachtillusionen der Regierung nun mit einem Mal zerstoßen wären. Sie hielten sich noch geraume Zeit, traten aber mehr und mehr hinter einer pragmatisch-realistischen Einschätzung des Gewichts Italiens in der Welt und der Möglichkeiten, die der Regierung nach dem Desaster des Faschismus geblieben waren, zurück. Zugleich stellte De Gasperi die Weichen für die Entscheidung Italiens für den Westen, die schließlich 1949 mit dem Beitritt zur NATO besiegelt wurde. Diese Entwicklung hatte ihren Ursprung zum einen in der Ernüchterung, die sich auf dem Weg zum Friedensvertrag in den Reihen der italienischen Regierung ausbreitete, zum anderen in der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes, die auch Italien eine außenpolitische Grundentscheidung abverlangte.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages vom 10. Februar 1947 war Italien – von einigen Beschränkungen abgesehen – wieder ein souveräner Staat. Das Land verlor seine Besitzungen in Afrika, die Inseln des Dodekanes, Istrien und einige kleinere Gebietsstreifen an der Grenze zu Frankreich, während Südtirol italienisch blieb und Triest den Status eines Freistaates erhielt³⁰. Die von der Regierung verfolgte Politik des eigensüchtigen *do ut des* und die Unbekümmertheit, mit der die italienischen Gesandten in den westlichen Hauptstädten und in Moskau ihre Interessen vertraten, vermochten die territorialen Amputationen nicht zu verhindern. Im Gegenteil, sie vergifteten das Verhältnis zu den Siegermächten, die sich durch die taktischen Winkelzüge der Regierung in Rom an die faschistische Außenpolitik erinnert fühlten. De Gasperi, Nenni, Sforza und das diplomatische Korps, das sich auf den Konferenzen des Rates der Außenminister und in zahlreichen, oft eisigen Gesprächen mit Molotow, Bevin, Bidault und Byrnes um eine Milderung der Friedensbedingungen bemühte, mußten sich damals mit der bitteren Erkenntnis abfinden: Italien hatte sich seit 1943 unter Berufung auf *Resistenza* und *Co-belligeranza* zwar viele außen- und innenpolitische Freiheiten erworben, die Entscheidungen über fundamentale Fragen der nationalen Existenz aber fielen weiterhin in Washington und Moskau, Paris und London. Dort betrachtete man Italien als besiegteten Rivalen, der für seine einstigen Übeltaten büßen sollte, und vor allem als ohnmächtiges Objekt eines weltweiten Kräftemesens, das schon 1946 den Gesetzen des Kalten Krieges gehorchte und für außenpolitische Extravaganzen Roms keinen Raum mehr ließ.

²⁹ Quartararo, *Italia e Stati Uniti*, S. 227; dies., *Roma fra Londra e Berlino. La politica estera fascista dal 1930 al 1940*, Rom 1980. Vgl. dazu auch Ennio Di Nolfo, *The Shaping of Italian Foreign Policy during the Formation of the East-West Blocs. Italy between the Superpowers*, in: Becker, Knipping, *Power in Europe?*, S. 492 f.

³⁰ Vgl. vor allem das ausführliche Kapitel von Quartararo, *Italia e Stati Uniti*, über den Friedensvertrag, S. 13–144.

Die italienische Regierung beherzigte die Lektion, die ihr 1946/47 erteilt wurde. Das spiegelt sich etwa in dem Plädoyer für die lange umstrittene Annahme des Friedensvertrages wider, das De Gasperi am 6. Februar 1947 in einer dramatischen Nachtsitzung des Kabinetts hielt: „Wir sind die Opfer einer Situation, die sich aus einer Niederlage ergibt. Wir können aus ihr nicht mit einem brillanten Abschluß herausgelangen. [...] Italien steht der geschlossenen Front der vier Großen gegenüber, solange sie nicht durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages überwunden ist, solange können wir nichts machen und solange können wir nichts beanspruchen.“ Auch Außenminister Carlo Sforza, ein Mann des alten liberalen Italien, der nichts unversucht gelassen hatte, um territoriale Einbußen zu verhindern, fügte sich schließlich in das Unvermeidliche. „Mit der Nichtunterzeichnung des Vertrages würden wir Italien in ein neues Abenteuer stürzen“, sagte er³¹.

Eine außenpolitische Grundentscheidung, die 1947 mit dem Ausschluß von Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung vorbereitet und mit der Annahme des Marshall-Planes getroffen wurde, hatte die italienische Regierung bis dahin gescheut – trotz der Affinität Italiens gegenüber den politischen und kulturellen Traditionen der westlichen Welt und trotz der finanziellen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Sie wollte freie Hand behalten bei der Verfolgung der noch bestehenden Großmachtträume, der Sowjetunion keinen Anlaß bieten, eine Friedensregelung zu erschweren, und der in scharf abgegrenzte weltanschauliche Lager zerfallenen Nation eine Option ersparen. 1947 hatte sich die Situation grundlegend gewandelt: Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, der Abschwächung der Großmachtambitionen und der Zuspitzung der innenpolitischen Konfrontation im Zeichen des Kalten Krieges war eine offene Parteinahme für den Westen nicht nur möglich geworden. Die Zeit war auch reif dafür, denn nur der Westen vermochte das politische Überleben der in Bedrängnis geratenen Regierung De Gasperi zu sichern, und nur der Westen versprach Schutz im Falle eines neuen Krieges, der damals von vielen für „unvermeidlich“ gehalten wurde³².

Das hieß freilich nicht, daß Italien nun mit fliegenden Fahnen in das westliche Lager eingeschwenkt wäre. So irreversibel die Weichenstellung auch war, die De Gasperi 1947 getroffen hatte, es bereitete der Regierung in den folgenden Jahren keine geringe Mühe, sie durch zusätzliche Entscheidungen zu bestätigen. Das hatte mehrere Gründe: Die dezidierte Westpolitik forderte die mächtige sozialistisch-kommunistische Opposition heraus, die entgegengesetzte Ziele verfolgte. Sie traf zugleich auf das Mißtrauen von Kirche, Sozialdemokratie und linken Christdemokraten, die einen dritten Weg zwi-

³¹ Protokoll der Kabinettsitzung vom 6. Februar 1947, in: Archivio Centrale dello Stato, Verbali del Consiglio dei Ministri, 6. Februar 1947.

³² So Quaroni an Sforza, 26. August 1948, zit. nach Vigezzi, *La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica*, S. 23.

schen den Blöcken suchten, und auf die Ablehnung nationalistischer und monarchistischer Kreise, die sich selbst im Kalten Krieg noch ihre Weltmachtillusionen bewahrten³³. Der neue Westkurs stieß schließlich auch in den westlichen Hauptstädten auf wenig Gegenliebe, wo sich angesichts der seit 1943 währenden Phase der außenpolitischen Zweideutigkeiten der Verdacht verfestigt hatte, die neue politische Führung Italiens verfolge wie der Faschismus eine Politik des „peso determinante“ und sei deshalb ein unsicherer Kantonist. „Die Italiener“, so hieß es im Februar 1948 im Foreign Office, „sind noch immer geteilter Meinung, wenn es um die Entscheidung für den Westen oder für den Osten geht. Die Regierung, und sei sie noch so abhängig vom Westen, gibt sich jede Mühe, um den Eindruck zu erwecken, sie habe ein Bein in beiden Lagern.“³⁴ Statt die Entscheidung Italiens durch Zugeständnisse und Entgegenkommen zu erleichtern, bestanden die Westmächte deshalb auf unzweideutigen Loyalitätsbeweisen und der völligen Abkehr von der durch starken nationalen Egoismus getragenen Außenpolitik Italiens. Dies wiederum verletzte den Stolz der Regierung in Rom und drosselte so das Tempo ihrer Westpolitik.

Erst der Beitritt zum Nordatlantikpakt 1949 schuf klare Verhältnisse³⁵. Jetzt gewannen die „Atlantiker“ die Oberhand, und jetzt fand die italienische Regierung auch Anschluß an die europäische Einigungsbewegung, die die Chance zur Revision des Friedensvertrages und zur Rückkehr in die westliche Staatengemeinschaft eröffnete, von der sich Italien in der Epoche des Faschismus abgekehrt hatte³⁶.

III.

Die einleitend aufgeworfenen Fragen werden im vorliegenden Sammelwerk gewiß nicht erschöpfend beantwortet. Vieles wird wegen der unzulänglichen Forschungs- und Quellenlage nur gestreift, manches, was möglich gewesen

³³ Vgl. dazu Antonio Varsori, *La scelta occidentale dell'Italia (1948–1949)*, in: *Storia delle relazioni internazionali* I (1985), S. 95–159, und 2 (1985), S. 303–368, bes. S. 147–149; vgl. auch Giulio Andreotti, *De Gasperi e il suo tempo*. Trento – Vienna – Roma, Mailand 1974, S. 360; Ennio Di Nolfo, *Problemi della politica estera italiana: 1943–50*, in: *Storia e politica* 14 (1975), S. 295–317; Pietro Pastorelli, *La crisi del marzo 1948 nei rapporti italo-americani*, und ders., *La politica europeistica di De Gasperi*, in: Ders., *La politica estera italiana del dopoguerra*, Bologna 1987, S. 123–144 und 145–208; vgl. auch Ilaria Poggiolini, *Europeismo Degasperiano e politica estera dell'Italia: Un'ipotesi interpretativa (1947–1949)*, in: *Storia delle relazioni internazionali* I (1985), S. 67–93.

³⁴ Zit. nach Varsori, *La scelta occidentale*, S. 104.

³⁵ Vgl. dazu Pietro Pastorelli, *L'adesione dell'Italia al Patto atlantico*, in: Ders., *Politica estera italiana*, S. 209–231; Vigezzi, *La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica*, S. 1–189.

³⁶ Vgl. Pastorelli, *L'adesione al Patto atlantico*, S. 231.

wäre und angeregt wurde, kam trotz intensiver Bemühungen nicht zustande. Wenn solche Lücken gleichwohl vielleicht zu verschmerzen sind, so auch deshalb, weil thematische Vollständigkeit von vorneherein nicht beabsichtigt war. Der Band soll vielmehr den nach 1945 nur mühsam wieder in Gang gekommenen wissenschaftlichen Austausch zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Geschichte weiter beleben, die deutsche Zeitgeschichte mit den Erkenntnissen einiger hervorragender Vertreter der italienischen Geschichtswissenschaft bekannt machen und so den Blick über den Horizont der nationalgeschichtlichen Betrachtung hinaus auf die übergreifende Problematik von Erneuerung und Wiederaufbau postfaschistischer Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg lenken³⁷.

Jens Petersen (Deutsches Historisches Institut in Rom), von der deutschen und italienischen Zunft als profunder Kenner der Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert geschätzt, eröffnet den Sammelband mit einem Beitrag, der dem Krisensommer 1943 gewidmet ist. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen der Sturz Mussolinis, die Besetzung und Teilung des Landes nach dem Ausscheiden aus dem Achsenbündnis und die beginnende Resistenza-Tätigkeit, deren Bedeutung für die Wiedergewinnung der nationalen Identität und die Rehabilitierung Italiens in den Augen der Weltöffentlichkeit kaum überschätzt werden kann. Besondere Beachtung findet der 8. September 1943, d.h. die Auflösung eines Millionenheeres und das Verschwinden jeglicher staatlicher Autorität nach der Verkündung des Waffenstillstandes, der als traumatische Erfahrung, so Petersen, bis heute im kollektiven Bewußtsein der Nation eingezeichnet ist.

Daß es der italienischen Regierung erstaunlich früh gelang, sich aus der Quarantäne zu lösen, die die Alliierten nach dem Abschluß des Waffenstillstandes über Italien verhängt hatten, war nicht nur der erfolgreichen Selbstbefreiung vom faschistischen Diktator und dem Prestige der Resistenza zu verdanken, sondern auch der Hilfestellung der Vereinigten Staaten, wie James Edward Miller (State Department, Washington), seit Jahren Spezialist auf dem Felde der italienisch-amerikanischen Beziehungen, darlegt. Washington war auf die Eröffnung einer Front in Italien nicht vorbereitet gewesen und mußte deshalb dem britischen Verbündeten die Stabführung in der gemeinsamen Besatzungsherrschaft und in der Italienpolitik allgemein überlassen. Freilich nicht für lange: Aus Rücksicht auf die italo-amerikanische Wählerschaft, der 1944 in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen erhebliche Bedeutung zuzukommen schien, widersetzte sich Roosevelt schon bald der Politik der britischen Regierung, die anfangs wenig tat, um das Los Italiens zu erleichtern. Hier, so Miller, begann der Weg zur „special relationship“ zwischen den

³⁷ Die von den italienischen Historikern in ihrer Muttersprache geschriebenen Aufsätze wurden, um unnötige Wiederholungen und Überschneidungen zu vermeiden, im Einvernehmen mit den Autoren für die Drucklegung der deutschen Fassung z. T. erheblich gekürzt und überarbeitet.

Vereinigten Staaten und Italien bzw. der führenden Regierungspartei (Democrazia Cristiana). Diese Beziehung erwies sich für die italienische Seite – sei es in Form finanzieller Unterstützung, sei es durch politisches Entgegenkommen – als überaus vorteilhaft, war aber nie mit dem Ausverkauf italienischer Interessen identisch, wie in manchen Schriften behauptet wird³⁸.

Bis 1947/48 war diese „special relationship“ alles andere als gefestigt. Erst am Vorabend der Wahlen zum italienischen Parlament vom 18. April 1948, als das politische Schicksal der Regierung De Gasperi und damit der Verbleib Italiens im westlichen Lager auf dem Spiel zu stehen schienen, verflüchtigten sich die Zweifel an der Tragfähigkeit der neuen „Achse“ Rom – Washington, die bis dahin auf beiden Seiten bestanden hatten. Die amerikanische Regierung scheute kein Mittel, um De Gasperi im Amt zu halten und eine legale oder illegale Machtergreifung des *partito comunista italiano* zu verhindern. War sie aber auch bereit, militärische Mittel zum Einsatz zu bringen und sich somit über das selbst auferlegte Gebot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder hinwegzusetzen? Der Herausgeber, der sich in seinem Beitrag auf unbekannte und nicht genügend beachtete Quellen aus amerikanischen Archiven stützen kann, meint Antwort auf diese in der italienischen Geschichtswissenschaft heftig diskutierte, aber nicht abschließend geklärte Frage geben zu können: Die Regierung der Vereinigten Staaten war zu einer militärischen Intervention entschlossen, obwohl ihr klar vor Augen stand, daß ein Eingreifen in Italien einen Weltkonflikt auslösen konnte.

Die später meist spannungsfreien Beziehungen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten und die bezwingende Wirkung, die das „Modell Amerika“ in den fünfziger und sechziger Jahren auf breite Schichten der italienischen Gesellschaft ausübte, haben der atlantischen und europäischen Westintegration Italiens den Anschein der Zwangsläufigkeit verliehen. Fragen nach Alternativen sind so meist gar nicht erst gestellt worden. Salvatore Sechi (Universität Ferrara), „enfant terrible“ der italienischen Geschichtswissenschaft und durch zahlreiche Studien ausgewiesener Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung, lenkt also in seinem Beitrag zu den italienisch-sowjetischen Beziehungen nach 1943 die Aufmerksamkeit auf ein ganz unbekanntes Feld. Er vermag darzutun, daß die italienische Regierung bis 1947 mit dem Gedanken liebäugelte, eine neutrale Position zwischen den Blöcken zu behaupten, und deshalb einen Ausgleich mit der Sowjetunion suchte. In Moskau freilich, so hebt Sechi hervor, blieben die italienischen Avancen häufig unbeachtet, weil man dort vor allem an die Sicherung des neuen ost- und südosteuropäischen Herrschaftsgebietes dachte.

³⁸ Vgl. dazu Pietro Scoppola, *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1977, S. 299 ff., der sich dort mit seinen wissenschaftlichen Widersachern auseinandersetzt, und Simona Colarizi, *La seconda guerra mondiale e la Repubblica*, Turin 1984, S. 495 ff.

Die in der Forschung lange vorherrschende Tendenz, den Blick vor allem auf Herausbildung und Bewährung der „Achse“ Rom – Washington zu richten, hat naturgemäß auch zu einer Unterschätzung Großbritanniens und Frankreichs geführt und den Eindruck entstehen lassen, als hätten sich London und Paris in allen wesentlichen Fragen bezüglich Italiens dem mächtigen Washington unterordnen müssen. Dieser Eindruck, so Antonio Varsori (Universität Florenz), ein Gelehrter aus der Schule von Ennio Di Nolfo, ist, was Großbritannien anbetrifft, zumindest für die Jahre 1943/44 nicht ganz richtig. Großbritannien bestimmte in dieser Zeit die großen Linien der alliierten Italienpolitik und entschied die kleinen Fragen im Besatzungsalltag. Erst ab 1944/45, als die amerikanische Regierung zu einer eigenen Politik fand, geriet die britische Position mehr und mehr ins Hintertreffen. Varsori weist darüber hinaus auf die zwei wichtigsten Grundlinien der britischen Italienpolitik hin: Italien sollte für die faschistischen Schandtaten hart bestraft werden, zugleich wollte man den „pericolo comunista“ wirksam eindämmen. Er führt dabei überzeugend vor, wie London den ersten Grundsatz zähneknirschend aufgeben mußte, weil eine Bestrafung das Risiko einer kommunistischen Machtergreifung entscheidend zu erhöhen schien.

Auch in der französischen Hauptstadt bestanden nach Kriegsende erhebliche Ressentiments gegenüber Italien fort, und auch in Paris gab es nicht wenige, die auf Rache sann für den „Dolchstoß“ aus dem Sommer 1940. Anders als in London setzte sich aber in Frankreich, trotz der historischen Vorbelastungen, schon frühzeitig die Erkenntnis durch, daß es im eigenen Interesse lag, den Prozeß der demokratischen Erneuerung Italiens zu fördern und die Westorientierung der „lateinischen Schwesternation“ zu erleichtern, wie Enrico Serra, lange Zeit Direktor des Archivio Storico-Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri und selbst engagierter Protagonist einer Aussöhnung zwischen Frankreich und Italien, in seiner Studie zeigen kann. Die Gründe dafür, so Serra und andere³⁹, die sich ebenfalls ausführlich mit dieser Thematik befaßt haben, sind vor allem in der Furcht Frankreichs vor einem neuerlichen Erstarken Deutschlands zu suchen, außerdem in der Entschlossenheit der französischen Regierung, eine Hegemonialstellung Großbritanniens in Westeuropa durch die Bildung eines italienisch-französischen Gegengewichts zu verhindern, und in der Absicht Frankreichs, mit Hilfe Italiens einer „Nord“-Lastigkeit des Nordatlantikpaktes entgegenzuwirken, die die französischen Besitzungen in Nordafrika militärisch entblößen mußte.

Der Beitrag von Ennio Di Nolfo (Universität Florenz) über die Beziehungen Italiens zum Vatikan und der abschließende Essay von Pietro Scoppola (Universität Rom) über De Gasperis Weg zur Macht überschreiten den Rah-

³⁹ Vgl. dazu auch Varsori, *La scelta occidentale*, passim, und Pastorelli, *L'adesione al Patto atlantico*, S. 228–231.

men der im Titel des Sammelbandes genannten Problematik. Daß der Herausgeber sich trotzdem entschloß, die beiden Studien anzuregen, bedarf in beiden Fällen keiner ausführlichen Erläuterung: Aufgrund der territorialen Verflechtung Italiens und des Vatikans stand die Außenpolitik des Heiligen Stuhles seit jeher in engem Zusammenhang mit Italien; nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges galt das in besonderem Maße, weil der Vatikan nun erstmals „für Italien zu fürchten“⁴⁰ begann und deshalb, zumal nach dem Sturz Mussolinis, als Italiens Stimme zunächst wenig Gehör fand, immer auch italienische Interessen vertrat, zuweilen sogar italienische Außenpolitik betrieb. Mit Alcide De Gasperi wird der Hauptakteur der italienischen Politik nach 1943 in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Keine der fundamentalen Entscheidungen, die im vorliegenden Band behandelt werden, fiel ohne sein Zutun; Richtung und Tempo der italienischen Außenpolitik hingen häufig in entscheidendem Maße von seiner Geschmeidigkeit und Durchsetzungsfähigkeit ab.

Ennio Di Nolfo, über die Grenzen Italiens hinaus bekannter Fachmann für internationale Beziehungen, greift in seinem Beitrag weit in die Geschichte zurück und spürt dabei den Konstellationen und Kräften nach, die seit der nationalen Einigung Italiens die italienisch-vatikanischen Beziehungen bestimmten und schließlich den Wandel von der Konfrontation zur Partnerschaft bedingten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, so läßt sich der eindrucksvolle Überblick Di Nolfos zusammenfassen, war die römische Frage, die Europa seit Jahrhunderten beschäftigt hatte, endgültig gelöst. Auch Pietro Scoppola, der sich mit bahnbrechenden Studien über die Geschichte des Katholizismus und über De Gasperi internationale Anerkennung erworben hat, muß weit ausholen, um De Gasperi, dessen Bild in der Geschichte schwankt, ins rechte Licht setzen zu können. Er beschreibt deshalb zunächst die innenpolitische Rolle der katholischen Kräfte vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Faschismus und die politischen Orientierungen, die damals in Klerus und Kirchenvolk bestanden. Erst vor diesem Hintergrund wird die historische Leistung De Gasperis genügend deutlich. Sein Machtantritt, so Scoppola, bedeutete nicht nur den Durchbruch des politischen Katholizismus zur dominierenden Kraft in Italien. De Gasperi leitete zugleich – gegen z.T. erhebliche Widerstände des Vatikans – die Aussöhnung des von starken konservativen und autoritären Strömungen geprägten katholischen Lagers mit den freiheitlich-demokratischen Ideen westlicher Prägung ein und schuf so eine wesentliche Voraussetzung für die wenigstens teilweise Erneuerung von Staat und Gesellschaft nach dem Sturz des Faschismus. Aus dieser Sicht erscheinen die später vor allem von marxistischer Seite gefällten Urteile, die

⁴⁰ S. 180.

De Gasperi als „Mann der Restauration“⁴¹ hinstellen, als parteiische Überspitzung der historischen Realitäten.

*

Der Sammelband entstand während eines dreijährigen Forschungsaufenthalts in Rom. Ich hatte dort den Vorzug, am Deutschen Historischen Institut arbeiten zu können, und das Glück, zahlreiche Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen, die mir – mehr als ihnen wohl bewußt ist – Leben und Arbeiten in Rom erleichtert haben. Das gilt für Beatrice Mirelli, Hilde Schneider, Martin Bertram und Lutz Klinkhammer, für die Übersetzer Kristina Petersen, Christiane Wyrwa, Christoph Berger Waldenegg, Roger Engelmann und Gerhard Kuck sowie vor allem für Jens Petersen, der – trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, die uns zuweilen entzweiten – in wichtigen Fragen nie zögerte, Ratschläge zu erteilen und Hilfestellungen zu leisten. Ihnen allen schulde ich ebenso großen Dank wie den italienischen Kollegen und James Miller für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Irmgard Kaiser und Susanne Wesely für Mühe und Sorgfalt bei der Reinschrift des Manuskripts. Besonders dankbar bleibe ich Reinhard Elze, dem ehemaligen Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom; von ihm konnte ich über die Jahre hin viel lernen.

⁴¹ S. 208 f.; vgl. auch Poggiolini, *Europeismo Degasperiano*, S. 67; Pastorelli, *La crisi del marzo*, S. 143; Giuseppe Vedovato, *Italienische Außenpolitik. Grundzüge, Entwicklung, Analysen*, Bonn 1984, kritisiert De Gasperi von einem monarchistischen Standpunkt aus.

Jens Petersen

Sommer 1943

Die intransigenten, ins Exil gegangenen Antifaschisten hatten dem Regime Mussolinis schon seit Mitte der zwanziger Jahre prophezeit, daß die totalitäre Diktatur in einem Kriegsabenteuer kulminieren und in einer nationalen Katastrophe enden würde. Die Furcht vor einem solchen Kataklysmen und die Hoffnung auf die kathartische Kraft einer solchen Erfahrung standen am Denkhorizont dieser einsamen Oppositionellen. In den Tagebüchern Piero Calamandrei findet sich schon 1939/40 die düstere Voraussage, daß Italien im Laufe des Krieges von den Deutschen besetzt, geteilt und vom Bürgerkrieg zerrissen werden würde¹. Es bedurfte, so der Kommunist Giorgio Amendola, einer ganzen Folge von „harten Lektionen der Geschichte“², um die Italiener von den nationalistischen und imperialistischen, vom Faschismus instrumentierten Rauschzuständen zu befreien und sie zur Realitätswahrnehmung zu ernüchtern.

In den heißen Sommerwochen des Jahres 1943, zwischen dem Sturz Mussolinis am 25. Juli und der Kapitulation am 8. September, standen solche Prophezeiungen vor ihrer Erfüllung. Vergangenheit und Zukunft, Furcht und Hoffnung, Enthusiasmus und Verzweiflung verdichteten sich in diesen spannungsreichen 45 Tagen auf fast unerträgliche Weise. Die von Eisenhower am 8. September verkündete Kapitulation Italiens riß mit einem Schlag alle Schleier und Illusionen über die Zukunft der Apenninenhalbinsel weg. Wie kein anderes Ereignis der jüngeren Vergangenheit ist der 8. September in das Kollektivbewußtsein der Nation eingeschrieben. Kein anderes Datum in dem an Erinnerungstagen reichen italienischen Jahreskalender weckt so viele Emotionen und Assoziationen wie der „otto settembre“, der als dunkelster Moment der Nationalgeschichte gilt. Er bildet, wie der 8. Mai in Deutschland, einen festen Bestandteil in der Biographie praktisch jedes älteren Italieners. Über Nacht verschwand ein Heer von 1,7 Millionen Soldaten, 600 000 Italiener gingen in eine harte deutsche Gefangenschaft, Krieg und Bürgerkrieg machten Italien für fast zwei Jahre zu einem der Hauptschauplätze des Weltkonflikts und von einem Subjekt zu einem Objekt der Weltpolitik. Über

¹ Piero Calamandrei, *Diario 1939–1945*, 2 Bde., Florenz 1982, Bd. 1, S. 153, 288f., 293, 366f.

² Giorgio Amendola, *Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview*, Stuttgart 1977.

Nacht gab es keinen Staat mehr, und dann gab es zwei ohnmächtige Als-ob-Institutionen ohne jegliche Insignien der Macht, dem Willen der jeweiligen Besatzungsmacht unterworfen. Die bange Frage schien berechtigt, ob Goebbels' höhnischer Satz, Italien habe sich durch den „Verrat“ selbst aus der Weltgeschichte ausgeradiert und sei zu einem Fellachendasein bestimmt, nicht die Wahrheit der Zukunft sei³.

Wenn es eine Beschleunigung und Verdichtung von Geschichte gibt, so sicherlich in jenen Sommerwochen des Jahres 1943. Viele Entwicklungslinien laufen auf jene 45 Tage zu, viele strahlen von ihnen aus. Kein Blatt der italienischen Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert ist so dicht beschrieben wie diese Minuten, Stunden und Tage des Sommers 1943. So hat man auch mit Recht davon sprechen können, daß die innere Spannung dieser Zeit mit den Instrumenten der herkömmlichen Geschichtsschreibung gar nicht zu erfassen sei. Die eigentlichen „Historiker“ dieser Zeit seien die Dichter. Diese Wochen voller Hoffnungen, Illusionen, Täuschungen, panischer Befürchtungen, angesiedelt in einem aus vielen Vergangenheiten und mancher Zukunft geprägten Niemandsland, diese Topographie des Ungewissen ist tatsächlich nirgendwo besser beschrieben als in manchen Passagen von Alberto Moravia, Elio Vittorini, Italo Calvino oder Beppe Fenoglio. Die Politik geriet, noch stärker als in den vorhergehenden Jahren der Diktatur, in die Hand einiger weniger und erfaßte doch gleichzeitig in ihren Konsequenzen praktisch jeden einzelnen Italiener. Entsprechend umfangreich und existentiell bestimmt erweist sich bis heute das historische und historiographische Interesse an diesem Wendepunkt der Nationalgeschichte⁴.

Die Forschungen zum Sommer 1943 sind alles andere als abgeschlossen. Auch wenn über viele Probleme inzwischen Einigkeit besteht, so bleiben andere Fragen noch immer offen. Selbst Zeugnisse der Hauptakteure wie z. B. die Erinnerungen Dino Grandis kommen erst jetzt zutage⁵. Die Italien betreffende Politik spielte sich auf drei vielfach voneinander unabhängigen Schauplätzen ab: die politischen und militärischen Planungen und Handlungen der Alliierten im Mittelmeerraum, die Italien- und Mittelmeerpolitik Deutschlands, die politische Bühne Italiens selbst.

³ Zur Rolle des 8. September im Zusammenhang von Nationalbewußtsein und nationaler Identität vgl. Jens Petersen, *Italien nach dem Faschismus. Eine Gesellschaft zwischen postnationaler Identität und europäischer Integration* (Vortrag auf einer Tagung der Ranke-Gesellschaft im November 1987; demnächst in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*).

⁴ Als Überblicke nützlich: Luigi Cortesi, *Lotta politica e continuità dello Stato nel 1943*, in: *Movimento operaio e socialista* 15 (1969), S. 335–368; Nicola Gallerano, *Fascismo: la caduta*, in: Nicola Tranfaglia (Hrsg.), *Il mondo contemporaneo. Storia d'Italia*, Bd. 2, Florenz 1978, S. 489–500; grundlegend: Frederick W. Deakin, *Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus*, Köln 1964.

⁵ Dino Grandi, 25 luglio. Quarant'anni dopo, hrsg. von Renzo De Felice, Bologna 1983.

Der 25. Juli

Der in der Sitzung des faschistischen Großrats vom 24./25. Juli 1943 offen zutage tretende Konflikt zwischen dem Diktator und der Mehrheit seiner engsten Gefolgsleute, der den Auftakt für den Sturz Mussolinis bildete, hat dank seiner romanhaften Dramatik von jeher die Volksphantasie gefesselt. Kein Wachfigurenkabinett in Italien, das diese Szene nicht zu den Glanzstücken seines Repertoires zählt. In der italienischen Gesellschaft hatten vier Gruppen auf diese Stunde hingearbeitet: die in der Illegalität entstehenden antifaschistischen Parteien, die gemäßigten, philomonarchischen Faschisten, die Spitzenmilitärs im Comando Supremo und König Vittorio Emanuele III. und seine Berater.

Seit dem Herbst 1942 begannen sich in der Illegalität die Parteien aus der vorfaschistischen Zeit in lockerer Form wieder zu konstituieren. Es handelte sich einstweilen um nicht viel mehr als um Diskussionszentren und Arbeitsgruppen, die im Schutze von kirchlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen ein lockeres Netz von Kontakten aufbauten. Zu diesen „Treffpunkten“ gehörte etwa der Senat, in dem eine kleine Gruppe älterer liberaler und konservativer Senatoren den Faschismus „überwintert“ hatte, die Zentrale des Industriellenverbandes Confindustria oder akademische Freundeskreise mancher Universität. Die Erfahrung des totalitären Staates schuf dabei ein hohes Maß antifaschistischer Gemeinsamkeit, die nach anfänglichem Zögern seit Anfang 1943 auch die Kommunisten einschloß. Diese hatten sich als die hartnäckigsten Gegner der faschistischen Diktatur erwiesen; 90% der politischen Häftlinge und 80% der Verbannten waren Kommunisten. Die KPI setzte nach 1942 bewußt auf eine Politik der nationalen Solidarität und breiter, bis in das Bürgertum hineinreichender Bündnisse. Sie propagierte die Zusammenarbeit mit allen gegen den Faschismus gerichteten Kräften, gegebenenfalls auch mit der Monarchie. Als mögliche Bündnispartner kamen in Betracht die Sozialisten, die Katholiken, die sich in Weiterentwicklung der alten Katholischen Volkspartei als Democrazia Cristiana neu zu sammeln begannen, die radikaldemokratisch orientierte Aktionspartei und die Liberalen.

Im Untergrund bildeten sich seit der Jahreswende 1942/43 Vielparteienkomitees von örtlich jeweils stark unterschiedlicher Färbung, in denen die Liberal-konservativen, weil den Zentren der Macht am nächsten, eine gewisse Führungsrolle erlangten. Das gilt vor allem für das Komitee in Rom, wo der frühere Ministerpräsident Ivanoe Bonomi (1921/22)⁶ eine Art inoffizielle Sprecherrolle inne hatte. Die Kommunisten verfügten über die engsten Kontakte zur Basis, wie die zeitweise bis zu 300 000 Beteiligte erfassenden Streiks im März 1943 in Turin und Mailand gezeigt hatten. Das war in dem von Hitler

⁶ Unentbehrlich zum Verständnis der Vorgänge das Tagebuch von Ivanoe Bonomi, *Diario di un anno* (2 giugno 1943–10 giugno 1944), Mailand 1947.

beherrschten Europa ein Unikum, das etwas von der möglichen Kampfstärke der italienischen Arbeiterklasse erahnen ließ.

Die kommunistische Geschichtsschreibung – und nicht nur sie – hat immer einen engen kausalen Zusammenhang zwischen den Märzstreiks und dem Sturz des Faschismus postuliert. „Wer den Ablauf der Krise auf ein internes Manöver der Eliten reduzieren will, dem entgeht die politische Bedeutung [der Streiks] im Sinn einer Beeinflussung, Beschleunigung und Verschärfung“ der Krise⁷. Die Streiks seien „ein Alarmzeichen für die Monarchie, die Unternehmer, für alle Führungsgruppen“ gewesen⁸. Die Linkskräfte im antifaschistischen Kartell, Kommunisten, Sozialisten und Angehörige der Aktionspartei, schlossen in den Kampf gegen das faschistische Regime fast notwendig auch den Kampf gegen Hitler-Deutschland ein. In den Aktionsaufrufen ging es um die Niederwerfung des verhaßten faschistischen Regimes, um eine schnelle Beendigung des Krieges, Separatfrieden und darüber hinaus um den Kampf gegen den deutschen Eindringling⁹. Der „Nazifaschismus“ – ein Begriff, der damals aufkam – wurde als ein praktisch einheitliches Phänomen betrachtet. Auch die gemäßigten antifaschistischen Gruppen dachten daran, die innen- und außenpolitische Kehrtwendung zusammenfallen zu lassen, verhielten sich aber mit ihren Forderungen viel gemäßigter.

Die zweite Gruppe der am 25. Juli Beteiligten rekrutierte sich aus dem gemäßigten und philomonarchischen Faschisten, die der langsamen Agonie des Regimes nicht tatenlos zuschauen wollten, aber höchst heterogene Vorstellungen darüber besaßen, welche Wege aus der Krise herausführen könnten. Wer die inneren Zeugnisse dieser Gruppe, etwa die Tagebücher von Ciano oder Bottai¹⁰, liest, konstatiert, trotz aller bitteren Einsichten, ein hohes Maß an Illusionismus und mangelnder Realitätswahrnehmung. Es scheint, daß sie trotz aller Selbst- und Systemkritik nicht die Kraft fanden, aus dem magischen Bereich der Führerdiktatur auszubrechen. Aus dieser Gruppe der „gerarchi“ ragt durch Entschlossenheit, Tatkraft und Realitätsnähe der frühere Außen- und Justizminister Dino Grandi heraus, dessen vor kurzem publizierten Memoiren ihn aus dem historiographischen Halbdunkel herausgeholt haben¹¹.

Renzo De Felice sieht in ihm, vor allem auch wegen seiner Rolle in der Juli-Krise, die „nach Mussolini wichtigste Figur [...] des Faschismus“¹². Die Memoiren zeigen ihn als einen Vollblutpolitiker, der in der Legalitätsreserve

⁷ Paolo Spriano, *Storia del Partito comunista italiano*, Bd. 4: *La fine del fascismo. Dalla riscossa operaia alla lotta armata*, Turin 1973, S. 196.

⁸ Ebenda, S. 212.

⁹ Ebenda, S. 208.

¹⁰ Galeazzo Ciano, *Diario 1937–1943*, hrsg. von Renzo De Felice, Mailand 1980; Giuseppe Bottai, *Diario 1935–1944*, Mailand 1983.

¹¹ Grandi, 25 luglio; ders., *Il mio paese. Ricordi autobiografici*, Bologna 1985.

¹² Grandi, 25 luglio, S. 20.

der Monarchie und in der Figur Vittorio Emanuele III. die einzige Möglichkeit zum Sturz Mussolinis erblickte. Der König glaubte jedoch, erst eingreifen zu können, nachdem ihm die Verfassungsorgane (Kammer, Senat, Großrat) einen Anlaß geliefert hatten, weshalb Grandi nichts unversucht ließ, um den Großrat zu aktivieren. Gut dokumentiert ist seine Mussolini in offener Kampfansage vorgetragene Entschlossenheit, die Sitzung vom 24./25. Juli zur großen Konfrontation zu nutzen. Umgeben von lauter Ratlosigkeit, Zaudern und Furcht war Grandi der einzige, der ein klares politisches Ziel besaß und die anderen Großratsmitglieder mitzureißen verstand. Er handelte aus der Einsicht heraus, daß das Ausscheiden Italiens aus dem Achsenbündnis nicht ohne Krieg – und vielleicht Bürgerkrieg – auf italienischem Boden möglich sein werde. Deshalb sein unermüdliches Drängen, die Tempi zu beschleunigen, deshalb auch sein Versuch, Regimewechsel und Waffenstillstand zusammenfallen zu lassen. Ebenso illusionslos war auch seine Überzeugung, daß die faschistische Führungselite politisch zu kompromittiert sei, um im nachfaschistischen Italien noch irgendeine Rolle spielen zu können. Der Großrat sollte reaktiviert werden, um mit dem Sturz des Faschismus politisch Selbstmord zu begehen.

Als dritte Gruppe traten die Militärs auf den Plan. Für einen innenpolitischen Eingriff kam allein das Heer in Frage. Luftwaffe und Marine haben bei den Ereignissen im Sommer 1943 keine Rolle gespielt. Um den seit Februar 1943 amtierenden Generalstabschef Vittorio Ambrosio formierte sich im Comando Supremo eine Gruppe jüngerer Generalstabsoffiziere, die aufgrund der sich von Woche zu Woche verschlechternden militärischen Lage auf Aktion drängten. Mussolini sollte bei Hitler eine Änderung der strategischen Prioritäten durchsetzen oder die deutsche Zustimmung zum Ausscheiden Italiens aus dem Krieg erwirken. Für den Fall des Scheiterns solcher Pläne bereitete man in der Umgebung von Ambrosio die Ausschaltung des Duce vor. Die hier allmählich Gestalt annehmenden Pläne waren aber nur zu realisieren, falls man das Einverständnis, ja den Befehl der Krone dafür erlangte.

Beim König Vittorio Emanuele III. und seinen Beratern liefen die zahlreichen, auf einen Sturz Mussolinis gerichteten Kontakte und Planungen zusammen. Weder die gemäßigten Faschisten, noch die aktiven Militärs, noch Badoglio oder Caviglia waren bereit, am Monarchen vorbei oder gegen ihn zu handeln. „Allein auf den König gilt es einzuwirken. Es gibt nur einen Schlüssel zur Situation, und das ist der Wille des Königs.“¹³ Vittorio Emanuele III. war ein zutiefst verschlossener, mißtrauischer und handlungsscheuer Monarch. Seine hermetische Natur zeigte sich in der Krise des Frühjahrs 1943 am deutlichsten. Er empfing – von Badoglio bis zu Grandi und Bonomi – Vertre-

¹³ Dino Grandi, *Pagine di diario del 1943*, in: *Storia contemporanea* 14 (1983), S. 1037–1075, vor allem S. 1052.

ter aller Gruppen, hörte sich ihre Klagen, Vorstellungen und Programme schweigend und ohne ein Zeichen der Zustimmung oder Ablehnung an und verabschiedete sie höchstens mit einem sybillinischen „Haben Sie Vertrauen in Ihren König“.

Rückschauend scheint die in der Memoirenliteratur und der Forschung mit Blick auf die deutsche Gefahr vielfach zu findende Feststellung, die Zeit habe gegen die Italiener gearbeitet, fast selbstverständlich. Im Mai 1943 gab es vier bis fünf deutsche Divisionen in Italien, Ende Juli acht und Ende August 17. Der günstigste Zeitpunkt zum Losschlagen wäre demnach der Mai 1943 gewesen. Es war aber schwierig abzuschätzen, über welchen Rückhalt Mussolini und das faschistische Regime im Lande noch verfügten. Der König wollte den Zeitpunkt abwarten, an dem der Sturz des Diktators keinen Bürgerkrieg heraufbeschwören würde. Je länger man aber zuwartete, desto mehr schob sich ein anderes Problem in den Vordergrund: die immer bedrohlichere Präsenz der Deutschen auf italienischem Boden. Hier galt es, den Moment zu finden, wo die beiden Kurven sich schnitten.

Die Landung der Alliierten auf Sizilien am 10. Juli und die für Italien weitgehend ergebnislose Zusammenkunft zwischen Hitler und Mussolini am 19. Juli in Feltre waren die beiden Ereignisse, die die Krise zum Ausbruch brachten. Die Einzelheiten interessieren hier nicht. In der Forschung umstritten ist, ob ein zwingender Zusammenhang zwischen dem Mißtrauensvotum des Großrats und dem Entschluß des Königs besteht, Mussolini zu entlassen. Bekannt sind die legalistischen Skrupel des Monarchen, der nach der Stellungnahme eines Verfassungsorgans verlangte, um selbst handeln zu können. Nach der monarchistischen Tradition, die sich vor allem auf die Zeugnisse des Hausministers Aquarone stützt, hat die Großratssitzung nur eine beschleunigende Wirkung gehabt. „Die Großratssitzung hatte nur die formale Bedeutung, eine schon getroffene Entscheidung um zwei oder drei Tage vorzuziehen.“¹⁴ „Konkret gesprochen, lieferte das Votum des Großrats nur einen Vorwand für den schon beschlossenen Gewaltakt.“¹⁵ Dies ist der letzte Mosaikstein in einer „monarchistischen“ Deutung des 25. Juli, derzufolge Vittorio Emanuele schon seit dem Januar 1943 – wie er 1944 rückblickend schrieb – konsequent auf eine Ablösung Mussolinis hingewirkt hatte.

De Felice hat an dieser Deutung berechnete Zweifel angemeldet. Seiner Ansicht nach haben die Erinnerungen Grandis nicht nur fast alle Zweifel ausgeräumt, daß die Aktion des Gran Consiglio in „völliger Unabhängigkeit“ von den Staatsstreichvorbereitungen von Krone und Comando Supremo ablief. Ebenso unbestreitbar scheint ihm zu sein, daß erst „die Billigung des Antrages von Grandi im Großrat den König zum Handeln veranlaßte“. Es erscheint

¹⁴ Gianfranco Bianchi, 25 luglio. Crollo di un regime, Mailand 1967¹², S. 765.

¹⁵ Ebenda, S. 658.

sehr zweifelhaft, so De Felice, „ob sich der König ohne ihn wirklich zur Aktion entschlossen hätte“¹⁶.

Ebenso umstritten ist die Frage, ob man den Sturz des Faschismus mit dem sofortigen Ausscheiden Italiens aus dem Achsenbündnis und eventuell dem Krieg gegen Deutschland zusammenfallen lassen konnte. Je schärfer der innenpolitische Frontenwechsel markiert wurde, desto eher mußte er auch direkte außenpolitische Konsequenzen nach sich ziehen. Achse und Stahlpakt verstanden sich als ideologisch motiviertes und durch die Freundschaft zwischen zwei weltgeschichtlichen Persönlichkeiten stabilisiertes Bündnis. Mit dem Sturz des Diktators entfiel sozusagen die *raison d'être* der Kriegsallianz. Hier lag ein politisch, moralisch und auch propagandistisch hochwirksames Motiv, sich aus den Bindungen an das Deutsche Reich zu lösen.

Grandi plante, beide Schritte gleichzeitig zu tun und den deutschen Truppen eine „italienische Vesper“ zu bereiten. Mitte Mai, nach der Kapitulation von Tunis und dem Verlust des letzten afrikanischen Vorpostens, standen auf dem Boden Italiens fünf deutsche und 30 italienische Divisionen¹⁷. War einmal der Bruch vollzogen, konnten die Alliierten schwerlich ihre unconditional surrender-Politik einem gegen Hitler kämpfenden antifaschistischen Italien gegenüber aufrechterhalten. Ähnliche Pläne hegten im Frühjahr 1943 manche jüngere Offiziere des Comando Supremo.

Hätte ein solcher Plan Realisierungschancen gehabt? Nach De Felice wäre „ein solcher plötzlicher Frontenwechsel nicht möglich gewesen. Und zwar nicht nur aus technischen Gründen, sondern auch und vor allem, weil [...] drei Jahre Krieg, Seite an Seite gekämpft, kaum von einem Moment auf den anderen ausgelöscht werden konnten. [...] Aus dem Alliierten von gestern den Feind von heute zu machen, [...] hätte eine militärische Krise heraufbeschworen, die größer und dramatischer gewesen wäre als die des 8. September.“¹⁸

Der Krone, den Militärs, aber auch vielen gemäßigten Antifaschisten erschien ein solcher Sprung ins Dunkle zu gefährlich. Die Risiken beider Aktionen drohten sich gegenseitig zu potenzieren. Schon Ansätze von bewaffneten Konflikten zwischen faschistischer Partei und Armee konnten den Deutschen einen Anlaß für ein schlagartiges Eingreifen bieten. „Ich halte es für unerlässlich“, schrieb Alberto Pirelli am 23. Juli, „daß der neue Regierungschef ausdrücklich erklärt, der Krieg gehe weiter ‚zur Verteidigung des vaterländischen Bodens‘.“¹⁹ Nur im Umkreis der sich herausbildenden, aber nur kleine kämpferische Eliten umfassenden linken antifaschistischen Parteien bestand ein adäquates Bewußtsein der deutschen Gefahr und die Bereitschaft,

¹⁶ Grandi, 25 luglio, S. 21.

¹⁷ Grandi, Pagine di diario, S. 1057.

¹⁸ Grandi, 25 luglio, S. 22.

¹⁹ Alberto Pirelli, Taccuini 1922/1943, Bologna 1984, S. 454.

den als globale Gefahr betrachteten Faschismus auch in seiner deutschen Gestalt sofort zu bekämpfen. In den Worten eines Führers der Aktionspartei in Norditalien: „Der Krieg geht weiter – aber gegen die Deutschen.“²⁰

Sonderfrieden oder unconditional surrender?

Die sich schon um die Jahreswende 1940/41 offenbarende militärische Schwäche Italiens hat in London eine erste intensive Debatte über die Konsequenzen eines möglichen Ausscheidens Italiens aus dem Krieg ausgelöst. Churchill gab die Richtung an, als er in seiner Unterhaus-Rede vom 25. Dezember 1940 Mussolini – „one man alone“ – zum Alleinverantwortlichen für den Kriegseintritt Italiens erklärte. Aus solchen Thesen konnte man die Aufforderung an die inneritalienische Opposition herauslesen, den Diktator zu stürzen und sich für den Fall eines Regimewechsels der Unterstützung Englands zu versichern. In der Tat hat man in London Anfang 1941 ernsthaft den Plan diskutiert, eine antifaschistische Befreiungsarmee und eine italienische Exil-Regierung in Nordafrika zu schaffen. Derartige Überlegungen scheiterten aber schon daran, daß man keine politisch und militärisch genügend profilierte Persönlichkeit fand, die die Rolle eines italienischen De Gaulle hätte übernehmen können. Anfang 1941 bestand in London auch die Hoffnung, einen Teil der italienischen Flotte durch verlockende finanzielle Angebote zum Übertritt auf die englische Seite bewegen zu können. Geheimverhandlungen liefen im Frühjahr 1941 in Stockholm²¹.

Alle derartigen Überlegungen gehörten noch zur Phase des „Parallelkrieges“ Mussolinis, der durch einen „Parallelfrieden“ beendet werden konnte. Die Situation änderte sich grundlegend, als seit den ersten Monaten des Jahres 1941 die deutsche militärische Präsenz im Mittelmeerraum immer stärker anwuchs und als das Problem Italien immer massiver in den Schatten der alliierten Kriegführung gegen Hitler-Deutschland geriet. Nun sah man in London keine Chancen mehr für ein vorzeitiges Ausscheiden Italiens aus dem Krieg. Italien erschien immer mehr als Satellit Deutschlands, der keine eigene Bewegungsfreiheit mehr besaß. Außenminister Eden schwenkte in jenen Monaten um auf die Konzeption eines „harten“ Friedens. So schrieb er am 11. August 1941: „Chances of knocking Italy out of the war (i. e. separate peace) can now be discounted since the Germans would certainly forestall any such move in Italy by converting the present moral occupation into a physical occupation of the country.“ Eden empfahl deshalb eine energische, auch gegen das metropolitane Italien gerichtete Kriegführung, da man zwischen Deutschland und Italien nicht mehr unterscheiden könne. „Each blow against Italy is a blow against Germany.“²²

²⁰ Zitiert bei Roberto Battaglia, *Storia della Resistenza italiana*, Turin 1964, S. 73.

²¹ Richard Lamb, *The ghosts of peace 1935–1945*, London 1987, S. 160 ff.

²² Ebenda, S. 169.

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion und mit dem Kriegseintritt der USA nahm der Zweite Weltkrieg jene Formen eines scharfen ideologischen Konfliktes an, der im Zeichen des Kampfes zwischen Gut und Böse stand und kaum mehr Differenzierungen zuließ. Rationale Konfliktplanung wurde damit zunehmend erschwert. Hatte Mussolini in den dreißiger Jahren von der Bundesgenossenschaft Hitlers profitiert, um sein eigenes Prestige zu erhöhen, so schlug jetzt die Verschärfung des ideologischen Gegensatzes zwischen den Demokratien und den totalitären Staaten voll auf das faschistische Italien zurück. Der übermächtige Schatten Hitlers, der Gewalt und Vernichtung zu den Prinzipien seiner Beherrschungspolitik in Europa machte, drohte jetzt Mussolini zu erdrücken. Der Kampf gegen Faschismus und Totalitarismus führte nun auf seiten der westlichen Demokratien vielfach zu einer weitgehenden Gleichsetzung von Deutschland und Italien.

Als sich um die Jahreswende 1942/43 nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in Nordafrika erstmals konkrete Chancen für ein Ausscheiden Italiens eröffneten, sah das Foreign Office keinen Grund, etwas an seiner harten Haltung, die man auch die „Katastrophen-Konzeption des Je-schlimmer-desto-besser“ nennen könnte, zu ändern. Aus dem Notenwechsel zwischen London und Washington vor dem Sturz Mussolinis geht hervor, daß Eden unter den möglichen Optionen im Zusammenhang mit einer innenpolitischen Krise in Italien eine Besetzung des Landes durch die Deutschen für am günstigsten hielt. „In diesem Fall müßten die Deutschen nicht nur die Besatzungstruppen für Italien stellen, sondern auch die italienischen Truppen an der russischen Front, in Frankreich und auf dem Balkan ersetzen.“²³

Erheblich anders beurteilte man das Problem Italien in Washington. Der Krieg war für die USA weit kürzer gewesen und hatte keine existentiellen Interessen des Landes berührt. Die Regierung Roosevelt betrachtete, auch mit Rücksicht auf das italo-amerikanische Wählerpotential und die ca. 20 Millionen amerikanischen Katholiken, die Frage nach der Zukunft Italiens milder und ohne den spätimperialistischen Ansatz der Londoner Politik, die ein gemühtes und ökonomisch wie militärisch stark geschwächtes Italien in eine zukünftige pax britannica im Mittelmeerraum einzugliedern gedachte.

Der „instrumentellen“ Konzeption der Italienfrage ist es auch zuzuschreiben, daß Italien im Januar 1943 auf der Konferenz von Casablanca – gegen die Wünsche Churchills – in die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation einbezogen wurde. Diese vor allem mit Rücksicht auf die Sowjetunion gewählte Formel schloß nicht nur alle Sonderfriedensverhandlungen mit dem faschistischen Regime rigoros aus, sondern erschwerte auch Kontaktnahmen und Absprachen mit antifaschistischen Oppositionsgruppen. So lehnte Lon-

²³ Mario Toscano, Dal 25 luglio all'8 settembre (Nuove rivelazioni sugli armistizi fra l'Italia e le Nazioni Unite), Florenz 1966, S.15.

don jede Fühlungnahme mit der Regierung Mussolini selbst ab und behandelte auch die von der Savoyer Monarchie (Duca d'Aosta, Prinzessin von Piemont) und von oppositionellen Militärs (Badoglio, Caviglia) ausgehenden Friedenssondierungen dilatorisch²⁴. Angesichts der völligen Handlungsfreiheit versprechenden unconditional surrender-Formel erschienen selbst die Minimalzusagen, die man der Opposition hätte machen müssen (Erhaltung Italiens als Einheitsstaat, keine Abtretungen von genuin italienischem Staatsgebiet, militärische Unterstützung im zu erwartenden Kampf gegen die Deutschen), als unerwünschte Vorleistungen. De facto sah man aber auch auf der italienischen Bühne keine Potenz, die an die Stelle des Faschismus hätte treten können. Selbst der König schien weitgehend von Mussolini abhängig zu sein. Der englische Botschafter im Vatikan formulierte so fast eine *communis opinio*, als er am 24. Juli 1943 schrieb: „I do not expect any serious or successful movement from any quarter against the Fascist Government [...] typhus and famine are more probable.“²⁵

So kam der Sturz Mussolinis nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Alliierten völlig überraschend. Die Überraschung bezog sich nicht nur auf den Zeitpunkt, sondern vor allem auch auf das Faktum, daß es einen eigenständigen Faktor „Italienische Politik“ noch gab, daß sich also die Katastrophen-Konzeption Edens als falsch erwiesen hatte. In aktualisierter Form kehrten jetzt alle Hoffnungen der Jahreswende 1940/41 zurück. In der Öffentlichkeit kommentierte Churchill zwar die Vorgänge mit den sarkastischen Aussprüchen, man solle die Italiener in ihrem eigenen Saft schmoren lassen und am besten noch etwas nachheizen. Er sei bereit, mit jeder Regierung zu verhandeln, wenn sie nur die Ware überbringe. Im Gespräch mit Roosevelt jedoch knüpfte er an den Umsturz in Rom die größten Hoffnungen auf eine rasche Eroberung großer Teile Italiens, einen Zugriff auf die Festung Europa von Süden her und auf eine strategische Wende im Mittelmeerraum. Eisenhower erhielt am 26. Juli die Genehmigung, die für Oktober geplante Landung auf dem festländischen Italien auf Anfang September vorzuziehen. Vor dem Unterhaus äußerte Churchill, es wäre ein schwerer Fehler, in dieser ungewissen und offenen Situation in Italien „zur Zerstörung der gesamten staatlichen Institutionen und Strukturen beizutragen“²⁶. Hier zeichnete sich schon die Unterstützung ab, die Churchill später der Regierung Badoglio gewähren sollte.

In den beiden von alliierter Seite vorbereiteten Kapitulationsinstrumenten trat die unterschiedliche Einstellung der beiden Westmächte gegenüber Italien offen zutage. Der „kurze Waffenstillstand“, der weitgehend den amerika-

²⁴ Ebenda, *passim*.

²⁵ Zitiert nach Lamb, *The ghosts of peace*, S. 191.

²⁶ Aldo A. Mola, *Corona, Governo, Classe Politica nella crisi del settembre 1943*, in: *Otto settembre 1943. L'armistizio italiano 40 anni dopo*, Rom 1985, S. 197–237, bes. 199.

nischen Vorstellungen entsprach und keinen Hinweis auf die unconditional surrender-Formel enthielt, bestand fast ausschließlich aus militärischen Klauseln. Er wurde zusätzlich abgemildert durch das sog. Quebec-Dokument vom 17. August 1943. Der „lange Waffenstillstand“ dagegen, der die englischen Vorstellungen widerspiegelte, nahm mit seinen wirtschaftlichen und politischen Forderungen direkt auf die bedingungslose Kapitulation Bezug. Er war aber im Augenblick seiner Unterzeichnung (29. September 1943) in weiten Teilen schon absolet geworden²⁷.

Beide Texte enthüllen einen tiefen Widerspruch der alliierten Italienpolitik: Die Casablanca-Formel war auf ein totalitär-faschistisches Italien zugeschnitten gewesen. Ein neues nichtfaschistisches, kooperationsbereites Italien stand sozusagen quer zu diesen Rahmenbedingungen. Die Schwerfälligkeit der Koalitionskriegführung erlaubte es aber nicht, sich den veränderten Verhältnissen rasch anzupassen. Der von der Regierung Badoglio am 3. September unterzeichnete kurze Waffenstillstand war ein Zwitter: Die meisten Bestimmungen dienten der Kontrolle und der Vernichtung des italienischen militärischen Potentials. Andere Artikel jedoch sollten die Ausnutzung eben dieses Potentials gegen den deutschen Hauptfeind garantieren. In diesem Sinne hieß es auch im Quebec-Dokument: „wherever the Italian forces or Italians fight the Germans or destroy German property or hamper German movement, they will be given all possibile support“²⁸ – eine Schizophrenie, die die alliierte Italienpolitik insgesamt charakterisierte.

Der Staatsstreich vom 25. Juli war eine rein innenpolitische Operation gewesen. Der König hatte die außenpolitische Szenerie so wenig im Blick, daß er noch im Mai/Juni geheime Friedenskontakte von alliierter Seite fürchtete²⁹. Hitler und seine Entourage dagegen waren schon am 25. Juli davon überzeugt, daß der Umsturz in Absprache mit den Alliierten erfolgt sei und daß schon Ende Juli intensive Sonderfriedensverhandlungen stattfanden. Das war eindeutig falsch. Die Forschung ist sich heute weitgehend einig darüber, daß die Behauptung Badoglios, „der-Krieg-geht-weiter“, in den ersten beiden Wochen nach dem 25. Juli einen beträchtlichen Wirklichkeitsgehalt besaß. Die Verantwortlichen in Rom hofften – im Einvernehmen mit Berlin – einen Weg zu finden, der aus dem Labyrinth des Krieges herausführen konnte.

Auf dieser Linie liegt auch, daß die nach dem 25. Juli von seiten der Regierung Badoglio initiierten, über Tanger, Lissabon und die Schweiz laufenden Waffenstillstandskontakte bis Mitte August nicht über zögernde, unverbindli-

²⁷ Die Entstehungsgeschichte der beiden Waffenstillstandstexte ist jetzt minutiös erforscht bei Bruno Arcidiacono, *Le „précédent italien“ et les origines de la guerre froide. Les alliés et l'occupation de l'Italie 1943–1944*, Brüssel 1984.

²⁸ Giuseppe Castellano, *La guerra continua*, Mailand 1963, S. 203.

²⁹ Paolo Puntoni, *Parla Vittorio Emanuele*, Mailand 1958, S. 132 (Eintragung vom 19. Mai 1943).

che Tastversuche hinaus kamen. Merkwürdigerweise richteten sich alle italienischen Friedensbemühungen an die englische Adresse. Eine Ansprache der offeneren amerikanischen Politik hätte möglicherweise bessere Ergebnisse gezeitigt. „Vor dem Waffenstillstand begriff man in Rom nicht, daß sich die Schlüssel zu der politisch-militärischen Situation nicht in London, sondern in Washington befanden und [...] daß es in den USA einiges Verständnis“ für den italienischen Fall gab³⁰. Eine andere, von der Regierung Badoglio mit Zähigkeit verfolgte Idee war, das aufziehende Unwetter vom eigenen Haus abzuwenden, indem man den Alliierten über den Vatikan und die Schweiz nahelegte, den Angriff auf die Festung Europa von Südfrankreich oder vom Balkan aus vorzutragen. Eine solche Verlagerung der Kriegsschauplätze hätte dann fast alle deutschen Divisionen aus Italien wieder „abgesogen“ und den Italienern ihre Bewegungsfreiheit zurückgeschenkt. Dieses Stoßgebet an den Heiligen Florian zeigt das in der Führungsgruppe um Badoglio vorherrschende Maß an Naivität und Illusionismus. Erst nachdem deutlich wurde, daß die Alliierten nicht von der unconditional surrender-Formel abzugehen bereit waren und als die Gefahr einer kaum mehr verhüllten Besetzung Italiens durch deutsche Truppen sich immer klarer abzeichnete, bei der Italien nur mehr ein strategisches Vorfeld bei der Verteidigung des Reiches bildete, entschloß sich die Regierung Badoglio zu einem gezielteren Vorgehen; auch jetzt jedoch war in der italienischen Führungsgruppe noch niemand bereit, die unconditional surrender-Formel anzunehmen³¹.

Am 12. August entsandte man General Giuseppe Castellano nach Lissabon. Die Ergebnisse dieser Mission, die wegen der extremen Geheimhaltungsmaßnahmen und dem langsamen Reisetempo mit dem Zug erst am 27. August vorlagen, ergaben wesentliche Aufschlüsse über die Haltung der Alliierten³². Die bedeutsamste Erkenntnis bestand darin, daß die Sieger bereit waren, die Regierung Badoglio als Vertragspartner anzuerkennen und ihr die Ausführung des Waffenstillstandes zu übertragen. Das bildete einen wertvollen Wechsel auf die Zukunft. Die zweite wichtige Einsicht war, daß die Alliierten ihre Offensive in Richtung italienisches Festland fortzusetzen und Kapitulation und Landung miteinander zu kombinieren gedachten. Auch diese Einsicht konnte die Position der Regierung Badoglio stärken, auch wenn es ihr weder gelang, Genaueres über Zeitpunkt, Ort und Umfang der Landung zu erfahren, noch ihr Ziel durchzusetzen, die Kapitulation im Anschluß an die Landung erfolgen zu lassen.

Auf italienischer Seite überschätzte man allerdings die den Alliierten zur Verfügung stehenden Streitkräfte und Machtmittel gewaltig. Waren für die Invasion Siziliens schon 12 Divisionen mit Tausenden von Flugzeugen und

³⁰ Toscano, *Dal 25 luglio*, S. 142; vgl. auch S. 175.

³¹ Emilio Lussu, *La difesa di Roma*, Sassari 1987, S. 117.

³² Piero Pieri/Giorgio Rochat, *Badoglio*, Turin 1974, S. 771 ff.

Schiffen eingesetzt worden, so stellte man sich die Eroberung des Festlandes noch grandioser vor: Hier mußte die ganze materielle Überlegenheit der Alliierten zum Zuge kommen. Nach den in Rom vorliegenden Nachrichten verfügten die Alliierten über 90 Divisionen in Nordafrika und Sizilien³³. In Wirklichkeit stellte sich die militärstrategische Lage Eisenhowers weit schwieriger dar. Für die Vorbereitung des Landungsunternehmens in Frankreich waren schon seit Juli 1943 starke Kräfte abgezogen worden. Gleichzeitig kamen Nachrichten über die dramatische Verstärkung der deutschen Streitkräfte in Italien von 8 auf 17 Divisionen. Was man sich in der Euphorie der ersten Tage nach dem 25. Juli eher wie einen Spaziergang vorgestellt hatte – die fast kampflose Besetzung Süd- und Mittelitaliens –, erwies sich immer mehr als ein militärisches Unternehmen mit erheblichen Risiken. Dem militärischen Potential Italiens kam so plötzlich eine Schlüsselrolle zu. Von einer erfreulichen Nebenwirkung der geplanten Landung wurde die Kapitulation Italiens zu ihrer Voraussetzung. Diese grundlegende Veränderung der militärisch-strategischen Lage sollte aber den Italienern auf jeden Fall verborgen bleiben. Castellano verhandelte so in Lissabon und in Cassibile, ohne den „gigantic bluff“ (Eisenhower) der Alliierten zu erkennen.

Bestanden so auf italienischer Seite große, von den Alliierten bewußt genährte Illusionen über Umfang und Konsistenz der alliierten Landungsgruppen sowie über Zeit und Ort der Landung, so förderte Rom gleichzeitig die Illusionen der Alliierten über Leistungsbereitschaft, Kampfkraft und Einsatzfähigkeit der italienischen Truppen. Im Sinne der zwischen dem 2. und 6. September für den Fall eines Konfliktes mit den Deutschen erlassenen Geheimbefehle „Memoria OP 44“ und „Promemoria I“³⁴ sprach Castellano in Cassibile davon, daß die Italiener nach dem Bruch der Achse die Deutschen aus eigener Initiative an allen Orten angreifen würden. In völligem Widerspruch zu den pessimistischen Lage-Analysen der ersten „Friedenstauben“ gab sich Castellano den Alliierten gegenüber optimistisch: Die Regierung sei wahrscheinlich in der Lage, die Herrschaft in Süd- und Teilen Mittelitaliens in der Hand zu behalten³⁵. Aufgrund dieser illusionären Einschätzung fanden sich die Alliierten bereit, in gegenseitiger Absprache die Entsendung einer Luftlandedivision in die unmittelbare Nähe Roms einzuplanen. Ein solches Unternehmen hätte neben seiner militärischen Bedeutung einen enormen psychologischen und politischen Wert für die Italiener haben können. Es hätte die Engländer und Amerikaner verpflichtet, sich mit ihrem vollen Ge-

³³ Pirelli, Taccuini, S. 446.

³⁴ Le operazioni delle unità italiane nel settembre-ottobre 1943, Rom, Ufficio Storico dello Stato Maggiore dell'Esercito 1975, S. 61 ff.

³⁵ Die Protokolle der Verhandlungen in Cassibile am 31. August 1943 sind in dieser Beziehung aufschlußreich; vgl. dazu Romain H. Raincro, Gli armistizi di settembre, in: Otto settembre 1943, S. 36–42.

wicht für die Verteidigung Roms einzusetzen. Warum dieses Unternehmen am Ende abgesagt wurde, und ob es sowohl von italienischer wie von alliierter Seite überhaupt ernsthaft geplant worden ist, darüber gehen die Ansichten in der Forschung noch weit auseinander³⁶.

Die Regierung Badoglio

Mit der Ernennung von Pietro Badoglio zum neuen Regierungschef kehrte jener Spitzenmilitär ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zurück, der in früheren Phasen des Zusammenspiels zwischen Faschismus und Monarchie als Garant piemontesisch-savoyischer militärischer Solidität gegolten hatte. Wegen seiner langjährigen Stellung als Generalstabschef aller Streitkräfte (1925–1940) und als Sieger im Abessinienkrieg besaß er unter allen Militärs den höchsten Bekanntheitsgrad³⁷. Zudem galt er weder im faschistischen noch im antifaschistischen Sinne als zu stark profiliert. Das Foreign Office hielt Badoglio schon 1940/41 für den wahrscheinlichen Kandidaten der Monarchie, falls der Faschismus abtreten sollte. Seine Amtsenthebung durch Mussolini nach dem militärischen Desaster in Griechenland verschaffte ihm in manchen Kreisen sogar die Aureole des standhaften Regime-Gegners. In seinen Memoiren hat er sich die Aura gegeben, er sei wie einst Cincinnatus aus völliger Zurückgezogenheit zur Rettung der Nation an die Regierungsspitze gerufen worden. In Wirklichkeit hat er, wie zahlreiche, vor allem über den Senat laufende Kontakte zeigen, zielbewußt die Nachfolge Mussolinis angestrebt.

Das ihm von Vittorio Emanuele III. weitgehend vorgegebene Kabinett bestand aus politisch unprofilieren und fast unbekanntem Technikern und aus der Ministerialverwaltung stammenden Fachleuten. Machtvakuum und Machtkonzentration sind die beiden Begriffe, unter die man die bis zur Kapitulation reichenden 45 schicksalsreichen Tage der Regierung Badoglio stellen könnte. Das Kabinett trat nur zweimal zusammen und beschränkte sich weitgehend auf Routineverwaltung. Die wirklichen Entscheidungen lagen in der Hand von wenigen: König Vittorio Emanuele III., Badoglio, Generalstabschef Ambrosio, Außenminister Raffaele Guariglia, Hausminister Pietro Aquarone. Gleichzeitig führte der Sturz Mussolinis und die von der Regierung Badoglio vorsichtig ins Werk gesetzte Entfaschisierung des politischen und gesellschaftlichen Systems zu einer enormen psychologischen Befreiung und zu einer Revitalisierung politischer und gesellschaftlicher Energien³⁸. Unter dem Druck der aus der Illegalität auftauchenden und sich reorganisierenden anti-

³⁶ Vgl. die neueste Darstellung von Ennio Di Nolfo, *Le paure e le speranze degli italiani (1943–1953)*, Mailand 1986, S. 48 ff, 286.

³⁷ Pieri/Rochat, *Badoglio*, S. 771 ff.

³⁸ *L'Italia dei quarantacinque giorni*. 1943, 25 luglio – 8 settembre, Mailand 1969.

faschistischen Kräfte öffneten sich die Gefängnisse, kehrten die Opponenten von den Verbannungsinseln zurück, entstanden in einem nach außen hin weiterhin strikt reglementierten und von oben her in „achsentreuem“ Sinn gesteuerten Regime neue, halblegale Formen der Parteiorganisation und der antifaschistischen Kooperation. Das Gefühl, von einer mehr als zwanzig Jahre dauernden Oppression befreit zu sein, verband sich aber mit der Furcht vor der seit Ende Juli sichtbar werdenden Invasion der Apenninenhalbinsel durch deutsche Truppen.

Die Aufgabe der neuen Regierung, Italien aus dem Krieg herauszuführen oder einen Frontenwechsel zu bewerkstelligen, ohne eine große Katastrophe auszulösen, war angesichts der politischen und militärischen Situation Ende Juli fast verzweifelt. Auch Personen größerer moralischer und politischer Statur als die in diesem Moment Handelnden hätten sich angesichts einer solchen Aufgabe vermutlich der Macht der Umstände beugen müssen. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, Ernst von Weizsäcker, berichtete am 27. Juli eine Äußerung aus dem Vatikan: „Die Aufgabe von Badoglio ist unlösbar, denn er hat weder die Mittel, den Krieg fortzusetzen, noch einen Weg, ihn zu beenden.“³⁹ „Der Krieg geht weiter“, lautete die Parole, mit der die Regierung Badoglio sich einer sofortigen gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Deutschland Hitlers entziehen wollte. Doch wieviel Realitätsgehalt hatte diese Formel?

Hitler war vom ersten Moment an überzeugt, daß die machiavellistischen Italiener den Bündniswechsel, d. h. den „Verrat“, von langer Hand vorbereitet hatten und nur auf Zeit spielten, um den Ausstieg aus dem Achsenbündnis zu perfektionieren und vielleicht gar die Deutschen in eine riesige Falle zu locken. Hitlers Pläne, mit der Aktion „Eiche“ den König, die Regierung und die militärische Führung in einem militärischen Handstreich „auszuheben“ und eine republikanisch-faschistische Ersatzregierung an deren Stelle zu setzen, standen kurz vor der Realisierung⁴⁰. Solche Pläne, zu denen auch die Gefangennahme des Papstes gehörte, scheiterten aber an der Umsicht der Italiener, die rasch Verstärkungen zum Schutz der Hauptstadt heranzogen, und am Widerstand der politisch und militärisch verantwortlichen Deutschen in Italien, die – wie Kesselring, Mackensen, Rintelen und Ruge – den Kooperationswillen der Italiener für aufrichtig hielten und sich vom Regimewechsel z. T. sogar eine Stärkung der italienischen Kriegsanstrengungen erhofften. Keine Solidarität auf Leben und Tod also, aber Fortsetzung der Allianz auf

³⁹ Friedrich-Karl von Plehwe, Als die Achse zerbrach. Das Ende des deutsch-italienischen Bündnisses im Zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 1980, S. 208.

⁴⁰ Für die deutsche Seite grundlegend: Josef Schröder, Italiens Kriegsausritt 1943. Die deutschen Gegenmaßnahmen im italienischen Raum: Fall „Alarich“ und „Achse“, Göttingen 1969.

Zeit, bis eine Absprache der beiden Seiten über ein die deutschen Interessen gewährleistendes Ausscheiden Italiens aus dem Krieg getroffen war.

Die Möglichkeiten für eine solche Absprache waren freilich beschränkt. Achsenbündnis und Stahlpakt waren in der Selbstinterpretation der Vertragspartner ein weltanschaulich motivierter Bündnispakt absoluter Solidarität, der einen Ausstieg oder auch nur eine Überprüfung der Bündnisverpflichtungen rebus sic stantibus quasi per Definition ausschloß. In Artikel 5 des Stahlpaktes verpflichteten sich die beiden Partner, „im Falle eines gemeinsam geführten Krieges Waffenstillstand und Frieden nur in vollem Einverständnis miteinander abzuschließen“. Die Propaganda hatte, gerade auch auf italienischer Seite, diese „mythische“ Seite des Bündnisses, das „Bis-zum-Ende-marschieren“, die „unzerstörbare Freundschaft“, stark betont.

Aus Furcht und mangelndem Selbstvertrauen ließ sich die Regierung Badoglio darauf ein, das Drama der „Nibelungentreue“ bis zur Kapitulation zu spielen. Nicht nur „der Krieg geht weiter“, sondern auch „Italien hält sich an das gegebene Wort“, wie es in der Antrittsbotschaft Badoglios vom 25. Juli hieß. Badoglio äußerte noch am 3. September, wenige Tage vor der Verkündung des Waffenstillstandes: „Ich bin der Marschall Badoglio. Ich gehöre zu den drei ältesten Marschällen Europas [...] Ich habe mein Wort gegeben, und ich stehe zu meinem Wort.“⁴¹

Auf deutscher Seite prägte das Klima absoluten Mißtrauens gegenüber der italienischen Hinterlist und Treulosigkeit von vornherein das Verhandlungsklima. Nach dem 25. Juli saß man sich – hinter einer Fassade formaler Höflichkeit – sozusagen mit entsichertem Revolver gegenüber. Das gilt für die militärischen und politischen Verhandlungen in Tarvisio und Bologna, das gilt vor allem für die Haltung der politischen und militärischen Führung in Berlin und im Führerhauptquartier in Ostpreußen. „Vor Ort“ sahen die Dinge vielfach anders aus. Eine über Jahre praktizierte und in vielen Fällen auch gut funktionierende „Waffenbrüderschaft“ ließ sich nicht über Nacht in Feindschaft verkehren. Kontakte, Vertrautheiten, Freundschaften blieben nicht selten erhalten und bewährten sich sogar am 8./9. September.

Unter dem Diktum des „Verrates“ hat die deutsche Politik und Propaganda nach dem 8. September das italienische Verhalten gebrandmarkt⁴². Dieser Verratsvorwurf hat ganz wesentlich das Klima der letzten Jahre bis zum Zusammenbruch 1945 geprägt. Der „Verrat auf italienisch“ oder der „Verrat auf deutsch“⁴³ bestimmen auch heute noch vielfach die Urteile über diesen Zeitabschnitt. Angesichts des Charakters der nationalsozialistischen Diktatur nahmen die Italiener eine Art Naturrecht auf Auflösung des für sie

⁴¹ Rudolf Rahn, *Ruheloses Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Düsseldorf 1949, S. 228.

⁴² Jens Petersen, *Deutschland und der Zusammenbruch des Faschismus im Sommer 1943*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, 1/1985, S. 51–69.

⁴³ Erich Kuby, *Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte*, Hamburg 1982.

unhaltbar gewordenen Bündnisses in Anspruch. In den Worten Raffaele Guariglias: „Jeder Mensch hat das Recht auf Selbstmord. [...] Aber kein Mensch, dem das Schicksal seines Volkes anvertraut ist, hat das Recht, die ganze Nation unter dem Vorwand zum Selbstmord zu treiben, die Ehre verlange das diabolische Beharren in dem Irrtum, der von einer einzelnen Person oder einer herrschenden Klasse begangen worden ist.“⁴⁴ „Mit dem Nazismus“, so schreibt Domenico Bartoli, „hatte sich Deutschland außerhalb der modernen Kultur gestellt. Mit ihm konnte man nicht verhandeln wie mit einem anderen westlichen Land des 20. Jahrhunderts. Es blieb nichts anderes übrig als es zu täuschen.“⁴⁵

Wer ein in gegenseitiger Absprache vorgenommenes Ausscheiden Italiens für möglich hielt, verkannte völlig den Charakter Hitlers und das Wesen des Weltkonfliktes. Zu dieser Problematik schrieben selbstkritisch die Autoren des Kriegstagebuchs des OKW: „Abwegig war auch die Kennzeichnung der italienischen Kapitulation als ‚Verrat‘. Man wußte auf deutscher Seite seit langem, daß Italien am Ende der Kräfte und Möglichkeiten war. [...] Eine realistische Überprüfung der Lage hätte in Deutschland zu der Einsicht führen können, daß es richtiger gewesen wäre, gemeinsam, mit Mussolini oder Badoglio, den Krieg zu beenden.“⁴⁶

Daß es jenseits dieses Naturrechts auf Bündnislösung die konkrete Form des kaum rühmlichen Geheimnisverrats gegeben hat, läßt sich ebensowenig bestreiten. Alle vier im August entsandten italienischen Unterhändler brachten den Alliierten als Morgengabe die neuesten deutschen Aufmarschpläne mit. Die Bombardierung des deutschen Hauptquartiers in Frascati am Mittag des 8. September etwa beruhte auf den Angaben Castellanos⁴⁷.

Viele Italiener hielten damals ein einvernehmliches Ausscheiden aus dem Achsenbündnis gleichwohl für möglich. Für diese sowohl vor wie nach dem 25. Juli lebendigen Hoffnungen, die von fast der gesamten faschistischen wie liberalkonservativen Führungselite geteilt wurden, finden sich zahlreiche Belege, etwa in den Tagebüchern von Marschall Caviglia oder in den erst vor kurzem publizierten Aufzeichnungen von Alberto Pirelli⁴⁸. Dieser gehörte zu den führenden Industriellen Italiens und verfügte auch in den Kriegsjahren über zahlreiche Auslandskontakte. Als Präsident des Mailänder Istituto di Studi Politici Internazionali und als potentieller Kandidat für das Amt des Außenministers in einer postfaschistischen Regierung gehörte er zu den best-

⁴⁴ Raffaele Guariglia, *Ricordi 1922–1946*, Neapel 1950, S. 558 f.

⁴⁵ Domenico Bartoli, *L'Italia si arrende. La tragedia dell'8 settembre 1943*, Mailand 1983, S. 62, 219.

⁴⁶ Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Percy E. Schramm, Bd. 3, Frankfurt/Main 1963, S. 1530.

⁴⁷ Bartoli, *L'Italia si arrende*, S. 66, 68.

⁴⁸ Pirelli, *Taccuini*, S. 460 ff.; Enrico Caviglia, *Diario (aprile 1925–marzo 1945)*, Rom 1952, S. 404–410, 420 f., 430.

informierten Italienern jener Monate. Auch Pirelli begriff erst schubweise und viel zu spät, wie enorm gefährlich die Situation war. Er hielt noch bis zum September eine Absprache mit Deutschland für möglich und glaubte bis in den August hinein, daß Italien den Westmächten gegenüber noch über beträchtlichen Verhandlungsspielraum verfügte. Nach seinen noch Ende August bestehenden Vorstellungen sollte Italien sogar als „Treuhand“ Deutschlands die Konditionen für einen allgemeinen Frieden aushandeln. Eine Ablehnung dieser Vorschläge durch die Deutschen hätte Italien dann das Recht auf Separatfriedensverhandlungen gegeben⁴⁹. Daß derartige Vorstellungen nicht völlig aus der Luft gegriffen waren, zeigt die Tatsache, daß auch auf alliierter Seite ähnliche Ideen zirkulierten. Sowohl General Marshall wie General Eisenhower glaubten in den ersten Tagen nach dem 25. Juli, daß sich der Rückzug Italiens aus dem Krieg in Absprache mit den Deutschen und über einen partiellen Waffenstillstand vollziehen könne⁵⁰.

Diese Hoffnungen zeigen eindrucksvoll, daß in Italien eine bemerkenswerte Unkenntnis über den Charakter des NS-Regimes und über die Planungen in Berlin herrschte. Das hing u. a. mit dem Abkommen der beiden Geheimdienste der Achsenmächte zusammen, nicht im Land des Partners zu recherchieren. Schon ein flüchtiger Blick auf die diplomatischen Berichte, die Tagespublizistik, die Buchliteratur und andere Informationsquellen beweist, in welch geringem Maße die politischen und militärischen Führungsgruppen in Italien über die realen Vorgänge in Deutschland orientiert waren⁵¹. Nach dem 25. Juli verschlechterten sich diese Informationsmöglichkeiten noch. Nach dem Ausscheiden Dino Alfieris war Italien zunächst nicht mehr durch einen Botschafter in Berlin vertreten. Auch die außerdiplomatischen Informationskanäle scheinen von der Regierung Badoglio völlig ungenügend genutzt worden zu sein. Weder wurden Sondermissionen nach Berlin entsandt, noch holte man die italienischen Deutschlandexperten zu Lageanalysen heran. Den Italienern blieben so die schweren Meinungsdivergenzen im deutschen Lager verborgen. Man erfuhr auch wenig Genaues über die militärischen Planungen im Umkreis von „Alarich“, „Konstantin“, „Eiche“ und „Schwarz“. In völliger Ungewißheit schwebte man, was die militärische Gesamtplanung der Deutschen anging. Noch in den Nachtstunden des 8./9. September gab es die größten Illusionen darüber, bis zu welcher nördlichen Grenze die Wehrmacht die Apenninenhalbinsel räumen werde.

Innenpolitisch hatte die Regierung Badoglio einen äußerst gewagten Balanceakt zu vollbringen. Sie mußte sich so weit von der faschistischen Vergangenheit lösen, daß sie zumindest einen minimalen Teil der Erwartungen und

⁴⁹ Pirelli, Taccuini, S. 473 ff.

⁵⁰ Toscano, Dal 25 luglio, S. 193 f.

⁵¹ Jens Petersen, *Italia e Germania: due immagini incrociate*, in: *L'Italia nella seconda guerra mondiale e nella Resistenza*, Mailand 1988, S. 45–63.

Forderungen des sich herausbildenden antifaschistischen Parteienspektrums erfüllen konnte. Nach außen hin sollte diese Distanznahme auch so deutlich ausfallen, daß die Regierung Badoglio als glaubwürdige Repräsentantin des postfaschistischen Italien erscheinen konnte, hatte doch die alliierte Kriegspropaganda immer wieder betont, daß der Kampf Mussolini und dem faschistischen System, nicht der italienischen Nation gelte. Viel Erfolg hatte die italienische Regierung damit zunächst nicht. Die Alliierten beharrten zur größten Erleichterung der Deutschen auch nach dem 25. Juli auf der unconditional surrender-Forderung und setzten nach kurzer Atempause den Krieg mit unverminderter Härte fort. Die deutsche Seite sah darin „maßlose Dummheit und Ungeschicklichkeit“. Der Wunsch nach einem „Haßfrieden“ verhindere offenbar großzügige Friedensangebote. Erklärtes Ziel der Alliierten, so schrieb die SS-Zeitung *Das Schwarze Korps*, sei „die Auslöschung der italienischen Nation“ als staatlich-machtvoller Organismus⁵².

Auf der anderen Seite durfte die Regierung Badoglio die Distanznahme zum Faschismus der deutschen Optik wegen nicht zu deutlich betonen. Ihre Politik durfte keinesfalls offen antifaschistische Züge annehmen, die in eindeutigem Widerspruch zu dem regierungsamtlichen Kurs der Bündnistreue und der Kriegsfortsetzung gestanden hätten. Sie mußte also nichts mehr fürchten als Volksbewegungen, massenmobilisierende Friedensdemonstrationen, antideutsche Handlungen, Streiks und einen sichtbar werdenden gesellschaftlichen Pluralismus. Dazu aber kam es. Der Sturz Mussolinis wurde von einer Welle von Freudenkundgebungen, von Loyalitätsbezeugungen gegenüber der Monarchie und der neuen Regierung, aber auch von Gewaltakten gegenüber den Personen, Institutionen und Symbolen des gewesenen faschistischen Regimes begleitet. In den Tagen nach dem 25. Juli kam es außerdem zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen und Streiks, die – vor allem im norditalienischen Industriedreieck Turin, Genua, Mailand – mit den Forderungen nach Wahl eigener Gewerkschaftsvertretungen, der Freilassung aller politischen Gefangenen und der Beendigung des Krieges auch rasch eindeutig politischen Charakter annahmen.

Die Regierung Badoglio antwortete darauf im Zeichen eines „Ruhe-ist-die-erste-Bürgerpflicht“ mit großer Härte. Zum ersten Mal seit Bestehen des Einheitsstaates wurde über ganz Italien der Belagerungszustand verhängt. Mit Versammlungs-, Demonstrations- und nächtlichem Ausgehverbot griff die Regierung härter zu, als dies je in der faschistischen Zeit geschehen war. Nicht nur Polizei und Carabinieri, sondern auch beträchtliche Teile der in Italien verfügbaren Truppen wurden eingesetzt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Ausübung der zivilen Gewalt ging von den Präfekten auf die Standortkommandeure über. Wie unerbittlich man vorzugehen beabsichtigte,

⁵² Petersen, *Deutschland und der Zusammenbruch des Faschismus*, S. 54.

zeigte das am 26. und 27. Juli erlassene „Zirkular Roatta“, das jede Störung der öffentlichen Ordnung zum „Verrat“ an der Nation erklärte. „Wenig rechtzeitig vergossenes Blut erspart Ströme von Blut später. Jede Bewegung muß deshalb unerbittlich zu Beginn erstickt werden.“⁵³ Angeordnet wurde deshalb der sofortige Gebrauch der Schußwaffen, der Einsatz auch schweren Kriegsgeschützes bei Massenversammlungen und die sofortige Erschießung von Rädelführern. Auch sonstige Formen der Verunglimpfung von und des Widerstandes gegen Polizei und Heer sollten mit sofortiger Hinrichtung geahndet werden.

Die Demonstrationen und Streiks weiteten sich bis zum 28. Juli erheblich aus. Mailand war am 27./28. Juli durch den Streik von 300 000 Arbeitern praktisch lahmgelegt. Ähnliche Situationen gab es in anderen Industriebezirken Norditaliens. Formationen des Heeres wurden eingesetzt, um in den Fabriken die Wiederaufnahme der Arbeit zu erzwingen. Die Mischung aus staatlichem Unterdrückungszwang und gesellschaftlichem Freiheitsdrang war explosiv. Bei Zusammenstößen zwischen Staatsgewalt und Bevölkerung kamen zwischen dem 25. Juli und dem 8. September 1943 105 Personen ums Leben, 572 wurden verletzt, 2455 verhaftet, zahlreiche Verurteilungen durch Militärgerichte ausgesprochen⁵⁴. In Reggio Emilia und in Bari feuerte das Heer in die Menge, mit jeweils einem Dutzend Tote. Mit besonderer Aufmerksamkeit bemühte sich die Regierung darum, jede Form von Deutschlandkritik und Deutschlandfeindlichkeit zu unterdrücken, nachdem am 26. Juli das deutsche Konsulat in Turin von feindseligen Demonstranten besetzt und ausgeplündert worden war.

Als nach einer kurzen Pause, die dem Sturz Mussolinis folgte, die alliierten Luftangriffe wieder mit voller Wucht einsetzten und beträchtliche Teile vor allem der norditalienischen Großstädte in Schutt und Asche sanken, kam es Mitte August vor allem in Piemont und in der Lombardei zu einer zweiten großen Streikwelle, die ebenfalls mit Forderungen nach sofortigem Friedensschluß, Entlassung der kommunistischen Häftlinge und starken deutschfeindlichen Akzenten deutliche politische Züge trug⁵⁵. Die Regierung, die zeigte sich immer klarer, war zum Handeln gezwungen. Die Forderungen nach Waffenstillstand und Frieden, die immer lauter wurden, ließen sich nicht länger ignorieren.

8. September 1943

Am Abend des 8. September verkündete Eisenhower den am 3. September in Cassibile (Sizilien) unterzeichneten Waffenstillstand. Die Regierung in Rom

⁵³ Der Text findet sich abgedruckt in: *L'Italia dei quarantacinque giorni*, S. 11 f.

⁵⁴ Ebenda, S. 408.

⁵⁵ Ebenda, S. 362 ff.

hatte für diesen Moment nur unzureichende und kaum koordinierte Vorbereitungen getroffen. Der Primat der äußersten Geheimhaltung der Waffenstillstandsverhandlungen, in die bis zuletzt kaum mehr als ein Dutzend Personen eingeweiht waren, hatte jede psychologische Vorbereitung auf den Frontenwechsel verhindert. Andererseits ließ auch die alliierte Führung die Italiener bis zuletzt im ungewissen über den Zeitpunkt der Verkündung des Waffenstillstandes und über den Ort der Landung auf dem italienischen Festland. Bedingt durch eine Reihe von Mißverständnissen und gewagten Spekulationen rechneten Badoglio und seine Mitarbeiter mit der Bekanntgabe des Waffenstillstandes frühestens am 12. September. Diese vermeintliche Verlegung des Termins (in Wirklichkeit hatten die Alliierten das Datum rigoros geheimgehalten) wurde rückschauend zum großen Alibi der gesamten militärischen Memoirenliteratur. Es sind aber große Zweifel angebracht, ob die Italiener am oder nach dem 12. September militärisch besser gerüstet gewesen wären für einen Konflikt mit den Deutschen⁵⁶. In der Zeit vom 3. bis 7. September gab es jedenfalls keine operativen Vorbereitungen für einen Kampf, ja nicht einmal für eine Ablösung von den Deutschen⁵⁷.

Die Geheimhaltung ging so weit, daß selbst die Minister und Generalstabschefs von Marine und Luftwaffe nicht in die Verhandlungen eingeweiht wurden und erst im letztmöglichen Moment von den Bedingungen des Waffenstillstands erfuhren. So kam es, daß die Flottenführung noch am 7./8. September einen letzten großen Einsatz gegen die alliierten Landungsflotten plante, ein glorioses Selbstaufopferungsunternehmen im Stil der deutschen Flottenplanungen vom Oktober 1918⁵⁸. Diese rigorose Geheimhaltungspolitik hatte freilich manches für sich, vor allem, daß auch die deutsche Seite bis zuletzt im ungewissen blieb. Er könne nicht anders, als den Versicherungen Marschall Badoglios Glauben zu schenken, telegraphierte Botschafter Rudolf Rahn am 8. September vormittags nach Berlin.

Im Bewußtsein der deutschen Beteiligten und in den Thesen der deutschen Propaganda hat sich nach dem 8. September die Vorstellung festgesetzt, einer riesigen kollektiven Lügenkomödie beigewohnt zu haben. Ein Teil der Wut- und Rachegefühle erklärt sich auch aus diesem Eindruck, dupiert worden zu sein. Nichts falscher als das. Die „machiavellistische Verstellung“ war deshalb so erfolgreich, weil sie – bis in die höchsten Führungsspitzen – gar keine Verstellung war. Zahlreiche Italiener waren tatsächlich gewillt, die Allianz fortzusetzen. Die deutschen Geheimdienste fanden so zwar manche Indizien für italienisch-alliierte Kontakte, bis zuletzt aber keine überzeugenden Beweise für die im Gang befindlichen Verhandlungen. Selbst das

⁵⁶ Lussu, *La difesa di Roma*, S. 206 ff.

⁵⁷ Pierluigi Bertinaria, *Il Comando Supremo e lo Stato Maggiore dell'Esercito dal 25 luglio all'8 settembre 1943*, in: *Otto settembre 1943*, S. 95.

⁵⁸ Gino Galluppini, *L'armistizio e la marina*, in: *Ebenda*, S. 147–160.

Verschwinden der engsten Mitarbeiter Ambrosios erregte kein zusätzliches Mißtrauen auf deutscher Seite. „Dollmann, Kappler und – auf höherer Ebene – Himmler verloren die Spionage-Pokerpartie. Das war eine entscheidende Niederlage. Wenn Hitler präzise Beweise für das gehabt hätte, was er intuitiv ahnte, so wäre seine Rache über die Monarchie und über Badoglio hereingebrochen, und eine neue, von ihm eingesetzte Regierung hätte den Waffenstillstand aufgekündigt.“⁵⁹

Die Kosten dieser absoluten Geheimhaltungspolitik erwiesen sich andererseits als extrem hoch. Hinzu kamen am 8. und 9. September selbst unklar und zweideutig formulierte und vielfach zu spät versandte Befehle an die Armeekommandos. De facto traf die Verkündung des Waffenstillstands die italienischen Streitkräfte in einem Zustand der Demoralisierung, der Konfusion und der vorzeitigen Auflösung, der es den Deutschen leicht machte, die bis ins einzelne vorbereiteten Entwaffnungs- und Übernahmepläne in Italien und in den italienischen Besatzungsgebieten in Südfrankreich und auf dem Balkan ins Werk zu setzen. Der „Kampf um Rom“ ging schon am 9./10. September verloren. Vermutlich hatte die Regierung schon am 6. September für den Fall eines deutschen Angriffs beschlossen, die Hauptstadt aufzugeben⁶⁰. Die in und um Rom postierten italienischen Divisionen wurden mit geringer Mühe entwaffnet. Immerhin kam es auf der Via Appia zu einer partiellen Verschmelzung von militärischem und zivilem Widerstand. Ob bei entschlossenerem Willen zur Mobilisierung aller Widerstandskräfte eine erfolgreiche Verteidigung der Hauptstadt möglich gewesen wäre, darüber gehen die Meinungen auch heute noch weit auseinander. Der kommunistische Historiker Ruggero Zangrandi bejaht diese Frage leidenschaftlich. Emilio Lussu dagegen, der profilierteste Militärexperte des Antifaschismus, hat angesichts der objektiven Kräfteverhältnisse die Chancen am 8. September sehr skeptisch beurteilt⁶¹.

Diese Stunden, in denen – wörtlich – über Nacht ein Millionenheer vom Erdboden verschwand, diese „dunkelsten Stunden der italienischen Militärgeschichte“, stecken als Trauma im Kollektivbewußtsein der Nation. So ist es kein Wunder, daß die auf den 8. September hinführenden Ereignisse und der schließliche Zusammenbruch zu den umstrittensten und am intensivsten erforschten Momenten der italienischen Zeitgeschichte gehören. Ein von der Regierung Bonomi eingesetzter Untersuchungsausschuß über „die ausgebliebene Verteidigung Roms“ hat 1944/45 versucht, Licht in die Septembervorgänge zu bringen. Eine Reihe von weiteren, dem gleichen Zeitraum gewidmeten Beleidigungs- und Verleumdungsprozessen hat die Geschichte Italiens in den fünfziger Jahren begleitet. Die Memoiren, Augenzeugenberichte und

⁵⁹ Bartoli, *L'Italia si arrende*, S. 81.

⁶⁰ Lussu, *La difesa di Roma*, S. 238 f.

⁶¹ Ebenda, S. 189 ff.: „Strategia della difesa di Roma e forze contrapposte.“

journalistischen Reportagen zählten rasch nach Hunderten und blieben bald nur noch für den Spezialisten überschaubar. In dem dichten Netz von Lügen, Halbwahrheiten, Entstellungen, Fälschungen und Verschweigungen drohte jeder hängenzubleiben, der sich in dieses Labyrinth begab.

In den sechziger Jahren versuchte Zangrandi mit detektivischem Scharfsinn und zahlreichen Indizienbeweisen, die widersprüchlichen Befunde in einen logisch haltbaren Gesamtzusammenhang zu bringen⁶². Seiner Auffassung nach haben die Wochen vor dem 8. September – „ein fundamentaler Knotenpunkt der italienischen Geschichte“ – für das Volk die Chance geboten, „sich aus dem Status der Unterwerfung zu befreien, in dem es über siebenzig Jahre lang von einer rückständigen, kurzsichtigen und grausamen Führungsklasse gehalten worden war“⁶³. Um die Staatskontinuität zu wahren und Hof und Regierungsspitzen dem Zugriff der Deutschen zu entziehen, habe die Regierung Badoglio bewußt jede militärische Planung für den Ernstfall unterlassen und jeden Kontakt mit den sich organisierenden antifaschistischen Volkskräften vermieden. Ihr langfristiges Ziel sei die Aufrechterhaltung der Machtpositionen der alten Führungsschichten gewesen, ein gesellschafts- und innenpolitischer Primat also, dem man bewußt alle patriotischen und nationalen Interessen geopfert habe. Zangrandi geht so weit, der Regierung Badoglio ein bewußtes Zusammenspiel mit der deutschen militärischen Führung zu unterstellen. Nur mit der Annahme einer geheimen Absprache Kesselring-Badoglio lasse sich die erfolgreiche Flucht von Hof und Regierung erklären, nur so fänden auch die zahlreichen Versäumnisse, Fehler und Unterlassungen einen logischen Zusammenhang. „Diejenigen, die in den 45 Tagen Badoglios die Kontrolle der Situation in der Hand hatten“, so Zangrandi weiter, „beherrschte in Wirklichkeit *ein* zentrales Motiv: [...] es galt unter allen Umständen zu verhindern, daß das Volk als Protagonist intervenierte [...], indem es aufstand und gegen die Deutschen kämpfte.“⁶⁴

Die Forschungen Zangrandis haben zu heftigen Polemiken und zu einem Beleidigungsprozeß geführt, in dessen Verlauf Mitte der sechziger Jahre zum ersten Mal die Protokolle und Ergebnisse der regierungsamtlichen Untersuchungskommission über den 8. September der Öffentlichkeit zugänglich wurden. Auf diesen neuen Materialien basiert ein Gutteil der Geschichts-

⁶² Ruggero Zangrandi, 1943: 25 luglio – 8 settembre, Mailand 1964; ders., 1943: l'otto settembre, Mailand 1967; ders., L'Italia tradita. 8 settembre 1943, Mailand 1971. Der inoffizielle und geheimgehaltene Abschlußbericht der Untersuchungskommission über den 8. September war im März 1945 schon zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen: „I veri interessi del Paese sono stati deliberatamente traditi in quanto il perseguirli nella loro integrità avrebbe comportato una linea di condotta e l'impiego di forze che avrebbe potuto in seguito seriamente pregiudicare gli interessi di quelle classi e di quelle istituzioni responsabili dell'avvento e della permanenza al potere del fascismo“. Brief des Ausschußvorsitzenden M. Palermo an I. Bonomi vom 5. März 1945, in: Ebenda, S. 349–353.

⁶³ Zangrandi, Italia tradita, S. 9.

⁶⁴ Ebenda, S. 10.

schreibung der letzten beiden Jahrzehnte. Zangrandi hat dabei Zustimmung und Ablehnung gefunden. Seine Behauptung eines bewußten Zusammenspiels mit den Deutschen, für die es keine dokumentarischen Beweise, sondern nur Indizien gibt, ist von der Forschung mehrheitlich nicht akzeptiert worden. Die These eines innen- und gesellschaftspolitischen Primats unter antikommunistischen Vorzeichen hat dagegen weitgehende Zustimmung gefunden. Die Furcht vor dem Kommunismus und einer sozialen Revolution gilt diesen Interpreten als der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der Politik Badoglios.

Die antifaschistische Linke – und hier vor allem die Kommunisten – haben die Beurteilung des 8. September rückblickend mit einer Generalurteilung einer ganzen Führungselite und ihres Politikverständnisses verbunden. In den Worten von Ernesto Ragionieri: „Im Rahmen einer kollektiven Tragödie, die die gesamte Nation erfaßte, bildete der 8. September das dunkelste Kapitel im Rechnungsbuch der italienischen Führungsschichten. Hier sah man, auf den schmalen Raum einer entscheidenden und beispielhaften Probe zusammengedrängt, in augenfälliger Weise alle Züge von Egoismus, Furchtsamkeit, Inkompetenz und Nachlässigkeit gegenüber dem Schicksal des eigenen Landes, die diese Gruppen in ihrer ganzen Geschichte ausgezeichnet hatten.“⁶⁵ Nicht weniger entschieden lautet das Urteil der radikaldemokratischen Linken. Der 8. September, so der Turiner Historiker Nicola Tranfaglia, begräbt unter seinen Trümmern in Schande „nicht nur eine Monarchie, sondern eine ganze politische Klasse und eine Militärkaste, die geprägt waren durch die Rhetorik und die Ineffizienz des faschistischen Regimes“⁶⁶.

Die liberalkonservative Geschichtsschreibung dagegen hat an der Stichhaltigkeit solcher Urteile frühzeitig Zweifel angemeldet und die Frage aufgeworfen, ob der 8. September tatsächlich in der schlimmsten nur denkbaren Form endete und ob man die Ereignisse in toto auf der Passivseite verbuchen müsse. Sie hat dabei auch auf Positiva hingewiesen, die in jener katastrophalen Bilanz einzuzeichnen seien, vor allem die Erhaltung der Staatskontinuität. „Achtundvierzig Stunden nach der Proklamierung des Waffenstillstandes zeigte sich, daß die für den Fortbestand des Staates wichtigste Operation – die Rettung der militärischen Führungsspitzen, des Königs, des Ministerpräsidenten und der [...] mit den Verhandlungen mit den Vereinten Nationen betrauten Militärs [...] – auf ihre Weise gelungen war“⁶⁷, meint etwa der Militärhistoriker Aldo A. Mola. Er glaubt sogar, daß aus der Optik der Monarchie

⁶⁵ Ernesto Ragionieri, *La storia politica e sociale* (Bd. IV, 3 der „Storia d'Italia“ des Verlages Einaudi), Turin 1976, S. 2348.

⁶⁶ Nicola Tranfaglia, *Badoglio o la commedia degli inganni*, in: *La Repubblica*, 7. September 1983.

⁶⁷ Aldo A. Mola, *Corona, Governo, Classe Politica*, S. 218.

nach dem 14. September, d.h. nach der Schaffung der republikanisch-faschistischen Gegenregierung von Salò, die Positiva deutlich überwogen hätten. Seitdem gab es für die Alliierten nur noch eine Einbahnstraße: „Um der Zivilverwaltung und der wirtschaftlichen wie militärischen Organisation in Italien neue Effizienz zu verleihen, d.h. um überhaupt auf einen Staat zählen zu können, mußten sie die Grundlagen der einzigen Institution, die die gesetzliche Kontinuität repräsentierte, nämlich der Krone, stärken“.⁶⁸

Daß neben Zorn, Entrüstung und Verurteilung auch noch andere Posten in die Urteilsbilanz einzubringen sind, hat auch die antifaschistische Historiographie seit einiger Zeit eingeräumt. „Mit der Flucht nach Pescara hatten der König und Badoglio mit Blick auf die innere institutionelle und gesellschaftspolitische Ordnung Italiens ein höchst wichtiges Ergebnis erreicht: sie behaupteten sich als legitime, über den Kontakt mit den Anglo-Amerikanern verfügende Regierung, die zumindest die Ausführung des Waffenstillstandes garantieren konnte“, schrieb etwa Carlo Pinzani. Der 8. September „war in Wirklichkeit vor allem eine weitgespannte innenpolitische und in eigentlichem Sinne ‚konservative‘ Operation. Nachlässigkeit, mangelnde Erfahrung, Furcht und Improvisation hatten eine geringere Bedeutung, als man heute noch gemeinhin annimmt.“⁶⁹

Der Positionsvorteil der Monarchie, der sich vor allem aus ihrem Immediatverhältnis zu den Alliierten ergab, war unter den Ausnahmebedingungen von Krieg und Bürgerkrieg zunächst nicht aufzuholen. Die von Togliatti im März 1944 eingeleitete „Wende von Salerno“ war im Zeichen eines pragmatischen *politique d'abord* und einer neuen Prioritätensetzung die Anerkennung dieses Machtverhältnisses zwischen Monarchie und antifaschistischen Parteien. Längerfristig jedoch gehörte die Monarchie zu den Verlierern. Sie und die traditionellen Führungsschichten hatten sich durch ihr Verhalten tief diskreditiert. Nichts zeigt dies deutlicher als der knappe Sieg des republikanischen Gedankens in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1946. Das Bündnis mit dem Faschismus hätte die Monarchie aller Wahrscheinlichkeit nach überlebt. Die nicht bestandene Probe des Sommer 1943 aber kostete ihr die Sympathien gerade jener Teile des italienischen Bürgertums, die grundlegende Konsequenzen aus den Fehlentwicklungen der nationalen Vergangenheit zu ziehen bereit waren.

Resistenza

Am gleichen Tag (9. September), als der König, Badoglio und die militärische Führung unter wenig würdigen Umständen in den Süden flüchteten, gründeten in Rom die antifaschistischen Parteien das „Komitee der nationalen Be-

⁶⁸ Ebenda, S. 222.

⁶⁹ Carlo Pinzani, *L'armistizio del re*, in: *L'Unità*, 12. Februar 1987.

freieung“. Angesichts des Versagens der Militärs bildeten sich erste Formen des Volkswiderstandes, die dann in den folgenden Wochen und Monaten zur „Resistenza“ zusammenwuchsen. Die Resistenza-Historie, von der in Italien die zeitgeschichtliche Forschung ihren Ausgang nahm und die heute über mehr als drei Dutzend Forschungsinstitute und Zeitschriften verfügt⁷⁰, hat sich nach 1945 immer polemisch abgesetzt von dem in den Ereignissen des 8. September quasi symbolisch sichtbar werdenden „Versagen“ oder gar dem „Verrat“ der militärischen und politischen Führungsgruppen des „alten“, durch den Faschismus endgültig diskreditierten Italien. Nach dieser Interpretation verdankt Italien seine Selbstfindung und in Ansätzen realisierte Selbstbefreiung im April 1945 den Kräften der Resistenza. Das „Rückfahr билет zur Demokratie“, von dem Churchill gesprochen hatte, war mit den Zehntausenden von Toten und Opfern der Befreiungsbewegung bezahlt. Hier realisierte sich ein gegen die Institution des traditionellen Staates sowohl in seiner monarchischen wie republikanisch-faschistischen Form gerichteter elementarer Protest, der zu einer Rekonstruktion individueller wie kollektiver Identitäten führen konnte. Der Aufruf zu Kampf und Widerstand, den das Nationalkomitee am 9. September an die Italiener richtete, repräsentierte das „andere Italien“, „das Italien des Mutes und des Willens zur nationalen Wiedergeburt“⁷¹.

Die Resistenza-Historie betrachtet fast übereinstimmend den 8. September als „Geburtsstunde des hegemonialen Antifaschismus“, der sich als politische Alternative zu der Krisenstrategie des Hauses Savoyen durchsetzen konnte⁷². Was trieb die wenigen hundert, dann wenigen tausend Italiener, die nach dem 8. September bewaffnet in die Berge stiegen oder in den großen Städten in den Untergrund gingen? Es war die Ablehnung einer Politik des Abwartens, des Taktierens, es war der Wille zum Widerstand, zum aufrechten Gang, die Entschlossenheit zur Aktion. Es war der Wille zur Schaffung eines neuen Italiens, der Wunsch nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Hier entstand der Mythos eines neuen Staates und einer neuen Gesellschaft, die dann ihren konkreten Ausdruck fanden in der Verfassung von 1948 und die konsensustiftend wurden für die Nachkriegszeit⁷³.

⁷⁰ Ein Überblick in: Jens Petersen, *Geschichte und Geschichtswissenschaft in Italien heute*, in: Bernd Hey/Peter Steinbach (Hrsg.), *Zeitgeschichte und Politisches Bewußtsein*, Köln 1986, S. 119–145.

⁷¹ Guido Quazza, *La politica della Resistenza italiana*, in: Stuart J. Woolf (Hrsg.), *Italia 1945–1950. La ricostruzione*, Bari 1974, S. 29.

⁷² Ebenda, S. 28.

⁷³ *Fascismo e antifascismo negli anni della Repubblica*, Mailand 1986 (= Sonderheft der Zeitschrift „Problemi del socialismo“).

James Edward Miller

Der Weg zu einer „special relationship“

Italien und die Vereinigten Staaten 1943–1947

Die amerikanische Regierung zögerte anfangs, sich auf eine kostspielige und zeitraubende Invasion Italiens einzulassen, die – so fürchtete man – von der Hauptaufgabe, der Landung im Norden Frankreichs und dem schnellen Vorstoß ins Herz Hitler-Deutschlands, nur ablenken konnte. Schließlich gaben aber militärische und politische Argumente, die Großbritannien ins Feld führte, den Ausschlag für eine Landung in Sizilien (10. Juli 1943) und später bei Salerno (9. September 1943). Einmal im Lande, beanspruchten die Amerikaner dann allerdings schnell eine Führungsrolle bei der politischen und ökonomischen Stabilisierung der Halbinsel, denn Italien lag strategisch günstig an den Verbindungslinien zu den Ölfeldern im Nahen Osten und durfte keinesfalls in den östlichen Einflußbereich geraten.

Das Programm der Vereinigten Staaten für den Wiederaufbau Italiens basierte auf einer allgemeinen Einschätzung der Ursachen des Zweiten Weltkrieges und der Veränderungen, die nötig wären, um ein Wiederaufleben von totalitären und kriegerischen Tendenzen in Europa zu verhindern. Die amerikanische Führung war von der Existenz einer direkten Verbindung zwischen wirtschaftlichem Wohlstand, Demokratie und Frieden überzeugt; das eigene Land galt ihr als Vorbild für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des befreiten Europas und der in die Unabhängigkeit entlassenen Nationen Afrikas und Asiens. In der Hoffnung, den Weltfrieden zu erhalten und die eigene Sicherheit zu gewährleisten, wollte Washington die Führung bei der Wiederherstellung einer internationalen Ordnung übernehmen, die auf den Grundsätzen des Freihandels, der Entkolonialisierung, der nationalen Selbstbestimmung und vor allem der freiheitlichen Demokratie beruhte¹. Die Durchführung dieser Vorstellungen mußte schnell erfolgen, denn die amerikanische Führung erwartete nach Kriegsende eine deutliche Zunahme isola-

¹ Vgl. Henry A. Wallace, *The American Choice*, New York 1940, S.9–15, 29–34, 134 ff.; Willard Range, *Franklin D. Roosevelt's World Order*, Athens, Ga. 1959, S.2, 137; Charles Maier, *The Politics of Productivity: Foundations of American International Economic Policy After World War II*, in: Peter Katzenstein (Hrsg.), *Between Power and Plenty*, Madison, Wisc. 1978, S. 23–49.

tionistischer Tendenzen, die ihren Handlungsspielraum beschränken konnten. Ziel ihrer Politik war deshalb die schleunige Demobilisierung der eigenen Truppen, die Bereitstellung der nötigen Hilfen für den Wiederaufbau der vom Krieg zerrütteten Volkswirtschaften und vor allem die rasche Einsetzung demokratischer Regierungen in den aus totalitärer Herrschaft befreiten Ländern².

Die Begünstigung von wirtschaftlichem Wachstum und die Etablierung demokratischer Regierungen bildeten das positive Ziel der amerikanischen Politik während der Kriegszeit. Gleichzeitig versuchte man in Washington das Präferenzsystem des britischen Imperialismus zu beseitigen und den offensichtlichen Bestrebungen Moskaus, die Länder Ost- und Südosteuropas sowjetischem Einfluß zu unterwerfen, entgegenzutreten³. In Moskau und London erblickte man im amerikanischen Programm zur Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung allerdings nur einen kaum verschleierte Versuch, eine umfassende amerikanische Einflußzone zu schaffen. So war es kein Wunder, daß die ambitiöse amerikanische Globalkonzeption noch im Krieg zu einem Hauptstreitpunkt zwischen den Alliierten wurde; später, als der gemeinsame Feind besiegt und so der Zwang zur Einigung weggefallen war, erwies sie sich als unüberwindliches Hindernis für eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion⁴.

Italien spielte in den amerikanischen Plänen für eine Nachkriegsordnung eine besondere und ganz unvorhergesehene Rolle. Militärstrategische Zufälle, die Italien zur ersten (teilweise) befreiten Nation Europas gemacht hatten, und innenpolitischer Druck, besonders seitens der zahlreichen Wähler italienischer Abstammung und der katholischen Kirche Amerikas, die wegen der besonderen Beziehungen zum Heiligen Stuhl am politischen Schicksal Italiens interessiert war, bewirkten, daß Italien zum ersten Erprobungsfeld der amerikanischen Wiederaufbaupläne und damit zwangsläufig auch zum ersten Austragungsort der gegensätzlichen Ansichten über die Nachkriegsordnung

² Vgl. James McGregor Burns, *Roosevelt: The Soldier of Freedom*, New York 1970, S. 421–429; Michael Sherry, *Preparing for the Next War*, New Haven 1977, S. 46; James Edward Miller, *The Search of Stability: An Interpretation of American Policy Toward Italy, 1943–1946*, in: *Journal of Italian History* 1 (August 1978), S. 264–286; FRUS, *The Conferences at Malta and Yalta, 1945*, S. 276–283.

³ Vgl. Beatrice Berle/Travis Jacobs (Hrsg.), *Navigating the Rapids*, New York 1973, S. 435 f.; Elliot Roosevelt, *As He Saw It*, New York 1946, S. 186 f.; Gabriel Kolko, *The Politics of War*, New York 1968, S. 248, 280–313, 488–496; Lynn Davis, *The Cold War Begins*, Princeton 1974, S. 37; Eduard Mark, *American Policy Toward Eastern Europe and the Origins of the Cold War, 1941–1946: An Alternative Explanation*, in: *Journal of American History* 68 (September 1981), S. 313–336.

⁴ Vgl. Milovan Djilas, *Conversations with Stalin*, London 1963, S. 54, 61; Melvyn Leffler, *Adherence to Agreements: Yalta and the Experiences of the Early Cold War*, in: *International Security* 11 (Sommer 1986), S. 88–123; Albert Resis, *The Churchill-Stalin Secret 'Percentages' Agreement on the Balkans, Moscow, October 1944*, in: *The American Historical Review* 83 (April 1978), S. 368–387.

wurde, die in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition bestanden. Die amerikanische Italienpolitik vom Sturz Mussolinis 1943 bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages 1947 läßt sich in zwei Phasen einteilen; die erste war bestimmt von Auseinandersetzungen mit den Briten und der italienischen Linken über Inhalt und Tempo der Demokratisierung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, die zweite vom „Duell“ mit der Sowjetunion und der ihr verbundenen Kommunistischen Partei Italiens über die Ausgestaltung der internationalen Bindungen des Landes⁵.

Die militärischen Niederlagen der italienischen Streitkräfte auf dem Balkan und die empfindlichen Rückschläge der Achsenmächte in Osteuropa und Nordafrika besiegelten das Schicksal des faschistischen Regimes in Italien. Da die Führungskräfte von Militär, Industrie und Landwirtschaft und die Entourage des Königs, die gemeinsam mit der katholischen Kirche das Regime gestützt hatten, nun erkannten, daß ihre soziale und wirtschaftliche Vorherrschaft auf dem Spiel stand, begannen sie im Herbst 1942 eine Verhandlungslösung mit den westlichen Alliierten zu suchen. Die Landung der Alliierten auf Sizilien am 10. Juli 1943 öffnete auch dem zögernden König Vittorio Emanuele die Augen dafür, daß ein Machtwechsel unabdingbar sei. Er enthob deshalb Mussolini seines Amtes als Ministerpräsident und setzte Marschall Pietro Badoglio an dessen Stelle. Das wichtigste Ziel der neuen Regierung bestand darin, einen Waffenstillstand zu schließen, Italien aus dem Krieg zu führen und die politische Vormachtstellung der herrschenden Elite zu sichern⁶.

In Washington tat man sich schwer in den Waffenstillstandsverhandlungen. Präsident Roosevelt teilte zwar die Ansicht des britischen Premierministers Churchill, mit jedem zu verhandeln, der willens sei, „die Ware zu liefern“. Er mußte aber auf seine amerikanischen Kritiker, besonders aus dem liberalen Lager, Rücksicht nehmen, die Italien gleichsam als Lackmustest für den antifaschistischen Charakter der amerikanischen Kriegsanstrengung betrachteten und aufmerksam darüber wachten, daß ihre Regierung keine Zugeständnisse an politisch belastete Kreise machte⁷.

Die alliierte Haltung war folglich widersprüchlich. Roosevelt und Churchill gaben einerseits zu verstehen, daß der König und Badoglio willkommene Partner für den Abschluß eines Waffenstillstands seien. Gleichzeitig wurde aber den italienischen Friedensemissären bedeutet, daß sie jedwede Bedingung der siegreichen Alliierten akzeptieren mußten. Der König und Badoglio

⁵ Vgl. James Edward Miller, *The United States and Italy, 1940–1950. The Politics and Diplomacy of Stabilization*, Chapel Hill/London 1986, S. 3–7.

⁶ Vgl. Frederick W. Deakin, *The Brutal Friendship*, New York 1966, S. 421–478; Ennio Di Nolfo, *Le paure e le speranze degli italiani (1943–1953)*, Mailand 1986, S. 31–37.

⁷ Vgl. Winston S. Churchill, *Closing the Ring*, New York 1951, S. 64; Miller, *United States and Italy*, S. 38–41, 50 f.

schwankten zwischen der Furcht, ihr persönliches und politisches Schicksal ganz in die Hände der Alliierten zu legen, der bitteren Einsicht, daß ein Weiterkämpfen an der Seite des Deutschen Reiches nach dem Sturz Mussolinis kaum mehr möglich war, und dem schmerzlichen Bewußtsein, daß Hitler ein Ausscheren des schwachen und treulosen Verbündeten hart vergelten würde⁸. Schließlich unterwarf sich die königliche Regierung dem alliierten Diktat. Am 3. September unterzeichnete ein Beauftragter Badoglio im sizilianischen Cassibile ein Waffenstillstandsabkommen, das die italienischen Streitkräfte und die königliche Regierung gleichsam unter alliierten Befehl stellte. Am 29. September setzte Badoglio seine Unterschrift unter ein Folgeabkommen, das den Alliierten für die Dauer des Krieges gegen Deutschland die Verfügungsgewalt über die gesamte italienische Wirtschaft einräumte. Der zweite oder „lange Waffenstillstand“ kam einer fast völligen Preisgabe der italienischen Souveränität gleich. Das Dokument war ein Triumph der strategischen Ziele Churchills, der Italien für die Kriegspolitik an der Seite des Deutschen Reiches streng bestrafen und zugleich die britische Dominanz über eine möglichst schwache italienische Nachkriegsregierung sicherstellen wollte⁹.

In den Vereinigten Staaten herrschten andere Ansichten über die Zukunft Italiens. Die rund elf Monate zwischen dem Sturz Mussolinis und der Einsetzung der Regierung Bonomi im Juni 1944 waren gekennzeichnet von immer nachdrücklicher werdenden Bestrebungen Washingtons, den eigenen Einfluß in Italien zu stärken und den Briten die Dinge aus der Hand zu nehmen. Die anglo-amerikanischen Alliierten hatten sich zwar auf den Grundsatz der Gleichberechtigung bei der Verwaltung des besetzten Italiens geeinigt, in Wirklichkeit aber gaben die britischen Offiziere den Ton an. Das hatte mehrere Gründe: Die Briten trugen die Hauptlast des alliierten Feldzuges in Italien, während die Amerikaner ihre Streitkräfte auf die Invasion Frankreichs über den Ärmelkanal vorbereiteten. Außerdem überwog in den Reihen der Militärregierung das britische Element. Der erste Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Italien war zwar Amerikaner, aber zugleich bemüht, die Einheit der Alliierten selbst auf Kosten größerer Konzessionen an die Ziele Großbritanniens zu bewahren. Die britische „Vorherrschaft“ in Italien wurde schließlich begünstigt durch Zielkonflikte in Washington, besonders zwischen dem Außen- und Kriegsministerium, und durch den Mangel einer Alternative zur politisch anrühigen, aber legalen königlichen Regierung Bado-

⁸ Vgl. dazu allgemein Josef Schröder, *Italiens Kriegaustritt 1943*, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1969, passim und Di Nolfo, *Le paure*, S. 38–53.

⁹ Vgl. David W. Ellwood, *L'alleato nemico. La politica dell'occupazione anglo-americana in Italia 1943–1946*, Mailand 1977, S. 48–63; Robert Quinlan, *The Italian Armistice*, in: Harold Stein (Hrsg.), *American Civil-Military Decisions*, Birmingham, Ala. 1963, S. 203–310.

glio, die sich des Wohlwollens von Premierminister Churchill erfreuen konnte¹⁰.

In Washington atmeten deshalb viele erleichtert auf, als im Oktober 1943 Vertreter der sechs antifaschistischen Parteien auf den Plan traten und die Abdankung Vittorio Emanuele sowie die Ersetzung der Regierung Badoglio durch eine antifaschistische Koalition auf breiter Basis verlangten. In der Folgezeit lagen die westlichen Alliierten ständig im Streit wegen der amerikanischen Forderung nach einer Beteiligung der Parteien an der Regierung, die wiederholt am Veto Churchills scheiterte¹¹. Zu einer Annäherung der beiden Standpunkte kam es, als man in Washington und London erkannte, daß der lähmende Streit über die demokratische „Verbreiterung“ der italienischen Regierung den sowjetischen Interessen in Italien Vorschub leistete. Die Sowjetunion war Mitunterzeichner beider Waffenstillstandsabkommen, die westlichen Alliierten hatten sich aber eher aus militärischen Erwägungen, denn aus politischem Kalkül darauf geeinigt, das sowjetische Mitspracherecht in Italien gering zu halten. Stalin reagierte darauf mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Regierung Badoglio, und er scheint dem im Moskauer Exil lebenden Führer der italienischen kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, die Weisung erteilt zu haben, revolutionären Zielen zunächst abzuschwören und eine Politik der „unità nazionale“ einzuschlagen. Togliatti gab denn auch sofort nach seiner Rückkehr in die Heimat im März 1944 bekannt, seine Partei sei bereit, in die Regierung Badoglio einzutreten, die Entscheidung über das Schicksal der Monarchie bis zum Ende der Kampfhandlungen zu vertagen und sie einer Verfassungsgebenden Versammlung zu überlassen. Er fand sich außerdem damit ab, daß der schlecht beleumundete König noch bis zur Befreiung von Rom im Amt blieb und nicht – wie es die übrigen Parteien energisch forderten – sofort den Thron verließ. Im übrigen aber dürfte Stalin, der die westliche Vorherrschaft in Italien akzeptierte, nicht allzusehr betrübt gewesen sein, als ihm die westlichen Verbündeten ein stärkeres Mitspracherecht in Italien verweigerten, konnte er darin doch eine Art von Präzedenzfall für eigenmächtiges Vorgehen auch in Osteuropa erblicken¹².

¹⁰ Vgl. Minutes of Rumbold and Ross, 9. Dezember 1943, in: Public Record Office (künftig: PRO), London, Foreign Office General Correspondence FO 371/37296/R12803; FRUS, 1944, III, S. 1003.

¹¹ Vgl. Churchill, Closing, S. 427; Churchill an Eden, 1. März 1944, in: PRO, Prime Minister's Correspondence (künftig: Prem) 3/243/8; FRUS, 1944, III, S. 1031–1035; Miller, United States and Italy, S. 77–88.

¹² Vgl. Robert D. Murphy, *Diplomat Among Warriors*, New York 1964, S. 202f., 220–230; Mason-MacFarlane an Wilson, 2. April 1944, in: National Archives, Washington (künftig: NA), Record Group (künftig: RG) 331, Records of the Allied Control Commission (künftig: ACC) 10000/136/115.

Die diplomatischen Winkelzüge der Sowjetunion und der überraschende Eintritt der kommunistischen Partei in die Regierung Badoglio im April 1944 schreckten die westlichen Alliierten auf. Sie besannen sich nun darauf, eine weitere Zunahme des kommunistischen Einflusses in Italien zu verhindern. Doch schon im Juni 1944 lebte der alte Streit wieder auf, als Noel Mason-MacFarlane, der britische Chef der alliierten Kontrollkommission, die Bildung einer reinen Parteienregierung mit dem früheren Ministerpräsidenten Ivanoe Bonomi an der Spitze erlaubte, aber zugleich die Ernennung des Außenministers der Jahre 1919/20, Carlo Sforza, zum neuen Außenminister untersagte, der im Ruf stand, pro-amerikanisch zu sein. Churchill war außer sich, als er vom Ausschluß Badoglios aus der Regierung erfuhr; für kurze Zeit verweigerte er sogar die offizielle Anerkennung der neuen Regierung. Die amerikanische Regierung hingegen wertete das Veto gegen Sforza als ein weiteres Zeichen britischer Arroganz und Halsstarrigkeit und protestierte energisch. Beide Seiten fühlten sich übervorteilt und beschlossen, den eigenen Positionen künftig stärkeren Nachdruck zu verleihen¹³. Der Streit schwelte also weiter.

Der Rückzug des Königs in das Privatleben nach der Befreiung Roms und die Etablierung der Regierung Bonomi in der Ewigen Stadt erhöhten das Prestige der neuen Parteienregierung, die sich in der Hauptstadt endlich auch auf eine erfahrene Beamtenschaft stützen konnte. Erst jetzt konnte sie mit einigem Recht den Anspruch erheben, die legitime Vertreterin des italienischen Volkes zu sein. Dieser Anspruch wurde ihr freilich von der zunehmend aktiveren militärischen und politischen Widerstandsbewegung bestritten, die ihre Domäne vor allem in den industriellen Kerngebieten Norditaliens hatte. Der Widerstand gründete seine Forderung nach einer führenden Rolle beim Wiederaufbau Italiens auf seinen entschlossenen Kampf gegen die deutschen Invasoren und die mit ihnen verbündeten Faschisten der „Repubblica di Salò“. Die Kommunisten taten sich in der Resistenza besonders hervor und übernahmen deshalb bald die Führungsrolle im Kampf gegen den Faschismus¹⁴.

Die westlichen Alliierten beobachteten diese Entwicklung mit einiger Sorge. Sie waren entschlossen, die italienische Widerstandsbewegung im Zaum zu halten und ihre weitreichenden Ansprüche zurückzuweisen¹⁵. Die amerikanische Position deckte sich dabei nicht immer mit derjenigen der bri-

¹³ Vgl. FRUS, 1944, III, S. 133 f., 1120 f.; Murphy an Department of State, 13. Juni 1944, in: NA, RG 84, Records of the Caserta Post, 801 Government; Ellwood, Alleato, S. 89 f.; Minutes of the War cabinet meeting, 13. Juni 1944, in: PRO, FO 371/43 794/R9962.

¹⁴ Vgl. Gaetano Grassi (Hrsg.), *Verso il governo del popolo: Atti e documenti del CLNAI*, Mailand 1977, S. 112 f. (künftig: CLNAI, Atti).

¹⁵ Vgl. Harry L. Coles/Albert K. Weinberg, *Civil Affairs: Soldiers become Governors*, Washington 1964, S. 538, 544.

tischen Regierung, die – überspitzt formuliert – im Widerstand nur ein rotes Tuch erblickte. Auch die amerikanischen Stellen sahen im wachsenden Einfluß der Kommunisten eine ernste Gefährdung der eigenen Demokratisierungspläne. Den Amerikanern blieb aber doch nicht verborgen, daß die Parteien der nationalen Befreiungskomitees nach Kriegsende beim Aufbau eines neuen italienischen Staates eine entscheidende Rolle spielen würden, und sie machten es sich deshalb zur Richtschnur ihres Handelns, die bewährten Antifaschisten zur Teilnahme am politischen Geschehen zu ermuntern. Die Amerikaner bestanden allerdings auf der schnellen und gründlichen Entwaffnung der Partisanen, der Zerschlagung ihrer militärischen Einheiten und ihrer Rückkehr ins zivile Leben. Sie wollten so den Rahmen schaffen, innerhalb dessen nach dem Ende der Kampfhandlungen eine Verfassunggebende Versammlung unter Beteiligung des Widerstandes die Grundlagen eines neuen italienischen Staates legen sollte¹⁶.

Die amerikanische Regierung glaubte, daß die Bildung einer starken Regierung in Rom ein entscheidender Schritt sei, um die Resistenza für eine friedliche Beteiligung beim Aufbau des neuen Staates gewinnen zu können. Die Protegierung einer schwachen oder anti-demokratischen Regierung, die in Verbindung mit dem Königshaus stand, hätte, so meinte man, diejenigen vor den Kopf gestoßen, die im Kampf für eine Erneuerung Italiens ihr Leben riskiert hatten. Die Vereinigten Staaten bestanden deshalb darauf, eine italienische Regierung auf möglichst breiter demokratischer Grundlage zu bilden und so bald wie möglich die Einschränkungen der staatlichen Souveränität, die Italien durch die Waffenstillstandsabkommen vom September 1943 auferlegt worden waren, zu beseitigen. Ein besonderes Anliegen der Vereinigten Staaten war dabei die Reduzierung der Machtbefugnisse der alliierten Besatzungsbehörden und die Ersetzung der Militärgouverneure durch zivile Berater, denn nach ihrer Ansicht wuchsen die Legitimität der italienischen Regierung und ihre Standfestigkeit gegenüber der Herausforderung der Resistenza proportional zu ihrer Unabhängigkeit¹⁷.

Die Forderungen der amerikanischen Regierung stießen jedoch bei ihrem britischen Bündnispartner auf taube Ohren. Die britische Regierung beharrte darauf, Italien für die kriegerischen Abenteuer Mussolinis zu bestrafen und das Land so schwach zu halten, daß es sich nach Kriegsende einem europäischen Staatenblock unter britischer Führung anschließen mußte. Churchill und andere Konservative setzten dabei vor allem auf die italienische Monarchie, die einerseits die Unterstützung des Militärs genoß und so die innere Si-

¹⁶ Vgl. NA, RG 84, Caserta Post Files, 27. November 1944, Department of State, Interdivisional Committee for Italy, „Italy: Future Government“ (CAC 315); Miller, Search for Stability, passim.

¹⁷ Vgl. Hunt an Currie, 13. April 1944, in: NA, RG 169, Historical Files of the Foreign Economic Administration; FRUS, 1945, III, S. 967–971; Miller, Search for Stability, passim.

cherheit gewährleisten und die alliierten Kriegsanstrengungen unterstützen konnte, die aber andererseits durch ihre Verbindung mit dem Faschismus so gründlich kompromittiert war, daß sie international wohl kaum an Gewicht gewinnen konnte. Auf einen Nenner gebracht: Die Amerikaner zielten auf die Schaffung eines selbstbewußten demokratischen Italien, während die Briten vor allem an einer anlehungsbedürftigen italienischen Regierung interessiert waren, die sie von der alliierten Kommandobrücke aus kontrollieren konnten¹⁸.

Die britischen und amerikanischen Vorstellungen über die Zukunft Italiens waren unvereinbar. So lange es galt, den gemeinsamen Feind niederzuringen, wurden zeitlich begrenzte Kompromisse geschlossen, letzten Endes aber mußte eines der beiden Länder die Oberhand behalten. Schon seit Ende des Jahres 1944 zeichnete sich ab, daß dies auf längere Sicht die Vereinigten Staaten sein würden. Großbritannien mußte langsam das Heft aus der Hand geben, als seine wirtschaftlichen und militärischen Schwächen offen zutage traten. Der Krieg hatte die Ressourcen des Empire erschöpft, Großbritannien war auf Darlehen und Kriegsgerät der Vereinigten Staaten angewiesen, und schon lange vor der Unterwerfung der Achsenmächte stand einsichtigen Politikern und Wirtschaftsexperten klar vor Augen, daß weitere amerikanische Hilfen zur Ankurbelung der zerstörten Wirtschaft nötig sein würden.

Daß die italienische Regierung – wie von Washington gefordert – schon 1944 größeren Spielraum gewann, lag freilich nicht nur daran, daß die Briten gegenüber ihren amerikanischen Bundesgenossen langsam ins Hintertreffen gerieten, sondern vor allem an den wahltaktischen Überlegungen des amerikanischen Präsidenten. Roosevelt wollte im November 1944 zum vierten Mal als Präsident ins Weiße Haus einziehen. Die Gewinnung der katholischen, namentlich der italo-amerikanischen Wähler betrachteten viele als den Schlüssel zum Erfolg seiner Wahlkampagne. Die Wähler italienischer Abstammung, die sich in den Großstädten der wichtigsten Staaten konzentrierten, galten als unsichere Kantonisten. Sie hatten vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch von 1929–32 die Republikanische Partei unterstützt, sich danach für Roosevelt entschieden und diesem wieder den Rücken gekehrt, als er der Politik Mussolinis entgegenzutreten begann. Die Republikaner hatten bei den Wahlen von 1940 und 1942 von dieser Entfremdung zwischen dem Präsidenten und den italo-amerikanischen Interessenverbänden profitiert. Gleiches war 1944 zu erwarten, dies um so mehr, als Roosevelts Gegenkandidat, Gouverneur Thomas Dewey aus New York, einige Erfahrung im Umgang mit ethnischen Gruppen hatte und – nach allgemeiner Ansicht – ausgerechnet in seinem Heimatstaat mit dessen starkem italo-amerikanischen

¹⁸ Vgl. Ellwood, *Alleato*, S. 82f., 98ff.; Law an Foreign Office, 5. August 1944, in: PRO, FO 371/43 863/R12211; James E. Miller, *The Politics of Relief: The Roosevelt Administration and the Reconstruction of Italy*, in: *Prologue* 13 (Herbst 1981), S. 193–208.

Bevölkerungsanteil die Entscheidung in der Präsidentschaftswahl fallen würde. Da man mit einem knappen Wahlausgang rechnete, versprach Roosevelt die Forderungen der etwa 6 Millionen italo-amerikanischen Wähler zu erfüllen, die vor allem darauf bedacht waren, die Wirtschaftshilfen für Italien auszuweiten und ihr Ursprungsland vor einer Machtübernahme durch die Kommunisten zu bewahren. Gleiches verlangte die Führung der katholischen Kirche Amerikas, die die Italienpolitik des Präsidenten mit wachsender Kritik verfolgte¹⁹.

Der Erfolg Roosevelts lag 1944 gewissermaßen in den Händen Churchills. Der britische Premierminister konnte zwar auf eine stattliche Serie heftiger Meinungsverschiedenheiten mit seinem amerikanischen Partner zurückblicken, ein Machtwechsel im Weißen Haus ausgerechnet in den kritischen Monaten nach der Invasion in Frankreich lag aber nicht in seinem Interesse. Die Politik des „New Deal for Italy“, die von Roosevelt und Churchill daraufhin im September 1944 angekündigt und von den Alliierten während der letzten Kriegsmonate schrittweise durchgeführt wurde, war ein Kompromiß zwischen den beiden Mächten. Washington stimmte der Ernennung des führenden britischen Politikers Harold Macmillan zum Chef der alliierten Kontrollkommission zu, und die Briten gaben ihre Einwilligung für ein größeres amerikanisches Hilfsprogramm für Italien, das die italo-amerikanische Lobby von der Italienfreundlichkeit des Präsidenten überzeugen sollte. Dabei blieb es aber nicht. Schon bald mußte Churchill erkennen, daß Roosevelts Jagd nach italo-amerikanischen Wählerstimmen zu weitreichenden einseitigen Konzessionen führte. Im Herbst 1944 kündigte Roosevelt an, daß 1700 Lastwagen mit Hilfsgütern nach Italien geschickt würden, er genehmigte eine Erhöhung der Brotration in Italien, ließ individuelle Hilfsmaßnahmen zu, öffnete den direkten Postverkehr mit Italien, nahm diplomatische Beziehungen mit Rom auf und ernannte einen amerikanischen Botschafter. So hatten sich die Briten die punitive Behandlung des ehemaligen Kriegsgegners gerade nicht vorgestellt. Churchills Hoffnung, die Kandidatur Roosevelts unterstützen zu können, ohne größere Konzessionen an die Vereinigten Staaten machen zu müssen, hatte sich also nicht erfüllt²⁰.

Als die Wahl vorüber war, versuchten die Briten, ihre amerikanischen Partner wieder zu zügeln. Ihre Möglichkeiten waren aber begrenzt, inzwischen konnten die Amerikaner nur noch durch harte direkte Konfrontation gebremst werden. Eine wichtige Runde in der Auseinandersetzung innerhalb der westlichen Allianz um die Vorherrschaft in Italien ging noch einmal an die Briten, als Macmillan im November 1944 ein umfassendes Programm zur

¹⁹ Vgl. Miller, *Politics of Relief*, passim.

²⁰ Vgl. Ellwood, *Alleato*, S. 85–88, 100f., 105–112; Churchill an Roosevelt, 12. November 1944, in: NA, RG 218, CCS 433 Italy; Minutes of Ross, 8. November 1944, in: PRO, FO 371/43926/R17853.

Durchführung der New-Deal-Politik in Italien vorlegte. Macmillans Plan sah vor: Die Alliierten sollten die Kontrolle der italienischen Regierung lockern, den Umfang ihrer Wirtschaftshilfe erhöhen und so sicherstellen, daß die italienische Wirtschaft die dringendsten Bedürfnisse der Zivilbevölkerung befriedigen könne. Macmillan hatte die Unterstützung des alliierten Hauptquartiers in Italien, und auch die britische Regierung billigte seine Überlegungen. Als der Plan bei der Zusammenkunft der alliierten Mächte im Dezember 1944 in Washington zur Debatte stand, wandten die Amerikaner zwar ein, daß Macmillans Vorschläge unzureichend seien. Ihre Kritik blieb aber etwas akademisch, da sie selbst kein verbindliches Alternativprogramm anzubieten vermochten. Unwillig gaben sie deshalb ihre Zustimmung. Dieser neuerliche britische Erfolg kränkte den Stolz der Amerikaner. Sie spielten in Italien unbestreitbar die erste Geige, die Briten waren aber aufgrund einer gewissen konzeptionellen Überlegenheit immer noch imstande, Reformen zu blockieren, die nach amerikanischer Ansicht nicht länger aufgeschoben werden durften. Washington ging deshalb – sehr zum Ärger Churchills – dazu über, weitere Zugeständnisse an die italienische Regierung zu machen, ohne London darüber zu informieren²¹.

Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien über die Zukunft Italiens stritten, schob sich auf der Halbinsel das Problem der Widerstandsbewegung, die vor allem im Norden des Landes als die eigentliche Regierung fungierte, mehr und mehr in den Vordergrund. Die Alliierten und die italienische Regierung forderten die Partisanen wiederholt auf, die Rechtmäßigkeit und Legitimität der Regierung Bonomi anzuerkennen und sich ihr zu unterstellen. Die führenden Köpfe der Resistenza mißtrauten aber den Absichten der Alliierten; die schnelle Entwaffnung der Partisaneneinheiten und die Ersetzung der von den Partisanen ernannten Präfekten durch Regierungsbeamte nährten das Mißtrauen, und die politische Führung des Widerstandes täuschte sich bald nicht mehr darüber, daß die Alliierten und die Regierung Bonomi ihre Pläne einer radikalen Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Italien durchkreuzen würden. Bedurfte es dazu eines letzten Beweises, so wurde er im November 1944 geliefert: Nachdem der militärische Vormarsch der Alliierten im Herbst bei Bologna im Schlamm steckengeblieben war, rief General Harold Alexander die Partisaneneinheiten über Radio auf, ihre militärischen Handlungen in der kalten Jahreszeit einzustellen, was von vielen Angehörigen der Resistenza als kaum verhohlene Aufforderung an die Deutschen verstanden wurde, die Partisanen jetzt aufzureiben.

Trotz dieser Spannungen mußte der Widerstand mit den Alliierten und der Regierung in Rom verhandeln, denn das nationale Befreiungskomitee für

²¹ Vgl. Coles/Weinberg, *Civil Affairs*, S. 494, 508 ff.; Llewellyn Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, London 1970–1976, Bd. 3, S. 486.

Norditalien (Comitato di liberazione nazionale Alta Italia = CLNAI) und seine militärischen Einheiten waren materiell und finanziell von den Alliierten abhängig. Im Dezember 1944 erschienen deshalb Abgesandte des in Mailand stationierten CLNAI in der italienischen Hauptstadt mit dem erklärten Ziel, weitere Militärhilfen zu erwirken und die politische Anerkennung durch die Alliierten und die Regierung zu erlangen. Die Vertreter des CLNAI unterzeichneten im Dezember 1944 sogar ein Abkommen, in welchem sie die Führung der Regierung im Kampf gegen Hitler-Deutschland formell anerkannten, während die Regierung Bonomi ihrerseits das CLNAI zu ihrer legitimen Vertretung im besetzten Italien bestimmte. In einem Sonderabkommen mit der alliierten Führung sagte die CLNAI-Delegation außerdem zu, ihre Einheiten dem Kommando eines regulären italienischen Armeegenerals zu unterstellen, und schließlich willigten die Partisanen ein, sich während der Befreiung den Befehlen der alliierten Militärregierung zu unterwerfen²².

Es ist vielleicht nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Abkommen, die die Unterhändler der Partisanen Ende des Jahres 1944 unterzeichneten, entscheidend zur politischen Bändigung der Resistenza beitrugen. Das CLNAI erfüllte die eingegangenen Verpflichtungen und arbeitete in der Regel loyal mit den alliierten Militärbehörden zusammen, um Ruhe und Ordnung herzustellen und die lokalen Verwaltungen wieder aufzubauen. Der einzige größere Streit bezog sich auf die Bestrafung der Faschisten. Die Partisanen beglichen die alten Rechnungen mit den früheren „Herren“ auf schnelle und blutige Weise. Mussolini und zahlreiche hochrangige Faschisten wurden trotz energischer Proteste der Alliierten, die auf rechtsstaatliche Verfahren bestanden, ebenso hingerichtet wie viele lokale Funktionäre und Würdenträger der faschistischen Partei²³. Im großen und ganzen aber gilt: Als die alliierte Militärregierung im Dezember 1945 die direkte Kontrolle über die Verwaltung Norditaliens in die Hände der italienischen Regierung legte, war die Macht des CLNAI gebrochen. Die Resistenza bildete für die Regierung noch eine Herausforderung, sie war aber keine Rivalin mehr²⁴.

In Washington hatte man also Grund zur Zufriedenheit, als man Ende 1945 eine erste Zwischenbilanz der eigenen Italienpolitik zog. In Rom war eine demokratische Regierung etabliert worden, die Vereinigten Staaten hatten es verstanden, die britische Bevormundung in Italien abzuschütteln und zur dominierenden Kraft zu werden. Diese Überlegenheit gründete auf der Anziehungskraft, die die amerikanischen Ordnungsvorstellungen auf weite

²² Vgl. NA, RG 331, Supreme Allied Commanders Political Committee, minutes, 20. November 1944, Relations with Italian Partisans, 10 000/136/261; Pietro Secchia/Filippo Frassati (Hrsg.), *La resistenza e gli alleati*, Mailand 1962, S. 215; CLNAI, Atti, S. 205 f., 220 f.; Di Nolfo, *Le paure*, S. 113 ff., 119.

²³ Vgl. Katherine Duff, Italy, in: Arnold und Victoria Toynbee (Hrsg.), *Survey of International Affairs: The Realignment of Europe*, London 1957, S. 409–453.

²⁴ Vgl. CLNAI, Atti, S. 321 ff., 337–344.

Teile der italienischen Mittelschichten ausübten, und vor allem auf der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, Güter und Finanzmittel für den europäischen Wiederaufbau bereitzustellen. Das Lend-Lease-Programm, die massive Finanzhilfe für die UNRRA, die Pläne zur Errichtung einer Weltbank und großzügige Kreditangebote hatten die amerikanische Leistungsfähigkeit für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ausgestattet mit wirtschaftlicher Macht, anziehenden ideologischen Programmen und einer großen Portion Selbstvertrauen machten sich die Vereinigten Staaten so an den Wiederaufbau Europas. In Italien galt es zunächst, die demokratische Regierung weiter zu kräftigen und sie schließlich zu durchgreifenden gesellschaftlichen Reformen zu veranlassen²⁵.

Bei der Schaffung einer reformorientierten Regierung, die Italien so lange regieren sollte, bis die antifaschistischen Parteien sich auf eine neue Verfassung geeinigt hatten, konnten sich die Amerikaner zunächst auf die in den nationalen Befreiungskomitees verbündeten Parteien stützen. Diese hatten im Zeichen des gemeinsamen Kampfes gegen die deutschen Invasoren gegenseitige Eifersüchteleien und Rivalitäten zur Seite gelegt. Nach der Befreiung traten allerdings die nie gänzlich verschwundenen Spannungen wieder auf, an die Stelle der Gemeinsamkeiten traten Auseinandersetzungen um politische Vorteile. Anfangs sah es dabei so aus, als würde die Linke die Oberhand behalten. Vor allem die Regierung Parri, die von Juni bis November 1945 amtierte, war Ausdruck des Strebens nach einem radikalen politischen Wandel. Parri, eine der großen Gestalten des Widerstandes, propagierte eine gründliche politische Säuberung des Landes von den verderblichen faschistischen Einflüssen, und er setzte sich für die schnelle Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung ein. Er fand dabei auch den Beifall der amerikanischen Führung, die einer reformistischen Linken gegenüber sehr aufgeschlossen war.

Die anfängliche Sympathie für Parri wich jedoch bald, als die Amerikaner seinen Mangel an politischem Geschick erkannten und einsehen mußten, daß sich weder die Linke noch die Rechte mit seiner Politik identifizierte. Den Christdemokraten und Liberalen ging es vor allem um die Wahrung des sozialen Besitzstandes der italienischen Mittelschichten; sie boykottierten deshalb die Säuberungen und wehrten sich gegen eine Währungsreform. Die Kommunisten, deren Hauptziel das Verbleiben in der Regierung war, scheuten eine offene Auseinandersetzung mit der *Democrazia Cristiana* und ließen Parri fallen, als dieser ins Kreuzfeuer vor allem rechter Kritik geraten war. Die alliierte Führung tat ebenfalls nichts, um Parri zu retten, und so wurde

²⁵ Vgl. Samuel Rosenman (Hrsg.), Franklin D. Roosevelt, *Public Papers and Addresses*, New York 1950, Bd. 12, S. 326–336; FRUS, 1943, II, S. 423 ff.; Office of European Affairs, *Survey of Principal Problems in Europe*, 15. Juli 1944, in: Edward Stettinius Papers, University of Virginia; FRUS, 1944, III, S. 1144.

der dauerhafte Mythos geschaffen, sie sei für seinen Sturz verantwortlich gewesen. Der Führer der Christdemokraten, Alcide De Gasperi, der nach Parri das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, leitete die eigentliche konservative Wende der Nachkriegszeit ein. Anfangs modifizierte er das Programm des Befreiungskomitees, dann hob er es schrittweise auf²⁶.

De Gasperi erkannte, daß sich die enge Zusammenarbeit zwischen den Parteien, die im Widerstand gegen die deutsche Besatzung erforderlich gewesen war, in der Nachkriegszeit nicht fortsetzen ließ. Wie seine Vorgänger, so stützte sich auch De Gasperi auf eine Mehrparteienregierung unter Einfluß von Kommunisten und Sozialisten. Dies war jedoch in seinen Augen immer ein Provisorium. Die einzelnen Parteien mußten die spezifischen wirtschaftlichen und politischen Interessen ihrer Anhänger respektieren und strebten so zwangsläufig auseinander. Auch in außenpolitischen Fragen war keine einheitliche Linie zu finden. Alle größeren Parteien, so meinte De Gasperi mit einigem Recht, brauchten zur Durchsetzung ihres Machtanspruchs ausländische Hilfe, gewissermaßen einen „punto di appoggio“ (Stützpunkt) im Ausland. Die KPI orientierte sich an der Sowjetunion, die Sozialisten blickten nach Großbritannien, wo die Labour Party gerade einen triumphalen Wahlsieg errungen hatte, De Gasperi bemühte sich, eine Sonderbeziehung zu den Vereinigten Staaten herzustellen²⁷.

Das war zunächst leichter gesagt, als getan, denn die Ansichten der Amerikaner über die Ziele der Christdemokraten gingen ebenso auseinander wie ihre Einschätzungen der Führungsqualitäten De Gasperis. Der Ministerpräsident war ein zurückhaltender, beherrschter Mann, der seine politischen Ziele meist hinter einer Wolke von Rhetorik verbarg, die so dicht war, daß es der amerikanischen Führung schwer fiel, seine Ziele zu erkennen. Hatte er Statur genug, so lautete die Frage, die man sich in Washington stellte, um der mächtigen kommunistischen Partei wirkungsvoll entgegenzutreten? Letztlich blieb den Vereinigten Staaten aber kaum eine andere Wahl, als auf De Gasperi zu setzen. Sie brauchten einen einflußreichen Verbündeten in Italien, um ihr Hauptziel zu erreichen: die Schaffung einer freiheitlichen Demokratie auf der Basis einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Dabei galt es, eine direkte Einmischung in die inneren Belange tunlichst zu vermeiden, weil dies Legitimität und Prestige der neuen Regierung schmälern und ihre Rivalen von der Rechten und Linken begünstigen konnte.

De Gasperi erwies sich als fähiger und nicht allzu störrischer Bundesgenosse. Er teilte den Glauben der Amerikaner an die Vorzüge der repräsentati-

²⁶ Vgl. Enzo Piscitelli, *Da Parri a De Gasperi*, Mailand 1975, S.99–106, 133; Leone Cattani, *Dalla caduta del fascismo al primo governo De Gasperi*, in: *Storia contemporanea* 5 (1974), S.737–785.

²⁷ Vgl. Pietro Scoppola, *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1977, S.169–204; Di Nolfo, *Le paura*, S.135 f.

ven Demokratie und ihre Furcht vor einem weiteren Erstarren der Linksparteien. Schon bald bildete sich auf der Basis dieser Übereinstimmung eine enge Zusammenarbeit heraus, bei der nicht immer leicht zu erkennen war, wer nun eigentlich die Richtung bestimmte. Jedenfalls setzte De Gasperi mit amerikanischer Hilfe seinen Plan durch, vor den Nationalwahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung als eine Art Test Kommunalwahlen durchführen zu lassen, und er erlangte, wiederum dank amerikanischer Einflußnahme, die Zustimmung der Linksparteien für seinen Vorschlag, die Entscheidung über Monarchie oder Republik der Verfassungsgebenden Versammlung zu entziehen und sie einem Referendum vorzubehalten. Schließlich gelang es dem geschmeidigen Ministerpräsidenten, die Pläne von Sozialisten und Kommunisten zu vereiteln, die Verfassungsgebende Versammlung in ein Parlament mit weitreichenden legislativen Kompetenzen zu verwandeln, die sich – darauf hoffte die Linke wohl – für eine revolutionäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft nutzen ließen. Die Kompetenzen der Verfassungsgebenden Versammlung blieben demzufolge darauf beschränkt, eine Verfassung auszuarbeiten und den Friedensvertrag zu ratifizieren, während die Regierung volle Handlungsvollmachten bei der Ausübung der täglichen Regierungsgeschäfte behielt. In diese engen Schranken gewiesen, einigte sich die am 2. Juni 1946 gewählte Verfassungsgebende Versammlung auf eine Konstitution, die den Zielen der amerikanischen Politik entgegenkam: Es wurde eine demokratische Regierungsform geschaffen, die dem anglo-amerikanischen Vorbild entsprach und doch spezifisch italienische Züge trug²⁸.

Während sich die italienischen Parteien im Frühjahr 1946 für den Wahlkampf rüsteten, verschärfte sich die Krise der Wirtschaft so sehr, daß sich die Amerikaner zu immer größeren Hilfeleistungen gezwungen sahen, wollten sie den offenen Bankrott der Regierung De Gasperi verhindern. Die faschistische Autarkiepolitik hatte die italienische Wirtschaft schon vor dem Kriegseintritt im Juni 1940 geschwächt, Italiens Industrieanlagen waren im Krieg zwar kaum beschädigt worden, die Infrastruktur des Landes war aber gelähmt, und die Produktivität der Landwirtschaft hatte erheblich nachgelassen. Hinzu kamen die schädlichen Auswirkungen von schlecht durchdachten Stützungsprogrammen der Alliierten. Bis zum Ende des Jahres 1945 belief sich die amerikanische Finanzhilfe auf eine Milliarde Dollar, die jedoch ihre Wirkung weitgehend verfehlte, weil sie fast willkürlich über das ganze Land verteilt wurde, statt planmäßig eingesetzt zu werden. Der amerikanischen Regierung mangelte es noch 1946 an einem koordinierten wirtschaftlichen Hilfsprogramm für Italien, und die großen Finanzimperien der Ostküste waren nicht geneigt, privates Investitionskapital in ein Land zu lenken, dessen Regierungskabinetts Sozialisten und Kommunisten angehörten. Erst nach der Ver-

²⁸ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 160 f.

kündigung des Marshall-Plans verfügte Washington auch über wirtschaftliche Instrumente, die sich zur Durchsetzung politischer Ziele eigneten.

Nicht weniger mühselig als die Suche nach einer erfolgversprechenden Wirtschaftspolitik war es, eine angemessene Strategie für den Umgang mit den italienischen Linksparteien zu entwickeln, die in den Augen der Amerikaner eine erhebliche Gefährdung der demokratischen Stabilität Italiens bildeten. Die amerikanische Einschätzung der kommunistischen Partei stand fest: Die KPI war grundsätzlich subversiv und nicht mehr als der verlängerte Arm der Sowjetunion. Deshalb gelte es, Elend und Armut aus der Welt zu schaffen, um so der kommunistischen Propaganda gleichsam automatisch den Nährboden zu entziehen. Bei dieser Einschätzung blieb es auch, als die KPI in Übereinstimmung mit Moskau ihre revolutionären Ziele kurzfristig beiseite legte, eine Politik der nationalen Einheit verfolgte und in der Regierung zu weitreichenden Konzessionen an die *Democrazia Cristiana* bereit war. Die Amerikaner sahen darin nur ein „doppeltes Spiel“, dessen Regeln den Bedürfnissen und Erfordernissen der sowjetischen Außenpolitik unterworfen waren²⁹.

Anders beurteilte man in Washington die Sozialistische Partei Italiens, die mit der KPI in einer Einheitsfront verbündet war. Die amerikanische Führung erblickte in ihr eine demokratische Kraft und versuchte, sie als Koalitionspartner der *Democrazia Cristiana* zu gewinnen. Ein Bündnis von reformistischen Sozialisten und konservativen Demokraten, so meinte man, sei am besten geeignet, den Brückenschlag zwischen den weltanschaulichen Lagern zu bewerkstelligen, eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten und eine stabile demokratische Regierung zu gewährleisten. Ob der Parteichef der Sozialisten, Pietro Nenni, dazu der richtige Mann war, bezweifelte man in Washington von Anfang an. Charismatisch und sprunghaft, ein schlechter Organisator, aber ein glänzender Rhetoriker, der sich nicht selten vom Feuer der eigenen Rede zu allerlei Unbedachtheiten hinreißen ließ, erregte Nenni bei den eher pragmatischen Amerikanern ein spontanes Mißtrauen, das sich vertiefte, als er seine Partei in das Einheitsfront-Bündnis führte. Im Laufe der Jahre 1945 und 1946 ließen die Vereinigten Staaten und die Labour-Regierung Großbritanniens nichts unversucht, um Nenni zum Bruch mit den Kommunisten zu bewegen und ihn zu einer engen Zusammenarbeit mit der *Democrazia Cristiana* zu bekehren. Diese Bemühungen schlugen fehl, doch formierte sich innerhalb der sozialistischen Partei eine Minderheit um Giu-

²⁹ Vgl. Antonio Gambino, *Storia del dopoguerra*, Bari 1978, S. 268 f.; Enzo Collotti (Hrsg.), *Archivio Pietro Secchia 1945–1973*, Mailand 1979, S. 192, 203; Ernesto Ragionieri, *Il PCI nella resistenza: la nascita del Partito Nuovo*, in: *Studi Storici* 10 (Januar 1969), S. 83–113; Di Nolfo, *Le paure*, S. 141 f., 157–161; Donald Sassoon, *Togliatti e la via italiana al socialismo*, Turin 1980, S. 44–89.

sepe Saragat, die den Kurs Nenni mißbilligte und schließlich Anfang 1947 eine eigene sozialdemokratische Partei bildete.

Die amerikanische Regierung hatte bei der Spaltung der sozialistischen Partei ihre Hände nicht im Spiel. Die gemäßigten Sozialdemokraten konnten sich aber der finanziellen Unterstützung des mächtigen italo-amerikanischen Arbeiterführers Luigi Antonini erfreuen, der hoffte, die Sozialdemokraten könnten die Basis der Sozialisten an sich binden und so zu einer reformistischen Alternative zur KPI werden. Die Finanzspritzen Antoninis und die unverhohlene Sympathie des amerikanischen Außenministeriums für die Partei Saragats verschärften zwangsläufig die bestehenden Gegensätze zwischen Nenni und der amerikanischen Führung. Mitte 1947 war der Gesprächsfaden fast ganz gerissen³⁰.

Die Unfähigkeit, Nenni Sozialisten zu gewinnen, zwang die Regierung der Vereinigten Staaten, mehr und mehr an die Seite der Democrazia Cristiana zu rücken, die denn auch schon bald signalisierte, daß sie ihr politisches Schicksal unter amerikanische Schirmherrschaft stellen wollte. Die Regierung Truman zögerte aber noch Anfang 1947, allein mit den Christdemokraten zusammenzuarbeiten; sie wollte sich nicht zu tief in die inneritalienischen Auseinandersetzungen hineinziehen lassen. Außerdem gab es im protestantischen Washington nicht wenige, die die konfessionelle Ausrichtung der Democrazia Cristiana mit größtem Argwohn betrachteten. Und schließlich hatte man sich immer noch nicht von den Führungsqualitäten De Gasperis überzeugt, der es allem Anschein nach nicht fertig brachte, sich der Kommunisten und Sozialisten zu entledigen³¹.

Daß die amerikanische Regierung zögerte, ganz eindeutig Position zu beziehen, änderte freilich nichts an ihrer Entschlossenheit, so schnell wie möglich einen Friedensvertrag für Italien zu erreichen. Beim Treffen der „Großen Drei“ in Potsdam im Juli/August 1945 hatte Präsident Truman die Zusage gegeben, die Sowjetunion erhalten, einer italienischen Friedensregelung Priorität einzuräumen. Der amerikanischen Regierung ging es um einen „milden“ Frieden; ein Straffrieden hätte in ihren Augen die neugeschaffene Demokratie mit ebenso schweren Hypotheken belastet wie der Versailler Vertrag die demokratische Regierung von Weimar. Moskau und London hingegen waren nicht bereit, die kriegerischen Experimente des Duce zu vergessen. Vor allem Churchill, der sich schon in der Kriegszeit als kompromißloser „hardliner“ erwiesen hatte, beharrte darauf, Italien nicht ungeschoren davonkommen zu lassen. Sein Nachfolger Clement Attlee, der im Juli 1945 in Downing Street Nr. 10 einzog, war für die amerikanische Regierung ein bequemerer Partner. Von der Schädlichkeit allzu großer Strenge gegenüber Italien überzeugt,

³⁰ Vgl. Pietro Nenni, *Tempo di guerra fredda. Diari 1943–1956*, Mailand 1981, S. 64, 94, 111; Miller, *United States and Italy*, S. 263–266.

³¹ Vgl. Dowling an Matthews, 21. November 1946, in: NA, RG 59, 865.00/11–2146.

durchkreuzte er die amerikanischen Bemühungen wesentlich seltener als der unerbittliche Churchill³².

Ein sowjetisches Einlenken hingegen war anfangs nicht zu erwarten. Die Sowjetunion meldete in Potsdam und später im Rat der Außenminister ihre Forderung nach einer Treuhandverwaltung der ehemaligen italienischen Kolonie Libyen an, und sie bestand auf Reparationen in Höhe von 600 Millionen Dollar, die sie allerdings später auf 300 Millionen Dollar zurückschraubte. Ferner unterstützte die Kremlführung die jugoslawischen Ansprüche auf das umstrittene Gebiet der Venezia Giulia. Am schwersten aber fiel ins Gewicht, daß die Sowjetunion einen Fortschritt in den italienischen Friedensverhandlungen von der westlichen Anerkennung der in Ost- und Südosteuropa geschaffenen politischen und territorialen Regelungen abhängig machte³³.

Als sich die Großmächte zum ersten Mal an den Verhandlungstisch setzten, war eine einvernehmliche Lösung nicht in Sicht. Die Vereinigten Staaten waren fest entschlossen, eine Friedensregelung für Italien nicht durch Zugeständnisse in Ost- und Südosteuropa oder gar durch ein Nachgeben in der Kolonialfrage zu erkaufen, da dies der Sowjetunion einen strategisch wichtigen Stützpunkt in Afrika verschafft hätte. Washington war aber andererseits zu einem gewissen Einlenken in der italienisch-jugoslawischen Grenzfrage bereit, vorausgesetzt, Triest bliebe italienisch, und man akzeptierte prinzipiell den sowjetischen Anspruch auf materielle Entschädigung, widersetzte sich aber den weitreichenden Reparationsforderungen, die die Wachstumskräfte der italienischen Wirtschaft lähmen konnten. Die amerikanischen Unterhändler schlugen demgegenüber vor, die berechtigten Forderungen aus italienischen Auslandsguthaben und durch Demontage von Industriekapazitäten, die nur der Kriegsproduktion dienten, zu bestreiten³⁴.

Angesichts der divergierenden Standpunkte bedurfte es schon der Geduld und Geschmeidigkeit eines James F. Byrnes, sollten die Friedensverhandlungen nicht frühzeitig scheitern. Der amerikanische Außenminister, „als Jurist und Politiker ein erfolgreicher Selfmademan, der im Repräsentantenhaus wie im Senat die hohe Schule des *do ut des* absolviert hatte“³⁵, ließ sich durch Rückschläge nicht entmutigen. Er hatte sich auf eine Verhandlungslösung mit der Sowjetunion festgelegt und hoffte insgeheim, der erfolgreiche Abschluß eines Friedensvertrages werde ihm die Tür zum Weißen Haus aufstoßen. Das erste Treffen der Außenminister im September 1945 blieb erfolglos. Drei Monate später kam man in Moskau überein, die Gespräche im Frühjahr

³² Vgl. FRUS, Conference of Berlin (Potsdam), 1945, II, S. 53 f., 148 ff., 357–364.

³³ Ebenda, II, S. 168–175, 624 f.

³⁴ FRUS, 1945, II, S. 134 f., 151, 163–166, 179 ff., 200 f., 248–254.

³⁵ Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt/Main 1985, S. 97.

1946 in Paris fortzusetzen, wo man sich in der Sache selbst keinen Schritt näher kam. Erst in der zweiten Pariser Runde im Juni/Juli 1946 begann sich eine Lösung abzuzeichnen: Die Sowjetunion gab angesichts des gemeinsamen Widerstandes der Westmächte ihre kolonialen Ambitionen auf. Washington und Moskau schlossen in Sachen Reparationen einen Kompromiß, der der Sowjetunion auf Jahre hinaus den Bezug großer Mengen an Fertigprodukten im Tausch gegen Rohstofflieferungen zugestand, aber – darauf war es der amerikanischen Verhandlungsdelegation besonders angekommen – die Demontage von Produktionsmitteln ausschloß. In der Triest- und Venezia Giulia-Frage mußte Byrnes größere territoriale Zugeständnisse machen, als er dies der italienischen Regierung versprochen hatte; immerhin blieb aber der Anspruch Roms auf die Stadt Triest durch die Schaffung eines „Free Territory of Trieste“ gewahrt, das die Stadt mit den angrenzenden Gebieten unter anglo-amerikanische Militärverwaltung stellte³⁶.

Obwohl die Belastungen, die der Vertrag dem Land auferlegte, nicht allzu gravierend waren, erblickte die italienische Regierung in der Friedensregelung ein Diktat. Man glaubte, die aktive Unterstützung der alliierten Kriegsanstrengungen durch Resistenza und italienisches Heer sei nicht gebührend gewürdigt worden. Zahlreiche italo-amerikanische Interessenverbände und viele amerikanische Liberale waren ebenfalls dieser Meinung. Sie trachteten deshalb im Frühjahr 1947 danach, den italienischen Friedensvertrag im amerikanischen Senat zu Fall zu bringen. Byrnes war sich freilich der heiklen Materie zu sehr bewußt geblieben, als daß er darauf nicht vorbereitet gewesen wäre. Er hatte schon frühzeitig hochkarätige Demokraten und Republikaner im außenpolitischen Komitee des Senats am Zustandekommen des Vertragswerkes beteiligt. Das bewährte sich. Als man im Senat zur Abstimmung schritt, war der außenpolitische Sprecher der Republikaner, Arthur Vandenberg, der bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt hatte, der entscheidendste Befürworter einer Unterzeichnung des Friedensvertrages. Vandenberg, einer der einflußreichsten Männer auf Capitol Hill, war gewissermaßen der glaubwürdigste Bürge für Byrnes, wenn dieser behauptete: Angesichts der sowjetischen Unnachgiebigkeit sei kein besseres Verhandlungsergebnis möglich gewesen. Dank der geschickten Regie von Byrnes kam der Vertrag so sicher über die parlamentarischen Hürden³⁷.

Die langwierigen Verhandlungen über den italienischen Friedensvertrag heizten die antisowjetische Stimmung in den Vereinigten Staaten beträchtlich an. Nur wenige Amerikaner waren über die Vertragsbedingungen, die Byrnes mit der Sowjetunion ausgehandelt hatte, gründlich informiert. Sie sahen in der Friedenskonferenz vor allem eine Machtprobe, die gewonnen wer-

³⁶ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 193–205.

³⁷ Ebenda, S. 219–223.

den mußte. Ein Kompromiß mit der Sowjetunion fand so keine Gnade. Selbst die gemäßigte Presse zögerte nicht, die von Byrnes erzielten Abmachungen als „Ausverkauf“ westlicher Interessen zu brandmarken. Ende 1946, als das Schlußstadium der Verhandlungen erreicht war und sich schon abzeichnete, daß Byrnes ein durchaus passables Ergebnis vorlegen konnte, hatte sich das Klima der öffentlichen Meinung so sehr gegen seine Diplomatie gewendet, daß er jede Hoffnung auf eine erfolgreiche Kandidatur zum amerikanischen Präsidenten fahren lassen mußte. Der beste Beweis dafür war der Ausgang der Kongreßwahlen im November 1946, die den Republikanern unter Führung von strammen Antikommunisten wie Richard Nixon und Harold Velde den Sieg einbrachten. Jeder, der – wie der Außenminister – Kompromißbereitschaft gegenüber Moskau zeigte, geriet unter heftigen Beschuß. Da auch in der Regierung Truman, nicht ohne Zustimmung des Präsidenten, die „Falken“ die Oberhand gewannen, sah sich Byrnes im Januar 1947 – noch bevor seine bedeutendste außenpolitische Tat besiegelt werden konnte – zum Rücktritt gezwungen³⁸.

Eine seiner letzten Amtshandlungen als Außenminister war der Empfang des italienischen Ministerpräsidenten De Gasperi, der im Januar 1947 zu einer äußerst wichtigen Mission in die Vereinigten Staaten aufgebrochen war. De Gasperi erhoffte sich konkrete wirtschaftliche Unterstützung, noch mehr am Herzen aber lag ihm, sich der amerikanischen Regierung als Repräsentant des demokratischen Italien vorzustellen und Kontakte mit führenden Außenpolitikern und herausragenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche und der italo-amerikanischen Interessenverbände zu knüpfen, die dem weiteren Ausbau der „Entente cordiale“ zwischen Democrazia Cristiana und Weißem Haus dienlich sein konnten. Die amerikanische Regierung hatte zwar ihre Zweifel an De Gasperis Führungsqualitäten noch nicht überwunden, wußte aber, daß es im Augenblick keine Alternative zum amtierenden Ministerpräsidenten gab. Sie hielt es deshalb für das beste, De Gasperi den Rücken zu stärken und vor der Weltöffentlichkeit das Interesse der Vereinigten Staaten an einem demokratischen Italien zu dokumentieren³⁹.

Nimmt man nur die Zusagen über Kredite und Hilfeleistungen, die De Gasperi mit nach Italien brachte, so wird man seine Reise kaum als Erfolg bezeichnen können. Viel wichtiger aber war, daß es De Gasperi gelang, in der schlecht informierten amerikanischen Öffentlichkeit ein Interesse für die Bedürfnisse Italiens zu wecken. Außerdem stärkten die Begegnungen mit Truman und den führenden Köpfen des State Department Prestige und Selbstvertrauen des Ministerpräsidenten; in diesen offiziellen Treffen zeigte sich

³⁸ New York Times, 22. und 24. Juli 1946; 1., 2. und 9. August 1946. Allied Control Commission, Weekly Bulletin, 10. August und 14. September 1946; Sumner Welles, Where Are We Heading?, New York 1946, S. 74, 125; Washington Post, 7. Januar 1947.

³⁹ Vgl. Dowling an Matthews, 21. November 1946, in: NA, RG 59, 865.00/11–2146.

auch, daß Italien auf der internationalen Bühne mittlerweile den Status der Gleichberechtigung erlangt hatte, was durch die offizielle Beendigung der alliierten Besetzung am 1. Februar 1947 noch zusätzlich bekräftigt wurde. Am meisten aber zählte, daß De Gasperi Sympathie und Wohlwollen zahlreicher Meinungsführer außerhalb der Regierung zu gewinnen vermochte, die sich künftig für eine großzügige Ausweitung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen einsetzten und die Politik des Führers der *Democrazia Cristiana* unterstützten. Walter Lippmann beispielsweise, einer der einflußreichsten Journalisten, machte sich für eine Ausdehnung der Hilfen an Italien stark. Die *Saturday Evening Post* und führende katholische Presseorgane befaßten sich mit der *Misere in Italien*. Insgesamt fand der Besuch De Gasperis in den amerikanischen Blättern ein überwiegend positives Echo⁴⁰.

Als De Gasperi nach Rom zurückkehrte, war er seinem Ziel, eine Sonderbeziehung zu den Vereinigten Staaten zu schaffen, einen großen Schritt näher gekommen. Er wußte aber, daß er gleichsam zur Besiegelung des neuen Bündnisses den Bruch mit seinem kommunistischen Koalitionspartner herbeiführen mußte. Im Frühjahr 1947, kurz nachdem die Administration Truman der Bekämpfung des Kommunismus oberste Priorität eingeräumt hatte, hielt er die Zeit für reif; am 12. Mai 1947 trat er zurück, und schon drei Wochen später präsentierte er unter dem Beifall der amerikanischen Regierung ein neues Kabinett – das erste seit 1944 ohne die Beteiligung der KPI. Die sich verschärfenden weltpolitischen Spannungen schmiedeten 1947/48 *Democrazia Cristiana* und Washington enger aneinander, als dies von der amerikanischen Regierung ursprünglich beabsichtigt gewesen war⁴¹. Aus dem Wunsch Washingtons nach einem demokratischen und stabilen Italien und dem Wunsch De Gasperis nach einem „*punto di appoggio*“ im Ausland hatte sich im Laufe von drei Jahren eine so von niemandem vorhergesehene „*special relationship*“ ergeben, die für Jahrzehnte die amerikanisch-italienischen Beziehungen kennzeichnete.

⁴⁰ Vgl. Alberto Tarchiani, *Italia – America: Le dieci giornate di De Gasperi negli Stati Uniti*, Mailand 1947, S. 46, 61, 67 f., 86 f., 98; FRUS, 1947, III, S. 838–854.

⁴¹ Vgl. *Rinascita*, März 1947, S. 43 f.

Hans Woller

Amerikanische Intervention oder kommunistischer Umsturz?

Die Entscheidungswahlen vom April 1948

Reinhard Elze zum 28. Juni 1987

Im Frühjahr 1948 waren die Augen der Weltöffentlichkeit auf Italien gerichtet. „Es ist die allgemeine Überzeugung“, so schrieb der italienische Botschafter in London, daß der 18. April 1948 „ein historisches Datum nicht nur für Italien, sondern für ganz Europa ist.“¹ Die bängigen Fragen, die sich viele stellten, lauteten: Wird Italien wie die Länder Ost- und Südosteuropas kommunistisch? Gewinnt die kommunistische Partei zusammen mit den verbündeten Sozialisten die Wahlen vom 18. April 1948 oder schlägt sie auf Befehl Moskaus schon vor der Wahl los? Versucht sie, wie viele glaubten, einen Staatsstreich? Wie wird die Führungsmacht des Westens, wie werden die Vereinigten Staaten auf eine legale oder illegale Machtergreifung der Kommunisten reagieren? Wird Washington sich über die eigenen Prinzipien der Nichteinmischung hinwegsetzen und militärische Truppen zum Einsatz bringen, um

¹ Zit. nach Brunello Viguzzi, De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la percezione della politica di potenza dal trattato di pace al Patto Atlantico (1947–1950), in: *Storia contemporanea* 16 (1985), S. 676. Die Ereignisse vor den Wahlen vom 18. April 1948 sind in der wissenschaftlichen Literatur bisher vornehmlich unter dem Aspekt der propagandistischen Einmischung der Vereinigten Staaten behandelt worden; eine detaillierte, breit recherchierte Studie, die auch das Wechselspiel zwischen Zuspitzung der italienischen Krise und Radikalisierung der amerikanischen Außenpolitik in genügendem Maße berücksichtigt, steht aber noch aus. Wichtige Vorarbeiten dazu hat der amerikanische Historiker James E. Miller geleistet, auf dessen Arbeiten im folgenden häufig Bezug genommen wird. Zu den italienisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. u. a. Douglas Charles Day, *The Shaping of postwar Italian Politics: Italy 1945–1948*, University of Chicago 1982; H. Stuart Hughes, *The United States and Italy*, Cambridge/Mass./London 1979; Egidio Ortona, *Anni d'America. La ricostruzione 1944–1951*, Bologna 1984; Eric Steven Edelman, *Incremental Involvement: Italy and United States Foreign Policy 1943–1948*, Yale University 1981; Alan Platt/Robert Leonardi, *American Foreign Policy and the Postwar Italian Left*, in: *Political Science Quarterly* (Sommer 1978), S. 197–215; Ernest E. Rossi, *The United States and the 1948 Italian Elections*, University of Pittsburgh 1964; Severino Galante, *La scelta americana della DC*, in: Mario Isnenghi/Silvio Lanaro (Hrsg.), *La Democrazia Cristiana dal fascismo al 18 aprile*, Venedig 1978, S. 112–163; John L. Harper, *L'America e la ricostruzione dell'Italia 1945–1948*, Bologna 1987; Rosaria Quartararo, *Italia e Stati Uniti. Gli anni difficili (1945–1952)*, Neapel/Rom 1986.

eine kommunistische Regierung zu verhindern oder aus dem Amt zu verjagen, weil man in Amerika fürchtete, daß ein kommunistisches Italien nur der Anfang sei; Frankreich, Griechenland und die Türkei würden folgen und den strategisch unverzichtbaren Mittelmeerraum in eine sowjetische Domäne verwandeln? Und: Wird Moskau im Fall einer amerikanischen Intervention abseits stehen oder droht nur drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zusammenstoß der beiden Supermächte?

Die Kommunistische Partei Italiens (*partito comunista italiano* = PCI) erlebte nach dem Sturz Mussolinis einen erstaunlichen Aufschwung. Ihr Ansehen als antifaschistische Avantgarde, die dem Diktator am längsten Widerstand entgegengesetzt und im Kampf gegen ihn viele Genossen verloren hatte, der tapfere Einsatz zahlreicher kommunistischer Aktivisten in der Resistenza gegen die deutsche Wehrmacht und deren faschistische Handlanger und ihre rechtschaffene und kompetente Arbeit in den von der Resistenza kontrollierten Stadt- und Kommunalverwaltungen, später auch in der Regierung, befreiten den PCI vom Ruf eines sektiererischen Außenseiters und verschafften ihm vor allem im industriellen Norden eine eindrucksvolle Massenbasis; in der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung vom Juni 1946 erreichte die vor 1922 überaus schwache Partei fast 19 Prozent der Stimmen, die mit ihr verbündeten Sozialisten erhielten nahezu 21 Prozent². In bürgerlichen und katholischen Kreisen und in den Reihen der anglo-amerikanischen Besatzungsmacht griff deshalb schon bald nach der Landung alliierter Truppen auf der italienischen Halbinsel die Befürchtung um sich, Rom werde in die Hände der Kommunisten fallen. „Die Stärke der kommunistischen Partei nimmt täglich zu“, schrieb im April 1944 der amerikanische Delegierte im Advisory Council für Italien, Alexander Kirk. „Wir müssen entscheiden, und zwar schnell, ob wir damit einverstanden sind, daß sich der jetzige zweite Marsch [auf Rom] in einen weiteren ‚ismus‘ verwandelt.“³ Wenige Monate später veröffentlichte der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, William C. Bullitt, einen aufsehenerregenden Artikel in der Zeitschrift *Life*. Bullitt griff noch weiter in der Geschichte zurück: Rom sehe sich wie zur Zeit der Cäsaren einem Ansturm barbarischer Horden aus dem Osten ausgesetzt. „Die Aufgabe der Cäsaren war es, diese Horden zurückzuschlagen und innerhalb der Grenzen des römischen Reiches die Zivilisation zu bewahren, die ihren Ursprung in Athen und ihre Stärke in Rom hatte. [...] Am Ende scheiterten sie.“⁴ Der Kampf werde wie damals vergeblich sein, so konnte man aus

² Vgl. dazu Simona Colarizi, *La seconda guerra mondiale e la Repubblica*, Turin 1984, S. 451 f.

³ Memorandum der Allied Control Commission vom 19. April 1944, in: FRUS, 1944, III, S. 1112–1114. Vgl. dazu auch Mario Margiocco, *Stati Uniti e PCI 1943–1980*, Rom/Bari 1981, S. 39 f.

⁴ William C. Bullitt, *The World from Rome. The Eternal City fears a struggle between christianity and communism*, in: *Life*, 4. September 1944.

Bullitts Artikel schließen, wenn sich die westlichen Alliierten nicht bald auf eine festere Haltung gegenüber der Sowjetunion und der von ihr dirigierten kommunistischen Partei verständigten. Ähnliche Töne schlug kurz nach Kriegsende Ellery W. Stone, der Chef der alliierten Militärregierung, an: „Wie in anderen vom Krieg verwüsteten europäischen Ländern, so ist auch in Italien der Boden fruchtbar für ein schnelles Wachstum einer anarchistischen Bewegung, die von Moskau gefördert wird, um Italien unter sowjetischen Einfluß zu bringen. Es gibt Anzeichen dafür, daß – sollten die gegenwärtigen Verhältnisse andauern – der Kommunismus triumphiert.“ Die „Nachgeborenen werden hart urteilen“, so fuhr Stone fort, wenn die Bestrebungen der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte in einem „europäischen Land, das als erstes vom Faschismus und Nationalsozialismus befreit wurde, zur Errichtung einer neuerlichen Diktatur führen würden“⁵.

Die eindringlichen Warnungen hoher Militärs und Diplomaten ließen in Washington niemanden unbeeindruckt⁶. Selbst Präsident Roosevelt, der 1943/44 nicht viel auf die Alarmrufe aus Italien gegeben hatte, überzeugte sich schließlich von der Notwendigkeit, den italienischen Kommunisten und ihren Auftraggebern in Moskau entgegenzutreten. Roosevelt wußte aber andererseits, daß er behutsam vorgehen mußte. Sein Konzept zur Schaffung eines organisatorischen Rahmens für das friedliche Zusammenleben der Staaten nach der Unterwerfung der Achsenmächte war – wie der Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg – unweigerlich zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelang, die Sowjetunion zur ständigen Mitwirkung im Konzert der Weltmächte zu bewegen⁷. Er sah deshalb über expansionistische Ambitionen Stalins in Ost- und Südosteuropa hinweg, einen Zusammenstoß mit dem Krenlchef wegen der politischen Zukunft Italiens zog er wohl nie ernstlich in Betracht. Roosevelts Nachfolger, Harry S. Truman, nach Herkunft und Prägung sicherlich empfänglicher für antikommunistische Warnungen, war sich der ernsten Lage in Italien ebenfalls bewußt. Er hatte zu Beginn seiner Amtszeit aber Wichtigeres zu tun, als sich um die italienische Halbinsel zu

⁵ Chief Commissioner of the Allied Commission (Stone) an Supreme Allied Commander, Mediterranean (Alexander), Schreiben vom 23. Juni 1945, in: FRUS, Conference of Berlin (Potsdam), I, S. 688–694; zit. nach 689 f. Vgl. dazu auch die Meinung von Graf Carlo Sforza vom 29. Mai 1944, in: NA, RG 331, ACC-Italy, Political, Numeric files 1943–1947, box 5, 10000/132/260.

⁶ Vgl. dazu vor allem Ennio Di Nolfo, *The United States and Italian Communism 1942–1946: World War II to the Cold War*, in: *The Journal of Italian History* 1 (1978), Nr. 1, S. 74–94, bes. S. 87, wo folgende Äußerung Morgenthau zitiert wird: „I am very much disturbed the way things are going in Italy. It looks to me as though they are headed straight for Bolshevism.“ Vgl. auch ders., *Problemi della politica estera italiana: 1943–1950*, in: *Storia e Politica* 14 (1975), S. 303.

⁷ Zur Konzeption Roosevelts im Zweiten Weltkrieg vgl. Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt/Main 1985, S. 21–27.

sorgen, die außerhalb der Reichweite der sowjetischen Streitkräfte lag und damit nicht unmittelbar gefährdet schien – trotz zahlreicher ungelöster wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten, deren Auswirkungen den erstarkenden Linksparteien in die Hände spielten. Auf der internationalen Bühne gänzlich unerfahren, hatte der Jurist aus Missouri das Ruder der amerikanischen Politik in einem Augenblick ergreifen müssen, als die Vereinigten Staaten die Rolle der Führungsmacht des „Westens“ übernahmen und so fast zwangsläufig in Konflikt mit der Sowjetunion gerieten. Die Sowjetisierung Ost- und Südosteuropas, der Bruch der feierlichen Zusage der UdSSR, die in Persien stationierten Truppen wieder abzuziehen, die quälenden Verhandlungen und entmutigenden Fehlschläge der Außenministerkonferenzen und der Stillstand in der deutschen Frage – dies alles zehrte nach Kriegsende den ohnehin bescheidenen Vorrat west-östlicher Gemeinsamkeiten auf. In Washington glaubten 1945/46 nur noch wenige an die Möglichkeit eines langfristigen Einvernehmens zwischen Ost und West, aber viele hätten mittlerweile die Frage, strebt die sowjetische Politik nach Sicherheit oder nach Expansion, wohl so ähnlich wie der französische Außenminister Bidault beantwortet: „Wahrscheinlich nach Sicherheit durch Expansion.“⁸

Auch Truman stand 1945/46 klar vor Augen, daß eine Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition nicht möglich war. Unsicherheit herrschte aber in Washington darüber, wie man einem weiteren Ausgreifen Moskaus wirkungsvoll Einhalt gebieten konnte. Noch befanden sich die Anhänger der Denkschule George Kennans in der Minderzahl, die schon seit 1945 forderten, die Vereinigten Staaten sollten ihre Bemühungen um einen Ausgleich mit der Sowjetunion aufgeben und sich in Europa „auf die wirtschaftliche wie politische Stabilisierung und die militärische Sicherung der nicht unter sowjetische Herrschaft geratenen Regionen konzentrieren“⁹. Im Falle Italiens zeigte sich die amerikanische Unentschlossenheit besonders deutlich. Truman ließ zwar nie Zweifel aufkommen, daß seine Regierung zur Erneuerung Italiens im Geiste liberaldemokratisch-westlicher Prinzipien entschlossen war. Er zögerte auch nicht, immer neue Kredite, Rohstoff- und Weizenlieferungen zu erwirken, um der zerrütteten italienischen Wirtschaft aufzuhelfen und die drückendsten Versorgungsengpässe zu beseitigen. Dabei handelte es sich aber eher um eine Serie von Improvisationen, gerade geeignet, die Hilferufe aus Rom zum Verstummen zu bringen, als um ein koordiniertes Programm zur Kräftigung eines antikommunistischen Italien. „Ende 1946“, so hat James E. Miller, einer

⁸ Memorandum eines Gesprächs zwischen Bidault und dem amerikanischen Außenminister James F. Byrnes vom 1. Mai 1946, in: FRUS, 1946, II, S.203 ff.

⁹ Graml, Die Alliierten, S.165. Kennans Memorandum über „Rußlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland“ vom Mai 1945 und Auszüge seines „langen Telegramms“ vom 22. Februar 1946 sind abgedruckt in: George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, München 1982, S.535–568.

der besten Kenner der amerikanischen Italienpolitik im 20. Jahrhundert, geschrieben, „erreichte das öffentliche Interesse und das Interesse der Regierung der Vereinigten Staaten an Italien seinen tiefsten Punkt und das zu einem Zeitpunkt, wo auch Italien an einem Tiefpunkt angelangt war.“¹⁰

Als die Regierung Truman 1947 die „Eindämmung des Kommunismus und der Sowjetunion zum Grundprinzip amerikanischer Außenpolitik“¹¹ erhob und der Konsolidierung der durch den Krieg gelähmten westeuropäischen Staaten oberste Priorität einräumte, rückte Italien – nicht zuletzt wegen der besonderen strategischen Bedeutung der Halbinsel an den Verbindungslinien zu den Ölfeldern im Nahen Osten – schnell in den Mittelpunkt des amerikanischen Interesses und wurde schließlich sogar zum „test case“ für die Durchsetzungsfähigkeit der neuen Politik Washingtons¹². Schon wenige Tage nachdem Truman in seiner berühmt gewordenen Rede vom 12. März 1947 verkündet hatte, die Vereinigten Staaten wollten künftig freien Völkern, die sich gegen Unterjochungsversuche bewaffneter, von außen gelenkter Minderheiten zur Wehr setzten, tatkräftig unterstützen¹³, legte das State-War-Navy Coordinating Committee Italien betreffende Empfehlungen vor, die gleichsam als Nutzenanwendung aus der Truman-Doktrin zu verstehen waren. Danach setzten es sich die Vereinigten Staaten zum Ziel, die italienische Wirtschaft, vor allem die Konsumgüterindustrie, mit beträchtlichen Dollarhilfen anzukurbeln, um so die italienische Gesellschaft gegen kommunistische Verführungen zu immunisieren. Schlug diese Therapie nicht an, so wollten die Vereinigten Staaten künftig energisch in die innenpolitischen Belange Italiens eingreifen¹⁴.

Der Sinneswandel in Washington blieb der führenden Regierungspartei in Rom, der Democrazia Cristiana, und ihrem Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi nicht verborgen. De Gasperi täuschte sich Anfang des Jahres 1947 auch nicht darüber, daß die von ihm geführte Regierung aus Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten mit ihrem Latein am Ende war. Vier Jahre nach dem Sturz Mussolinis und zwei Jahre nach dem Ende des Krieges waren noch nicht einmal erste Anzeichen einer Linderung der gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu erkennen, die schon bald nach dem Kriegseintritt Italiens 1940 offenbar geworden waren. Das Land war auf den Krieg nicht vorbereitet gewesen, Hitler hatte es nach dem Bruch der Achse nach Kräften ausgebeutet, zwei Jahre lang hatte sich die alliierte und

¹⁰ James Edward Miller, *The United States and Italy, 1940–1950. The Politics and Diplomacy of Stabilization*, Chapel Hill/London 1986, S. 188.

¹¹ Graml, *Die Alliierten*, S. 187.

¹² Miller, *United States and Italy*, S. 6 f.

¹³ Vgl. dazu Harry S. Truman, *Memoiren*, Bd. 2: *Jahre der Bewährung und des Hoffens (1946–1953)*, Stuttgart 1956, S. 114 f.

¹⁴ Zum Draft Working Report on Italy vom 4. April 1947 vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 226.

deutsche Kriegsmaschinerie fast über die gesamte Halbinsel gewälzt und dabei die Ressourcen Italiens gänzlich erschöpft. Nach Kriegsende dauerte die allgemeine Misere fort, weil der anfängliche politische Erneuerungswille der Regierung schnell einem zermürbenden Machtkampf der Parteien wich, der jede Initiative lähmte. Die Verantwortung dafür, das mußte De Gasperi aus den Berichten der Quaestoren und Präfekten, wurde ihm als Regierungschef und der Democrazia Cristiana als der stärksten Regierungspartei aufgebürdet, die in der Wählergunst tiefer und tiefer sank, während die Linksparteien bescheiden, die neuentstandenen rechten Protestparteien beachtlich zuzulegen vermochten¹⁵. Wollte er dem Zerfall seiner Partei nicht tatenlos zusehen und der Regierung neuen Schwung verleihen, so mußte er früher oder später die „coabitazione forzata“ von Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten beenden. Der offenkundige Kurswechsel in Washington kam gerade zur rechten Zeit. Er verhiess zusätzliche Dollarkredite, versprach Schützenhilfe gegen die innenpolitischen Gegner von der Linken und ermutigte De Gasperi deshalb, den fälligen Bruch mit seinen beiden Koalitionspartnern herbeizuführen. De Gasperi, so hat Ennio Di Nolfo treffend geschrieben, „suchte außerhalb Italiens die politische Kraft [für eine Wende], die er allein nicht aufbrachte“¹⁶.

Die Erwartungen, die De Gasperi an den Ausschluß der Linksparteien geknüpft hatte, erfüllten sich zunächst nur teilweise. Die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung fand zwar den erhofften Beifall Washingtons. Außenminister Marshall stärkte De Gasperi sogar mit einem im diplomatischen Geschäft eher ungewöhnlichen Glückwunschschreiben den Rücken¹⁷. Andererseits aber ließ die erhoffte großzügige Ausweitung der Wirtschaftshilfen auf sich warten. Das von Marshall am 5. Juni 1947 in Harvard entworfene amerikanische Hilfsprogramm für Europa stand zunächst nur auf dem Papier; es dauerte fast noch ein Jahr, bis der Vorschlag des Außenministers über alle parlamentarischen Hürden gebracht war. Interim-Aid-Leistungen taten ihre Wirkung erst Anfang 1948¹⁸.

¹⁵ Zur innenpolitischen Situation Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. u. a. Colarizi, *La seconda guerra mondiale*, S. 363–494; Antonio Gambino, *Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC*, Rom/Bari 1975, S. 107–218; Giuseppe Mammarella, *L'Italia dalla caduta del fascismo ad oggi*, Bologna 1974, S. 125–172; Pietro Scoppola, *L'avvento di De Gasperi*, in: *L'Italia dalla liberazione alla repubblica. Atti del Convegno internazionale organizzato a Firenze il 26–28 marzo 1976 con il concorso della Regione Toscana*, Mailand 1977, S. 315–349.

¹⁶ Di Nolfo, *Problemi della politica estera italiana*, S. 310. Vgl. auch Gambino, *Storia del Dopoguerra*, S. 329–360 und Severino Galante, *La fine di un compromesso storico. PCI e DC nella crisi del 1947*, Mailand 1980.

¹⁷ Vgl. Emory Timothy Smith, *The United States, Italy and Nato: American Policy toward Italy, 1948–1952*, Kent State University 1981, S. 26.

¹⁸ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 232–235; vgl. auch ders., *L'ERP come fattore determinante nelle elezioni italiane del 1948*, in: Elena Aga-Rossi (Hrsg.), *Il Piano Marshall e l'Europa*, Rom 1983, S. 139–147.

Währenddessen verschärfte sich die Lage in Italien weiter. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte in die Höhe, das Außenhandelsdefizit nahm bedrohliche Ausmaße an, und eine Welle von Streiks und Hungerrevolten durchzog das Land, die die ohnehin kaum gefestigte Stellung der Regierung De Gasperi unterspülte und ihren innenpolitischen Rivalen immer neue Anhänger zutrug. „The Alarm bell is ringing in Italy“, schrieb die *New York Times* im Spätsommer 1947¹⁹. In Washington beobachtete man das weitere Erstarken der Linksparteien mit Sorge, selbst Skeptiker, die Bullitts, Kirks und Stones Warnungen nicht ganz ernst genommen hatten, befielen nun Zweifel, ob in Italien nicht doch mit einem „roten Sturm“ auf die „schwarze Regierung“ zu rechnen sei. Der CIA warnte im August vor kommunistischer Wühlarbeit²⁰. Der amerikanische Botschafter in Rom, James Dunn, der seit seiner Teilnahme an den entnervenden Tagungen des Rates der Außenminister fast allergisch auf alles Sowjetische und Kommunistische reagierte, machte nach dem Ausscheiden der Linksparteien aus der Regierung immer häufiger auf die Gefahr einer drohenden Machtergreifung der Kommunisten aufmerksam²¹. Und auch der italienische Botschafter Alberto Tarchiani, ein geschliffener Diplomat, dem wegen seiner guten Beziehungen zur einflußreichen italo-amerikanischen Lobby in Washington viele Türen offenstanden, ließ bei seinen Gesprächen mit Truman, Marshall und dessen Stellvertreter Robert Lovett keine Gelegenheit verstreichen, auf die kommunistische Bedrohung Italiens hinzuweisen²².

In der zweiten Hälfte des Jahres 1947 verging kaum ein Tag, an dem Tarchiani nicht mit einem der führenden Männer des State Department zusammentraf. Eine der wichtigsten Begegnungen fand am 16. September 1947 statt – wenige Tage vor der Abstimmung der Verfassungsgebenden Versammlung über einen von der Linken eingebrachten Mißtrauensantrag gegen De Gasperi, deren Ausgang sehr ungewiß war. Der italienische Botschafter ließ dabei seine Gesprächspartner Lovett und Walter Dowling, den führenden Italienexperten im State Department, nicht im Zweifel darüber, wie ernst die Lage in seiner Heimat war. Er betonte, so hieß es in der Gesprächsnotiz: „Die gegenwärtige Streikwelle [...] sei natürlich Teil der übergreifenden Strategie der kommunistischen Partei Italiens, die Regierung De Gasperi aus dem Amt zu drängen. Er glaube nicht, so fügte er hinzu, daß Togliatti in der Lage sei, die Regierung De Gasperi durch eine Abstimmung im Parlament zu stürzen.“

¹⁹ *New York Times*, 10. September 1947.

²⁰ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 233; vgl. auch Central Intelligence Agency: *Review of the World Situation as it relates to the Security of the United States*, 26. September 1947, in: Harry S. Truman Library, *Papers of Harry S. Truman, President's Secretary File*.

²¹ Vgl. vor allem die Berichterstattung Dunns aus Rom, in: FRUS, 1947, III, S. 889–892, 911–913, 923 f., 926, 945–949, 952 f., 976.

²² Vgl. dazu FRUS, 1947, III, S. 904–908, 933–935, 957–969 und Alberto Tarchiani, *Dieci Anni Tra Roma e Washington*, Mailand 1955.

Sollte Togliatti scheitern, könnte er aber versuchen, in Norditalien eine kommunistische Regierung zu errichten, die zweifellos von Tito anerkannt und unterstützt würde.“ Die Gefahr eines Losschlagens der Kommunisten sei um so größer, als der nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages festgelegte Zeitpunkt für den Abzug der alliierten Truppen aus Italien (14. Dezember 1947) näherrücke und die wirtschaftliche Misere sich weiter verschlimmere²³.

Lovett war bestürzt. Schon zwei Tage später beauftragte er den Policy Planning Staff, eine „Antwort“ auf einen „Communist takeover“ in Norditalien zu entwerfen²⁴; die Quintessenz des Papiers, das wenig später vorlag, deckte sich mit den Einschätzungen Tarchianis zwar nicht ganz, aber auch die Planer des State Department rechneten mit einer kommunistischen Erhebung nach dem Abzug der alliierten Truppen. „Über das letzte Ziel der Kommunistischen Partei Italiens besteht kein Zweifel“, so hieß es im Memorandum des Planungsstabes, „dieses Ziel ist die totale Unterwerfung Italiens unter sowjetische Kontrolle.“²⁵ Kurz darauf sprach Lovett mit Verteidigungsminister Forrestal über die Wahrscheinlichkeit eines coup d'état in Italien. Beide hielten Tarchianis Argumente für schwer zu widerlegen und brachten deshalb das Thema Italien vor den gerade aus der Taufe gehobenen National Security Council, dessen Aufgaben – nach den Worten Trumans – von „allergrößter Bedeutung“ für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten waren²⁶. Die in den zurückliegenden Monaten im Unterholz von informellen Gesprächen, mehr oder weniger verbindlichen Zusicherungen und oft folgenlosen Absichtserklärungen zunehmend hektischer geführte Diskussion über die amerikanische Italienpolitik erhielt damit einen anderen Charakter. Jetzt sollte das entscheidende Wort im Konferenzraum des Weißen Hauses gesprochen werden, wo der National Security Council, das aus den wichtigsten Ressortchefs bestehende oberste Beratergremium des Präsidenten, tagte. Es beschloß auf seiner ersten Sitzung am 27. September 1947, binnen kurzem verbindliche Richtlinien für das amerikanische Verhalten im Falle einer legalen oder illegalen Machtergreifung der kommunistischen Partei in ganz Italien oder in Teilen Italiens zu erstellen²⁷.

Die Beratungen, die daraufhin in allen wichtigen Ressorts begannen, waren sicherlich entscheidend beeinflusst von den Vorgängen in Italien, wo sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 die Dinge vom Schlechten zum Schlimmen wendeten. Die Bevölkerung der Halbinsel, so Simona Colarizi in ihrem

²³ Memorandum über das Gespräch vom 16. September 1947, in: FRUS, 1947, III, S. 969f.

²⁴ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 233.

²⁵ Memorandum des Policy Planning Staff vom 24. September 1947, in: FRUS, 1947, III, S. 976–981.

²⁶ Eröffnungsrede bei der ersten Sitzung des National Security Council, in: Harry S. Truman Library, *Papers of Harry S. Truman, President's Secretary File*.

²⁷ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 233.

Standardwerk „La seconda guerra mondiale e la Repubblica“, machte im Herbst 1947 „die härteste Zeit nach Kriegsende mit“²⁸. Die Kur einer deflationistischen Geld- und Budgetpolitik, die De Gasperis Finanzminister Luigi Einaudi seinem Volk verordnet hatte, stärkte zwar Banken und Großindustrie, für viele Menschen aber waren ihre Folgen noch schlimmer als die Krankheit einer galoppierenden Inflation. Arbeitslosigkeit, Hunger und Wohnungsnot erreichten vor allem in den industriellen Zentren des Nordens und in den rückständigen ländlich-agrarischen Regionen Kalabriens, Siziliens und der Basilicata erschreckende Ausmaße und sorgten für einen fruchtbaren Nährboden für radikale Propaganda faschistischer und sozialistisch-kommunistischer Observanz. Italien schien an der Schwelle eines blutigen Bürgerkrieges zu stehen: Streiks, Unruhen und Revolten waren an der Tagesordnung. Auf den Straßen und Plätzen stießen Woche für Woche demonstrierende Arbeiter und Polizeikräfte zusammen. Über Monate hin waren die Zeitungen voll mit Meldungen über Handgreiflichkeiten zwischen politisierten Banden, die zahlreiche Verletzte und Tote forderten. Parteibüros gingen in Flammen auf, Verkäufer von Parteizeitungen wurden auf offener Straße verprügelt, nächtliche Schießereien raubten verängstigten Bürgern den Schlaf. Selbst im Parlament flogen die Fäuste. „Kurz und gut, die gleiche Atmosphäre wie '21“, schrieb Pietro Nenni am 14. November 1947 in sein Tagebuch²⁹.

Die überwiegende Zahl solcher Übergriffe ging auf das Konto der Linksparteien. Hatten diese vor ihrem Ausschluß aus der Regierung versucht, Streiks und Gewalttätigkeiten einzudämmen, so setzten sie sich nun an die Spitze des allgemeinen Protests gegen Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und soziale Misere. Oberstes Ziel war die Ablösung der Regierung De Gasperi, die restaurativen Tendenzen Vorschub zu leisten schien und damit die politischen und sozialen Errungenschaften der Resistenza zunichte zu machen drohte. Die schärfsten Kritiker De Gasperis kamen aus dem Lager der Partisanen, die im Widerstand gegen Wehrmacht und Salò-Faschisten ihr Leben riskiert hatten und sich um den Lohn ihres Einsatzes betrogen sahen, als 1947 bekannte Faschisten wieder in den Ämtern auftauchten, neue Formen betrieblicher Mitbestimmung außer Kraft gesetzt und lokale Führer der Resistenza als Mörder angeklagt und vor Gericht gestellt wurden. Grimmig

²⁸ Colarizi, *La seconda guerra mondiale*, S. 519.

²⁹ Pietro Nenni, *Tempo di guerra fredda. Diari 1943–1956*, Mailand 1981, S. 397. Vgl. auch die Einträge vom 12. und 13. November (S. 396), 1., 11., 12., 13. und 18. Dezember (S. 403–407). Vgl. auch Santi Fedele, *Fronte popolare. La sinistra e le elezioni del 18 aprile 1948*, Mailand 1978, S. 52, 60–62 und 87; Pietro Pastorelli, *L'Entrata in Vigore del Trattato di Pace e il Problema della Sicurezza*, in: Giuseppe Rossini (Hrsg.), *Democrazia Cristiana e Costituente*, Rom 1980, Bd. 3, S. 1147f. Zu Nenni und den Wahlen von 1948 vgl. auch Giuseppe Tamburrano, *Pietro Nenni*, Rom/Bari 1986, S. 233–242.

entschlossen, die Wende nach rechts nicht hinzunehmen, hätten sie lieber heute als morgen zu den Waffen gegriffen, um De Gasperi aus dem Amt zu vertreiben³⁰.

Palmiro Togliatti, dem Führer der kommunistischen Partei, widerstrebte der neue Konfrontationskurs. Er wollte um jeden Preis, wie der Parteihistoriker Paolo Spriano betont hat, eine Wiederholung der „griechischen Vorgänge“ vermeiden, d.h. sich nicht „in einen Bürgerkrieg gegen alliierte Einheiten und die konservativen und reaktionären Kräfte Italiens“ verwickeln lassen³¹. So dachten aber nicht alle; der PCI war in den Jahren 1946 bis 1948 eine unruhige Partei, die „revolutionären und subversiven Versuchungen“ nur mit Mühe widerstand³². Vor allem die hitzköpfige alte Garde und junge draufgängerische Genossen, die als Partisanen das Kriegshandwerk gelernt hatten und noch 1947/48 auf gut bestückten verborgenen Waffenlagern saßen, hatten an der bedächtigen Politik der „unità nazionale“ des Parteichefs nie den rechten Geschmack finden können. Zähneknirschend waren sie Togliatti gefolgt, weil dieser den Segen Moskaus hatte und taktische Argumente ins Feld führen konnte, die nur schwer zu entkräften waren: die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten, die er seit seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil propagierte, komme vor allem dem PCI zugute, die kommunistische Partei müsse sich erst als zuverlässige nationale Kraft etablieren, ehe sie sich offen zu ihren revolutionären Zielen bekennen könne³³.

Als nach dem Bruch der Koalition eine grundlegend andere Situation entstanden war, ließen sich die revolutionär gestimmten Jakobiner in den Reihen der Kommunisten kaum noch bändigen; dies um so weniger, als sie sich durch die heftige Kritik, die an der „Lauheit“ Togliattis anlässlich der Gründungsversammlung des „Kommunistischen Informationsbüros“ (Kominform) am 22. bis 27. September 1947 geübt worden war, in ihrem Tatendrang ermuntert fühlen konnten. Die jugoslawischen Delegierten Kardelj und Djilas, die ihren italienischen Kollegen unerbittlich die Leviten lasen, sprachen offen aus, was man sich im PCI hinter vorgehaltener Hand zuflüsterte: Die Partei habe nach Kriegsende ihre revolutionäre Chance vertan, sie sei um eines Ministersessels willen zu weitreichenden Zugeständnissen an die in ihrer Gefährlichkeit nicht erkannten Klassenfeinde bereit gewesen und habe sich dazu verleiten lassen, ernsthaft an die Vorzüge des Parlamentarismus zu glauben. Vor die Notwendigkeit gestellt, die erzürnten Häupter des internationalen Kommunismus wieder zu besänftigen und die murrenden Genossen der eigenen Partei bei der Stange zu halten, blieb Togliatti kaum eine andere

³⁰ Vgl. Colarizi, *La seconda guerra mondiale*, S. 546–554.

³¹ Paolo Spriano, *I comunisti europei e Stalin*, Turin 1983, S. 214.

³² Ders., *Le passioni di un decennio (1946–1956)*, Mailand 1986, S. 83.

³³ Vgl. Colarizi, *La seconda guerra mondiale*, S. 546–554 und Giorgio Bocca, Palmiro Togliatti, Rom/Bari 1977, S. 391–477.

Wahl, als schärfere Töne anzuschlagen und subversive Strömungen in der Partei nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu ermutigen³⁴.

Als der National Security Council am 14. November 1947 unter dem Vorsitz von Außenminister Marshall zum zweiten Mal zusammentrat, lag ein ausführliches, vom Stab des Council verfaßtes Memorandum (NSC 1/1: „The Position of the United States with Respect to Italy“) auf dem Tisch³⁵. „The United States has security interests of primary importance in Italy“, so hieß es darin, „and the measures to implement our current policies to safeguard these interests should be strengthened without delay.“ Deshalb sei es nötig, die amerikafreundliche Regierung De Gasperi nach Kräften zu fördern und zwar u. a. durch weitere Weizenlieferungen, zusätzliche Dollarkredite und die Ausweitung der Hilfen für das italienische Heer, das in den Stand versetzt werden sollte, die innere Sicherheit und die territoriale Integrität des Landes zu gewährleisten. Im Falle eines inneren Konflikts sollten die Vereinigten Staaten auf den Einsatz von Waffengewalt verzichten. Sollte es den Kommunisten gelingen, eine Art Gegenregierung zu bilden und sich durch „einen Bürgerkrieg oder illegale Mittel“ in ganz Italien oder Teilen der Halbinsel zu etablieren, so hielt es der Stab für das beste, die legale Regierung auch weiterhin anzuerkennen und sie aktiv zu unterstützen. „Such Communist aggression in Italy should immediately be countered by steps to extend the strategic disposition of United States armed forces in Italy and other parts of the Mediterranean area.“ U. a. sei es erwünscht, mit der italienischen Regierung beizeiten ein Abkommen über die Nutzung von „ausgewählten See- und Luftbasen“ durch US-Einheiten zu treffen. Ein im übrigen für unwahrscheinlich gehaltenen Putsch vor dem Abzug der alliierten Truppen sollte mit dem Aufschub des Truppenabzugs beantwortet werden. Ein Sieg der Linksparteien in den Wahlen vom Frühjahr 1948, so hieß es abschließend, mache eine „Revision der amerikanischen Italienpolitik“ erforderlich.

Einige Empfehlungen des Stabes stießen im Council auf heftige Kritik. Es war überraschenderweise vor allem die militärische Führung, die am eindringlichsten zur Vorsicht riet. In den Augen der Generalität war die eigene Regierung dabei, trotz der Reduzierung der Heeresstärke von 8 auf 1,6 Millionen, eine Politik der Stärke und Machtdemonstration einzuschlagen, die ihre Kräfte überforderte und die Gefahr eines Zusammenstoßes mit der Sowjetunion heraufbeschwor. Die Abschnitte des Memorandums, die militärische Verpflichtungen betrafen, ernteten im Ressort von Verteidigungsminister Forrestal nur Kopfschütteln. Die Armee sei nicht in der Lage, so betonten die Joint Chiefs of Staff in einer Vorlage³⁶ für Forrestal, die italienischen

³⁴ Vgl. Colarizi, *La seconda guerra mondiale*, S. 546–558.

³⁵ NSC 1/1, in: FRUS, 1948, III, S. 724–726.

³⁶ Memorandum für den Secretary of Defense, 30. Oktober 1947, in: Harry S. Truman Library, Papers of Harry S. Truman, President's Secretary File.

Streitkräfte mit Kriegsgerät zu beliefern, weil „nennenswerte Mengen“ des erforderlichen Ausrüstungsmaterials (Panzer, Haubitzen, Raketenwerfer) nicht vorhanden seien. Der Zerstörungsgrad der italienischen Flugplätze sei so hoch, daß dort zunächst nur eine geringe Zahl von „air units“ zum Einsatz gebracht werden könne. Die US-Marine könne es im Mittelmeerraum mit jedem Gegner aufnehmen, „solange sie nicht auf einen beträchtlichen Teil der verfügbaren Luftwaffe der UdSSR trifft“; das gleiche gelte für die Luftwaffe. Um den Council vor weiteren militärischen Verpflichtungen zu warnen, fügten die Stabschefs hinzu: Im Augenblick seien kaum Bodentruppen verfügbar, „um zusätzlichen Anforderungen entsprechen zu können [...], die über die gegenwärtigen Verpflichtungen hinausgehen. [...] Es ist deshalb sehr wichtig, diese Bodentruppen nicht für Einsätze in Gegenden vorzusehen, wo sie sich plötzlich feindlichen Kräften in überwältigender Stärke gegenübersehen könnten und ohne daß die Möglichkeit zu ihrer rechtzeitigen und angemessenen Verstärkung besteht.“ Und als Abschreckung war wohl die Bemerkung gedacht: „Any such reinforcement, if provided, would require at least a partial mobilization.“ Mit einer solchen Forderung hätte 1947 kaum ein amerikanischer Politiker an die Öffentlichkeit zu treten gewagt.

Der Wirkung dieser Argumente konnte sich niemand ganz entziehen. Der National Security Council leitete deshalb das Memorandum erst nach einer gewissen Entschärfung der militärischen Abschnitte an Präsident Truman weiter, der sich die Ratschläge seines obersten Beratergremiums am 24. November 1947 zu eigen machte³⁷. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfügte damit erstmals über einen auch vom Präsidenten gebilligten Plan zur Stärkung der Regierung De Gasperi und – sollten sich die Dinge tatsächlich bis zum Äußersten entwickeln – über eine Marschroute für den Fall eines Putsches in Italien. Demzufolge hätte eine gewaltsame Machtergreifung der kommunistischen Partei vor den Wahlen im Frühjahr 1948 – angesichts der militärischen Schwäche der westlichen Führungsmacht – zunächst wohl kaum ein direktes Eingreifen amerikanischer Truppen zur Folge gehabt.

Die Frage, ob der PCI eine revolutionäre Erhebung jemals in Erwägung zog, ist für den Historiker schwer zu beantworten, solange die kommunistische Partei ihre Dokumente unter Verschuß hält. Fest steht aber, daß man damals in Washington ernsthaft mit der Möglichkeit eines Aufstandes rechnete, obwohl die kommunistische Parteiführung diesbezügliche Verdächtigungen, die im Vorfeld der Wahlen die Schlagzeilen der katholischen, konservativen und liberalen Presseorgane füllten, stets energisch zurückwies³⁸. Der Verdacht, die Kommunisten führten Übles im Schilde, blieb dennoch unausgeräumt, weil zugleich zahlreiche Berichte von Quaestoren, Präfekten

³⁷ Minutes of the 2nd Meeting of the National Security Council vom 14. November 1947, in: Ebenda.

³⁸ Vgl. Colarizi, *La seconda guerra mondiale*, S. 546–558.

und Geheimpolizeistellen aus allen Teilen Nord- und Mittelitaliens bekannt wurden, die zu dem Schluß zwangen, der Führung des PCI seien die schon weit gediehenen Umsturzvorbereitungen der Basis entweder verborgen geblieben oder sie versuche – während sie schon zum großen Schlag aushole –, die Öffentlichkeit über ihre wahren Absichten zu täuschen. Das Innenministerium legte im Dezember 1947 einen ausführlichen Bericht vor, der sich auf die Mitteilungen der Präfekten aus allen Provinzen stützte. „Es ist deutlich geworden“, so hieß es darin, „daß der PCI seiner paramilitärischen Gliederung immer mehr Beachtung schenkt und sie immer mehr verstärkt. [...] Das Gros dieser Kräfte des PCI stellen die sehr jungen, kräftigen und zuverlässigen Mitglieder der Parteiorganisationen, die in Mannschaften und Gruppen mit entsprechenden Führern und bestimmten Aufgaben unterteilt sind. [...] In einigen Provinzen sind erst kürzlich kommunistische Gruppen öffentlich in paramilitärischen Formationen erschienen, während sie Übungen machten.“³⁹ Der Quaestor von Novara berichtete etwa zur gleichen Zeit über ein kommunistisches Verschwörerzentrum in der Nähe von Modena, dem angeblich 113 Brigaden in ganz Italien unterstanden. Diese Einheiten seien jeweils 500 Mann stark, bewaffnet und in verschiedene Sektionen gegliedert, die von Politikommissaren, Militärs und Jugoslawen geführt würden⁴⁰. Insgesamt soll der PCI, so geht aus anderen Berichten hervor, über 70 000 militärisch geschulte Aktivisten geboten haben⁴¹, denen sich im Ernstfall, so mutmaßte man, Hunderttausende von Parteimitgliedern und zahlreiche kampferprobte jugoslawische Partisanen anschließen würden. Den regulären Truppen (165 000 Mann und 65 000 Carabinieri) stand mithin ein gewaltiges, politisch unzufriedenes und emotionalisiertes Heer gegenüber, das für die christdemokratische Regierung nur gereizte Verachtung übrig hatte.

In Moskau, wo nach Meinung vieler das letzte Wort über Taktik und Strategie der kommunistischen Weltbewegung gesprochen wurde, zeigte man 1947/48 kein Interesse an einem Losschlagen des PCI. Stalin war vor allem daran gelegen, daß die französischen und italienischen Kommunisten die Durchsetzung des Marshallplans behinderten und sich der Eingliederung Italiens und Frankreichs in ein westliches Militärbündnis nach Kräften widersetzen, ohne aber die Grenzen der Legalität allzu weit zu überschreiten. Tätige Mithilfe der Sowjetunion an kommunistischen Erhebungsversuchen in Westeuropa war so ausgeschlossen. Als Pietro Secchia, der innerparteiliche Gegenspieler Togliattis, den Kremlchef im Dezember 1947 fragte, ob der PCI in der Auseinandersetzung mit der Democrazia Cristiana nicht andere Saiten aufziehen sollte, ließ Stalin keinen Zweifel aufkommen: „Das ist heute nicht

³⁹ Relazione riass. Prefetti del dicembre 1947, in: Archivio Centrale dello Stato, Min. Int. Dir. Gen. P. S., AA. GG. RR. (1931–1949), busta 79A, fasc. Milano.

⁴⁰ Bericht des Quaestors vom 5. November 1947, in: Ebenda, fasc. Novara.

⁴¹ Vgl. NSC 1/2, in: FRUS, 1948, III, S. 756–759.

möglich.“ Eine weitere Verschärfung der Klassenkämpfe in Italien würde unweigerlich zu einem kommunistischen Aufstand führen, der offenbar nicht in das Konzept der Sowjetunion paßte⁴².

Damals freilich, im Klima des Kalten Krieges mit seinen gegenseitigen Verdächtigungen und Unterstellungen, lagen die Zielsetzungen der Sowjetunion in Italien weniger klar zutage. Der Historiker weiß heute mehr, als die amerikanische Führung vor 40 Jahren, die dem Kreml alles zuzutrauen schien. Die ungeschriebenen Gesetze des sich seit Kriegsende anbahnenden west-östlichen Interessenkonflikts besagten zwar, daß der gesamte Mittelmeerraum zur westlichen Einflußsphäre gehörte und somit für Moskau gleichsam unantastbar war. In den Augen der westlichen Führungsmacht hatte aber Stalins Verhalten schon öfter Anlaß zu der Sorge gegeben, daß sich die Sowjetunion bei ihren politischen Manövern im Mittelmeer nicht mit der gleichen Strenge an die Spielregeln hielt, die der Kremlchef den Westmächten abverlangte, wenn es um die Gebiete östlich des „eisernen Vorhangs“ ging. Die sowjetische Forderung nach einer Treuhänderschaft über eine der italienischen Kolonien – gemeint war Libyen –, das Beharren Moskaus auf den jugoslawischen Ansprüchen auf Triest⁴³ und die unverblümete Aufforderung der Kominform an die italienischen Kommunisten, der Regierung De Gasperi den Kampf anzusagen, nährten den in Washington bestehenden Verdacht, Stalin wolle seinen Einfluß auch im Mittelmeerraum und hier vor allem in Italien, wo die Voraussetzungen dank einer starken kommunistischen Partei besonders günstig waren, verstärken und dort sowjetische Bastionen errichten.

Angesichts der gespannten weltpolitischen Lage und der besorgniserregenden Meldungen über die militärische Stärke der kommunistischen Partei fiel es der Regierung in Rom verständlicherweise immer schwerer, Ruhe zu bewahren, je näher der Tag des Abzugs der alliierten Truppen aus Italien rückte, die wenigstens eine gewisse Sicherheit gegen revolutionäre Umtriebe geboten hatten. De Gasperi hatte noch im Frühjahr und Sommer 1947 nicht an Putschabsichten seiner kommunistischen Rivalen geglaubt. Er wußte, daß Togliatti und Nenni sich nicht zuletzt deshalb so revolutionär gebärdeten, um ihren scharfmacherischen innerparteilichen Kontrahenten zuvorzukommen, und er spürte, daß sich Resistenza und Widerstand gegen Faschismus und Hitler-Deutschland als gemeinsame Erfahrung in das öffentliche Bewußtsein gesenkt hatten und so gleichsam eine Brücke zwischen den gegnerischen politischen Lagern bildeten, tragfähig genug, um auch im bürgerkriegsähnlichen

⁴² Archivio Pietro Secchia 1945–1973, hrsg. von Enzo Collotti, Mailand 1979 (Fondazione Giangiacomo Feltrinelli, Annali 1978), S. 426. Vgl. auch Spriano, *Comunisti europei e Stalin*, S. 278. Zu Secchia und Togliatti vgl. Giorgio Amendola, *I contrasti fra Secchia e Togliatti* (1944–1954), in: *Rinascita*, Nr. 17, 4. Mai 1979, S. 23–26.

⁴³ Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 91 f.

Klima des Jahres 1947 zu halten⁴⁴. Die düsteren Analysen über die Zukunft Italiens, die sein Botschafter in Washington verbreitete, teilte De Gasperi also zunächst nicht; er ließ ihn aber gewähren, ermunterte ihn wohl sogar ausdrücklich, die Lage auswegloser darzustellen, als sie in Wirklichkeit war, gelang es Tarchiani doch damit, immer neue finanzielle und politische Zugeständnisse der Vereinigten Staaten zu erreichen.

Im Herbst 1947, als Unruhen und Krawalle kommende Umwälzungen ankündigen schienen, wurde aber anscheinend auch De Gasperi nervös. Sein Vertrauen in die Schlagkraft der Sicherungstruppen war nie groß gewesen. „Leider“, so sagte er im Oktober 1946 im Kreise seiner Minister, „ist die Polizei so wie sie ist. Man ist dabei neu aufzubauen, aber viele, die besten Kräfte von früher, mußten anderen Platz machen.“⁴⁵ Wie sollten sie eine kommunistische Erhebung, die De Gasperi im Winter erwartete, niederschlagen können? In dieser Lage rief er die amerikanische Regierung um weitere Hilfe an. Was er verlangte, ging weit über die bisher üblichen Forderungen nach Weizen und Dollarkrediten hinaus: Washington sollte den Abzug der US-Truppen bis zum letztmöglichen Termin hinausschieben (14. Dezember 1947) und dem schließlichen Rückzug der Einheiten – zur Einschüchterung der Kommunisten – eine Art von öffentlicher Sicherheitsgarantie für ein demokratisches Italien folgen lassen. Die Amerikaner sollten ferner ihre Truppen in Österreich verstärken, um einer Bedrohung der italienischen Halbinsel von Osten her begegnen zu können, und im Mittelmeerraum, vor allem in Libyen, Reserveeinheiten stationieren, die im Ernstfall schnell nach Italien gebracht werden könnten. De Gasperi, der die Rolle des Bittstellers, der er 1945/46 gewesen war, längst abgelegt hatte, scheute sich auch nicht, dem amerikanischen Botschafter in Rom eine stattliche Liste mit Wünschen nach streng geheimen und kostenlosen Waffenlieferungen zu übergeben; Panzer, schwere Geschütze und Raketenwerfer seien dringend erforderlich, um die innenpolitischen Gegner in Schach halten zu können⁴⁶.

In Washington zweifelte inzwischen kaum noch jemand an der Entschlossenheit des PCI zum gewaltsamen Umsturz. Die ständigen Meldungen aus Rom über kommunistische Aufmärsche, blutige Straßenkämpfe und Streiks erzeugten in der amerikanischen Hauptstadt ein Klima der Nervosität und Aufgeregtheit, das viele ansteckte – auch Truman, der De Gasperi weit entgegenkam. Ohne zu zögern erfüllte er die Bitte des italienischen Ministerpräsidenten, den Truppenabzug vorübergehend zu stoppen⁴⁷. Zugleich stimmte er einer von Lovett entworfenen, überaus scharfen öffentlichen Sicherheits-

⁴⁴ Vgl. dazu Ennio Di Nolfo, *Le paure e le speranze degli italiani (1943–1953)*, Mailand 1986, S. 153.

⁴⁵ Archivio Centrale dello Stato, Verbali del Consiglio dei Ministri, 25. Oktober 1946.

⁴⁶ Vgl. vor allem Pastorelli, *L'Entrata in Vigore*, passim sowie FRUS, 1948, III, S. 734, 736 f., 742.

⁴⁷ Vgl. Pastorelli, *L'Entrata in Vigore*, S. 1152.

garantie für Italien zu, die in krassem Gegensatz zu den Ratschlägen des National Security Council stand, die er selbst drei Wochen zuvor gebilligt hatte; Lovetts Entwurf wurde allerdings abgeschwächt, weil Außenminister Marshall von allzu waffenklirrenden Tönen abriet, zumal, wenn man nicht in der Lage sei, ihnen Taten folgen zu lassen⁴⁸. Truman beschränkte sich deshalb in seiner Erklärung vom 13. Dezember darauf, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung eines freien und unabhängigen Italien zu betonen und die Absicht seiner Regierung zu bekräftigen, im Falle einer Gefährdung von Frieden und Freiheit geeignete Maßnahmen zu ergreifen⁴⁹.

De Gasperis Forderungen hingegen, die sich auf Waffenlieferungen und eine Erhöhung der militärischen Präsenz der amerikanischen Streitkräfte im Mittelmeerraum bzw. in Österreich bezogen, blieben zunächst unerfüllt. Letzteres wurde nicht einmal ernsthaft diskutiert; ein Mitsprache- oder Vorschlagsrecht bei der Dislozierung der eigenen Truppen wollte man dem italienischen Ministerpräsidenten denn doch nicht einräumen. Waffenlieferungen aus den Beständen der US-Army schloß Verteidigungsminister Forrestal nicht mehr aus, wie noch vier Wochen zuvor im National Security Council, ihnen standen aber praktische, finanzielle und verfassungsrechtliche Hindernisse im Wege, die sich nur schwer ausräumen ließen. In einem Memorandum, das er Marshall unterbreitete, rief Forrestal dem Außenminister u. a. in Erinnerung: Ohne Genehmigung des Kongresses seien Waffenlieferungen in der geplanten Größenordnung kaum möglich; darüber hinaus könne sein Ministerium die mit den Lieferungen verbundenen Kosten nicht tragen; das Verteidigungsministerium sei auch nicht in der Lage, die „vorgeschlagene Unternehmung“ personell zu bewältigen. Die Italiener, so schlug Forrestal deshalb vor, sollten zunächst mit „small arms“ und „armed vehicles“ aus amerikanischen „surplus“-Beständen versorgt werden – was kostenlos und ohne vorherige Genehmigung des Kongresses möglich gewesen wäre, vorausgesetzt, die italienische Regierung hätte die Kosten für Verpackung und Transport der Waffen übernommen⁵⁰.

Daran war aber nach Lage der Dinge nicht zu denken. Die Regierung in Rom bewegte sich schon seit Monaten am Rande des finanziellen Abgrundes. Außerdem glaubte sie, daß die Schlagkraft ihrer Sicherheitskräfte mit einigen tausend, womöglich veralteten Gewehren und Pistolen aus amerikanischen „surplus“-Beständen nur unwesentlich erhöht würde. Sie hielt die kleine, von Forrestal ins Spiel gebrachte Lösung für ungenügend und pochte erneut auf die Lieferung schwererer Waffen. Die amerikanische Regierung, v. a. das State

⁴⁸ Vgl. Lovett an Marshall, 11. Dezember 1947, und Marshall an Lovett, 12. Dezember 1947, in: FRUS, 1948, III, S. 746 und 748 f.

⁴⁹ Vgl. Pastorelli, *L'Entrata in Vigore*, S. 1152.

⁵⁰ Vgl. Memorandum von Forrestal für Marshall, 11. Dezember 1947, in: FRUS, 1948, III, S. 743 f.

Department und Botschafter Dunn in Rom, hatte sich zwar mittlerweile durch De Gasperi und Tarchiani von der dringenden Notwendigkeit einer besseren Ausstattung der italienischen Armee-Einheiten (einschließlich Carabinieri) überzeugen lassen, war aber andererseits nicht bereit, sich über die von Forrestal angedeuteten verfassungsrechtlichen Bedenken (Zustimmungspflicht des Kongresses) hinwegzusetzen und, überspitzt formuliert, vor den Forderungen De Gasperis ganz zu kapitulieren⁵¹. Ein Ausweg aus diesem Dilemma schien sich zunächst nicht abzuzeichnen. Bedauernd telegrafierte Marshall deshalb am 12. Januar 1948 an die amerikanische Botschaft in Rom: „Keine Möglichkeit unter den herrschenden Bedingungen für Transfer von bedeutenden Mengen [an Waffen] ohne Erstattung der Kosten und Spesen. [...] Klären Sie De Gasperi über die rechtlichen Hindernisse auf, die der kostenlosen Lieferung der benötigten Waren entgegenstehen – trotz unseres ernsthaften Willens, die Anstrengungen der italienischen Regierung zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die Fähigkeit der italienischen Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu erhöhen.“⁵²

Genau einen Monat später befaßte sich in Washington der National Security Council mit dem Entwurf einer Neufassung von NSC 1/1 (NSC 1/2: „The Position of the United States with Respect to Italy“), der – so war im November beschlossen worden – dem Council spätestens 45 Tage vor den Wahlen in Italien vorgelegt werden sollte, damit den Vereinigten Staaten ausreichend Zeit blieb, die eigene Politik im Lichte der aktuellen Entwicklung in Italien neu zu bestimmen⁵³. Seit November war in der amerikanischen Hauptstadt die Quecksilbersäule im Thermometer, das politische Aufgeregtheit, Nervosität und Kriegsängste registrierte, erneut um einige Grade nach oben geklettert. Besonnene Stimmen, die – ganz zu Recht – anmerkten, daß die Linksparteien Italiens nach der Erklärung Trumans vom 13. Dezember 1947 ihre radikale Propaganda merklich gedämpft hatten und seit Monaten an öffentlicher Resonanz verloren, hatten um diese Zeit kaum mehr eine Chance, von den verantwortlichen Politikern beachtet zu werden. Italien war wie etwa Griechenland, die Türkei und der Iran zu einem Frontland erklärt worden; schon hier galt es, die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten zu verteidigen. Die Empfehlungen des Stabes spiegelten die erhöhte Alarmbereitschaft, die damals in Washington herrschte, deutlich wider⁵⁴: So lange sich die Regierung De Gasperi („or any satisfactory successive Italian Government“) behaupten konnte, so lange sollte ihr die amerikanische

⁵¹ Vgl. Memorandum des Director, Plans and Operations, General Staff, für Marshall, 13. Dezember 1947, und Memorandum des Acting Director of the Office of European Affairs für Marshall, 16. Dezember 1947, in: FRUS, 1948, III, S. 749–751.

⁵² Marshall an Dunn, 12. Januar 1948, in: Ebenda, S. 756 f.

⁵³ NSC 1/1, in: Ebenda, S. 724–726.

⁵⁴ NSC 1/2, in: Ebenda, S. 756–759.

Regierung mit allen nur irgend möglichen wirtschaftlichen, propagandistischen und politischen Maßnahmen Flankenschutz gewähren. Geling es dem PCI aber, De Gasperi zu stürzen oder in einem Teil Italiens gewaltsam die Macht zu ergreifen, dann sei es erforderlich, – wenn nötig – militärische Gewalt („in such manner as may be found most effective“) anzuwenden. Die Empfehlungen sahen für diesen Fall eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte im Mittelmeerraum vor, außerdem sollte sich die Regierung darauf vorbereiten, „auf Bitte der legalen italienischen Regierung und nach Konsultationen mit Großbritannien“, „to deploy forces to government-controlled sections of peninsular Italy as a show of force in support of the legal government“. Und schließlich plädierte der Stab dafür, „mit Zustimmung der legalen italienischen Regierung und nach Konsultationen mit Großbritannien“, in Sizilien oder Sardinien („or both“) Truppen in genügender Stärke aufmarschieren zu lassen, „to occupy those islands against indigenous Communist opposition as soon as the position of the Communists in Italy indicates that an illegal Communist-dominated government will control all of the peninsular of Italy“. Ein kommunistisch kontrolliertes Festland, so lassen sich die etwas widersprüchlichen Empfehlungen deuten, hätten die Vereinigten Staaten notfalls wenigstens zeitweise hingenommen, ohne vollen Gebrauch von ihrer militärischen Stärke zu machen. Sizilien und Sardinien aber, die strategisch wichtigen Inseln, durften keinesfalls unter kommunistische Herrschaft fallen. De Gasperi (oder seinem Nachfolger), dem die absurdeste Rolle in diesem abenteuerlichen Szenario zufiel, war dort als Chef einer Exilregierung im eigenen Land mit Sitz in Palermo oder Cagliari vorgesehen, deren oberstes Ziel wohl darin bestanden hätte, mit amerikanischer Hilfe den Sprung auf das Festland vorzubereiten.

Man muß kein Militärexperte sein, um zu erkennen, daß die amerikanische Regierung sich jetzt tatsächlich auf einen militärischen Zusammenstoß mit den Milizen der kommunistischen Partei einzustellen begann. Eine solche weitreichende Entscheidung konnte natürlich nicht getroffen werden, ohne die Joint Chiefs of Staff gehört zu haben, deren Stellungnahme zum Entwurf des Stabes am 12. Februar 1948 noch nicht vorlag. Auf Antrag von Forrestal vertagte der National Security Council deshalb die Behandlung des Falles Italien auf die nächste Sitzung⁵⁵. Das knappe, von Admiral William D. Leahy unterzeichnete Memorandum der Joint Chiefs of Staff, das am 19. Februar 1948 fertig war⁵⁶, mußte auf die Mitglieder des Council wie eine kalte Dusche wirken. „Vom militärischen Standpunkt aus ist es unrealistisch, zu beschließen, daß die Vereinigten Staaten, wenn nötig, vollen Gebrauch ihrer militärischen Stärke machen sollten, um zu verhindern, daß Italien unter die Herr-

⁵⁵ Minutes of the 6th meeting of the National Security Council, 12. Februar 1948, in: Harry S. Truman Library, Papers of Harry S. Truman, President's Secretary File.

⁵⁶ Vgl. FRUS, 1948, III, S. 770 f.

schaft der Sowjetunion fällt, außer wenn die Vereinigten Staaten ausreichend Streitkräfte zur Verfügung haben, um dieses Ziel zu erreichen“, so lautete die Meinung der Vereinigten Stabschefs, die mit Schrecken beobachteten, wie die politische Führung leichtfertig mit dem Feuer spielte. Die Vereinigten Staaten könnten zwar im Mittelmeerraum ihre See- und Luftstreitkräfte verstärken. „However, deployment of ground forces in the same area would require commitment of part or all of our reserve in this category, a reserve which, in view of our extended military position, is already dangerously low. This should not be done unless a partial mobilization is undertaken.“ Der Kommentar zu den Empfehlungen des Council-Stabes, amerikanische Einheiten in noch von der legalen Regierung kontrolliertes Gebiet zu entsenden und Vorbereitungen für die Eroberung Siziliens und Sardinien zu treffen, fiel ebenso negativ aus: Die Durchführung dieser Aktionen „würde gefährliche Risiken eines Weltkrieges mit sich bringen [...] eine Mobilmachung sollte ihnen vorausgehen“.

Leahy's Unterschrift unter dem Memorandum der Joint Chiefs of Staff war noch kaum trocken, als am 24. Februar 1948 die Nachricht vom kommunistischen Staatsstreich in Prag die Welt bewegte⁵⁷. Gleichzeitig spitzte sich die Situation im geteilten Berlin so sehr zu, daß der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay mit dem Schlimmsten zu rechnen begann; ein Krieg, so telegraphierte er nach Washington, könne mit „dramatischer Plötzlichkeit“ ausbrechen⁵⁸. Moskau, so meinten damals viele, schien noch weiter nach Westen ausgreifen zu wollen, der von den amerikanischen Militärs befürchtete Zusammenprall der beiden Weltmächte rückte in greifbare Nähe. „Das Ergebnis war“, so George Kennan rückblickend, „eine regelrechte Kriegspsychose.“⁵⁹

Rom – wer wollte noch daran zweifeln? – drohte als nächste europäische Hauptstadt unter kommunistische Herrschaft zu fallen⁶⁰. Angesichts dieser düsteren Prognosen erblickten Truman und Marshall in den politischen und verfassungsrechtlichen Bedenken, die der Belieferung der italienischen Streitkräfte mit amerikanischen Waffen im Wege standen, nur noch törichte Engstirnigkeiten. Die Waffenlieferungen seien im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten, so Truman am 10. März 1948 an Forrestal: „I direct that immediate steps be taken to expedite the assistance to Italy [...] even though some portion or all of the proceeds of reimbursement [...] may not be available under existing law to the armed forces.“ Noch am selben Tag begannen die Vorbereitungen für den Versand der Waffen⁶¹.

⁵⁷ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 247.

⁵⁸ Walter Millis (Hrsg.), *The Forrestal Diaries*, New York 1951, S. 387.

⁵⁹ Kennan, *Memoiren*, S. 401.

⁶⁰ Vgl. dazu einen Bericht Dunns über ein Gespräch mit Außenminister Sforza vom 1. März 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 835 f.

⁶¹ FRUS, 1948, III, S. 781. Vgl. auch Marshall an Dunn, 10. März 1948, in: Ebenda, S. 781 f.

Wo sich die Gemüter mittlerweile so stark erhitzt hatten wie im Weißen Haus, mußte auch die kalte Dusche aus dem Pentagon ihre Wirkung verfehlen. Als der National Security Council am 11. März 1948 erneut tagte⁶², um die Politik der Vereinigten Staaten im Falle einer gewaltsamen Machtergreifung des PCI neu zu bestimmen, wischte Außenminister Marshall, der noch wenige Wochen zuvor viel Augenmaß bewiesen hatte, als er eine waffenklirrende Sicherheitsgarantie für Italien verhinderte, die Einwände der Joint Chiefs of Staff einfach vom Tisch. Er war offensichtlich nicht gewillt, die politische Bewegungsfreiheit der Vereinigten Staaten vom Mangel an konventionellen Streitkräften einengen zu lassen. Marshall meinte, so hieß es im Protokoll der Sitzung, „that in Europe the problem is how to establish our Air Force rather than to put in large ground forces. He felt that we should study how quickly we can put ashore a competent air force while using foreign troops primarily for the ground forces. [...] He believed that we should avoid as much as possible large commitments of ground forces. In Sicily and Sardinia, for example, he believed that we should send in only sufficient troops to stiffen the ground forces that the Italians already have“ – worüber allerdings, das vergaß Marshall hinzuzufügen, mit den Italienern noch kein Wort gesprochen worden war. Fast höhnisch wies er die von den Stabschefs in einem zweiten Memorandum vom 10. März 1948⁶³ getroffene Feststellung zurück, daß mindestens ein Jahr verstreichen würde, bevor eine teilweise oder eine General-Mobilmachung zu einer nennenswerten Erhöhung der militärischen Stärke führen würde. Diese Äußerungen, so Marshall, „reflect what he calls arithmetical planning“⁶⁴.

Knapp vier Monate zuvor hatten die Einwände der Militärs den National Security Council wenigstens zu einem leichten Einlenken veranlaßt. Jetzt aber, da eine Verwicklung amerikanischer Truppen in kriegerische Auseinandersetzungen unmittelbar bevorzustehen schien, ließen die Politiker die Ratschläge ihrer obersten Soldaten völlig unbeachtet: Das vom Stab des Councils am 10. Februar 1948 vorgelegte Gutachten NSC 1/2 wurde in der Sitzung vom 11. März ohne wesentliche Änderungen angenommen und vier Tage später von Truman zur maßgeblichen Richtlinie der amerikanischen Italienpolitik erklärt⁶⁵. Hätte Togliatti also einen Aufstand befohlen und wäre es seinen Milizen mit oder ohne jugoslawischer Unterstützung tatsächlich gelungen, Teile Italiens unter ihre Herrschaft zu bringen, so wäre die italienische Halbinsel drei Jahre nach dem Ende des verheerenden Bürgerkrieges zwischen Faschisten und Antifaschisten zum Schauplatz eines Bruderkrieges

⁶² Minutes of the 7th meeting of the National Security Council, in: Harry S. Truman Library, Papers of Harry S. Truman, President's Secretary File.

⁶³ Memorandum vom 10. März 1948, in: Ebenda.

⁶⁴ Wie Anm. 62.

⁶⁵ Vgl. FRUS, 1948, III, S. 767.

zwischen kommunistischen Aufständischen und regulären, durch Einheiten der US-Armee (v. a. wohl Luftwaffe) verstärkten Regierungstruppen geworden, der leicht außer Kontrolle geraten konnte. Hatte 1943 die weltpolitische Konfrontation von Alliierten und Achsenmächten den Bruderkrieg ausgelöst, so drohte 1948 ein Weltkonflikt – ausgelöst durch einen italienischen Bruderkrieg.

Mochte sich der Griff zu den Waffen als Antwort auf eine gewaltsame Machtergreifung des PCI vor der Weltöffentlichkeit noch einigermaßen rechtfertigen lassen, so mußte eine militärische Intervention im Falle einer legalen Machtergreifung (oder zumindest Machtbeteiligung) nach einem Wahlsieg der Linksparteien das Ansehen der Vereinigten Staaten beträchtlich schmälern. Zur Klärung der Frage, welche Politik Washington in diesem heiklen Fall verfolgen sollte, hatte der National Security Council ein eigenes Memorandum (NSC 1/3: „The Position of the United States with Respect to Italy in the Light of the Possibility of Communist Participation in the Government by Legal Means“) in Auftrag gegeben, das am 11. März ebenfalls zur Debatte stand und nach geringfügigen Änderungen angenommen wurde⁶⁶: Die Mitglieder des Council rechneten selbst bei einem klaren Sieg der Linksparteien in den Wahlen mit einer „letzten Chance, eine kommunistische Herrschaft in Italien zu verhindern“. Keine italienische Regierung, so glaubte man, könne lange ohne amerikanische Wirtschafts- und Finanzhilfe auskommen. In der Bevölkerung, in den bürgerlichen Parteien und im Heer seien starke antikommunistische Ressentiments lebendig, die sich bald in offenen Widerstand gegen das kommunistische Regime verwandeln würden. „Die Demonstration entschlossener amerikanischer Opposition gegen den Kommunismus und die Zusicherung wirkungsvoller Unterstützung von seiten der Vereinigten Staaten kann antikommunistische Kräfte in Italien dazu ermuntern, einen letzten energischen Versuch zu machen, die Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft in Italien zu verhindern, sogar auf die Gefahr hin, einen Bürgerkrieg zu entfesseln“; unter wirkungsvoller Unterstützung verstand man auch „covert political actions“ wie etwa das von Truman trotz erheblicher rechtlicher Bedenken durchgesetzte, mangels Quellen nicht näher beschreibbare Tätigwerden des CIA und das Anlegen von geheimen Waffenlagern in Italien.

Sollte sich die Einschätzung des Council als zu optimistisch erweisen, so wollten die Vereinigten Staaten geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Folgen einer kommunistischen Herrschaft in engen Grenzen zu halten und „dauernden Widerstand“ gegen die Regierung zu erleichtern. U. a. war daran gedacht, die eigene militärische Präsenz im Mittelmeerraum zu erhöhen, die

⁶⁶ NSC 1/3, in: Ebenda, S. 775–779. Vgl. auch ebenda, S. 767 und Minutes of the 7th meeting of the National Security Council, in: Harry S. Truman Library, Harry S. Truman Papers, President's Secretary File.

wirtschaftlichen Hilfen sofort einzustellen und den antikommunistischen „Untergrund“ finanziell und mit Waffen zu unterstützen. Außerdem sollte eine begrenzte Mobilmachung eingeleitet werden. Dieser Schritt sollte in der Öffentlichkeit als klarer Hinweis auf die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten herausgestellt werden, „kommunistischer Aggression zu widerstehen und unsere nationale Sicherheit zu schützen“⁶⁷. Eine militärische Intervention verbot sich also – zumindest vorläufig. Vieles deutet aber darauf hin, daß es wohl kaum bei Drohgebärden und Pressionen geblieben wäre, sondern daß sich, zumal im Zeichen des Kalten Krieges, eine Verwicklung amerikanischer Truppen in einen italienischen Bürgerkrieg nicht hätte vermeiden lassen.

Die Entscheidungen, die am 11. März 1948 im Konferenzraum des Weißen Hauses getroffen und wenig später von Truman gebilligt wurden, markieren den Höhepunkt der sich seit Monaten verschärfenden amerikanischen Italienpolitik. Sie sind zugleich, darauf hat vor allem James E. Miller hingewiesen, so etwas wie eine „Wasserscheide“ in der Geschichte der auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten. Zum ersten Mal genehmigte das Weiße Haus „significant covert political actions“ in anderen Ländern; das Prinzip der Nichteinmischung, das die Regierung Roosevelt zur Richtschnur ihres außenpolitischen Handelns erklärt hatte, war damit in eklatanter Weise verletzt worden und fand künftig immer weniger Beachtung. Darüber hinaus gaben die Vereinigten Staaten nicht nur zu erkennen (wie in der Truman-Doktrin), sondern bewiesen durch eindeutige Beschlüsse, daß sie zur Abwehr kommunistischer Bedrohungen vor allem auf das Mittel der militärischen Machtentfaltung zu setzen gedachten; hier wurde gleichsam eine Tradition begründet, die die spätere amerikanische Außenpolitik vor allem in Lateinamerika und im Fernen Osten bestimmte⁶⁸. „America took off the gloves for the first time“, schrieb *The Economist* nach der Wahl in Italien, und – so könnte man hinzufügen – zog sie für längere Zeit nicht wieder an⁶⁹.

⁶⁷ NSC 1/3, in: FRUS, 1948, III, S. 775–779.

⁶⁸ James E. Miller, *Taking off the Gloves: The United States and the Italian Elections of 1948*, in: *Diplomatic History* 7 (1983), Nr. 1, S. 35.

⁶⁹ Zit. nach ebenda, S. 53. Auch dem stets besonnenen George Kennan gingen im März 1948 die Nerven durch. „If Communists were to win elections“ in Italien, so schrieb er am 15. März 1948 an Marshall, „our whole position in Mediterranean, and possibly in western Europe as well, would probably be undermined. I am persuaded Communists could not win without strong factor of intimidation on their side, and it would clearly be better that elections not take place at all than that Communists win in these circumstances. For these reasons I question whether it would not be preferable for Italian Government to outlaw Communist Party and take a strong action against it before elections. Communists would presumably reply with civil war, which would give us grounds for reoccupation Foggia fields or any other facilities we might wish. This would admittedly result in much violence and probably a military division of Italy; but we are getting close to the deadline and I think it might well be preferable to a bloodless election victory, unopposed by ourselves, which would give the Communists the entire peninsula at one coup and send waves of panic to all surrounding areas.“ FRUS, 1948, III, S. 848 f.

Der außerordentlichen Dynamik der amerikanischen Italienpolitik konnten sich auch die Regierungen in London und Paris nicht entziehen. Sie mußten von ihren bisherigen, eher italienfeindlichen Standpunkten abrücken und auf die amerikanische Linie (etwa in der Frage der UN-Mitgliedschaft Italiens oder hinsichtlich der Revision des Friedensvertrages) einschwenken⁷⁰. Das hieß nun aber nicht, daß auch die Regierung De Gasperi jeglichen Einfluß auf die Entschlußbildung über die politische Zukunft Italiens eingeüßt hatte. Im Gegenteil: De Gasperi, der sich geradezu als Urheber mancher amerikanischer Initiativen fühlen durfte, verstand es fast meisterhaft, den Interessen seiner Regierung Geltung zu verschaffen. Daß er auch am Vorabend der Wahlen die Fäden in der Hand behielt, zeigte sich besonders deutlich, als er am 12. März 1948 völlig überraschend das amerikanische Angebot sofortiger großzügiger Waffenlieferungen ausschlug, das – wie erinnerlich – erst nach einem Machtwort Trumans möglich geworden war. De Gasperi selbst hatte einige Monate zuvor, als er fast täglich mit seinem gewaltsamen Sturz rechnen mußte, um diese Waffen gebeten. Im März 1948 aber – paradoxerweise zum selben Zeitpunkt, als in Washington nicht zuletzt wegen der prekären Lage in Italien eine Kriegshysterie um sich griff – hatten sich die Gemüter in der italienischen Regierung wieder etwas beruhigt. Kurz vor der Jahreswende hatten Sozialdemokraten und Republikaner De Gasperis monatelangem Werben nachgegeben und sich der christdemokratischen Minderheitsregierung angeschlossen⁷¹, die damit über eine ausreichende parlamentarische Basis verfügte. Außerdem schien die Regierung mittlerweile auch größeres Vertrauen in Schlagkraft und politische Zuverlässigkeit der eigenen Sicherungstruppen zu setzen, die binnen kurzem auf eine personelle Stärke von 265 000 Mann gebracht und so gut ausgerüstet worden waren, daß sie nach Meinung der Experten einen kommunistischen Aufstand niederschlagen konnten⁷². Einen Wahlsieg der Linksparteien hielt De Gasperi trotz der zuweilen überschäumenden Siegesgewißheit von Sozialisten und Kommunisten für ausgeschlossen. Die Waffen, so teilte der selbstsichere Ministerpräsident deshalb dem staunenden amerikanischen Botschafter mit, seien willkommen, mit ihrer Verschiffung dürfe aber erst nach der Wahl begonnen werden⁷³. Ein früherer Beginn lasse sich nicht geheimhalten und könne die Aussichten seiner Partei bei den Wahlen schmälern. Die Kommunisten würden sich nämlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Kriegsjahre der italienischen

⁷⁰ Zur britischen Italienpolitik am Vorabend der Wahlen vgl. vor allem Antonio Varsori, *La Gran Bretagna e le elezioni politiche italiane del 18 aprile 1948*, in: *Storia contemporanea* 13 (1982), S. 5–70.

⁷¹ Vgl. Mammarella, *L'Italia dalla caduta*, S. 178 f.

⁷² Vgl. Di Nolfo, *Le paure*, S. 258.

⁷³ Vgl. FRUS, 1948, III, S. 748. Vgl. dazu auch Pietro Pastorelli, *La crisi del marzo 1948 nei rapporti italo-americani*, in: *Nuova Antologia*, Nr. 2132, Oktober/Dezember 1979, S. 235–251.

Bevölkerung mit Hinweis auf die Waffen zu schüren und seine Regierung als Kriegstreiber hinzustellen.

De Gasperi wich von seinem Entschluß auch nicht ab, als offenkundig wurde, wie sehr er damit Wohlwollen und Geduld seiner amerikanischen „Schirmherren“ strapazierte, die wie vor den Kopf geschlagen waren und entsprechend gallig reagierten. Der Präsident persönlich hatte sich, trotz verfassungsrechtlicher Bedenken, für die Waffenlieferungen eingesetzt, Schiffe in Amerika und Züge in Europa warteten bereits auf das Startsignal – und De Gasperi machte einfach einen Rückzieher. Verärgert telegraphierte Marshall am 13. März 1948 nach Rom: „Wenn das Programm von so vitaler Bedeutung ist, wie alle Hinweise uns glauben lassen, dann spiegelt die Entscheidung [...] wider a) eine defätistische Haltung [...] oder b) daß sich die italienische Regierung in falsche Sicherheit hat wiegen lassen, was der Erreichung der letzten kommunistischen Ziele gleichermaßen dient.“ Die Waffenlieferungen seien nicht nur eine italienische Angelegenheit, so fuhr Marshall fort, sie berührten auch die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten⁷⁴. De Gasperi lenkte erst ein, als der Druck aus Washington stärker wurde. Ende März, als praktisch sichergestellt war, daß die Waffen vor dem Wahltermin nicht mehr italienischen Boden erreichen würden, stimmte er einem Kompromiß zu, den er selbst entworfen hatte: Die Waffen sollten per Schiff nach Bremerhaven gebracht und von dort per Bahn quer durch Deutschland über den Brenner nach Italien transportiert werden⁷⁵.

Am 18. April 1948 hatten die Wähler über De Gasperis Kurs der Anlehnung an die Vereinigten Staaten und der scharfen Wendung gegen Kommunisten und Sozialisten zu entscheiden. Der Wahlkampf wurde aber von Regierung und Opposition und vor allem von amerikanischen staatlichen und privaten Stellen, die in Italien nur noch einen Bundesstaat der Vereinigten Staaten zu erblicken schienen, so inszeniert, als ginge es für die italienischen Wähler um die Entscheidung zwischen Amerika und der Sowjetunion⁷⁶. In den Wochen vor dem 18. April zogen amerikanische Regierungsstellen, private Organisationen und italo-amerikanische Interessenverbände mit Unterstützung der italienischen Regierung und der liberal-konservativen Presse alle Register eines modernen Wahlkampfes, um die Segnungen der amerikanischen Wirtschaftshilfen hervorzuheben und den alten Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das seit mehr als einem Jahrhundert Hunderttausende von italienischen Einwanderern angezogen hatte, neu zu beleben⁷⁷.

⁷⁴ Marshall an Dunn, 12. März 1948, in: FRUS, 1948, III, S. 784.

⁷⁵ Vgl. Marshall an Dunn, 13. März 1948, in: Ebenda, S. 785–787. Vgl. auch Dunn an Marshall, 18. März 1948, in: Ebenda, S. 787 f., und Dunn an Marshall, 26. März 1948, in: Ebenda, S. 789.

⁷⁶ Vgl. Gambino, *Storia del dopoguerra*, S. 463.

⁷⁷ Vgl. dazu Rossi, *The United States and 1948 Italian Elections*, S. 55–104 und Roberto Faenza/Marco Fini, *Gli Americani in Italia*, Mailand 1976, S. 267–304.

Botschafter Dunn stand unermüdlich an den Hafenkais von Civitavecchia, Bari und Genua, empfing die amerikanischen Schiffe mit Weizen und Rohstoffen und demonstrierte damit nachdrücklich, wem die italienische Bevölkerung das tägliche Brot zu verdanken hatte. Lokomotiven trugen die Aufschrift „Dieser Zug fährt dank amerikanischer Kohle“, Briefmarken den Stempel „Amerikanische Wirtschaftshilfe = Brot und Arbeit“⁷⁸. Die italo-amerikanische Lobby in den Vereinigten Staaten organisierte die Aktion „Lettere agli italiani“, in deren Rahmen amerikanische Bürger vornehmlich italienischer Abstammung mehr als eine Million Briefe an Verwandte, Freunde und weitläufige Bekannte in Italien richteten, deren Inhalt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: Die Wirtschaftshilfe würde gestrichen und die Einwanderung unterbunden, wenn die Kommunisten die Macht übernahmen⁷⁹. Den größten Eindruck aber machte die Ankündigung Marshalls, ein kommunistisches Italien müsse sich selbst helfen, mit Geldern aus Amerika könne es nicht rechnen⁸⁰.

Die katholische Kirche griff ebenfalls mit einem regelrechten Propagandafeldzug in den Wahlkampf ein. „Für oder gegen Christus“, lautete ihr ebenso einfacher wie werbewirksamer Slogan, der noch in der kleinsten Pfarrei von der Kanzel herab verkündet wurde⁸¹. Ildelfonso Schuster, der Erzbischof von Mailand, schärfte den Geistlichen seiner Diözese ein, Kommunisten und Mitgliedern anderer Bewegungen, die den katholischen Glauben ablehnten, die Absolution zu verweigern. Der italienische Episkopat ging noch einen Schritt weiter und erklärte, für die Volksfront zu stimmen, sei eine Todsünde. Selbst Papst Pius XII. gab schließlich jegliche Zurückhaltung auf, die ihm sein Amt auferlegte, und verdamnte den Kommunismus⁸².

Während von den amerikanischen und vatikanischen Initiativen schon bald eine bezwingende Wirkung ausging, sahen sich die Linksparteien mehr und mehr in die Defensive gedrängt. Die Sowjetunion, einst als Wiege der Oktoberrevolution und Vorkämpferin für soziale Egalität hoch im Kurs stehend, hatte viel von ihrer Anziehungskraft eingebüßt, seit die blutigen Auswirkungen der Stalinschen Säuberungen, die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit des Landes und die durch die Prager Ereignisse erneut bekräftigte Unerbittlichkeit, mit der Moskau den Ländern Ost- und Südosteuropas seinen Willen aufzwang, in das breite öffentliche Bewußtsein gedrungen waren. Von der Sowjetunion, selbst ausgezehrt durch die gewaltige Kriegsanstrengung, war materielle Hilfe für den Wiederaufbau Italiens nicht zu erwar-

⁷⁸ Vgl. Gambino, *Storia del dopoguerra*, S. 455.

⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 448 f. und Rossi, *The United States and 1948 Italian Elections*, S. 312 f.

⁸⁰ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 247.

⁸¹ Vgl. Gambino, *Storia del dopoguerra*, S. 441–445.

⁸² Ebenda.

ten, die Vereinigten Staaten hingegen lockten mit großen Dollarkrediten und garantierten die Lebensmittelzufuhr.

Den italienischen Wählern fiel daher am 18. April 1948 die Entscheidung nicht schwer. Die Democrazia Cristiana als Garant des italienisch-amerikanischen Einvernehmens errang mit über 48 Prozent der Stimmen einen überwältigenden Sieg. Kommunisten und Sozialisten erlitten einen schweren Rückschlag, von dem sie sich lange nicht erholten und den niemand mit einem Staatsstreich wettmachen wollte. Den Vereinigten Staaten blieb so in Italien der „Ernstfall erspart“⁸³. Enttäuscht schrieb Pietro Nenni, einer der aggressivsten Wahlkämpfer, am Tag nach der Wahl in sein Tagebuch: „Ich gehe früh und mit der Vorahnung ins Bett, daß sich unsere Hoffnungen nicht erfüllt haben und wir nach einem Italien im Schwarzhemd einem Italien in schwarzer Soutane entgegensehen.“⁸⁴

⁸³ Gunther Mai, Containment und militärische Intervention. Elemente amerikanischer Außenpolitik zwischen der Griechenland-Krise von 1946/47 und dem Koreakrieg von 1950, in: VfZ 32 (1984), S. 503.

⁸⁴ Nenni, Tempo di guerra fredda, S. 423.

Salvatore Sechi

Die neutralistische Versuchung

Italien und die Sowjetunion 1943–1948

Die italienische „Resistenza“ ist nicht das gewesen, was antifaschistische Sonntagsredner gerne aus ihr gemacht haben, nämlich ein „Volk in der macchia“ oder ein „Volk in Waffen“¹. Zum Zeitpunkt der Befreiung von Florenz, also auf dem Höhepunkt der Resistenza, überstieg die Stärke der antifaschistischen Verbände niemals die Zahl von 200 000 Aktivisten; 5000 von ihnen waren sowjetische Staatsbürger. Selbst Pietro Secchia, einer der Wortführer der Kommunistischen Partei Italiens und der kommunistischen Partisanen, hat eingeräumt, daß im „deutsch besetzten Italien, auch im Norden, der Aufstand allenfalls 48 Stunden vor der Ankunft der anglo-amerikanischen Truppen erfolgreich sein konnte“. Die Frage ist daher: War der sowjetische Einfluß auf Italien nach 1945 angesichts der Schwäche der Linkskräfte schon von Anfang an zur Bedeutungslosigkeit verurteilt? Und: War folglich die Option Italiens für den Westen unvermeidlich?

Obwohl die UdSSR an den militärischen Operationen in Italien nicht beteiligt war, übte sie einen nicht geringen Einfluß aus. „Es zu machen wie in Rußland“, war ein unter den Partisanen weit verbreiteter Traum. Außerdem erhöhten die Siege der Roten Armee über die mörderische Kriegsmaschine des Nationalsozialismus das Prestige von Stalin, der – fast allgemein – als eine Art „positiver Held“ angesehen wurde². Die unmittelbaren Träger des russischen Einflusses waren Kommunisten und Sozialisten, die in der Einheitsfront miteinander verbunden waren. Sie bildeten zusammen die Mehrheit und die politische Avantgarde der italienischen Befreiungsbewegung.

Die westlichen Alliierten waren sich vollkommen bewußt, daß der Schlüssel zur raschen Überwindung der Achsenmächte in der dauerhaften Beteili-

¹ Luigi Longo, *Un popolo alla macchia*, Mailand 1947 und Pietro Secchia, *Il partito comunista e la guerra di liberazione 1943–1945* (= *Annali della Fondazione Feltrinelli* 13), Mailand 1975. Der vom Herausgeber angeregte Beitrag von Sechi ist in stark veränderter Fassung vorabveröffentlicht in: *Storia contemporanea* 18 (1987), S. 665–712.

² Eric J. Hobsbawm, *Gli intellettuali e l'antifascismo*, in: *Storia del marxismo*, Turin 1981, Bd. 3 (2. Halbbd.), S. 441–490; Paolo Spriano, *I comunisti europei e Stalin*, Turin 1983 und Sergio Bertelli, *Il gruppo. La formazione del gruppo dirigente del PCI 1936–1948*, Mailand 1980.

gung der Sowjetunion in der Anti-Hitler-Koalition lag. Die Entscheidungen auf der ersten Konferenz von Quebec waren außerdem, wie die Konferenzen von Teheran und Jalta, vom Bewußtsein der folgenden Tatsache bestimmt: „Rußland wird nach dem Krieg in Europa eine dominierende Position einnehmen. Nach dem Zusammenbruch von Deutschland wird es in Europa keine Macht geben, die seine ungeheueren militärischen Kräfte zügeln könnte.“³ Der Schluß, den die Alliierten daraus zogen, lautete: „Da Rußland der entscheidende Faktor im Krieg ist, muß ihm jede mögliche Unterstützung gewährt werden, und es muß unbedingt versucht werden, seine Freundschaft zu erlangen. Da es Europa nach der Niederlage der Achse zweifellos beherrschen wird, ist es sogar noch wichtiger, sehr freundschaftliche Beziehungen mit Rußland zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.“⁴

In der Praxis allerdings waren die Dinge schon einen Monat vor dieser feierlichen Erklärung in andere Bahnen geraten. Nach der Entmachtung Mussolinis am 25. Juli 1943 nahmen die Westmächte mit Italien Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf, die dem Kommandeur der anglo-amerikanischen Streitkräfte im Mittelmeerraum, General Dwight D. Eisenhower, anvertraut wurden. Als Stalin von den Geschehnissen in Italien erfuhr, reagierte er entschieden. Am 22. August schrieb er an Churchill und Roosevelt. Er plädierte dabei für die Schaffung einer politisch-militärischen Kommission, die aus Vertretern der drei verbündeten Staaten bestehen und die Verhandlungen mit den verschiedenen, sich nach und nach von Deutschland lösenden Regierungen führen sollte. „Bisher verhielt es sich so“, so der Hausherr des Winterpalais, „daß die USA mit Großbritannien zu Abkommen gelangten, während die UdSSR von den Vereinbarungen nur unterrichtet wurde und sich so in der Rolle des passiven Dritten wiederfand. Ich muß sagen, daß diese Situation nicht mehr länger hingenommen werden wird.“⁵

Diese drohende Aufforderung zur Einhaltung von korrekteren Verfahrensweisen verfehlte ihre Wirkung. Am 3. September unterzeichneten die Vereinigten Staaten und Großbritannien, ohne Stalin vorher zu informieren, den Waffenstillstand mit Italien. In der Moskauer Außenministerkonferenz vom Oktober/November 1943 wurde die UdSSR zwar in den Advisory Council on Italy aufgenommen, sie erhielt aber nur eine rein symbolische Vertretung in der viel wichtigeren Kontrollkommission⁶. Molotow konnte mit Händen greifen, daß man sein Land lediglich als Objekt von Informationen, aber nicht

³ FRUS, 1943, *The Conferences at Washington and Quebec*, S. 624f. Vgl. dazu auch Robert Sherwood, *Roosevelt and Hopkins. An Intimate History*, New York 1948, S. 749 und Elena Aga-Rossi, *L'Italia nella sconfitta*, Neapel 1976, S. 26f.

⁴ FRUS (wie Anm. 3).

⁵ *Corrispondenza tra Stalin, Churchill, Roosevelt, Attlee, Truman 1941–1945*, Moskau 1985, S. 171.

⁶ Vgl. Geoffrey Warner, *L'Italia e le potenze alleate dal 1943 al 1949*, in: Stuart J. Woolf (Hrsg.), *Italia 1943–1950. La ricostruzione*, Bari 1974, S. 49–86.

als Subjekt von Entscheidungen zulassen und es so von der Bestimmung der alliierten Politik in Italien ausschließen wollte. Es gelang ihm aber, eine Erklärung der „Großen Drei“⁷ über Italien durchzusetzen. Die sieben Punkte, aus denen sie bestand, bezogen sich u. a. auf die politische Säuberung der Verwaltung und die Beseitigung der faschistischen Institutionen. Damit wollte Moskau die Voraussetzungen schaffen für eine demokratische Revolution – auch dort, wo die Sowjetunion wie in Italien keine direkten Eingriffsmöglichkeiten besaß. Der Wille der Sowjetunion, an der Überwachung der Vereinbarungen des italienischen Waffenstillstandes teilzunehmen, war freilich ebenso stark, wie der ihrer militärischen Verbündeten, den Einfluß der Sowjets zu beschränken. Das Waffenstillstandsmodell, das sich so herausbildete, war doppelgesichtig, hatte also eine Kehrseite. Den Mechanismus, mit dem die Anglo-Amerikaner die sowjetische Beteiligung an der Besatzungsherrschaft in Italien de facto verhinderten, nahm Moskau später zum Vorbild, um die Präsenz seiner Verbündeten in Osteuropa und Finnland schwach zu halten⁸.

Dennoch begnügte sich Stalin in Italien nicht mit der Rolle eines passiven Beobachters, welche man ihm eigentlich zugeordnet hatte. Im Advisory Council on Italy ließ er sich von keinem Geringeren als Andrei Wyschinski vertreten, der sich als Ankläger in den großen Schauprozessen der dreißiger Jahre, als „Sowjetisierer“ Lettlands, stellvertretender Ministerpräsident und stellvertretender Außenminister einen Namen gemacht hatte. In Italien hielt Stalins Mann engen Kontakt zu den Kommunisten, er traf sich mit Sozialisten, Generälen, Männern wie Croce und Sforza und hatte vor allen Dingen vertrauliche Gespräche mit Renato Prunas, dem Generalsekretär im Außenministerium während der Regierung Badoglio⁹.

Seine Betriebsamkeit trug schon bald Früchte. In der zweiten Märzwoche von 1944 erhielten Churchill und Roosevelt erneut Post aus Moskau. Stalin setzte sie kurz und bündig davon in Kenntnis, daß Italien und die Sowjetunion am 14. März mit Pietro Quaroni und Mykhail Kostylev diplomatische Vertreter ausgetauscht hatten. Da die Westalliierten wußten, daß das nur das Vorspiel zur offiziellen Anerkennung Badoglios war, was gegen Geist und Buchstaben des Waffenstillstands und der Vereinbarungen der Moskauer Konferenz verstieß, war die Verstimmung groß. Ihre scharfen Proteste blieben jedoch ohne Folgen. Unbeeindruckt schrieb Stalin zurück: „Es ist nötig,

⁷ Vgl. David W. Ellwood, *L'alleato nemico. La politica dell'occupazione anglo-americana in Italia 1943–1946*, Mailand 1977, S. 43–47.

⁸ William H. McNeill, *America, Britain and Russia. Their Cooperation and Conflict 1941–1946*, in: Arnold Toynbee (Hrsg.), *Survey on International Affairs 1939–1946*, Oxford 1953, S. 310. Vgl. auch John L. Gaddis, *The United States and the origins of the Cold War 1941–1947*, New York 1972.

⁹ Vgl. Mario Toscano, *La ripresa delle relazioni diplomatiche fra l'Italia e l'Unione Sovietica nel corso della seconda guerra mondiale*, in: Ders., *Pagine di storia diplomatica contemporanea*, Bd. 2, Mailand 1963, S. 315.

im Gedächtnis zu behalten, daß sich die sowjetische Regierung bisher, da sie keine direkten Verbindungen zur italienischen Regierung hatte, nicht in der gleichen Position befand wie die Verbündeten, die durch ihre zahlreichen Einrichtungen und Vertreter im befreiten Italien von Anfang an direkte Kontakte zur Regierung Badoglio unterhielten. Die Schaffung direkter Kontakte zwischen der sowjetischen und italienischen Regierung beseitigt bis zu einem gewissen Grade die erwähnte Ungleichheit.“¹⁰ Er hätte noch hinzufügen können, was Wyschinskis Nachfolger in der Advisory Commission, Alexander Bogomolov¹¹, dem höchsten Beamten des italienischen Außenministeriums, Renato Prunas, zu verstehen gab, der über seine Gespräche sofort die Westmächte unterrichtete: „Die Sowjets beabsichtigen ihre privilegierte Position in Italien nach Kräften auszunutzen, wo sie keine Besatzungsmacht sind und wo sie vom italienischen Volk mit den Restriktionen, die die Verbündeten veranlassen, nicht direkt in Zusammenhang gebracht werden.“¹²

Diese Interpretation der sowjetischen Intentionen war wahrscheinlich ziemlich übertrieben. Generalsekretär Prunas, der so zugespitzt von ihnen berichtet wurde, war – wie Quaroni später feststellte – schließlich der Vertreter eines besiegten Landes, das daran interessiert war, „die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten für sich auszunutzen“¹³. Seine Ziele glichen, wenn man so will, den Motiven eines Jockeys, der das Pferd gewechselt hat, aber auf dem Dreß weiterhin die Farben des alten Reitvereins trägt. Dies ist der Sachverhalt, den Renato Prunas in diplomatischer Sprache so ausdrückte: „Etwas machen, um die gegenwärtige Situation in Ordnung zu bringen, nach der Italien gleichzeitig ein besiegter Feind und ein kriegführender Verbündeter ist.“¹⁴

Badoglios Taktik lief tatsächlich darauf hinaus, die Sowjetunion zu benutzen. Er wollte die Konflikte zwischen Moskau und seinen beiden westlichen Partnern schüren, um diese zu italienfreundlichen Entscheidungen zu veranlassen. Auf der anderen Seite nutzte Moskau die schwierige Lage, in der Italien sich befand, um die Regierung Badoglio zu größeren Kriegsanstrengungen gegen Deutschland zu bewegen, seine eigene Verhandlungsposition gegenüber den Westalliierten zu stärken und möglicherweise auch, um die Beschränkung des sowjetischen Einflusses auf den osteuropäischen Raum zu durchbrechen.

Die Bereitschaft Moskaus zu einer direkten Verständigung mit Badoglio war von einer extremen Kompromißbereitschaft gegenüber der Monarchie

¹⁰ FRUS, 1944, III, S. 1063.

¹¹ Bogomolov war ehemals diplomatischer Vertreter der UdSSR bei der Vichy-Regierung.

¹² FRUS, 1944, III, S. 1069 f.; vgl. auch Warner, *L'Italia e le potenze*, S. 61. Zu den Ängsten, die die sowjetische Präsenz im Advisory Council on Italy und das Anwachsen des PCI hervorrief, siehe außerdem Robert Murphy, *Un diplomatico in prima linea*, Mailand 1967, Kap. 14.

¹³ Pietro Quaroni, *Il mondo di un ambasciatore*, Mailand 1965, S. 171 f.

¹⁴ FRUS (wie Anm. 12).

begleitet, was vielen Zeitgenossen als unglaublicher Skandal erschien. Im Einverständnis mit Stalin und Wyschinski verließ Palmiro Togliatti, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), sein Moskauer Exil, um nach Italien zurückzukehren. Nach seiner Ankunft im Hafen von Salerno am 28. März 1944 verkündete er, seine Partei sei bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, auch ohne die vorherige Abdankung von Vittorio Emanuele III. Krasser konnte der Gegensatz zur Politik des „Comitato di Liberazione Nazionale“ (CLN) und seiner eigenen Parteigenossen nicht sein¹⁵. Diese hatten bis dahin die Zusammenarbeit mit Badoglio und die direkte Beteiligung an seiner Regierung vom Thronverzicht des Königs abhängig gemacht. Darüber hinaus hatte die Linke (Aktionspartei, Sozialisten und Kommunisten) die Ersetzung der Monarchie durch die Republik, eine „Volksregierung“ des CLN und tiefgreifende Sozialreformen verlangt. Mit der Abdankung des Königs war auch die amerikanische Regierung einverstanden, während sich Churchill zunächst sperrte, aber später auf die Linie der Amerikaner einschwenkte¹⁶.

Mit einem Mal stand so der PCI, die stärkste, disziplinierteste und finanziell am besten ausgestattete Partei Italiens, im Zentrum der Aufmerksamkeit. Im Zusammenspiel mit der Sowjetunion, so fürchtete man, würde sie die politische Szene auf der Halbinsel beherrschen. Diese Befürchtungen spiegeln sich in einem Memorandum der politischen Abteilung der alliierten Kontrollkommission vom 19. April: „Der Einfluß der kommunistischen Partei nimmt täglich zu. Wyschinski und Bogomolov haben beide unterstrichen, daß Rußland ein ‚starkes Italien‘ wünscht. Rußland hat durch den Austausch von diplomatischen Vertretern als erstes Land eine Geste gemacht, die darauf zielt, Italien aus der Position eines besiegten Feindes zu befreien. In Italien gibt es keine russischen Besatzungstruppen und infolgedessen zwischen Russen und Italienern keine der Differenzen, die in Gebieten unter der

¹⁵ Die „Wende von Salerno“ bewirkte größte Spannungen im antifaschistischen Lager. Bemerkenswert ist die Reaktion des Historikers und Reformsozialisten Gaetano Salvemini, der von „Dolchstößen der Agenten Stalins in den Rücken der italienischen Antifaschisten“ sprach. Zit. n. *Bandiera rossa*, 9. Juni 1944; zur Reaktion der Kommunisten auf Salvemini siehe Velio Spano, Salvemini, portabandiera della reazione, in: *L'Unità*, 18. Juni 1944. Zur „Wende von Salerno“ siehe außerdem Aurelio Lepre, *La svolta di Salerno*, Rom 1966; Archivio Pietro Secchia 1945–1973, hrsg. von Enzo Collotti, Mailand 1979 und vor allem Bertelli, *Il gruppo*, S. 164–214 sowie Giovanni De Luna, *Storia del Partito d'Azione. La rivoluzione democratica 1942–1947*, Mailand 1982.

¹⁶ Vgl. Winston Churchill, *La seconda guerra mondiale*, Mailand 1951, S. 78 f. Zu den Reserven Roosevelts gegenüber dem König und Badoglio siehe Cordell Hull, *Memorie di pace e di guerra*, Mailand 1949/50, Bd. 2, S. 336 und Robert Sherwood, *La seconda guerra mondiale nei documenti segreti della Casa Bianca*, Mailand 1949, Bd. 2, S. 335. Zu den politischen Hintergründen der britischen und der amerikanischen Position siehe Enzo Collotti, *Collocazione internazionale dell'Italia dall'armistizio alle premesse dell'alleanza atlantica 1943–1947*, in: *L'Italia dalla liberazione alla repubblica. Atti del Convegno internazionale organizzato a Firenze il 26–28 marzo 1976 con il concorso della Regione Toscana*, Mailand 1977.

Herrschaft fremder Truppen unvermeidlich entstehen. Da sich die russischen Armeen dem Balkan nähern, glaubt man in Italien, durch den starken Einfluß, den Rußland auf Jugoslawien haben wird, an seiner Ostgrenze mit Rußland konfrontiert zu werden. Diese kräftigen, sich gegenseitig verschärfenden Einflüsse wirken auf ein Land ein, das – dies ist die unvermeidliche Folge einer zerrütteten Wirtschaft und einer drohenden Inflation – für Ausschläge zu den Extremen ohnehin reif ist.“ Hieraus wurde der alarmierende Schluß gezogen: „Vor mehr als zwanzig Jahren hat eine ähnliche Situation zum Marsch auf Rom geführt und den Faschismus hervorgebracht. Wir müssen entscheiden und zwar schnell, ob wir damit einverstanden sind, daß sich der jetzige zweite Marsch [auf Rom] in einen weiteren ‚ismus‘ verwandelt.“¹⁷

Am 8. Juni 1944 trat Pietro Badoglio mit der gesamten Regierung zurück. Stalin hatte damit in Italien einiges erreicht: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Bildung einer antifaschistischen Koalitionsregierung unter dem Vorsitz von Ivanoe Bonomi und eine Stellung im Mittelmeer, die der der Engländer und Amerikaner wenigstens in formaler Hinsicht gleichrangig war. Dabei ließ er es bewenden, in Zukunft wollte er im vollen Einverständnis mit den Verbündeten handeln, wie er dem italienischen Botschafter Quaroni ohne große Umschweife mitteilte¹⁸. In den Augen Stalins war Italien weiterhin ein ehemaliger, noch dazu besiegter Feind, während die römischen Stellen das Verhältnis Moskau–Rom zu einer Partnerschaft zwischen zwei souveränen oder zumindest an gleichberechtigten Beziehungen interessierten Nationen hochstilisierten.

Das war eine Illusion. Die Stellung Italiens als Nation und Staat zweiten Ranges wurde allein schon durch prozedurale Dinge symbolisiert. Von April bis August 1944 mußte sich Quaroni sowjetischer Kuriere bedienen, um mit seinen Vorgesetzten in Rom in Verbindung treten zu können. Diese mußten ihrerseits auf die Nachrichtenkanäle der Alliierten zurückgreifen, wollten sie ihren Mann in Moskau instruieren. Geheimhaltung war daher unmöglich. Nach der Besetzung Bulgariens und Rumäniens durch die Rote Armee brachen die Sowjets jegliche Verbindung zwischen Rom und Moskau ab, und Quaroni lebte in der sowjetischen Hauptstadt in totaler Isolation. Diese Behandlung verdeutlichte mehr als alles andere, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Rom nicht Bestandteil langfristiger sowjetischer Planungen war, sondern einer augenblicklichen politischen Konjunktur erwuchs. Die UdSSR hatte keinerlei Absicht, ihre Interessen mit denen Italiens abzustimmen, zumal sie ohnehin weit auseinandergingen. Es

¹⁷ FRUS, 1944, III, S. 1112 ff. und Warner, *L'Italia e le potenze*, S. 66.

¹⁸ Toscano, *La ripresa*, S. 355 und Archivio Storico-diplomatico del Ministero degli Affari Esteri, Rom (künftig: AEI), Serie Affari Politici (künftig: SAP) 1931–1945, URSS, busta 44, fasc. 1: Telegramm, 5. Juni 1944.

kam ihr in erster Linie darauf an, so Wyschinski, „das italienische Volk in den Krieg (gegen Hitler) zu bringen“.

Stalin blieb so auch völlig unbeeindruckt, als die Westalliierten keine Miene machten, die italienische Regierung diplomatisch anzuerkennen. In Washington und London hielt man die Warnungen vor einem drohenden Überhandnehmen des sowjetischen Einflusses in Italien, die der mit allen Wassern gewaschene sardische Aristokrat Renato Prunas in immer kürzeren Abständen ausstieß, für reichlich übertrieben, und man war deshalb auch nicht bereit, der Regierung Badoglio in wesentlichen Fragen entgegenzukommen. Im Gegenteil: Über die italienischen Kehrtwendungen verärgert, weigerten sich die Westmächte, den Status Italiens als einer „nazione cobelligerante“ in den eines Verbündeten umzuwandeln¹⁹. Außerdem pochten sie auf die Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens und ließen Badoglio durch den Chef der alliierten Kontrollkommission, Mason-McFarlane, wissen, daß er aus militärischen Sicherheitsgründen nach wie vor kein Recht habe, Übereinkünfte mit anderen Mächten, seien es befreundete oder feindliche, zu treffen²⁰.

Es liegt auf dieser Linie, daß die UdSSR nichts tat, um Italien bei den Bemühungen um eine Erleichterung der strengen Waffenstillstandsbedingungen zu unterstützen²¹. Das hatte mehrere Gründe: In Moskau verübelte man der italienischen Regierung den nur schleppenden Fortgang der Entfaschisierung, die schlechten Beziehungen zu Frankreich und Jugoslawien, die von neofaschistischer und antisowjetischer Propaganda beherrschte Presseberichterstattung und die enttäuschenden Erfolge der „Partisanenjustiz“, d. h. die Exekution von Faschisten und Kollaborateuren nach ihrer Aburteilung durch „Volksgerichte“, welche in Italien nicht annähernd solche Ausmaße wie in Bulgarien und Jugoslawien angenommen hatte²². In Anbetracht dieser Ver-

¹⁹ Harold Macmillan, *Vent'anni di pace e di guerra. Memorie 1923–1945*, Mailand 1969, S. 594.

²⁰ Pietro Badoglio, *L'Italia nella seconda guerra mondiale*, Mailand 1946, S. 175.

²¹ AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 43, fasc. Russia Miscellanea: Appunto sui rapporti tra l'Italia e l'Unione sovietica dal 14 marzo al 26 settembre 1944, 17. Oktober 1944. Der Bericht beklagt die „Härte und mangelnde Flexibilität“ der sowjetischen Haltung und das Ausbleiben jeglicher Hilfe. Siehe dazu auch Roberto Morozzo della Rocca, *La politica estera italiana e l'Unione sovietica 1944–1948*, Rom 1985 und Giorgio Petracchi, *Le relazioni tra l'Unione sovietica e il Regno del Sud*, in: *Storia contemporanea* 15 (1984), S. 1171–1204.

²² Zur Reaktion der italienischen Regierung, die Moskau in Sachen politische Säuberung, kulturelle Beziehungen und Antisowjetismus in der Presse entgegenzukommen gedachte: AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 43, fasc. „Copie telegrammi“ und ebenda, URSS, busta 44, fasc. Rapporti Italo-Russi; AEI, Ambasciata di Russia (künftig: AR), busta 322, fasc. Rapporti culturali, und AEI, SAP 1931–1945, busta 49, fasc. Rapporti culturali. Zur Haltung des PCI, der sich über die Verbreitung der Werke Trotzki und Bordigas beklagte, siehe A. Fedele, *Vigilanza nella letteratura politica*, in: *L'Unità*, 24. November 1944. Zur Problematik der polizeilichen Verfolgung von antisowjetischen, antikommunistischen oder nicht linientreuen Publikationen durch die italienische Regierung siehe AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44, fasc. Pubblicazioni varie. Genaueres zum Gesamtproblem bei Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 44–51.

säumnisse bei der Abrechnung mit dem Faschismus sah man es in Moskau als einen „unverzeihlichen Mangel an Realitätssinn“ an, wenn die italienische Regierung „allgemeine Grundsatzfragen“ hinsichtlich des Waffenstillstandes, der alliierten Besatzung, der Kriegsgefangenen oder der Nichteinladung zur Konferenz von San Franzisko aufwarf²³, ohne vorher im eigenen Haus für Ordnung gesorgt zu haben.

Daß es die Sowjetunion an Unterstützung der italienischen Regierung fehlen ließ, hatte außerdem mit dem doppelten Vormarsch der Alliierten, dem der UdSSR in Osteuropa und dem der anglo-amerikanischen Truppen in Frankreich nach der Eröffnung einer zweiten Front, zu tun. Der bevorstehende Endschlag gegen das nationalsozialistische Regime festigte die Solidarität unter den Alliierten und ließ das Problem der Revision der Waffenstillstandsbestimmungen für Italien zurücktreten. Eine wesentliche Rolle spielte schließlich auch die Tradition der italienischen Außenpolitik. Italien sollte aufhören, so verlangte man in Moskau immer ungeduldiger, großartige Willenskundgebungen und Versprechungen zu machen, auf die dann niemals konkrete Taten folgten. Am 5. Juni wiederholte Molotow gegenüber Botschafter Quaroni²⁴ die gleiche bittere Auffassung, die Roosevelt schon in einem Brief vom 30. April 1944 gegenüber Marschall Badoglio geäußert hatte. Italien will wie ein Verbündeter behandelt werden? Gut, um es zu werden, solle es versuchen, diese Anerkennung nicht auf diplomatischem Wege zu erreichen, sondern sie sich auf dem Schlachtfeld erkämpfen, indem es seine Kräfte gegen Hitler und seinen Verbündeten Mussolini mobilisiere. Dies war die allgemeine Auffassung aller Länder der Anti-Hitler-Koalition; auch in Frankreich, wo man Badoglio für einen italienischen Pétain hielt, dachte man so. Quaroni zog daraus eine Lehre, die er gewissermaßen als Grundsatz in die Lehrbücher künftiger italienischer Diplomaten aufgenommen wissen wollte: „Wegen unseres unglücklichen Erbes der Schlaumeierei müssen wir uns mehr denn je vorsehen und auch nur den entferntesten Anschein vermeiden, als ob wir im Trüben fischen wollten.“²⁵

Die Regierung ließ jedoch von ihrem Kurs nicht ab. Sie fuhr fort, Stalin die Verstärkung der Kriegsanstrengungen in Aussicht zu stellen, vorausgesetzt, er sei bereit, sich für eine Beendigung oder Lockerung der alliierten Kontrolle einzusetzen. Am 21. Juli präsentierte das italienische Außenministerium Molotow einen Wunschkatalog mit sechs Punkten hinsichtlich der Revision des Waffenstillstandes. Rom verlangte die Rückführung der befreiten Provinzen

²³ Quaroni an De Gasperi, 23. April 1945, in: AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 45, fasc. Rapporti politici.

²⁴ Quaroni an Bonomi, 8. August 1944 und die Telegramme vom 10. Juni 1944, in: AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44: Nostri rapporti con l'URSS. Vgl. außerdem Quaroni, *Il mondo*, S. 168–174.

²⁵ AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44, fasc. 1: Bericht Nr. 61/2, 8. August 1944, S. 5.

unter italienische Verwaltung, die Revision des alliierten Kontrollsystems, des Lira-Wechselkurses und des Requirierungssystems, die Reaktivierung einer bestimmten Zahl von Industriebetrieben, die Erlaubnis zur Aufstellung italienischer Truppen und einen besseren Einsatz von Marine und Luftwaffe²⁶. Kurz und gut, man ersuchte die sowjetische Regierung diesmal formell, sich zum Anwalt Italiens bei dessen Bemühungen um die Aufhebung des Waffenstillstands zu machen²⁷.

Am 7. August 1944 unternahm Bonomi einen weiteren Vorstoß bei Stalin²⁸. In einem langen Brief postulierte er eine Übereinstimmung zwischen italienischen Interessen und sowjetischer Politik, die weit über den Rahmen der militärischen Zusammenarbeit hinausgehe. Der Regierungschef tat so, als ob er von der Verhaltensrichtlinie, die ihm Quaroni mehrmals nahegelegt hatte, niemals gehört hätte und die der italienische Botschafter in Moskau später so formulierte: „Die italienischen Probleme sollten in Übereinstimmung zwischen den drei Alliierten verhandelt und gelöst werden.“²⁹ Wie gehabt griff Bonomi die Schikanen der anglo-amerikanischen Verwaltung („man mischt sich mit allem und in alles ein“) und die im Namen der Demokratie ausgeübte „Vormundschaft“ hart an. Von Moskau erwartete man sich Besseres³⁰, wie Bonomi in seinem ebenso schmeichlerischen wie unlauteren Brief an Stalin schrieb: „Wenn also die Sympathien des italienischen Volkes sich nach Sowjetrußland hinorientieren, so geschieht das nicht allein aufgrund der Bewunderung, die Eure Siege hervorrufen und sicherlich nicht, weil auf unserer Seite der auch nur entfernteste Vorsatz oder Wunsch besteht, uns aus den Ketten des Waffenstillstandes zu befreien, indem wir vermeintliche Gegensätze zwischen den Alliierten ausnützen, mit denen wir im Gegenteil die engste Zusammenarbeit zu pflegen beabsichtigen; das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, ohne deren Wirtschaftskraft kein Wiederaufbau möglich ist, und darüber hinaus für Frankreich und Jugoslawien, die unsere unmittelbarsten und nächsten Nachbarn sind, sowie für Großbritannien. Dies geschieht vielmehr deshalb, weil die Ketten des Waffenstillstandes tatsächlich äußerst drückend sind, weil Sowjetrußland uns Freundschaftsbeweise erbracht hat, die von anderer Seite ausgeblieben sind, und weil die Prinzipien, die es sich vorgenommen hat, in den Gebieten zu verfolgen, die nach und nach von seinen Truppen besetzt werden, sich durch eine ganz andere Weisheit und Hu-

²⁶ Ebenda: Cooperazione dell'Italia alla guerra contro la Germania, unnumerierter Bericht, 21. Juli 1944.

²⁷ Petracchi, *Le relazioni*, S. 1189.

²⁸ Bonomi an Stalin, 7. August 1944, in: AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44, fasc. 1.

²⁹ AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 45, fasc. 1: Atteggimento dell'URSS verso l'Italia, Bericht Nr. 143/17, 23. April 1945.

³⁰ Vgl. dazu auch Giovanni Visconti Venosta an Quaroni, 21. Juli 1944, in: AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44, fasc. 1.

manität auszeichnen.“³¹ Bonomi verstieg sich also so weit, das sowjetische Vorgehen in Osteuropa als Muster für Entfaschisierung und Demokratisierung hinzustellen und die *pax sovietica* in Osteuropa der *pax anglo-americana* in Italien vorzuziehen. Ähnlich äußerten sich am 7. und 20. August der kommunistische Staatssekretär im Finanzministerium, Antonio Pesenti, und am 22. August Palmiro Togliatti³².

Anfang September 1944 gab Stalin eine allgemein gehaltene Antwort, die eine strikte Abweisung der italienischen Wünsche bedeutete: Keine Revision der Waffenstillstandsbedingungen, keinerlei Intervention in der alliierten Kontrollkommission und ein Nein zu der Bildung von Freiwilligenverbänden aus italienischen Kriegsgefangenen. Die sowjetische Politik gegenüber Italien stand also nicht im Zeichen der Vorbereitung einer Weltrevolution. Sie war auf die konkreten Interessen Moskaus zugeschnitten und zielte auf einen Kompromiß mit den Alliierten in London und Washington, auf die rasche und endgültige militärische Niederwerfung Deutschlands und die Konsolidierung ihrer dominierenden Rolle in Osteuropa und Finnland³³.

Trotz dieser eindeutigen Absage nutzte Italien jede Gelegenheit, seine freundschaftliche Einstellung gegenüber der UdSSR zu bekunden. Selbst der Außenminister und Parteivorsitzende der Democrazia Cristiana, Alcide De Gasperi, lobte „den Genius Stalins“; auch er trat der antisowjetischen Propaganda und der Kritik am Kommunismus von seiten der Presse beflissen entgegen und ließ dabei nicht einmal für *Il popolo*, die Zeitung der eigenen Partei³⁴, Sonderregeln gelten. Er befürwortete Reisen von Gewerkschaftsdelegationen in die Sowjetunion und die Bildung von gemischtkulturellen Vereini-

³¹ Siehe Anm. 28. Eine Kopie des Briefes befindet sich auch im Archivio Centrale dello Stato, Rom (künftig: ACS), Carte Sforza, busta 10, fasc. Dispacci e lettere 1947. Der Text ist publiziert im Anhang von Petracchi, *Le relazioni*.

³² Antonio Pesenti, *La nostra situazione*, in: *L'Unità*, 17. August 1944; ders., *Che cosa possiamo chiedere*, in: *L'Unità*, 20. August 1944; Palmiro Togliatti, *Politica estera italiana*, in: *L'Unità*, 22. August 1944 und ders., *Epurazione e diplomazia*, in: *L'Unità*, 25. Juli 1944.

³³ AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44, fasc. 2: *Berichte Quaronis*, 8. August und 16. September 1944. Abweichende Einschätzungen bei Petracchi, *Le relazioni*, S. 1189–1192 und Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 21–55.

³⁴ Stalin akzeptierte den Hinweis auf die Pressefreiheit nicht und machte die italienische Regierung für den Antisowjetismus in den Zeitungen, der oft in Verbindung mit politischen Kampagnen gegen den PCI stand, verantwortlich. Vgl. AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 49, fasc. *Pubblicazioni varie: Appunto per la Segreteria generale*, 9. Juli 1945. Quaroni empfahl seiner Regierung, die Pressefreiheit mit „einer gewissen Vorsicht“ zu handhaben (AEI, ebenda, fasc. *Militari e civili liberati dai russi: Bericht vom 13. September 1945*) und bei der Bekämpfung des Kommunismus in Italien „Rußland nicht mit ins Spiel zu bringen“ (AEI, SAP 1946–1950, URSS, busta 2, fasc. *Rapporti con l'Italia: Bericht vom 4. Februar 1946*). De Gasperi seinerseits ermahnte die Journalisten am 4. März 1946, „die gleiche freundschaftliche Haltung einzunehmen, die die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auszeichnet“ (AEI, ebenda: Telegramm von De Gasperi an Quaroni, 7. März 1946), was in Moskau mit Genugtuung aufgenommen wurde (AEI, ebenda: Telegramm von Quaroni, 14. März 1946). Weiteres zu diesem Thema bei Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 86–92.

gungen, u. a. „Italia-URSS“, geleitet von Guido De Ruggero, dem Historiker des Liberalismus.

Die italienische Politik schwankte zwischen neutralistischen Positionen, verbunden mit Annäherungen an das sich herausbildende sozialistische Lager, und der beständigen Suche nach freundschaftlichen Beziehungen mit den Westmächten, bis 1948 der Flirt mit Moskau aufgrund der negativen Haltung Stalins unmöglich wurde. Diese Orientierung nach Osten hin war beeinflusst durch den beachtlichen Umfang des Handels mit Osteuropa, die geographische Nähe zu sowjetischen Satellitenstaaten wie Jugoslawien, und die Furcht, die Rote Armee könne nach dem Rückzug der anglo-amerikanischen Truppen auf italienisches Territorium vordringen. Hinzu kamen politische Gründe, so vor allem die Feindseligkeit Großbritanniens und Frankreichs gegenüber Italien, die Zweifel über den Verbleib des amerikanischen „Polizisten“ in Europa, und die von italienischen Diplomaten allzu lange überschätzte Möglichkeit, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten ausnützen zu können für eigene politische Positionsgewinne.

Es waren vor allem die italienischen Botschafter in Moskau, Pietro Quaroni und später Manlio Brosio, die der Regierung im Zusammenspiel mit Prunas eine Politik der Neutralität bzw. größte Flexibilität in Sachen Westintegration empfahlen. Quaroni und Prunas traten für eine „weitsichtige ‚Neutralitäts‘-Politik“ ein. In einem Brief Quaronis vom 24. April 1944 hieß es beispielsweise: „Es sollte schon von heute an, soweit die Umstände es zulassen, eine ehrliche Politik der Äquidistanz zwischen den beiden rivalisierenden Gruppen eingehalten werden. Wir werden als Folge zwar auf einige unmittelbare Vorteile verzichten müssen, aber wohin hat uns unsere traditionelle Politik des ‚im Trüben Fischens‘ gebracht?“³⁵ Das Duo versuchte auch, Außenminister De Gasperi für ihren exklusiven Club von Avantgardeneutralisten zu gewinnen. Mitte August riet Quaroni seinem Vorgesetzten: Wir sollten die UdSSR davon überzeugen, „1. daß, nachdem ihre Position in Europa auf defensive Zwecke hinzielt – so jedenfalls glaube ich –, ihre Sicherheit besser durch ein neutrales Westeuropa als durch eine Ausweitung der Zone befreundeter Staaten nach Westen hin gewährleistet werden könne, 2. daß Italien, über den Willen hinaus, auch die Möglichkeit hat, gegenüber den rivalisierenden Gruppen eine echte Neutralitätsposition einzunehmen“³⁶.

Diese Meinung, die Brosio sogar bis 1949 teilte³⁷, wurde von De Gasperis Nachfolger, dem Republikaner Carlo Sforza vorübergehend übernommen und auch der christdemokratische Parteichef hielt, nachdem er 1945 Regierungschef geworden war, teilweise an solchen Ansichten fest. Mit Kohärenz

³⁵ Brief in: AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 47, fasc. Rapporti Russia–Italia.

³⁶ Wie Anm. 25.

³⁷ Quaroni an De Gasperi, 17. September 1945, in: AEI, AR, busta 303, fasc. Rapporti Italia–URSS. Zur Position von Brosio vgl. Manlio Brosio, *Diari di Mosca 1947/1951*, Bologna 1986.

hatte diese Linie natürlich nichts zu tun. Wenn man die Berichte der Botschaft in Moskau mit den Berichten der Botschaft in Washington vergleicht, bleibt ein paradoxer Eindruck zurück. Die italienische Regierung folgte bis 1948 zwei außenpolitische Linien, die einander völlig entgegengesetzt waren, nämlich Westintegration und Äquidistanz. Da ein fester Angelpunkt nicht auszumachen ist, ist es nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, Italien hatte überhaupt keine Außenpolitik.

Die Botschaft in Washington leitete Alberto Tarchiani³⁸. De Gasperi kannte ihn als glühenden Anhänger einer italienischen Westintegration; Tarchiani übernahm nicht so sehr die Rolle eines Diplomaten, sondern eher die eines Hexenmeisters der amerikanischen Administration und besonders ihrer antikommunistischen und konservativen Lobby. Er schien sich die Aufgabe gestellt zu haben, die Wirklichkeit in grellsten Farben zu malen und apokalyptische Szenarios zu entwerfen. Er verfolgte dabei unbeirrt ein einziges Ziel: die Überwindung der im Weißen Haus bis 1946/47 vorherrschenden Politik der Nichteinmischung in Italien und allgemein in Europa und den Übergang zu einer Politik der Intervention. Der Historiker Gaetano Salvemini, der sicher nicht des Prokommunismus verdächtig ist, ein Reformist und zuverlässiger „Atlantiker“, charakterisierte schon kurz nach dem Amtsantritt des Botschafters die schlimmsten Schwächen von Tarchiani: das Überwiegen seines „Antimussolinismus“ gegenüber seinem Antifaschismus, eine manische Anglophilie („Schleppenträger von Lord Halifax“), eine extreme politische Rechtsorientierung, die Unfähigkeit, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen³⁹.

Stalin förderte weder den Neutralismus Italiens noch den eines anderen Landes, er hatte Bündnisverträge oder wirkliche Freundschaftsbeziehungen im Auge. Der italienischen Außenpolitik blieb dies aber völlig verborgen. Außenminister Alcide De Gasperi verlangte in einem Brief an Quaroni vom 31. August 1945 die Einleitung von „offenen Gesprächen“, die nicht der Notwendigkeit, in „letzter Minute den sowjetischen Beistand zu erlangen“, entspringen sollten, sondern dem Wunsch nach einer stabilen Beziehung auf der Basis von Freundschaft und Zusammenarbeit. Den Moskauer Gesprächspartnern sollte die Existenz von entsprechenden Beziehungen zu Washington und London nicht verschwiegen werden. Stalin habe keinen Grund, darüber beunruhigt zu sein, so De Gasperi, denn es könne ja keinen „sowjetischen Vorsatz geben, uns so zu schwächen, daß wir [...] einer einzigen Großmacht ausgeliefert sein würden“. „Das Bestreben, unsere Politik gegenüber Rußland in irgendeiner Weise antikommunistischen Maximen unterzuordnen“,

³⁸ Aufschlußreich im Hinblick auf seine Gesinnung sind die Memoiren des Botschafters Alberto Tarchiani, *Dieci anni fra Roma e Washington*, Mailand 1955. Vgl. dazu auch Collotti, *Collocazione*, S. 99 ff., 104 ff., 115 ff.

³⁹ Gaetano Salvemini, *Lettere dall'America*, Bari 1967, S. 58, 75, 79 f.

schrieb De Gasperi weiter, „ist unserem Denken völlig fremd. [...] Das bedeutet, daß wir der Sowjetunion nicht nur nicht feindlich gesinnt sind, sondern daß wir in keiner Weise die Absicht haben, im Bedarfsfall ein vorgeschobener Posten gegenüber der slawischen Welt im allgemeinen und gegen Sowjetrußland im besonderen zu sein oder als solcher zu dienen.“⁴⁰

Botschafter Quaroni interpretierte diesen Brief als „einen Versuch von unserer Seite, uns für den Fall eines Konflikts zwischen den beiden Mächtegruppen auf eine Neutralitätspolitik hinzuorientieren“⁴¹. Er bekundete sein Einverständnis mit dieser Linie, aber Stalin ging auf das ausdrückliche Neutralitätsangebot nicht ein. Italien gehörte in die westliche Einflußsphäre. Die UdSSR war damals nur noch daran interessiert zu verhindern, daß die Einbindung Italiens in den anglo-amerikanischen Machtbereich zu einer antisowjetischen Haltung der italienischen Regierung führte. Der zweite Grund war vorwiegend ideologischer Natur. Dies wird aus der Antwort ersichtlich, die Stalin 1946 dem italienischen Botschafter gab, als dieser im Auftrag seiner Regierung vorfühlte, wie Moskau auf die Einfügung einer Neutralitätsklausel nach dem Vorbild der Schweiz, Schwedens und Österreichs in die italienische Verfassung reagieren würde: Solange Italien „ein kapitalistisches Land ist, wird es in einem Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion niemals wirklich neutral bleiben können; es wird seinen Platz auf der anderen Seite haben“⁴². In dieser kategorischen Absage Stalins zeigte sich die mentale Disposition der Sowjetführung und die Anomalie, die die Oktoberrevolution in die internationalen Beziehungen gebracht hatte. Beides veranlaßte die Sowjets dazu, „Freunde und keine Neutralen“ zu suchen. Die einzige mit der Sowjetunion mögliche Übereinkunft hätte auf einen ähnlichen Pakt hinauslaufen müssen, wie der, der mit Frankreich ausgehandelt worden war, wo die neutralistischen Neigungen ebenfalls sehr stark waren⁴³. Aber niemand in Italien hatte den Mut, diesen Weg zu beschreiten, obwohl De Gasperi, als er das Neutralitätsangebot unterbreitete, darauf aus war, ein „unmittelbares Ergebnis“ zu erzielen. Sein Botschafter gab ihm allerdings zu verstehen, daß die Verwirklichung dieser außenpolitischen Wende langfristig zu konzipieren sei, sie verlange „eine geduldige, ernsthafte, überlegte, ruhige Politik“. Eine den Tagesgeschäften entsprungene Politik der allseitigen Forderungen zur Revision der Waffenstillstandsordnung, zum Friedensvertrag, zu Triest, zu den

⁴⁰ ACS, Carte Sforza, busta 10, fasc. Dispacci e lettere 1947.

⁴¹ Wie Anm. 25.

⁴² Die Sowjetunion konnte höchstens „die Neutralität von kleinen Ländern wie der Schweiz, Schweden und Österreich zulassen, deren Kräfte so gering sind, daß es einerlei ist, wo ihr Herz steht“. Bei Ländern wie Italien und Deutschland dagegen bedeute „die Akzeptierung ihrer Neutralität die Hingabe an eine Illusion“. Quaroni, *Il mondo*, S. 175 f. und ders., *Russia e Cina*, Mailand 1967, S. 49.

⁴³ Vgl. Alfred Grosser, *La quatrième République et sa politique extérieure*, Paris 1961, passim und G. De Carmony, *Les politiques étrangères de la France 1944–1966*, Paris 1967, passim.

Reparationen und zu den Kolonien schlieÙe sich somit ebenso aus wie der Revisionismus im allgemeinen, von dem sich die italienischen Verantwortlichen auf ihrer Suche nach einer „demokratischen“ Großmachtpolitik leiten lieÙen.

Von 1944 bis 1948 traten die italienischen Regierungen Moskau stets mit freundschaftlichen Vorsätzen gegenüber. Zwischen den süÙen Worten und den spärlichen Taten bestand allerdings ein enormes MiÙverhältnis: „Ihr Italiener reserviert für uns die Worte und die Taten für die Amerikaner“, bekam Quaroni in Moskau mehr als einmal zu hören. Für ihn kreiste „das ganze MiÙverständnis der italienisch-russischen Beziehungen“ um die Tatsache, daÙ Stalin im Verhalten Roms keine einzige „tatsächliche Geste unseres guten Willens“ erkennen konnte. Wie denn auch? Italien war, so Quaroni, unfähig, eine selbständige Politik zu betreiben, und das bis zur Vollendung seines wirtschaftlichen Wiederaufbaus: „Wir hängen von Amerika in einem solchen Maße ab, daÙ allein die verspätete Entsendung eines Getreide- oder Kohledampfers in unserem Land alles in die Luft jagen kann. Daher müssen wir jedes Mal, wenn wir uns schneuzen, darauf achten, wie dies die Amerikaner aufnehmen, wir müssen es ihnen erklären und zusehen, daÙ es die Fortsetzung der amerikanischen Hilfe nicht beeinträchtigt.“⁴⁴ Wenn Italien sich außerhalb der Blöcke hätte halten wollen, so hätte es „Tatsachen“ schaffen müssen, die auch Stalin als eindeutige Beweise für die neutralistischen Absichten Roms gelten lassen konnte, etwa Stellungnahmen zugunsten Moskaus und gegen Washington, so wie sie Quaroni am 6. März 1946 in einem Bericht über *Unsere Beziehungen zu Albanien. Aktivitäten von Emigranten in Italien* vorschlug.

Was Wyschinski, Molotow, Malik und andere ferner verstimmte, war das Zögern Bonomis, Parris und De Gasperis, wenn es um die Entfaschisierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau ging, und wenn es galt, den Status eines besiegten Landes zu akzeptieren. Aus dem Bewußtsein einer Verantwortung für den Krieg hätte in den Augen der Kremlchefs eine – altertümlich ausgedrückt – demütige Haltung und die stillschweigende Annahme der Friedensbedingungen resultieren müssen. Die politische Führung Italiens tat aber genau das Gegenteil und reagierte mit diskreten, manchmal aber auch mit lautstarken Protesten und Vorwürfen.

Die relative Gleichgültigkeit Stalins gegenüber Rom hing schließlich auch damit zusammen, daÙ Italien eine „quantité négligeable“ auf dem internationalen Schachbrett war: „Die italienische Situation“, so äußerte sich Molotow gegenüber dem italienischen Botschafter in Moskau, „ist schwierig, aber aus den gleichen Gründen ebenso schwierig ist die Situation der anderen Länder,

⁴⁴ Quaroni an Sforza, 15. September 1947, in: AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 117, fasc. Conferenza della pace.

für deren Interessen wir den Schutz übernommen haben, zum Beispiel Rumänien. [...] Alles, was Rumänien angeht, ist für uns, schon aus geographischen Gründen, von wesentlich größerem Interesse als das, was Italien betrifft“. Wenn es möglich gewesen wäre, die italienische Frage von den anderen zu trennen, so hätte die UdSSR gewiß der einen oder anderen italienischen Forderung zugestimmt. „Aber leider ist es nicht möglich. Ich kann nicht alle Implikationen dieser Frage erklären. [...] Wir sind es, die entscheiden müssen [...], dies ist auch im Interesse der italienischen Regierung, denn die Erholungschancen Italiens sind, mehr als durch einen früheren oder späteren Friedensschluß, durch das große Problem der Zusammenarbeit zwischen den drei Großmächten bedingt, welche eine unabdingbare Voraussetzung für den Frieden ist.“⁴⁵

Erst als sich die Äquidistanzhoffnungen der italienischen Regierung 1945/46 langsam zu verflüchtigen begannen, wurden die Beziehungen zwischen Rom und Moskau nüchterner. Die in Moskau akkreditierten italienischen Diplomaten wurden korrekt, aber so behandelt, als hätten sie einen deutlich niedrigeren Rang als ihre Kollegen aus den mit der UdSSR verbündeten oder befreundeten Staaten. Lange Zeit mußte Quaroni in einem Hotelzimmer leben, über ein Botschaftsgebäude verfügte er nicht. Das war allerdings das geringere Übel, wie er seinem Minister berichtete: „Machen wir uns doch einmal bewußt, daß der italienische Botschafter in Moskau, ob das jetzt ich bin oder Brosio oder irgendein anderer, den wir dorthin entsenden mögen, niemals von Stalin empfangen werden wird. Im besten Fall wird er sich ein paar Mal im Jahr mit Molotow treffen können, aber er wird *niemals* eine Unterredung oder einen freundschaftlichen Kontakt mit einer einzigen Person haben können, die in irgendeiner Weise einen Einfluß auf Stalin ausüben könnte.“⁴⁶ Bei Anfragen mußte ewig antichambriert werden, die Antworten ließen oft geraume Zeit auf sich warten.

Was den Friedensvertrag angeht, der erstmals auf der Potsdamer Konferenz diskutiert wurde, so zielten die Vereinigten Staaten darauf ab, die Verhandlungen über Italien von den Verhandlungen über die anderen besiegten Staaten zu trennen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch am Widerstand der Sowjetunion. Fortschritte in der italienischen Frage waren nur zu erzielen, wenn Engländer und Amerikaner bereit waren, die Position der „anderen Satelliten“ zu verbessern und sie mit Italien bei der Ausarbeitung von Friedensverträgen „zusammenzuwerfen“⁴⁷.

⁴⁵ AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 46, fasc. Revisione armistizio con l'Italia. Colloquio con Molotov: Depesche, 24. Dezember 1945.

⁴⁶ AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 117, fasc. Conferenza della pace, und AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 44: Bericht an Bonomi, 8. August 1944.

⁴⁷ FRUS, Conference of Berlin (Potsdam) 1945, II, S. 169.

Bei den „anderen Satelliten“ handelte es sich um die ehemals von Deutschland besetzten Staaten Osteuropas. Moskau forderte die Anerkennung der diesen Ländern auferlegten politischen Regime im Friedensvertrag. Sie wurden als „vital“ für den „Gesamtkomplex der russischen Interessen“ angesehen, und man setzte diese Länder immer mit Italien gleich, obwohl die „Großen Drei“ unter Punkt 10 des Schlußkommuniqués von Potsdam anerkannten: „Italy was the first of the Axis Powers to break with Germany, to whose defeat she has made a material contribution, and has now joined with the Allies in the struggle against Japan.“⁴⁸

Die amerikanische Regierung, die aus Gründen, die an anderer Stelle in diesem Buch beschrieben werden⁴⁹, eine weiche Linie gegenüber Italien verfolgte, scheiterte mit ihrer Absicht nicht nur in diesem Punkt. Sie sah sich häufig der „Koalition“ von Sowjets und Briten gegenüber, die – vor allem letztere – auf eine strenge Behandlung Italiens aus waren. Stalin bestand auf Reparationen in Höhe von 300 Millionen Dollar, die mit Albanien, Griechenland und Jugoslawien geteilt werden sollten, und die Abtretung der italienischen Kolonien. Außerdem verlangte er exemplarische Maßnahmen gegen die antisowjetische Presse, gegen die nichtkommunistischen oder nicht-linientreuen Flüchtlinge aus seinem Machtbereich, das heißt Russen, die zu den deutschen Armeen übergegangen waren, albanische Gegner von Hodscha und sogar gegen das polnische Armeekorps des Generals Anders, das in die britische Armee eingegliedert worden war. Nach außen hin weniger hart als die Briten, steuerte auch die Sowjetunion einen Sanktionsfrieden für Italien an. Diese Grundlinie wurde vorsichtig oder mit Nachdruck verfolgt, je nachdem, ob die eine oder die andere Haltung in den Verhandlungen größere Erfolge versprach – vor allem in bezug auf britische und amerikanische Zugeständnisse in Osteuropa, wo die Sowjetunion ihre Großmachtstellung konsolidieren wollte.

Die Bemühungen der italienischen Ministerpräsidenten Badoglio, Bonomi, Parri und De Gasperi sowie ihrer Außenminister, mit Konzessionen, Nachgiebigkeiten, Freundschaftsofferten bis hin zum Neutralitätsangebot auf die Entscheidungen Stalins Einfluß zu nehmen, mußten angesichts der vor allem auf Osteuropa bezogenen Zielsetzungen Moskaus erfolglos bleiben. Der Vorwurf des PCI, die Regierungen der Jahre 1944–1948 hätten „Beziehungen [...] mit allen Ländern [...] angebahnt außer mit der Sowjetunion“, stimmte mit den Tatsachen nicht überein. „Wir glauben“, sagte Togliatti, der es als zeitweiliges Regierungsmitglied hätte besser wissen müssen, im Juli 1947 in Turin, „daß die Sowjetunion in den Köpfen der italienischen Diplomaten, die unsere Außenpolitik von der Befreiung Roms an geleitet haben, nicht vorge-

⁴⁸ Ebenda, S. 1509.

⁴⁹ Siehe dazu den Beitrag von James E. Miller in diesem Band.

kommen ist.“ Mit fast den gleichen Worten wurde diese These von Umberto Terracini wiederholt. Obwohl Moskau „die erste alliierte Macht gewesen ist, die im März 1944 mit Italien normale diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, [...] knüpften die italienischen Regierenden Kontakte in alle Richtungen außer mit der Sowjetunion. Ein direkter Kontakt mit den Sowjets hätte vielleicht Veränderungen im Hinblick auf die Frage der Kolonien und in anderen Bereichen ermöglicht.“⁵⁰ In Wirklichkeit waren die Kontakte mit Moskau so häufig und so intensiv, daß sie den Engländern und Amerikanern als ein Neuaufguß des traditionellen italienischen Doppelspiels vorkommen mußten.

Wenn diese Initiativen zu wenig oder zu gar nichts führten, so lag es daran, daß für die UdSSR die wirklichen Gesprächspartner ihre Kriegverbündeten blieben; einerseits, weil sie die Siegermächte waren, andererseits, weil es Stalin prinzipiell als unannehmbar erschien, daß ein Land wie Italien, das Aggressor gewesen und besiegt worden war, bei der Formulierung der Friedensbedingungen mitwirken könne. De Gasperi und seine Vorgänger hätten das Erbe des Faschismus als eine Bürde akzeptieren müssen und nicht wie eine nur von Mussolini zu verantwortende Last beiseiteschieben dürfen. Wer hätte außerdem für die immensen Schäden aufkommen sollen, die durch den Angriff auf die Sowjetunion entstanden waren? Es war kein Zufall, daß die UdSSR in der Frage der Reparationen gegenüber allen ehemaligen Verbündeten des Dritten Reiches unnachgiebig war. Nenni gibt in seinem Tagebuch eine Äußerung Molotows vom Sommer 1946 wieder, die das im Kreml vorherrschende Denken widerspiegelt: „Die sowjetischen Führer würden nicht in Verlegenheit geraten, wenn sie an unserer Stelle den italienischen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen die Härten des Friedensvertrages erklären müßten. Die Bourgeoisie hat den Krieg gewollt, sie hat ihn verloren und muß zahlen.“⁵¹ Noch heute betont die sowjetische Historiographie, daß „die Sowjetunion in ihrer Haltung gegenüber Italien der Tatsache Rechnung trug, daß Mussolini der Hauptverbündete Hitlers war und daß seine Armeen an den Kämpfen der Ostfront beteiligt waren.“⁵² Sowjetische Historiker verschweigen aber geflissentlich, daß der Kreml die Verantwortung Italiens in der Achse aufbauchte und zugleich die aktive Rolle der „cobelligeranza“ an der Seite der Alliierten herunterspielte, was je nach Opportunität und in Abhängigkeit vom Verhalten der Engländer und Amerikaner geschah, während

⁵⁰ Palmiro Togliatti, È impossibile ricacciare indietro le forze della democrazia e del socialismo, in: L'Unità, 8. Juli 1947 und Umberto Terracini, I comunisti e le scelte nodali della politica estera italiana, in: Italia e Stati Uniti durante l'amministrazione Truman, Mailand 1976, S. 189.

⁵¹ Pietro Nenni, Tempo di guerra fredda. Diari 1943–1956, Mailand 1981, S. 256.

⁵² Gheorgi Filatov, La politica dell'Unione Sovietica nei confronti dell'Italia dalla fine della seconda guerra mondiale, in: L'Italia dalla liberazione, S. 140 f.

er auf der anderen Seite den Beitrag Rumäniens, Ungarns und Bulgariens stark überbetonte⁵³.

So ist es wohl richtiger, von einem Ausnutzen jeder Gelegenheit zur Belohnung der Partner in Osteuropa zu sprechen, als von einer voreingenommenen Feindseligkeit Moskaus gegenüber Italien. Die taktischen Winkelzüge der Kreml-Chefs, die dem Ausgleich der divergierenden Interessen von Moskau, Washington, Paris und London und der Befestigung der sowjetischen Vormundschaft gegenüber den Regimen in Sofia, Budapest und später auch Prag und Warschau dienten, dürfen nicht mit einer programmatisch fundierten Strategie gegenüber Italien verwechselt werden, vor allem auch deshalb nicht, weil die UdSSR die Interessen Italiens manchmal auch verteidigte, wie etwa in der Frage der Verwaltung der afrikanischen Kolonien. Die Sowjetunion trat Italien auch zur Seite, als es galt, allzu üppige Korrekturen der Grenze zugunsten Österreichs zu vermeiden und den Versuch der Vereinigten Staaten zu verhindern, die Souveränität des italienischen Staates durch die Einfügung einer bill of rights in das Friedensvertragswerk zu beschränken. Also, weder Feindseligkeit noch Vorurteil: Italien blieb für die Sowjetunion Objekt bei Verhandlungen, in welchen sich die Zukunft anderer Länder entschied und das internationale Gleichgewicht für eine lange Zeit festgelegt wurde.

Vor diesem Hintergrund erschien der manchmal sehr aufdringliche italienische Versuch, so schnell wie möglich zu einer Revision des Waffenstillstandes und dann des Friedensvertrages zu kommen, als ein Störmanöver, das allerdings mehr irritierte als schadete. Es gab freilich auch ein konkretes Motiv für die polemischen Spitzen der Sowjetunion. Wenn es Italien tatsächlich gelungen wäre, das komplizierte Werk des Friedensvertrages aus den Angeln zu heben, so wäre das auch für das empfindliche Kräfteverhältnis in Osteuropa nicht folgenlos geblieben, wie das Beispiel der Reparationen zeigt: Italien hatte schließlich 100 Millionen Dollar an die sowjetischen Kassen zu entrichten, Finnland, Ungarn und Rumänien waren Schuldner von jeweils 300 Millionen. Wenn man den Italienern noch einen weiteren Nachlaß gewährt hätte, so wäre die Reaktion dieser Länder leicht vorherzusehen gewesen. Moskau hatte also allen Grund, die Schachzüge der italienischen Regierung mit Argwohn zu betrachten.

Die sowjetische Presse unterstrich deshalb die Ausgewogenheit des Friedensvertrages und der Reparationen für Sieger und Besiegte⁵⁴. Die Regierung in Moskau reagierte ungewöhnlich schnell und kategorisch auf den „Vorwurf der Ungerechtigkeit des Friedensvertrages“, wie er von De Gasperi und Nenni erhoben wurde. In einer Botschaft an den Präsidenten der Verfassung-

⁵³ Vgl. dazu FRUS, 1946, II, S. 28 f., 52 f.

⁵⁴ AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 116, fasc. Conferenza della pace: Bericht des verantwortlichen Botschaftsfunktionärs La Terza, 16. Februar 1947.

gebenden Versammlung Italiens vom September 1947 hieß es kurz und bündig: Der Friedensvertrag sei anzunehmen und rigoros zu befolgen. Jenseits der prinzipiellen Frage der Gerechtigkeit des Vertrages ließ sich die UdSSR freilich einen gewissen Ermessensspielraum. So sperrte sie sich etwa nicht vollkommen gegen den von Italien geäußerten Wunsch, Veränderungen auf bilateraler Ebene zu erwirken. Sie stellte nur die Bedingung, daß die revidierten Punkte keine Rechte von Drittländern beeinträchtigen dürften. Italien konnte also Zugeständnisse und Nachlässe in Moskau, Paris, Washington und London hinsichtlich der Reparationen herauschlagen, aber es konnte z.B. nicht über Veränderungen der Grenze zu Jugoslawien verhandeln und erst recht nicht über eine Lockerung der Klauseln, die die Entmilitarisierung regelten. In solchen Fällen wäre ein komplexes Gleichgewicht gestört worden, an dem mehr als nur zwei interessiert waren.

Eine weitere Verhaltensregel Stalins bestand darin, sich nicht zum Vermittler eines bestimmten Landes machen zu lassen. Das zeigte sich in aller Deutlichkeit in den Jahren 1944–1946 als Badoglio, Bonomi und De Gasperi, anstatt eine eindeutige außenpolitische Positionsbestimmung vorzunehmen, die gewundene Linie der Äquidistanz verfolgten und sich dabei nicht selten zu einem Doppelspiel hinreißen ließen. Demgegenüber betonten die Sowjets immer wieder die Notwendigkeit, daß alle Siegermächte von den Vorschlägen informiert werden müßten, die von Rom unterbreitet wurden. Auch hinsichtlich der diversen Vorstöße der italienischen Regierung, die darauf abzielten, den Kreml zum Vermittler Italiens bei der Tschechoslowakei und bei der jugoslawischen Regierung zu machen, blieb die Haltung immer gleich: Moskau beabsichtige nicht, auf die Außenpolitik von Staaten Einfluß zu nehmen, die außer mit der Sowjetunion noch mit anderen souveränen Staaten befreundet seien. Es sei besser, so die Empfehlung, Italien nehme direkte Kontakte auf und verzichte darauf, Dritte – aus welchen Gründen auch immer – um Beihilfe zu bitten. Auf diese Weise wollte Stalin den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht nur die Unabhängigkeit der Staaten seiner Einflusssphäre beweisen, sondern auch demonstrieren, daß er die Staaten Ost- und Südosteuropas nicht einmal mit Fürsprachen zu beeinflussen wage. Quaroni, dem diese Haltung nicht verborgen geblieben war, schrieb deshalb am 28. Januar 1946 an De Gasperi, daß es angesichts dieses Tatbestands „von überhaupt keinem praktischen Nutzen sei, die sowjetische Regierung zu bitten, ein gutes Wort bei der Regierung X wegen der Frage X einzulegen. Die russische Antwort ist unveränderlich: Es handelt sich um eine Frage, die ausschließlich den Staat X angeht.“⁵⁵

Am 29. August 1947 ratifizierte die Sowjetunion die Friedensverträge mit allen ehemaligen Verbündeten Deutschlands. Für die Verspätung, mit der

⁵⁵ AEI, SAP 1946–1950, URSS, busta 3, fasc. Rapporti con altri stati.

dies im Vergleich zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten geschah, wo die Verträge bereits am 29. April und 5. Juni ratifiziert worden waren, gibt es verschiedene Erklärungen, die den Berichten des amerikanischen, sowjetischen und britischen Botschafters in Rom zu entnehmen sind⁵⁶. Fest steht: In Rumänien und Bulgarien hatte sich die Lage durch die Ausschaltung von Juliu Maniu und Nikola Petkow gefestigt, und in Ungarn war ein positiver Wahlausgang erzielt worden, so daß die Sowjetunion diesen Staaten nun mittels eines Friedensvertrages eine gewisse Souveränität einräumen konnte. Außerdem hoffte die Sowjetunion mit der Ratifizierung des Vertragswerkes den Abzug der westlichen Truppen aus Italien zu beschleunigen, der innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zu erfolgen hatte. Die Westmächte würden damit einen militärischen Stützpunkt verlieren, so glaubte man im Kreml, von dem aus sie in Griechenland und auf dem Balkan eingreifen konnten. Und sicher ist, daß keinerlei sowjetisches Wohlwollen gegenüber Italien bei der Entscheidung über die Ratifizierung des Vertrages mit im Spiel war. Dies zeigte sich schon bald, als die Sowjetunion fortfuhr, die „demokratischen Entwicklungen“ in den von ihr unterworfenen Ländern zu loben und zugleich die „Rückstände“ in Italien zu tadeln, das als ein Land gekennzeichnet wurde, das sich in der Hand einer Führung befinde, die, so die *Prawda* am 30. August 1947, unfähig sei, die „faschistischen Elemente“, das heißt die Kritiker des Friedensvertrages, auszuschalten und bereit sei, den Vertrag sofort nach der Unterzeichnung zu brechen.

Diese sowjetischen Attacken hingen mit der revisionistischen Politik der italienischen Regierung zusammen, die mit den sowjetischen Vorstellungen von gerechten Verträgen, welche zu ratifizieren und zu befolgen seien, da es sich um entscheidende Elemente der Friedenskonsolidierung in Europa handle, nicht in Einklang zu bringen war. Wasser auf die Mühlen Moskaus waren die Ansichten De Gasperis und Sforzas, Nennis und selbst Togliattis, die sofort nach der Ratifizierung auf „das Recht, eine radikale Revision anzustreben“, pochten. Sie erblickten im Friedensvertrag ein „Relikt des 18. Jahrhunderts“; er sei voll von „Grenzbestimmungen, militärischen Lasten, wirtschaftlichen Auflagen und Beschränkungen“, wie es Sforza in der Verfassungsgebenden Versammlung am 24. Juli 1947 ausdrückte, und beinhalte eine große Gefahr: Er „kann das Leben einer Nation von 45 Millionen Menschen, die auf einem Boden, der sie nicht ernähren kann, zusammengepfercht sind, lähmen oder vergiften“⁵⁷.

⁵⁶ Vgl. Tarchiani an Sforza, 31. August 1947, in: AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 116, fasc. Conferenza della pace; Migone an den Außenminister, 2. September 1947, in: AEI, SAP 1946–1950, URSS, busta 10, fasc. Stampa e giornalisti; Brosio an den Außenminister, 4. September 1947, in: AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 147, fasc. Rapporti politici. Politica estera italiana.

⁵⁷ Carlo Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi. La politica estera italiana dal 1947 al 1951*, Florenz 1952, S. 17.

Diese Linie wurde bis 1948 energisch verfolgt. De Gasperi hatte im Juli 1946 den Anfang gemacht, als er alle diplomatischen Vertretungen Italiens im Ausland anwies, „mit allen Mitteln auf die dortige öffentliche Meinung [gegen den Vertragsentwurf] einzuwirken, [den er als] moralisch ungerecht, politisch falsch und als totale Mißachtung der gemachten Versprechungen und der schweren, von uns für die gemeinsame Sache erbrachten Opfer“ brandmarkte. Nenni führte diese Politik fort. Nachdem die italienische Regierung am 20. Januar 1947 den Entwurf des Friedensvertrages zähneknirschend angenommen hatte, informierte er Sowjets, Amerikaner, Engländer und Franzosen, daß er sich angesichts ihrer Weigerung, die von der italienischen Regierung vorgebrachten Änderungsanträge zu berücksichtigen, „genötigt sehe, größte Reserven anzumelden und zu verlangen, daß das Prinzip der Revisionsfähigkeit des Vertrages auf der Ebene bilateraler Vereinbarungen mit den betroffenen Ländern und unter der Kontrolle und im Rahmen der UNO anerkannt“ werde. Und Antonio Meli Lupi di Soragna, der am 10. Februar 1947 in Paris den Friedensvertrag im Namen der Regierung unterschreiben sollte, wurde beauftragt, eine Erklärung zu Protokoll zu geben und – falls diese nicht angenommen würde – seine Unterschrift unter das Vertragswerk zu verweigern. Diese Erklärung, die später an zahlreiche Regierungen versandt wurde, enthielt die Feststellung, daß der Vertrag das „sittliche Bewußtsein“ des italienischen Volkes verletze. Er heiße „durch seine territorialen, kolonialen und wirtschaftlichen Bestimmungen jene Atmosphäre“ weiter an, die eine demokratische Erneuerung Italiens bisher verhindert habe und die „in tragischer Weise auf dem italienischen Volk lastet und teilweise die Ursache vieler Übel für uns und die anderen war“⁵⁸. Eine Revision sei daher dringend notwendig. Ganz erfolglos war die Regierung damit nicht. Nachdem sie am 31. Juli 1947 die Ratifizierung durch die Verfassunggebende Versammlung erreicht hatte, begann die Regierung, die Früchte der internationalen Mobilisierung zu ernten, die sie selbst in Gang gesetzt hatte. Einige lateinamerikanische Staaten forderten schon im September 1947 die Generalversammlung der UNO auf, die italienische Frage zu debattieren. Nachdem sie mittels bilateraler Vereinbarungen vorteilhafte Korrekturen einiger wirtschaftlicher Bestimmungen erreicht hatte, gelang der Regierung sogar eine Verständigung mit Moskau über ein Protokoll, das die Ausübung der italienischen Souveränität in der gesamten freien Zone von Triest zum Gegenstand hatte.

Die UdSSR war sich darüber im klaren, daß, aus unterschiedlichen Gründen, alle italienischen Parteien die Friedensbedingungen ablehnen mußten, auch die Kommunisten. Moskau konnte aber alles zulassen, nur nicht die Revision des Vertrages. „Es handelt sich um eine prinzipielle Festlegung der

⁵⁸ AEI, AR, busta 303, fasc. Rapporti URSS-Italia.

Russen“, hatte Quaroni schon 1945 betont, „für die der Krieg gegen die Sowjetunion eine Schuld ist, und die, die ihn geführt haben, hätten als Beweis ihrer Läuterung eine Strafe auf sich zu nehmen. Wenn die Strafe erfolgt sei, sollte sie mit Fassung getragen werden. Die Sache sei dann erledigt und man bräuchte nicht mehr daran zu denken.“ Vor allem Grenzkorrekturen schlossen sich gänzlich aus, nicht nur im Fall Italien, sondern in allen übrigen Fällen auch. Sie waren einer der wunden Punkte des gesamten sowjetischen Systems in Mittel- und Osteuropa und wären ohne Zweifel berührt worden, wenn die revisionistische Kampagne Italiens die Länder des Ostens angesteckt und so das Gleichgewicht in der sowjetischen Einflußsphäre gestört hätte. Auch deshalb galt, daß „keine italienische Politik denkbar“ war, „die der russischen diametraler entgegengesetzt sein konnte als der Revisionismus“⁵⁹.

Abgesehen von den langwierigen Auseinandersetzungen um den Friedensvertrag betraf der schmerzlichste Konflikt zwischen Rom und Moskau die Kriegsgefangenen der im Osten fast vollständig aufgeriebenen 8. Armee und des in die deutsche Wehrmacht eingegliederten italienischen Armeekorps⁶⁰. Die Sowjetunion meldete anfangs ohne genauere Namensangaben eine Zahl von 19648 und dann von 21065 Kriegsgefangenen, was aber weit unter der italienischen Schätzung von circa 85000 lag. Tatsächlich kehrten nur wenig mehr als 12500 Soldaten aus der Sowjetunion in die Heimat zurück. Dieses Mißverhältnis zwischen Heimkehrern und Vermissten löste bittere Polemiken aus; vor allem die italienische Presse entfesselte eine undifferenzierte antisowjetische Kampagne, während sich die Regierung zurückhaltender äußerte.

Der Konflikt begann, als die Sowjets im Sommer 1945 und im August 1946 die Freilassung aller italienischen Gefangenen ankündigten und sich dann in ein frostiges, fast feindseliges Schweigen hüllten. Über den Verbleib der 60000–70000 Soldaten, die nach der Schlacht am Don von Dezember 1942 bis Frühjahr 1943 in ihre Hände gefallen waren, gaben sie keine Erklärung ab. In Italien bezweifelte man, daß sie noch am Leben waren, man verlangte aber Angaben über den Bestattungsort der Gefallenen oder über den Ort, wo die Soldaten verschwunden waren. Außerdem forderte man ihre Totenscheine und schlug ernsthafte Nachforschungen vor. Dies alles vertrug sich nur schlecht mit der Psychologie der Sowjets. Es fiel ihnen schwer, den Schmerz nachzuempfinden, der in der öffentlichen Meinung Italiens zum Ausdruck kam, und ihnen war die Sentimentalität und ängstliche Besorgtheit der Italiener um ihre gefallenen und vermissten Angehörigen fremd, wie Botschafter Quaroni schrieb: „Diese Menschen haben eine ganz andere Auffas-

⁵⁹ Quaroni an Nenni, 30. Januar 1947, in: AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 123, fasc. Questioni particolari relative alla conferenza.

⁶⁰ Vgl. Gli Italiani sul fronte russo. Atti del convegno internazionale di Cuneo, 19.–21. Oktober 1979, Bari 1982 (vor allem die Beiträge von Mario Isnenghi, Giorgio Rochat und Valdo Zilli).

sung von den menschlichen Beziehungen. Hier hat man sich nie um die eigenen Gefangenen gekümmert, man hat nie Listen verlangt, man hat nie versucht, ihnen Briefe, Pakete u. a. zukommen zu lassen. Auch jetzt verlangt man von den Engländern und Amerikanern keine Listen, sondern man will die Gefangenen einfach zurückhaben. In der sowjetischen Armee wird, außer bei Generälen, die Familie über den Tod eines Angehörigen nicht in Kenntnis gesetzt; die Leute müssen allein zurechtkommen. Die Evakuierung hat die Bevölkerung der Sowjetunion über das ganze Land verstreut. Es gibt niemanden mehr, der Nachforschungen übernimmt oder sich um Familienzusammenführungen kümmert. Die Leute müssen sich selbst wieder zusammensuchen. Seit Kriegsbeginn haben Post und inländische Telegraphen für die Privatleute praktisch zu funktionieren aufgehört. Im Grunde wundert sich niemand darüber. Viele Jahre sind sie schon gewöhnt, so zu leben. Das Geheimnis, das sich um unsere Gefangenen hüllt, ist sicherlich nicht größer als das Geheimnis, das hier jede kleine Sache umgibt. Aufgrund dieser harten und gnadenlosen Mentalität, der jegliche Empfindsamkeit fremd ist, da sie schlicht für unnötig gehalten wird, wird unser banges Bemühen, Nachrichten zu erhalten, nicht verstanden. Sie wollen nicht verstehen, was diese Unsicherheit für die Familien bedeutet.“⁶¹

Am 27. November 1946 brach die sowjetische Führung ihr Schweigen, als sie zur allgemeinen Überraschung erklärte, daß die Rückführung der italienischen Gefangenen schon im August definitiv abgeschlossen worden sei; zurückgeblieben seien nur 34 Männer, die unter der Anklage, Kriegsverbrechen begangen zu haben, in der Nähe von Kiew interniert seien, und eine Gruppe von ehemaligen Beamten und Diplomaten der Republik von Saló. Ende Mai 1948 schlug Moskau dann den Austausch letzterer mit 30 in Italien gefangengehaltenen Sowjetbürgern vor, die der Desertation und der Kollaboration mit den Deutschen beschuldigt wurden. Die italienische Regierung wollte sich darauf aber nicht einlassen. Außenminister Sforza antwortete, daß die inhaftierten Italiener weder Kriegsverbrecher noch Gefangene seien und daher einfach als „italienische Staatsbürger, die ins Heimatland zurückkehren wollten“, zu behandeln seien. Die merkwürdige sowjetische Vorstellung eines Tauschgeschäfts widersprach den Regeln der Auslieferungsverfahren, so wie sie vom internationalen Recht und von Artikel 45 des italienischen Friedensvertrages festgelegt waren.

Die Sowjetunion bestritt stets, über exakte Listen der Gefallenen und Vermissten zu verfügen, die während der langen Einkesselung und des Rückmarsches durch Kälte, Hunger und Entkräftung ums Leben gekommen waren, und sie weigerte sich, eine Kommission der Familien der Gefangenen oder eine internationale Kommission mit der Untersuchung der Angelegenheit zu

⁶¹ AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 46, fasc. Militari e civili italiani liberati dai russi.

betrauen. Im Gegenteil, sie startete eine Beschimpfungskampagne gegen Italien, prangerte die angeblich von italienischen Truppen begangenen Grausamkeiten an und beschuldigte die italienische Regierung, den ausufernden Pressenachrichten über das Schicksal der Kriegsgefangenen nicht entschlossen genug Einhalt zu gebieten. Der Verantwortliche des Italienbüros im sowjetischen Außenministerium kündigte sogar die Bildung einer Untersuchungskommission an, die Beweise für die italienischen Grausamkeiten gegenüber der Zivilbevölkerung und den Kriegsgefangenen sammeln sollte. Es bestand also eine totale Kommunikationsstörung, die allerdings nicht nur Italien betraf. Eine entsprechend abweisende Haltung nahm Moskau gegenüber Belgien und auch gegenüber der französischen Regierung ein, als diese Rechenschaft über den Verbleib von 50 000 Soldaten aus dem Elsaß und aus Lothringen verlangte, die als Wehrmachtssoldaten von den Sowjets gefangenegenommen worden waren⁶².

Eine weitere Kontroverse zwischen Rom und Moskau betraf die Grenzen zu Jugoslawien und vor allem das Problem Triest⁶³. Die sowjetische Unterstützung der jugoslawischen Forderung nach Einverleibung der Stadt und des Umlandes stellte einerseits eine Gratifikation für den Bündnispartner dar. Andererseits wollte Moskau angeblichen italienischen Absichten entgegenwirken, aus Triest – wie in der Vergangenheit – einen Brückenkopf für imperialistische Unternehmungen gegenüber den slawischen Staaten zu machen. Molotow und Wyschinski wiesen deshalb im August und September 1946 den Gedanken der Italianität Triests, wie er von der italienischen Regierung häufig dargelegt worden war, mit ungewohnter Schärfe zurück. Molotow sah im Anspruch auf Triest eine Fortsetzung der Unterdrückungspolitik des faschistischen Italiens, und Wyschinski beschuldigte den früheren Ministerpräsidenten Ivanoe Bonomi der Verfälschung historischer Tatsachen und ging soweit, das italienische Militär in Bausch und Bogen lächerlich zu machen: „Die italienischen Armeen [...], wie wir wissen, sind sehr viel begabter zum Laufen als zum Kampf, dies ist eine allgemein anerkannte Tatsache.“ Die italienische Gewohnheit, Bündnisse zu verraten, so fuhr er fort, gleiche der „Politik des Schakals, der sich in der Wüste zur Futtersuche herumtreibt“. Der faschistische General Messe, der das italienische Heer in den Angriff auf die Sowjetunion geführt hatte, „gleiche den römischen Helden in dem Maße, wie der Esel einem Löwen“ ähnele. Ein offener Eklat ließ sich nur vermeiden,

⁶² Sehr ausführlich zu diesem Problem mit genauen Quellen- und Literaturbelegen Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 92–116, 384–402.

⁶³ Allgemeine Darstellungen zur Triest-Frage: Diego De Castro, *La questione di Trieste. L'azione politica e diplomatica italiana dal 1943 al 1954*, Triest 1981, 2 Bde.; Antonio Giulio M. De Robertis, *Le grandi potenze e il confine giuliano 1941–1947*, Bari 1983; Bogdan C. Novak, *Trieste 1941–1954*, Chicago 1970; Jean Baptiste Duroselle, *Le conflit de Trieste 1943–1954*, Brüssel 1966; Roaul Pupo, *La questione di Trieste*, in: Giuseppe Rossini (Hrsg.), *De Gasperi e l'età del centrismo*, Rom 1984, S. 447–468.

weil De Gasperi ein halbes Dementi akzeptierte, das freilich in Wirklichkeit gar nichts dementierte⁶⁴, wie die Niederschrift von Wyschinskis Äußerung zeigte. In der italienischen Presse aber erhob sich ein Sturm der Entrüstung über die Rüpelhaftigkeit der sowjetischen Vertreter, die – das sei gerechtigkeithalber angefügt – so falsch nicht lagen, bei ihrem Drang nach Klarheit aber die verfeinerten Regeln der internationalen Diplomatie mit Füßen traten.

Eines bewiesen die Ausfälle von Molotow und Wyschinski mit aller Deutlichkeit: Moskau war mit den Ergebnissen der Friedenskonferenz, vor allem dem Statut von Triest, der Internationalisierung der Donau und der Festlegung der italienisch-jugoslawischen Grenze, äußerst unzufrieden. Ebensoviele nach sowjetischen Geschmack war die italienisch-österreichische Übereinkunft über Südtirol, die sich abzeichnende Lösung der Reparationsfrage, die Zusammensetzung der italienischen Delegation auf der Friedenskonferenz mit De Gasperi, Bonomi, Tarchiani, Carandini, Quaroni und Reale und die Entsendung von italienischen Journalisten zur Friedenskonferenz, die, der sowjetischen Ansicht nach, an die alten faschistischen Cliquen gebunden waren. Schließlich waren sie, so La Terza, über „das Verhalten unserer Presse im allgemeinen und der verschiedenen nichtmarxistischen Parteien [verärgert], die ständig die UdSSR ins Spiel bringen, indem sie sie beschuldigen, unsere kommunistische Partei zu beschützen“⁶⁵.

Einmal mehr hatte die sowjetische Verstimmung mit den italienischen Bemühungen um eine Revision der Friedensvertragsklauseln zu tun, die sich auf territoriale Fragen bezogen. Moskau meinte darin „das Vorzimmer zum Revanchismus“⁶⁶ und eine italienische Neuauflage der deutschen Außenpolitik der Jahre 1919 bis 1929 zu erkennen, als man den Versailler Vertrag zwar formal eingehalten, zugleich aber alles getan hatte, um seine Bestimmungen faktisch auszuhöhlen. Das barg, so fürchtete man im Kreml, eine Kriegsgefahr, die sowohl Jugoslawien als auch die Sowjetunion bedrohte. Quaroni hat diese Einstellung klar erkannt: Der italienische Revisionismus „als territorialer Revisionismus ist in erster Linie gegen Jugoslawien gerichtet. Da weder die Rus-

⁶⁴ Die sowjetischen Angriffe machten den um gute Beziehungen bemühten De Gasperi betroffen. Er entsandte sofort den Kommunisten Eugenio Reale nach Moskau zu Molotow, um die Wogen zu glätten. Ihm selbst wurde am 14. August 1946 ein Gespräch mit Molotow eingeräumt, bei dem er versicherte, daß die italienische Regierung „keinerlei Absicht (habe), sich vor den Pflug einer der UdSSR feindlichen Politik spannen zu lassen“, und bei dem er seinen Gesprächspartner bat, er möge „sich vor Augen führen, daß jede Tonne Getreide, die wir in Rußland mit den Produkten unserer Arbeit kaufen können, ein Beitrag zur wirtschaftlichen und damit politischen Unabhängigkeit Italiens ist“. AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 123, fasc. Colloquio De Gasperi–Molotov.

⁶⁵ La Terza an De Gasperi, 7. Oktober 1946, in: AEI, SAP 1946–1950, URSS, busta 2, fasc. Rapporti con l'Italia.

⁶⁶ AEI, AR, busta 330, fasc. 1947: Trattato di pace: Bericht über Revisione del trattato di pace alla Assemblée dell'ONU.

sen noch die Jugoslawen die geringste Absicht haben, die Grenzen zu unseren Gunsten zu revidieren, [...] ist die Konsequenz der revisionistischen Haltung, daß Italien potentiell den Krieg mit einem Verbündeten der Sowjetunion wünscht. Der Revisionismus ist daher, wenigstens potentiell, eine Kriegspolitik und zwar gegen die UdSSR.“ Selbstkritisch und in aller Offenheit fügte er hinzu: „Wenn wir keinen Eskapismus betreiben und ehrlich zu uns selbst sein wollen, müssen wir doch zugeben, daß die Überlegungen der Russen zutreffend sind: 70 Jahre italienische Politik legen darüber Zeugnis ab.“⁶⁷ An der offiziellen Außenpolitik Italiens änderte das freilich nichts. Noch am 3. Dezember 1948 bekräftigte Außenminister Sforza: „Die Revision des Vertrages oder besser sein vollständiger Wegfall bleibt eines der Hauptziele unserer Außenpolitik.“

Die Vereisung der sowjetisch-italienischen Beziehungen schloß andererseits aber nicht aus, daß Moskau Interessen Roms verteidigte, wenn diese mit den eigenen Absichten in Einklang standen. Das zeigte sich etwa, als die Sowjetunion im Februar 1948 den Vorschlag unterbreitete, Italien die Treuhänderschaft über seine ehemaligen Kolonien zu übertragen⁶⁸. Der Kreml antwortete damit auf die Idee, die italienischen Kolonien britischer Souveränität zu unterstellen, die aufgekommen war, nachdem das Foreign Office ein Veto gegen ein sowjetisches Mandat eingelegt hatte. Stalin zog seinen Vorschlag aber schnell wieder zurück, als er erkannte, daß nach einem Wahlsieg der Christdemokraten den Vereinigten Staaten gewissermaßen das militärische Nutzungsrecht der Kolonien zufallen könne. Jetzt zog er eine kollektive Treuhänderschaft einem Mandat für Italien vor. An einem weiteren Punkt ergab sich das, was von italienischer Seite etwas voreilig eine „Übereinstimmung unserer Interessen mit den russischen“ genannt wurde. Für Rom wie für Moskau war die 1946 von britischer und amerikanischer Seite vorgeschlagene Einfügung der „vier Freiheitsgrundsätze“ in die Entwürfe der Friedensverträge gleichbedeutend mit einem, so Quaroni, „Interventionsrecht in unsere inneren Angelegenheiten für jeden Vertragsunterzeichner, sei es, daß er auf eigene Initiative vorgehe, sei es, daß er den Weisungen einer größeren Macht folge“⁶⁹. Auf der Grundlage einer irrigen Vorstellung von Demokratie hätte so ein Wahlsieg der italienischen Rechten von Moskau als das Ergebnis von unfreien Wahlen angefochten werden können, während ein Wahlsieg der Linken London und Washington den Anlaß für ein analoges Vorgehen geben konnte. Stalin hielt von solchen Vorstellungen wenig, weil er befürchtete, die Westmächte wollten sie auch auf Osteuropa übertragen.

⁶⁷ Persönlicher Brief von Sforza, in: AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 117, fasc. Conferenza della pace.

⁶⁸ Siehe dazu die ausführliche Arbeit von Gianluigi Rossi, *L’Africa italiana verso l’indipendenza*, Varese 1980.

⁶⁹ Quaroni an De Gasperi, 15. April 1946, zit. n. Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 210f.

Ein dritter Streitpunkt zwischen Rom und Moskau betraf die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Schon seit dem Sommer 1945 versuchten die italienische Regierung und 20 Unternehmen von verschiedener Größenordnung den wirtschaftlichen Austausch mit der Sowjetunion wieder in Gang zu bringen, der in früheren Zeiten nicht unbedeutend gewesen war; in den Jahren 1929/30 etwa hatte die Sowjetunion 50% des italienischen Erdölbedarfs gedeckt. Die italienischen Unterhändler waren mit einem doppelten Widerstand konfrontiert, dem der Westalliierten, denen die Monopolisierung des italienischen Außenhandels, wie Agostino Giovagnoli gezeigt hat⁷⁰, als Schlüssel zur politischen Kontrolle des Landes diente, und dem der Sowjetunion selbst. Diese hatte nicht viele Gegenleistungen zu bieten, außerdem zweifelte sie an der Fähigkeit Italiens, seinen Verpflichtungen nachzukommen, erstens wegen der von den Alliierten auferlegten politischen Beschränkungen, zweitens weil man in Moskau den Eindruck gewonnen hatte, daß die italienische Wirtschaft mittlerweile völlig in die Abhängigkeit der amerikanischen geraten sei. Moskau ging aber nicht so weit, Vereinbarungen Italiens mit der Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und Polen zu verhindern. Eine „außergewöhnlich bemerkenswerte“ Bedeutung hatte aus italienischer Sicht der Vertrag mit Jugoslawien. Außenhandelsminister Cesare Merzagora betonte seinen Wert im Hinblick auf die politische Entspannung, während er seine wirtschaftliche Zweckmäßigkeit eher gering einschätzte: „Aber in der Hauptsache trägt die Übereinkunft dazu bei, der wiederholt von der Regierung geäußerten Absicht Substanz zu verleihen, soweit wie möglich eine Politik der Äquidistanz zu verfolgen und, soweit das in unserer Macht steht, nicht zur Spaltung der Welt in zwei Blöcke beizutragen.“

Ähnlichen Vorstellungen versuchte Italien auch im Rahmen der Verhandlungen um den Marshall-Plan Geltung zu verschaffen, wo, so Cesare Merzagora, „wir beständig wiederholt haben, daß die Konferenz auch hinsichtlich der Ergebnisse allen offenstehen müsse, und wir haben es fast als eine Bedingung für unsere Anwesenheit gestellt, daß den Teilnehmern freigestellt bleiben müsse, weiterhin mit nicht beigetretenen Ländern zu verhandeln“⁷¹. Leicht war diese Aufgabe nicht zu lösen. Die Sowjets vom rein wirtschaftlichen Charakter des Marshall-Plans zu überzeugen und so zu tun, als ob man nicht wisse, daß er zur Eindämmung der sowjetischen Expansionsbestrebungen gegenüber dem Westen konzipiert worden war, glich einem Eiertanz, der den italienischen Botschaftern in Moskau, Brosio und Quaroni, denkbar

⁷⁰ Agostino Giovagnoli, *Le premesse della ricostruzione. Tradizione e modernità nella classe dirigente cattolica del dopoguerra*, Mailand 1982.

⁷¹ Vgl. dazu Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 249 f. Zum amerikanischen Standpunkt vgl. John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976, und Elena Aga-Rossi (Hrsg.), *Gli Stati Uniti e le origini della guerra fredda*, Bologna 1984; außerdem Rosaria Quartararo, *L'Italia e il piano Marshall 1947–1952*, in: *Storia contemporanea* 15 (1984), S. 647–722.

schwer fiel. „Die Russen davon zu überzeugen“, schrieb letzterer, „daß der Marshall-Plan nicht das ist, was sie denken, übersteigt menschliche Kräfte. Es ist deshalb so schwer, weil die Russen, unter uns gesagt, völlig recht haben. Der Marshall-Plan ist in der Absicht der Amerikaner genau das. [...] Was bedeutet denn, wenn man das Flitterwerk wegnimmt, Westeuropa vor dem Kommunismus zu retten?“⁷²

Die amerikanische, britische und französische Regierung unterzog sich dieser Mühe nicht. Ihre Vertreter taten bei ihren Zusammenkünften mit Molotow in der Zeit vom 28. Juni bis zum 2. Juli 1947 in Paris alles, um die Sowjetunion von einer Mitarbeit beim Marshall-Plan abzuhalten, was in Moskau natürlich nicht übersehen wurde. In einer Note an die italienische Regierung vom 5. Juli 1947 stellten die Sowjets unmißverständlich fest, daß der Marshall-Plan die „Absicht [der USA] bedeute, sich in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten einzumischen, sie zu zwingen, ihr Programm zu akzeptieren, den Absatz ihrer Überschüsse in Ländern ihrer Wahl zu erschweren und somit die Wirtschaft dieser Länder in die Abhängigkeit der Interessen der USA zu bringen“, und mahnten deshalb, Italien solle nicht beitreten.

Bekanntlich hat Italien diese Mahnung in den Wind geschlagen, direkte Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen waren nun mit Moskau nicht mehr möglich. Rom versuchte deshalb über Jugoslawien eine Verbesserung der Beziehungen mit Osteuropa zu erzielen. Vor allem galt es, zu demonstrieren, daß Italien auch nach der Option für den Marshall-Plan eine Position zwischen den Blöcken anstrebte: „Unsere Unabhängigkeit vom Westen“ zu beweisen, wie es die Generaldirektion für wirtschaftliche Angelegenheiten im Außenministerium formulierte. Im Rahmen ihrer Neutralitäts- und Europapolitik hielten es die italienischen Außenpolitiker für unabdingbar, den Wirtschaftsverkehr und die politische Zusammenarbeit mit Sofia, Warschau und Belgrad nicht abreißen zu lassen. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist die Rolle von Pietro Campilli. Als *grand commis* des italienischen Außenhandels kapitulierte er nicht vor den unvermeidlichen Pressionen, die von den USA nach der Annahme des Marshall-Plans ausgeübt wurden, und zog es vor, von einer Selbstkontrolle der 16 europäischen Länder, die dem Marshall-Plan beigetreten waren, zu sprechen: „Die Bedürfnisse der nationalen Politik und die Notwendigkeit der europäischen Autonomie verlangen danach, daß die amerikanische Kontrolle nicht in die Politik und die Souveränität der einzelnen Staaten eingreift“, allein schon wegen des komplementären Verhältnisses zwi-

⁷² Quaroni an Sforza, in: AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 117. Vgl. auch Elena Aga-Rossi (Hrsg.), *Il Piano Marshall e l'Europa*, Roma 1983; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London 1984.

schen der italienischen Wirtschaft und der Wirtschaft der Staaten des Donauraumes und anderer osteuropäischer Staaten⁷³.

Diese Ansicht teilte Manlio Brosio, der Nachfolger Quaronis als italienischer Botschafter in Moskau. Die Sowjetunion weigerte sich aber, einen Freundschaftsvertrag über Handel und Schifffahrt abzuschließen, der von italienischer Seite im August 1947 und bei anderen Gelegenheiten angeregt wurde; als Voraussetzung für ein solches Abkommen nannte sie die vorzeitige Zahlung der Reparationen. Erst im Winter 1948 kam es zum Abschluß eines Wirtschaftsabkommens, das – obwohl offiziell nie in Kraft gesetzt – enorme Auswirkungen hatte, wie Roberto Morozzo della Rocca gezeigt hat⁷⁴. Um eine Vorstellung der Größenordnung des italienisch-sowjetischen Handelsvolumens zu geben, genügt es zu erwähnen, daß die UdSSR damals nach den Vereinigten Staaten und Argentinien den dritten Platz unter den Handelspartnern Italiens einnahm.

Das letzte Kapitel der italienisch-sowjetischen Beziehungen, das hier dargestellt werden soll, handelt von der Aufnahme Italiens in die UNO. Die Verspätung, mit der sie 1955 erfolgte, hing damit zusammen, daß die Sowjetunion ihr Ja zur Aufnahme Italiens von der Aufnahme Rumäniens, Bulgariens und Ungarns abhängig machte. Außerdem war das Ansinnen von Rom schlecht vorbereitet und nicht einmal in den eigenen Reihen unumstritten. Botschafter Pietro Quaroni und der Generalsekretär im Außenministerium, Graf Vittorio Zoppi, waren gegen die Initiative, die vor allem von Außenminister Sforza verfochten wurde, der von einem ausgeprägten Drang zur Selbstdarstellung auf dem internationalen Parkett getrieben war und sich nicht an die Regeln einer langfristigen Politik geduldigen Wartens zu halten gedachte. Beide waren der Meinung, daß es sehr viel aussichtsreicher gewesen wäre, den Aufnahmeantrag nicht – wie geschehen – von den USA, sondern von einigen lateinamerikanischen Staaten stellen zu lassen. Ihrer Ansicht nach hätte man abwarten sollen, bis man aufgefordert wird, anstatt zu insistieren, „unter jeder Bedingung hineinzukommen“, und sich so auf einen lächerlichen Wettbewerb mit den Ländern Ost- und Südosteuropas einzulassen⁷⁵.

Das zu erwartende sowjetische Veto erfolgte am 21. August und am 1. Oktober 1947 im Sicherheitsrat. Am 10. April 1948 kam es zur Wiederholung der Prozedur. Der Drang von De Gasperi und Sforza, ohne Rücksicht auf Verluste jede Gelegenheit wahrzunehmen, sich irgendeinen „Platz an der Tafel“ zu erschleichen, wie sich Zoppi ausdrückte, hatte an den westlichen „Ta-

⁷³ AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 117, fasc. Conferenza della pace, Bericht vom 15. November 1947: *Conversazione di Washington*.

⁷⁴ Vgl. den Aufsatz von Roberto Morozzo della Rocca, *Le relazioni italo-sovietiche nel 1948: La missione La Malfa*, in: Rossini, *De Gasperi*, S. 413–431.

⁷⁵ AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 116, fasc. Conferenza della pace. Parte generale. Zu Sforza siehe Quaroni, *Il mondo*, S. 297 und Livio Zeno, *Ritratto di Carlo Sforza*, Florenz 1975.

feldn“ sehr viel größeren Erfolg als an denen Osteuropas, wo man dem ungebeten und aufdringlichen Gast nur Körbe erteilte.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die italienische Außenpolitik in den ersten Nachkriegsjahren nicht prinzipiell auf den Westen ausgerichtet war. Sie fand jedoch dort im Zeichen des aufkommenden Kalten Krieges die geeigneteren und interessierteren Gesprächspartner. Tatsächlich bestand die „italienische Strategie darin“, wie Morozzo della Rocca geschrieben hat, „jedem die Freundschaft anzubieten, der bereit gewesen sei, einem Land die Hand zu reichen, das vor der Notwendigkeit stand, aus seiner Kriegsisolierung hervorzutreten, die in den Jahren des Waffenstillstands ja nur teilweise aufgehoben worden war“⁷⁶. Jene, die von einer durch ideologische Grundsätze getragenen Westorientierung sowie einer entsprechenden Handelspolitik gesprochen haben, wie die Kommunisten und die Hochschulhistoriker der extremen Linken, haben also ein einfarbiges Bild gezeichnet, während sich aus den diplomatischen Quellen, die für diese Arbeit verwendet wurden, ein vielfarbiges und aspektreiches Gemälde ergibt. De Gasperi und seine Hauptmitarbeiter starrten nicht wie gebannt auf den Westen, sondern wendeten sich beständig der östlichen Hälfte des Globus zu, wo ihnen die Sowjetunion freilich häufig die kalte Schulter zeigte. Sie verweigerte Italien die Teilnahme am internationalen Konzert ebenso wie die Lieferungen von Kohle und Weizen, welche für das Land lebensnotwendig waren.

Die Politik der Äquidistanz wurde von der italienischen Führung aber auch wie ein Fisch ohne Wodka auf den Tisch gebracht, der nach einem sibirischen Sprichwort nur von den Hunden verzehrt wird. 1946 und 1947 fand sie sich deshalb sowohl im Osten wie im Westen fast völlig isoliert. Die Ressentiments, die ihr von allen Seiten entgegenschlugen, waren für die Verantwortlichen in Diplomatie und Regierung eine bittere Lektion. Es zeigte sich: Die Abkehr von Deutschland, der Waffenstillstand und die „cobelligeranza“ mit den Alliierten trugen Italien letztlich wenig ein. Die Sieger verschrieben dem Land die klassische Therapie zur Läuterung einer besiegten feindlichen Nation. Die nicht gerade taktvollen Seiltänze Italiens zwischen London, Washington, Moskau und Paris verstärkten die Ressentiments der Sieger noch. Das büßerhafte „Non sum dignus“ Italiens erschien ihnen wenig glaubhaft, weil es in krassem Gegensatz zu oft weitgespannten außenpolitischen Ambitionen, dem forcierten Streben nach baldiger Rehabilitierung und der Anmaßung einer Großmachtrolle stand⁷⁷. Nicht unbemerkt war auch geblieben, daß die italienische Regierung und die öffentliche Meinung Italiens den Fa-

⁷⁶ Morozzo della Rocca, *Politica estera*, S. 270; vgl. auch Luigi Graziano, *La politica estera italiana del dopoguerra*, Padua 1968.

⁷⁷ Giuseppe Vedovato, *La revisione del trattato di pace con l'Italia*, in: *Rivista di studi politici internazionali* 41 (1974), S. 434–444; Pietro Pastorelli, *L'adesione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Storia contemporanea* 14 (1983), S. 1015–1030; Nerile Henderson, *The Birth of Nato*, London

schismus wie ein Hemd ablegten, weil es abgenützt, aber nicht weil es schmutzig und blutbefleckt war.

Die mangelnde Zurückhaltung auf der internationalen Bühne⁷⁸ registrierte man häufig mit großer Bestürzung. Ihr wurde vor allem von Churchill und Bevin⁷⁹ Ausdruck verliehen, die mit verächtlichen und bissigen Kommentaren über das italienische Verhalten nicht sparten, aber auch von sowjetischer Seite, die lange Zeit im Zentrum italienischen Werbens stand, sich aber nicht verführen ließ, wie das folgende Beispiel zeigt: Als der provisorische italienische Staatspräsident, Enrico De Nicola, Anfang 1947 den ehemaligen liberalen Parteiführer Manlio Brosio als neuen Botschafter nach Moskau schickte, gab er ihm seinen dringenden Wunsch zu verstehen, Stalin sprechen und zu einem persönlichen Besuch in die sowjetische Hauptstadt reisen zu wollen. Die leitenden Herren des sowjetischen Außenministeriums reagierten auf dieses Angebot mit eisigem Schweigen. Sie hielten es für ebenso taktlos wie unangemessen, zumal nach den zahlreichen heftigen Meinungsverschiedenheiten über den Friedensvertrag und Triest⁸⁰.

Gleichwohl blieb in Moskau bis zur vernichtenden Niederlage der Linksparteien in den Parlamentswahlen vom 18. April 1948 die Hoffnung lebendig, in Italien könnten sich die Dinge vom Schlechten zum Guten wenden, d. h. die kommunistische Partei könnte die Democrazia Cristiana als führende Regierungspartei ablösen. Stalin ließ sich deswegen in seiner Freiheit der Kritik gegenüber Italien nicht einschränken. Er machte aber bemerkenswerte Unterschiede im Ton, je nachdem wie die Chancen der kommunistischen Partei gerade standen. Bis zum 31. Mai 1947, das heißt bis zum Ausscheiden von PCI und PSI aus der Regierung, überschritt die Schärfe der sowjetischen Kritik nie eine bestimmte Schwelle: Charakteristisch für sie waren der Vorwurf der Passivität an die Adresse der Koalitionsregierungen, die Unterscheidung zwischen der Verantwortung der Parteiführer und ihrer Basis, zwischen denen, die wie Bonomi, Parri und De Gasperi einfache Leitungsfunktionen innehatten, und denen, die souverän entscheiden konnten wie die anglo-amerikanische Besatzungsmacht und ihre politischen Vorgesetzten in Washington und London. Die kritischen Äußerungen betrafen die Gesamtheit des de-

1982; Emory Timothy Smith, *The Fear of Subversion. The United States and the Inclusion of Italy in the North Atlantic Treaty*, in: *Diplomatic History* 7 (1983), S. 139–155; Ilaria Poggolini, *Europeismo Degasperiano e politica estera dell'Italia*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 67–93.

⁷⁸ Italien hatte ja mit „dem Ruf ... des Machiavellismus“ (Renato Prunas) zu kämpfen (AEI, SAP 1931–1945, URSS, busta 47, fasc. Rapporti Russia–Italia, Bericht, 24. April 1945); siehe das entsprechende Urteil des amerikanischen Botschafters in Moskau (FRUS, 1946, III, S. 8 f.).

⁷⁹ Bevin sprach im Juli 1947 gegenüber Sforza von der „traditionellen italienischen Politik, ein Land gegen das andere auszuspielen“, und hielt Italien daher für „das schwächste Glied in der Kette der antikommunistischen Staaten“. Siehe Antonio Varsori, *La Gran Bretagna e le elezioni politiche italiane del 18 aprile 1948*, in: *Storia contemporanea* 13 (1982), S. 10.

⁸⁰ Vgl. Manlio Brosios Diskussionsbeitrag in: *L'amministrazione Truman*, S. 199–204.

mokratischen Lebens: die Verzögerungen bei der politischen Säuberung, die Trägheit beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, das absurde Gezänk der Parteien, den Antisowjetismus der Presse, den querulanten Revisionismus im Hinblick auf den Friedensvertrag, die Unterordnung unter den Neoimperialismus der Vereinigten Staaten. Im großen und ganzen aber hielt man in Moskau die Verhältnisse in Italien für durchaus demokratisch.

Doch schon im Januar 1947 schlichen sich aggressivere Töne ein. Nachdem De Gasperi von seiner „Pilgerfahrt“ aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, verdächtigte man ihn, er habe aus Washington die Dienstanweisung mitgebracht, die Linke aus der Regierung auszuschließen. Als er dem angeblichen „Diktat“ dann tatsächlich Folge geleistet hatte, war man in Moskau der festen Meinung, daß ein Staatsstreich stattgefunden hatte, der eine Vereinbarung zwischen den Alliierten aus dem Jahre 1943 verletzt⁸¹, wonach der Demokratisierungsprozeß des postfaschistischen Italiens von einer Regierung eingeleitet werden sollte, an der alle antifaschistischen Parteien beteiligt sein mußten. Der Ausschluß der zwei großen Linksparteien verstieß also gegen ein fundamentales Prinzip, die neue Regierung De Gasperi war bar jeglicher Legitimation. Die Tonlage wurde schriller, als man in Moskau außerdem zu der Einsicht gelangte, daß die kommunistische Partei Italiens so lasch geworden war, daß sie weder im Parlament noch auf der Straße⁸² auf den Ausschluß aus der Regierung angemessen zu reagieren vermochte, und als sich zeigte, daß die Spaltung der Welt in zwei Blöcke irreversibel geworden war.

Alles das wirkte zusammen bei der Entscheidung, die mit der Auflösung der Komintern 1943 begrabene Streitaxt des Internationalismus wieder hervorzuholen. Vom 22. bis 27. September 1947 wurde in Polen das Kominform gegründet und den kommunistischen Parteien, die wie der PCI zu Kompromissen mit bürgerlichen Kräften bereit gewesen waren und es an revolutionärem Elan hatten fehlen lassen, brüderlich der Prozeß gemacht. Alle Theorien über die „nationalen Wege zum Sozialismus“ wurden verworfen. Angesichts der Notwendigkeit, sich um die Trutzburg des internationalen Sozialismus zu scharen, die von der „schwarzen Hand“ der USA-gelenkten Kriegstreiber bedroht wurde, mußte die zaghafte zutagegetretene Autonomie der kommunistischen Parteien des Westens und des Ostens drastisch eingeschränkt werden. Das in Belgrad, also nicht weit von Italien, einquartierte Kominform zog alle Entscheidungsbefugnisse über Taktik und Strategie auf sich. Von den westlichen kommunistischen Parteien, vor allem von der italienischen und der

⁸¹ AEI, SAP 1946–1950, URSS, busta 10, fasc. Stampa e giornalisti: Bericht von Brosio, 19. Juni 1947.

⁸² Zur Passivität des PCI siehe P. Emiliani (Pseudonym von Valdo Magnani), *Dieci anni perduti*, Pisa 1953, S. 49 f.; vgl. außerdem die Mitteilung von Emilio Sereni an Antonio Gambino, *Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC*, Bari 1975, S. 415–426.

französischen, wurde verlangt, die Unzufriedenheit in ihren Heimatländern zu schüren und die durch den Marshall-Plan in Gang gesetzte Dynamik des Antisowjetismus in Europa zu bremsen⁸³.

Der Kurswechsel des PCI ließ tatsächlich nicht lange auf sich warten⁸⁴. Die Partei gab ihren geschmeidigen Kompromißkurs noch im Herbst 1947 auf. Die DC, einst der umworbene Hauptverbündete, war nun ein „direktes Werkzeug des Imperialismus“ und ein Verräter „der Sache der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit“. Die Regierung De Gasperi wurde kurzerhand zur „Regierung des Auslands, des Elends, der Reaktion und des Krieges“⁸⁵ gestempelt. Das waren aber meist nur große Worte, hinter denen sich kein großer Plan zum Umsturz verbarg. Alcide De Gasperi hatte also Unrecht, als er am 17. Dezember 1947 bemerkte: „In Italien [...] riecht es ätzend nach Bürgerkrieg“, und als er im Februar 1948 meinte: „Im Oktober, November und Dezember haben die gewalttätigen Massenkampagnen und -unruhen in Italien und Frankreich manchmal den Charakter eines offenen Auftritts angenommen.“⁸⁶ Er konnte nicht wissen, daß Stalin im Dezember 1947 die Idee eines Losschlagens des PCI und den Gedanken einer direkten Intervention der Sowjetunion in Italien zurückgewiesen hatte. Ein zweites Griechenland, ein weiterer Aufstandsversuch nach dem erfolglosen Experiment von Markos erschien ihm nicht als sinnvolle Alternative. „Zur Zeit geht es nicht, zur Zeit ist es nicht möglich“, antwortete er Pietro Secchia, dem Führer jenes Flügels der kommunistischen Partei, der die zögernde Politik Togliattis stets abgelehnt hatte. Auf die Entgegnung des italienischen Politikers, daß „es nicht darum geht, die Frage des Umsturzes auf die Tagesordnung zu setzen, sondern darum, entschlossene wirtschaftliche und politische Kämpfe zu führen“, erwiderte Stalin: „Was Du sagst, würde unweigerlich zu diesem Ausgang führen. Zur Zeit geht es nicht. Ihr müßt aber stärker werden, euch gut vorbereiten.“⁸⁷

Moskau schwankte also selbst zwischen Attentismus und Umsturzplanung. Ein Ausweg hätte sich natürlich durch einen Wahlsieg der Linken am 18. April 1948 eröffnet, der in Moskau tatsächlich für wahrscheinlich gehalten

⁸³ Zum Kominform siehe: Adriano Guerra, *Gli anni del Cominform*, Mailand 1977; L. Marcou, *Le Kominform*, Paris 1977; Eugenio Reale, *La nascita del Cominform*, Mailand 1958; Paolo Spriano, *I comunisti europei e Stalin*, Turin 1983 und Salvatore Sechi, *Unità e diaspora: una sindrome europea*, in: Ders./Stefano Merli, *Dimenticare Livorno. Sul partito unico dei lavoratori 1944–1947*, Mailand 1985, S. I–XXXVI.

⁸⁴ Severino Galante, *La fine di un compromesso storico. PCI e DC nella crisi del 1947*, Mailand 1980, S. 216f.; Pietro Scoppola, *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1977 und ders., *La democrazia cristiana in Italia dal 1943 al 1947*, in: *Storia e Politica* 14 (1975), S. 176–217.

⁸⁵ *La Politica del PCI dal V al VI congresso*, Rom 1948, S. 378f. und *L'Unità*, 14. November 1947.

⁸⁶ Alcide De Gasperi, *Discorsi politici*, Rom 1976, Bd. 1, S. 153 und 183.

⁸⁷ Archivio Secchia, S. 400–446.

ten wurde⁸⁸. Um ihn zu erleichtern, fand sich Stalin sogar zu Konzessionen bereit. Er wußte: Es gab breite Schichten in der gerade aus dem Faschismus entlassenen italienischen Gesellschaft, die von einem ungezügelten Nationalismus erfaßt waren, der sich vor allem an der Triest-Frage entzündete. Hier konnte Stalin nichts konzedieren, da er Triest schon Jugoslawien zugedacht hatte. Er konnte aber versuchen, diese Kräfte mit einem Happen zu ködern, dem sie, gierig wie sie auf Grenzen und Reiche waren, nicht widerstehen konnten: die ehemaligen afrikanischen Kolonien. Am 18. Februar 1948 gab deshalb Wyschinski die sowjetische Entscheidung bekannt, Italien das Mandat über die ehemaligen Kolonien zu übertragen.

Dieser Schachzug hatte, ähnlich wie die Drei-Mächte-Erklärung Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, die zur Rückgabe Triests an Italien führen sollte⁸⁹, wenig mit Theorie und Ideologie des Anti-imperialismus und der Befreiung der Völker von den kolonialen Fesseln zu tun, viel aber mit der bevorstehenden Wahl und der schon erwähnten Absicht Moskaus, einen Teil Afrikas dem englischen Einfluß zu entziehen. Nenni und Togliatti konnten sich aber bei ihren Wahlversammlungen auf den großen Beitrag berufen, den ihr Genosse in Moskau zur Wiederherstellung der afrikanisch-mediterranen Großmachtstellung des republikanischen Italiens zu leisten bereit war. Der PCI feierte das Einverständnis der Sowjetunion zur Rückkehr Italiens an seine „vierte Küste“ und zwar in Tönen, die an die geschwollen-pathetischen Reden Mussolinis erinnerten, so etwa, wenn Eugenio Reale von dem Willen sprach, die „Rechte der Bevölkerung in den Kolonien auf Autonomie und Unabhängigkeit zu wahren und so die Territorien Libyens, Eritreas und Italienisch-Somalilands dem Spiel der imperialistischen Interessen zu entziehen“. Auch Mauro Scoccimarro, einer der führenden Männer des PCI, scheute sich nicht auszurufen: „Unsere Kolonien sind in Gefahr“, nachdem die italienische Regierung „die Dinge soweit gebracht hat, daß mittlerweile Tripolis und Bengasi Sprungbretter des anglo-amerikanischen Imperialismus sind“⁹⁰.

Der Wahlsieg der Democrazia Cristiana am 18. April 1948 machte die Hoffnungen Moskaus auf eine Wende in Italien zunichte. Italien war nun fest in das westliche System eingebunden, was durch den Beitritt zum Nordatlan-

⁸⁸ AEI, SAP 1946–1950, Italia, busta 148, fasc. Rapporti politici. Politica interna italiana: Depesche, 1. Januar 1948.

⁸⁹ Gianluigi Rossi, Trieste e Colonie alla vigilia delle elezioni italiane del 18 aprile 1948, in: Rivista di studi politici internazionali 46 (1979), S. 205–231.

⁹⁰ Eugenio Reale, Palazzo Chigi e le colonie, in: Rinascita, Nr. 6, Juni 1948, S. 188; Wiedergabe der Rede von Scoccimarro in: L'Unità, 2. März 1948. Schon viel früher war die Regierung vom Chef des PCI beschuldigt worden, nicht anzuerkennen, daß „die russische Politik immer derart war, die Behauptung Italiens im Mittelmeerraum als unabhängiger Staat und unabhängige Nation zu begünstigen“. Palmiro Togliatti, Questo volevasi dimostrare, in: L'Unità, 3. September 1947.

tikpakt von 1949 dann noch zusätzlich bekräftigt wurde. In Rom fand man sich nur schwer mit der neuen Rolle als Mittelmacht im Verband der westlichen Staaten ab. Im Außenministerium hingen noch viele Großmachtträumen nach, und nicht wenige meinten, es wäre besser gewesen, einen neutralistischen Kurs einzuschlagen. Selbst Außenminister Sforza, der noch als einer der zuverlässigsten „Atlantiker“ unter den führenden Köpfen der italienischen Außenpolitik gelten kann, schloß in einem Bericht vom August 1948 nicht aus, daß Italien dem Beispiel Griechenlands und der Türkei folgen könnte, die sich zunächst von Bündnisverpflichtungen freizuhalten gedachten: „Beide sind wie Italien Grenzmarken, deren Verteidigungsmittel gegen einen möglichen Angriff schon von den Vereinigten Staaten verstärkt werden, ohne daß diese Länder irgendeinem Pakt beigetreten sind, was bei ihnen wie bei uns zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann, wenn sich ein allgemeines europäisches und mediterranes Verteidigungskonzept konkretisiert hat und in Kraft getreten ist.“⁹¹ Einem Freund gegenüber gestand er, wie sehr ihn vor dem Beitritt Italiens zur NATO die Frage quälte, „ob ich angesichts der Garantien, die der Pakt gab, das Recht hätte, die zugegebenermaßen mitelmäßige Perspektive, neutral zu bleiben, zu ignorieren“⁹².

Dies zeigt erneut, wie langwierig und hürdenreich der Übergang der italienischen Regierung von neutralistischen zu eindeutig westorientierten Positionen gewesen ist. Die neutralistischen Tendenzen, die 1944 in der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Moskau manifest geworden waren, waren also alles andere als eine momentane Verirrung. Sie hatten eine solche Dichte und Tiefe, daß sie die Außenpolitik selbst dann noch beeinflussten, als der Zustand der internationalen Isolierung, der sie hervorgebracht hatte, längst überwunden war. Wenn die Sowjetunion also über Weizen-, Kohle- und Erdölvorräte verfügt hätte und Italien auch in anderen Fragen mehr entgegengekommen wäre, dann wäre die Westoption Italiens vielleicht nicht erfolgt.

So wie die Dinge lagen, wurde der postfaschistischen Elite die Entscheidung für den Westen erleichtert. Nach dem 18. April beendete sie in enger Anlehnung an Washington die lange Tradition der außenpolitischen Zweideutigkeiten. Dies bedeutete freilich die Akzeptierung weltpolitischer Zweitrangigkeit, die lange Zeit das Signum der italienischen Außenpolitik blieb, von der italienischen Führung aber seit den fünfziger Jahren nicht mehr als schmerzlich empfunden wurde. Denn bald fühlten sich die Verantwortlichen der italienischen Politik recht wohl in der Butlerlivree, in der sie an der Tafel mächtigerer Herren dienen durften.

⁹¹ Zit. n. Brunello Vigezzi, De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la percezione della politica di potenza dal trattato di pace als Patto Atlantico 1947–1950, in: Storia contemporanea 16 (1985), S. 684.

⁹² Mario Bracci, Testimonianze sul proprio tempo, Florenz 1981, S. 393.

Antonio Varsori

Bestrafung oder Aussöhnung?

Italien und Großbritannien 1943–1948

Die Italienpolitik der britischen Regierung im Zweiten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist schon in den siebziger Jahren, nach der Öffnung der britischen Archive, Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung geworden¹. Der Großteil der Untersuchungen konzentriert sich auf die Jahre 1943–1945, während die Nachkriegsperiode weniger Interesse gefunden hat. Für diese Zeitspanne wird vor allem die dominierende Rolle der Vereinigten Staaten hervorgehoben, die – so unterstellt man – Großbritannien als Führungsmacht im Mittelmeerraum abgelöst haben. Der britische Gelehrte Donald C. Watt hat sich 1984 energisch gegen solche Vergrößerungen gewandt, die weite Teile der Historiographie zum Kalten Krieg kennzeichnen, und betont: „The commonest of these [...] is the assumption that international politics in 1945 displayed the same bipolar relationship between rival America and Soviet hegemonies as has obtained since the 1950s. This is a total misrepresentation of events.“²

Gewiß, das Gewicht Großbritanniens in den internationalen Beziehungen nahm nach Kriegsende ab. Hieß das aber, daß London damit ganz aus dem Spiel war und etwa auch seinen traditionell starken Einfluß in Italien verlor? Konnte Großbritannien seinen Interessen auf der italienischen Halbinsel im Wettstreit mit den Vereinigten Staaten nicht mehr oder nur noch teilweise Geltung verschaffen? Auf welchen Gebieten vermochten sich die Briten durchzusetzen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Aufsatzes. Einleitend werden dabei zunächst die politischen Erwägungen und „Gefühle“ zur Darstellung gebracht, von denen sich die britische Führung bei ihrer Italienpolitik vor dem Sturz Mussolinis leiten ließ, ehe dann im Haupt-

¹ Vgl. Geoffrey Warner, *L'Italia e le potenze alleate dal 1943 al 1949*, in: Stuart J. Woolf (Hrsg.), *Italia 1943–1950. La ricostruzione*, Rom/Bari 1974, S. 49–85; Llewellyn Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1, London 1970, S. 226–250, Bd. 2, 1971, S. 461–545, Bd. 3, 1971, S. 440–489.

² Donald C. Watt, *Britain, the United States and the Opening of the Cold War*, in: Ritchie Owendale (Hrsg.), *The Foreign Policy of the British Labour Governments 1945–1951*, Leicester 1984, S. 45.

teil die Wandlungen der britischen Politik gegenüber Italien in den Jahren 1943 bis 1948 behandelt werden.

Nach dem Kriegseintritt von Italien am 10. Juni 1940 waren die Meinungen in London darüber, wie man sich dem faschistischen Italien gegenüber nun verhalten solle, eher vage und unbestimmt. Die Hauptgefahr, das war allen klar, ging weiter vom nationalsozialistischen Deutschland aus. Die Eröffnung einer Front in Nordafrika und die Schlagkraft der italienischen See- und Luftstreitkräfte bildeten aber, wenigstens 1940/41, eine ernsthafte Bedrohung der britischen Interessen im Mittelmeer. Ihr begegnete man allerdings schnell und so erfolgreich, daß die britische Führung schon 1941 glaubte, Italien stehe kurz vor dem Zusammenbruch und werde um einen Sonderfrieden bitten³. Aufgrund solcher Einschätzungen sah man in London den Entwicklungen in Italien nicht mit übertriebenen Sorgen entgegen. Bald wurden allerdings erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Special Operations Executive und dem Informationsministerium einerseits und dem Foreign Office andererseits deutlich, die vor allem die Frage betrafen, welche Schlußfolgerungen aus der anscheinend desolaten Lage Italiens zu ziehen seien. Erstere meinten, Großbritannien sollte alles daran setzen, um Italien zum Ausscheiden aus dem Krieg zu veranlassen. Sie machten sich deshalb auf die Suche nach einer „gaullistischen“ Alternative zu Mussolini, die sie unter den italienischen Antifaschisten im britischen und amerikanischen Exil oder unter den italienischen Kriegsgefangenen zu finden hofften⁴. Gedacht war auch an die Schaffung einer antifaschistischen Bewegung („Italia libera“) in England und die Bildung einer „Legion“ in Nordafrika. Selbst Churchill

³ Vgl. Donatella Bolech Cecchi, *L'accordo di due imperi. L'accordo italo-inglese del 16 aprile 1938*, Mailand 1977; Rosaria Quartararo, *Roma tra Londra e Berlino. La politica estera fascista dal 1930 al 1940*, Rom 1980; Renzo De Felice, *Mussolini il duce*, Bd. 2, *Lo stato totalitario 1936–1940*, Turin 1981; Donatella Bolech Cecchi, *Non bruciare i ponti con Roma. Le relazioni fra l'Italia, la Gran Bretagna e la Francia dall'accordo di Monaco allo scoppio della seconda guerra mondiale*, Mailand 1986. Vgl. auch David Dilks (Hrsg.), *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945*, London 1971, S. 210; Antonio Varsori, *Aspetti della politica inglese verso l'Italia (1940–1941)*, in: *Nuova Antologia*, Nr. 2147, Juli/September 1983, S. 271–298; ders., *L'atteggiamento britannico verso l'Italia (1940–1943): alle origini della politica punitiva*, in: 1944. *Salerno capitale. Istituzioni e società*, Neapel 1985, S. 137–141. Vgl. weiter Playfair, *The Mediterranean and middle East*, Bd. 1, *The Early Successes against Italy (to May 1941)*, London 1954; Mario Montanari, *Le operazioni in Africa settentrionale*, Bd. 1, *Sidi El Barrani (giugno 1940–febbraio 1941)*, Rom 1985; MacGregor Knox, *Mussolini Unleashed 1939–1941. Politics and Strategy in Fascist Italy's Last War*, Cambridge 1982.

⁴ David Stafford, *Britain and European Resistance. A Survey of the SOE with Documents*, London 1980, S. 10f., 213–224; James Beevor, *SOE. Recollections and Reflections, 1940–1945*, London 1981; Peter Sebastian, *I Servizi Segreti Speciali Britannici e l'Italia (1940–45)*, Rom 1986; Nicola Oddati, *Carlo Petrone: un cattolico in esilio 1939–1944*, Rom 1980; Antonio Varsori, *Gli Alleati e l'emigrazione democratica antifascista (1940–1943)*, Florenz 1982, S. 81–97. Vgl. auch ders., *Aspetti*, passim; ders., *Umberto Calosso e l'Inghilterra*, in: *Nuova Antologia*, Nr. 2144, Oktober/Dezember 1982, S. 271–291.

schien zeitweise mit solchen Lösungen zu sympathisieren. Im Dezember 1940 machte er in einer Radiosendung allein Mussolini für Italiens Kriegseintritt verantwortlich, das Heer und das Königshaus sparte er von seinen Vorwürfen aus, ja er forderte sie indirekt zum Putsch gegen den faschistischen Diktator auf. Drei Monate später setzte er sich für die Errichtung einer „Cirenaica libera“ ein, die den Ausgangspunkt für ein aus Kriegsgefangenen gebildetes Heer des befreiten Italiens bilden sollte. Diese Bemühungen endeten aber mit völligen, teilweise grotesken Mißerfolgen⁵.

Das Foreign Office ging weniger hektisch an die Sache heran. Hier analysierte man die interne Lage Italiens sowie seine außenpolitische Rolle und setzte die dabei gewonnenen Erkenntnisse in Bezug zum allgemeinen Kriegsgeschehen, zum Stand der deutsch-italienischen Beziehungen und vor allem zu den längerfristigen britischen Zielen im Mittelmeerraum. Im Frühjahr 1941 kam das Foreign Office, das inzwischen von Anthony Eden, einem Mann mit tiefen Ressentiments gegenüber Italien, geleitet wurde, zu dem Schluß, daß Italien nicht mehr als eigenständige Größe im internationalen Konzert zu betrachten sei sondern als Satellit des Deutschen Reiches. Italiens Gewicht war überschätzt worden, die Halbinsel nie wirklich eine Großmacht gewesen. So eindeutig wie die Analyse war die Konsequenz, die das Foreign Office aus ihr zu ziehen gedachte: Die internationale Bedeutung Italiens sollte wieder auf das ursprüngliche, gewissermaßen natürliche Maß reduziert, Italien für immer als kriegführende Macht ausgeschaltet werden⁶. Im Klartext verhiess das für das nachfaschistische Italien nichts anderes als Verlust der Kolonien, territoriale Korrekturen an den Grenzen und empfindliche Reduzierung der Streitkräfte.

Die Zielsetzung, „to keep Italy down“, war wesentlich bestimmt von dem Wunsch nach Revanche gegenüber einem Land, das seit Mitte der dreißiger Jahre die britische Position im Mittelmeer und in Afrika bedroht und Großbritannien angegriffen hatte, als es in schwerer Bedrängnis gewesen war. Nicht weniger wichtig war die Überlegung, daß London seine Beziehungen zu den „kleineren“ Verbündeten wie Griechenland, Jugoslawien, Äthiopien und zur arabischen Welt festigen konnte, wenn Italien eine Lektion erhielt und womöglich sogar territorial geschwächt wurde. Welchen Stellenwert man

⁵ Vgl. Winston S. Churchill, *La seconda guerra mondiale*, Bd. 2, *La loro ora più bella*, Mailand 1963, S. 618f. Vgl. auch Public Record Office (PRO), Foreign Office 371 (FO 371), R 1317/1317/22 und PRO, FO 371, R 4548/168/22.

⁶ Vgl. PRO, FO 371, R 584/28/22, Memorandum über „Italian Morale“, 22. Januar 1941; R 930/28/22, Memorandum über „Italian Morale“, 6. Februar 1941; R 2011/28/22, Memorandum über „Italian Morale“, 5. März 1941; R 3498/28/22, Memorandum über „Italian Morale“, 26. April 1941; R 5611/28/22, Memorandum über „Italian Morale“, 22. Mai 1941. Zu Eden vgl. David W. Ellwood, *L'alleato nemico. La politica dell'occupazione anglo-americana in Italia 1943–1946*, Mailand 1977, S. 69.

gerade dieser Überlegung einräumte, beweist die Tatsache, daß die britische Regierung nach 1941 den genannten Ländern sowie den Senussi in Libyen mehrmals territoriale Zugewinne auf Kosten Italiens in Aussicht stellte⁷.

Im Sommer 1941 wurden die Pläne des Foreign Office von der Regierung gebilligt und zur Richtschnur des britischen Handelns gegenüber Italien erhoben. London wich von dieser Strategie weder nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten noch nach dem selbstbewußten Hervortreten einer italienischen Exilbewegung ab, die sich als Alternative zum Faschismus verstand und von Graf Carlo Sforza geleitet wurde, der die letzten Jahre seines seit 1927 währenden Exils in den Vereinigten Staaten verbracht hatte. Die britische Regierung schien sich anders als die Administration Roosevelt, die Sforza eine wichtige Rolle im nachfaschistischen Italien zutraute und deshalb wohl nicht gezögert hätte, „offizielle“ Beziehungen zwischen dem demokratischen Exil und den Alliierten aufzunehmen, auf Bewegungen dieser Art nicht einlassen zu wollen. London, namentlich Churchill, der Sforza verachtete, bezweifelte die Repräsentativität der vor allem in Nord- und Südamerika beheimateten Exilorganisation. Außerdem befürchtete man in der britischen Hauptstadt, die offizielle Anerkennung der antifaschistischen Bewegung durch die Alliierten könnte Sforza und seine Anhänger dazu verleiten, gewisse Bedingungen an eine mögliche Zusammenarbeit zu knüpfen. Die britische Regierung hätte sich so selbst die Hände gebunden und auf völlige Bewegungsfreiheit verzichtet, die ja die wichtigste Voraussetzung der Strafpolitik gegenüber Italien war⁸.

Wie wenig kompromißbereit Großbritannien war, zeigte sich auch am Beispiel der italienischen Friedenssondierungen nach der Landung der Alliierten in Nordafrika im Herbst 1942. Die Krone, konservative Kreise, der Vatikan, Exponenten der Wirtschaft und ernüchterte Faschisten, die Mussolini opfern wollten, um sich selbst zu retten, erwarteten sich dabei ein gewisses Entgegenkommen der konservativen Londoner Regierung, die aber zu keinerlei Zugeständnissen bereit war. Die „peace feelers“ wurden zurückgewiesen, weil man den annäherungswilligen italienischen Kreisen die Fähigkeit absprach, Mussolini zu entmachten und – vor allem – der dann unvermeidlichen Reak-

⁷ Vgl. Varsori, *L'atteggiamento*, S. 147 ff. Vgl. auch PRO, FO 371, Nr. 29932, 29948, 33233; Antonio Giulio M. De Robertis, *La frontiera orientale italiana nella diplomazia della II guerra mondiale*, Neapel 1982, S. 9–34; ders., *Le grandi potenze e il confine giuliano 1941–1947*, Bari 1983, S. 5–24. Vgl. ferner Gianluigi Rossi, *L'Africa italiana verso l'indipendenza (1941–1949)*, Mailand 1980, S. 10–33; Antonio Varsori, *Italy, Britain and the Problem of a Separate Peace during the Second World War: 1940–1943*, in: *The Journal of Italian History* 1 (1978), Nr. 3, S. 465 ff.

⁸ Vgl. Varsori, *Gli alleati*, passim, und Emilio Lussu, *Diplomazia clandestina*, Florenz 1956; vgl. auch Antonio Varsori, *L'antifascismo e gli alleati. Le missioni di Lussu e Gentili a Londra e a Washington nel 1941–42*, in: *Storia e Politica* 19 (1980), S. 457–507.

tion Hitlers zu begegnen. Mißtrauisch stimmte die britische Führung außerdem, daß die „Friedensstifter“ den Bruch der Achse und den Wechsel Italiens ins Lager der Alliierten von der Unantastbarkeit der italienischen Grenzen von 1940, der Bewahrung der monarchischen Staatsform und dem Fortbestand des Kolonialreiches abhängig machten, was mit den britischen Absichten, wie schon angedeutet, nicht in Einklang zu bringen war. Auch Moskau und Washington hätten einem Kompromiß mit den durch den Faschismus diskreditierten italienischen Friedenssuchenden nicht zugestimmt.

Daß italienische Friedensinitiativen kaum Aussicht auf Erfolg hatten, wurde im Januar 1943 erneut deutlich, als Churchill und Roosevelt in Casablanca ihre Absicht bekundeten, den feindlichen Achsenmächten eine bedingungslose Kapitulation abzuverlangen. Churchill äußerte zwar einige Zweifel an der Zweckmäßigkeit, diese alliierte Forderung auch auf Italien auszudehnen, er ließ sich dabei aber nicht im entferntesten von Sympathie für die „absprungbereiten“ Kräfte Italiens leiten, sondern von taktischen Erwägungen, die auf eine Intensivierung der militärischen Anstrengungen im Mittelmeer abzielten. Seine Absicht, Italien eine „Sonderbehandlung“ zu gewähren, fand jedoch nicht einmal im eigenen Kabinett Unterstützung⁹.

Gleichwohl nahm Italien in den britischen Planungen auch weiterhin einen besonderen Platz ein. In der ersten Hälfte des Jahres 1943 gelang es den Briten, ihren amerikanischen Bündnispartner zunächst zur Landung auf Sizilien und dann zum Sprung auf das italienische Festland zu überreden. Die Eroberung Siziliens, das erste Eindringen in das Kerngebiet der Achsenmächte, hatte in den Augen der britischen Führer gewissermaßen historische Bedeutung. Wichtige Fragen stellten sich hier zum ersten Mal: Wie sollte man das besetzte Gebiet verwalten? Sollte man den sowjetischen Verbündeten an der Verwaltung teilhaben lassen und in welcher Form? Wie sollte man das Verhältnis zwischen politischer Führung und Militärverwaltung gestalten? Die Beantwortung dieser Fragen konnte erhebliche Konsequenzen für die Besatzungspolitik in ganz Europa nach der Niederwerfung Hitlers und seiner Verbündeten haben.

Bezüglich der Verwaltung der befreiten Gebiete hatte London genaue Vorstellungen. Man wollte sich zunächst auf AMGOT (Allied Military Government of Occupied Territories), dann auf AMG (Allied Military Government) stützen, die an die Erfahrungen von OETA (Occupied Enemy Territories Administration) in den italienischen Kolonien anknüpfen konnten¹⁰. Außerdem hielt es das Foreign Office für das beste, die Kontrolle der Militärverwaltung

⁹ Vgl. Mario Toscano, *Dal 25 luglio all'8 settembre (Nuove rivelazioni sugli armistizi fra l'Italia e le Nazioni Unite)*, Florenz 1966.

¹⁰ Vgl. Lord Rennell of Rodd, *British Military Administration of Occupied Enemy Territories in Africa during the Years 1941–1947*, London 1948.

der politischen Führung der Alliierten zu übertragen und die Sowjets an der Behandlung der anstehenden Besatzungsfragen in Sizilien und auf dem Festland zu beteiligen. Damit wollte London einen Präzedenzfall schaffen für die Besatzungsverwaltung auch der von der Roten Armee befreiten Länder Ost- und Südosteuropas. In Italien selbst hoffte Großbritannien von Washington weitgehend freie Hand zu bekommen. Die Briten fühlten sich hier als „senior partner“, dem in allen Besatzungsfragen das entscheidende Wort zukam.

Diese Absichten stießen aber bald auf heftige Widerstände. Die Amerikaner dachten nicht daran, sich den Briten ganz unterzuordnen. Außerdem verlangten die amerikanischen Joint Chiefs of Staff mit Unterstützung Roosevelts, daß nicht nur rein militärische Fragen, sondern auch die gesamte zivile Militärregierung in der Kompetenz der Combined Chiefs of Staff bleiben sollte, was natürlich eine Mitwirkung der Sowjetunion an der Verwaltung der befreiten Gebiete von vornherein unmöglich gemacht hätte. Der Streit zwischen London und Washington endete mit einer Reihe von Kompromissen: London akzeptierte das Prinzip einer „equal partnership“ mit den Amerikanern, und es stimmte der Alleinzuständigkeit der Combined Chiefs of Staff in allen militärischen und politischen Fragen zu, schickte aber zugleich mit Harold Macmillan einen Mann der ersten Garnitur nach Italien, der das Gewicht der Militärs etwas vermindern sollte¹¹. Die Sowjetunion, die große Hoffnungen in die gemeinsame Militärverwaltung gesetzt zu haben schien, war in Italien so an den Rand gedrängt worden; sie mußte sich mit einem Platz im alliierten Advisory Council – einer Art Kontrollrat mit Beraterfunktion – begnügen, der auf die Tagesgeschäfte der Militärregierung nur geringen Einfluß ausübte.

Der Sturz Mussolinis und die Ernennung Pietro Badoglio zum neuen Regierungschef überraschten die britische Regierung und auch das Allied Forces Headquarter (AFHQ) in Algier, das nach dem britisch-amerikanischen Kompromiß für Waffenstillstandsverhandlungen zuständig war. Bei aller Unsicherheit, die der Wende in Italien zunächst folgte, blieb aber in London die Gunst der Stunde niemandem verborgen. Nun galt es, die eigene Mittelmeerstrategie auszubauen und aus dem wahrscheinlich bevorstehenden Kriegsaustritt Italiens die größtmöglichen Vorteile zu ziehen. General Eisenhower, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, teilte diese Meinung, auch er war an einer Fortsetzung der alliierten Kriegsanstrengungen in Italien, d. h. an einer Landung in Süditalien nach der Eroberung Siziliens, interessiert, obwohl

¹¹ Vgl. Charles Reginald S. Harris, *Allied Military Administration of Italy, 1943–1945*, London 1957; Harry L. Coles/Albert K. Weinberg, *Civil Affairs: Soldiers Become Governors*, Washington 1964; Frank Siegfried Vernon Donnison, *Civil Affairs and Military Government. Central Organization and Planning*, London 1966. Vgl. auch Ellwood, *Alleato nemico*; Bruno Arcidiacono, *Le „précédent italien“ et les origines de la guerre froide. Les Alliés et l'occupation de l'Italie 1943–1944*, Brüssel 1984.

er damit die Pläne der amerikanischen Militärs, alle Kräfte auf die Landung in der Normandie zu konzentrieren, zu durchkreuzen schien.

Die Verhandlungen zwischen den Gesandten Badoglio und den Vertretern von AFHQ, die schließlich zum Waffenstillstand führten, erwiesen sich als äußerst schwierig. Das lag an der Unentschlossenheit der italienischen Regierung, aber auch an den Zweideutigkeiten im Lager der Alliierten, wo man einerseits an der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation festhielt, andererseits aber kaum umhin konnte, die Frage nach Monarchie oder Republik zu vertagen, den übel beleumundeten italienischen König und Badoglio in ihren Stellungen zu belassen und ihnen einen raschen Kriegsausritt durch einige Zugeständnisse schmackhaft zu machen. Schließlich verfielen die Alliierten auf den kuriosen Gedanken, mit Italien zwei Waffenstillstände zu schließen, einen „kurzen“, überaus vagen am 3. September und einen „langen“ am 29. September 1943 auf der Basis der „unconditional surrender“-Formel. Er lag der britischen Führung besonders am Herzen, bildete er doch die Grundlage der Strafpolitik, die man Italien gegenüber einzuschlagen gedachte. Diesen beiden Dokumenten fügten Roosevelt und Churchill dann noch das „Memorandum von Quebec“ hinzu, das die Versicherung enthielt, die Strenge der Waffenstillstände in dem Maße zu mildern, in dem Italien zu einem alliierten Kriegserfolg beizutragen vermochte. Diese Erklärung und die daran geknüpfte Erwartung, mit Hilfe der königlichen Regierung und deren Armeen schnell zu einer Befreiung der Halbinsel zu gelangen, bestätigten erneut die Absicht der britischen Führung, den Waffenstillstand vor allem unter strategischen Gesichtspunkten zu nutzen und – gegen den Willen Washingtons – einen Hauptschwerpunkt der alliierten Kriegführung im Mittelmeer zu bilden.

Dies waren freilich Illusionen, wie sich noch im Herbst 1943 zeigte. Die deutsche Wehrmacht brachte die alliierten Streitkräfte schon wenige Monate nach deren Landung bei Salerno entlang der sogenannten Gustav-Linie südlich von Rom zum Stehen. Außerdem war nicht zu übersehen, daß von einem nennenswerten Beitrag Italiens zur alliierten Kriegführung nicht die Rede sein konnte. Ferner wurde deutlich, daß die königliche Regierung, auf die London große Hoffnungen gesetzt hatte, nur über einen äußerst geringen Kredit bei Parteien und Bevölkerung verfügte und sich – aller Voraussicht nach – nicht auf Dauer halten konnte. Da es den Briten schließlich auch nicht gelang, aus dem Waffenstillstand mit Italien Vorteile in der Ägäis zu ziehen, und da auf der Konferenz von Teheran erneut die amerikanisch-sowjetische Entschlossenheit zur Eröffnung einer zweiten Front in Frankreich bekundet wurde, stand die britische Regierung schon bald vor dem Scherbenhaufen ihrer Mittelmeerstrategie. Der Feldzug in Italien war im großen Schlachtplan der Alliierten zur Niederwerfung Hitler-Deutschlands nur von untergeordneter Bedeutung; nicht zuletzt deshalb erlangten die Briten hier in

militärischen Fragen und bei der Militärverwaltung zunächst eine dominierende Rolle¹².

So sehr die Briten einerseits die Schwäche des Königshauses und der königlichen Regierung bedauern mochten, so willkommen war sie ihnen andererseits. Badoglio und der König sorgten vor allem für die Befolgung der strengen Bedingungen des Waffenstillstandes und waren so wichtige Garanten der britischen Strafpolitik, die deshalb mit der Unterstützung Londons rechnen konnten. Anderen politischen Kräften begegnete man dagegen mit Mißtrauen, auch den antifaschistischen Parteien und Männern wie Sforza und Benedetto Croce, die in den Augen der britischen Führung alles repräsentieren mochten, nur nicht die italienische Gesellschaft. In London hielt man an dieser Meinung noch lange fest, während die Offiziere und Politiker, die vor Ort agierten, bald anders dachten. Sie erkannten die gefährliche Instabilität der politischen Lage, sie wußten, welchen Zündstoff die schwelende Frage „Monarchie oder Republik?“ barg, und sie täuschten sich nicht darüber, daß Badoglio und der König die schwierige Situation wohl kaum meistern konnten. Daß sich die britischen Offiziere und Politiker in Italien nun langsam mit dem moderaten Flügel des Antifaschismus anzufreunden begannen, hing gewiß auch mit der Einstellung der Amerikaner zusammen, die aus ihrer Abneigung gegenüber dem König und Badoglio kein Hehl machten und damit bei der italienischen Bevölkerung und namentlich bei den Antifaschisten viele Pluspunkte sammelten.

Das britische Beharren auf einer Strafpolitik, die britisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten und die Differenzen zwischen Foreign Office und den britischen Stellen vor Ort lähmten die Initiative der alliierten Militärregierung, eröffneten aber andererseits der königlichen Regierung gewisse Freiräume, die Badoglio geschickt zu nutzen verstand. Der Marschall wußte den Rückhalt, den vor allem Churchill ihm gewährte, zu schätzen, ihm stand aber auch klar vor Augen, daß er sich im Grunde zu einem Werkzeug der Briten machte. Je enger er sich an seine Schirmherren hielt, desto geringer war die Chance, die Gefolgschaft im eigenen Land vermehren zu können. Um sich neue Manövriermöglichkeiten zu schaffen, setzte er auf bilaterale Verhandlungen mit der Sowjetunion, die im März 1944 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern führten. Moskau war damit in Italien gleichsam wieder präsent, und die italienische Regierung konnte sich eine Weile der – vergeblichen – Hoffnung auf größere Konzessionsbereit-

¹² Agostino Degli Espinosa, *Il Regno del Sud*, Rom 1973; Benedetto Croce, *Quando l'Italia era tagliata in due*, Bari 1948; vgl. auch 1944. *Salerno capitale*; Aldo Levi, *Avvenimenti in Egeo dopo l'armistizio (Rodi, Lero e isole minori)*, Rom 1972; George Shepperd, *La campagna d'Italia, 1943–1945*, Mailand 1970.

schaft der beiden Westalliierten und auf eine Revision des Waffenstillstandes hingeben¹³.

Nach der Befreiung von Rom fiel es der britischen Führung zunehmend schwerer, an ihrem unerbittlichen Kurs festzuhalten. Zähneknirschend mußte sie der Ablösung Badoglio zustimmen, und Noel Mason-MacFarlane, der britische Vertreter in der Allied Control Commission, konnte weder die Ernennung von Ivanoe Bonomi zum neuen Ministerpräsidenten, noch die Bildung einer Regierung auf der Basis der antifaschistischen Parteien verhindern. Selbst Churchill, der raste, als ihm die Nachricht über die Geschehnisse in Italien zu Ohren kam, mußte seinen feindlichen Ton wohl oder übel herabstimmen. Das britische Kabinett fand sich schließlich mit Bonomi ab, beharrte aber darauf, daß die neue Regierung in Rom den Waffenstillstand anerkannte, den Burgfrieden in der Frage Monarchie oder Republik fortsetzte und Graf Sforza nicht zum Außenminister ernannte¹⁴.

Die britische Regierung stand vor einem Dilemma, das nicht leicht zu lösen war: Sie wollte den gemäßigten politischen Kräften um Bonomi und dem Königshaus in der Auseinandersetzung mit den mächtig anwachsenden Linksparteien den Rücken stärken – ohne die Trümpfe der Strafpolitik gegenüber Italien aus der Hand zu geben. Das erste Ziel war aber nicht zu erreichen, wenn man zugleich das zweite anvisierte. Bonomi, der – wie jeder italienische Regierungschef der Nachkriegsjahre – etwa auf Kolonien in Afrika und der Unantastbarkeit der Grenzen bestehen mußte, wollte er sein politisches Überleben sichern, hätte britische Zugeständnisse in diesen entscheidenden Fragen bitter nötig gehabt. Sie hätten sein Prestige erhöht und die Legitimität seiner Regierung gegenüber der Resistenza gefestigt. Die britische Führung konnte sich dazu freilich nicht entschließen. Sie tat einen Schritt nach vorne und einen zurück, als sie etwa vorschlug, Italien vom Status einer besiegten feindlichen Nation zu befreien und mit der italienischen Regierung unverzüglich einen Friedensvertrag zu schließen, der aber – daran ließ man in London keinen Zweifel – territoriale Amputationen und das Ende des italienischen Kolonialreiches vorsah, also durchaus Strafcharakter hatte. Den gemäßigten Kräften wäre damit nicht gedient gewesen.

Die widersprüchlichen britischen Vorschläge wurden von Churchill und Roosevelt anlässlich der Konferenz von Quebec und bei der Begegnung von Hyde Park erörtert. Dort nahm, so behauptete man, jene Wende in der alliierten Italienpolitik ihren Ausgang, die als „New Deal for Italy“ in die Ge-

¹³ Vgl. Mario Toscano, *Resumptions of Diplomatic Relations between Italy and the Soviet Union during World War II*, in: Ders., *Designs in Diplomacy*, Baltimore 1970, S. 253–304.

¹⁴ Vgl. Woodward, *British Foreign Policy*, Bd. 2, S. 541–545; Elisabeth Barker, *Churchill and Eden at War*, London 1978, S. 175 ff.; James E. Miller, *The United States and Italy 1940–1950. The Politics and Diplomacy of Stabilization*, Chapel Hill/London 1986, S. 96–102.

schichte eingegangen ist¹⁵. Bei Licht betrachtet handelte es sich aber eher um eine geschickt eingefädelte Propagandaaktion. Die Alliierten kamen lediglich überein, die Allied Control Commission in Allied Commission umzubenennen, ohne aber die Befugnisse der Instanz wesentlich zu verändern. Sie fanden sich ferner zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Italien und zur Einbeziehung Italiens in die UNRRA-Programme bereit. Darüber hinaus stellten sie in unverbindlichen Worten eine Rehabilitierung Italiens in Aussicht. Ein großer Schritt in die von der italienischen Regierung gewünschte Richtung war das nicht. Vor allem an der britischen Politik gegenüber Italien änderte sich kaum etwas¹⁶.

Widersprüchlichkeit war mittlerweile zum wichtigsten Kennzeichen der britischen Italienpolitik geworden. Der Bereitschaft zur Stützung der gemäßigten Kräfte standen die Entschlossenheit zur Fortsetzung der eigenen Strafpolitik und die entschiedene Ablehnung einer behutsamen „Öffnung nach links“ entgegen, wie sie etwa Sforza propagierte, der im November 1944 vom nationalen Befreiungskomitee als Nachfolger Bonomis im Amt des Ministerpräsidenten oder als Außenminister vorgeschlagen wurde. London wollte darüber nicht mit sich reden lassen. Sforza galt als Karrierist, Feind der Monarchie und Sympathisant der Linksparteien, dem man den Weg an die Spitze der italienischen Regierung mit allen Mitteln zu verlegen suchte, selbst mit einem Veto.

Das britische Veto gegen Sforza verschärfte die Spannungen, die sich schon seit langem zwischen den beiden westlichen Alliierten angestaut hatten. Der amerikanische Außenminister Stettinius distanzierte sich in einer öffentlichen Erklärung von der direkten britischen Einmischung in Italien. Die nachdrückliche Vertretung der eigenen Interessen verwandelte sich so für London in einen herben Prestigeverlust, und sie demonstrierte – nicht zum ersten Mal – die engen Grenzen der britischen Manövrierfähigkeit. Die Devise, „to keep Italy down“, war mit anderen, längerfristigen Zielen nicht in Einklang zu bringen. Die Unterstützung der konservativen und gemäßigten Kräfte mußte so lange ihre Wirkung verfehlen, so lange London an der bisher gültigen Strafpolitik festhielt. Außerdem machte sich nachteilig bemerkbar, daß Großbritannien bedeutsame Faktoren der italienischen Innenpolitik bisher fast ganz vernachlässigt hatte: den Vatikan und die Democrazia Cristiana,

¹⁵ Vgl. Woodward, *British Foreign Policy*, Bd. 3, S. 444–453; Giustino Filippone Thaulero, *La Gran Bretagna e l'Italia dalla Conferenza di Mosca a Potsdam (1943–1945)*, Rom 1979, S. 47–55; Ellwood, *Alleato nemico*, S. 97–107; Bruno Arcidiacono, *La Gran Bretagna e il „pericolo comunista“ in Italia: gestazione, nascita e primo sviluppo di una percezione (1943–1944)*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 246–263.

¹⁶ Vgl. Lamberto Mercuri, *Guerra psicologica. La propaganda anglo-americana in Italia 1942–1946*, Rom 1983, S. 169 ff.

die zwar zu den Amerikanern gute Beziehungen unterhielten, mit den Briten aber bisher kaum ins Gespräch gekommen waren¹⁷.

Politischen Köpfen wie Sir Noel Charles, dem britischen Botschafter in Rom, waren die offenkundigen Schwächen der britischen Italienpolitik schmerzlich bewußt. Im Januar 1945 beschrieb er in einem Bericht für Eden die Schwierigkeiten, die Großbritannien in Italien begegnete: Die von London favorisierten gemäßigten Parteien seien überaus schwach; die fortschrittlichen bürgerlichen Kräfte, die sich Hilfe und Ermunterung von den Besatzungsmächten erwarteten, seien irritiert wegen der Differenzen zwischen Briten und Amerikanern. Weiter fügte er hinzu: „Die natürliche Neigung der Amerikaner, die Verantwortung für Fehler der Alliierten allein den Briten zuzuschieben, und ihre offen geäußerten Zweifel an der Ernsthaftigkeit unserer demokratischen Prinzipien sind Öl in das Feuer.“ Diese Situation, so Charles, spiele der kommunistischen Partei direkt in die Hände. Die westlichen Alliierten sollten sich in Italien „einiger, konsequenter und humanitärer“ zeigen. Der Bericht an Eden schloß mit einem Appell zum Realismus: „that Italy, a country which has gained little after a year's cooperation in the Allied war effort, and which is now virtually been recognized by the Americans as an ally, is likely to fill as important a place in the international political conscience as many other countries, which have admittedly a better right to treatment as an ally“¹⁸.

Bei der Präzisierung des zunächst nur in den Grundzügen festgelegten „New Deal for Italy“ ließ London eine günstige Gelegenheit, von der bisherigen Politik abzurücken, weitgehend ungenutzt. Im Gegensatz zur amerikanischen Regierung, die auf großzügige Erleichterungen für Italien drängte, fand sich Großbritannien nur zu bescheidenen Zugeständnissen bereit, wie aus einem Bericht des Foreign Office an die britische Botschaft in Washington hervorgeht: „Wir sind ebenso wie die Amerikaner bestrebt, die liberale Politik Wirklichkeit werden zu lassen, die in der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten und des Premierministers niedergelegt ist. Auf der anderen Seite aber sind wir nicht gewillt, den Vorwurf auf uns zu ziehen, daß wir für Italien mehr tun als für unsere Verbündeten. Genausowenig sind wir geneigt, einer öffentlichen Erklärung zuzustimmen, die unseres Erachtens im italienischen Volk nur falsche Hoffnungen wecken würde.“¹⁹

¹⁷ Vgl. dazu vor allem *Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale*, Vatikanstadt, Bd. 4, 1967, Bd. 5, 1970, Bd. 7, 1973.

¹⁸ Charles an Eden, 6. Januar 1945, in: PRO, FO 371, ZM 444/3/22.

¹⁹ Foreign Office an Botschaft in Washington, 17. Januar 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 361/1/22. Vgl. auch David W. Ellwood, *La politica anglo-americana verso l'Italia 1945: l'anno del trapasso del potere*, in: *L'Italia dalla liberazione alla repubblica. Atti del Convegno internazionale organizzato a Firenze il 26–28 marzo 1976 con il concorso della Regione Toscana*, Mailand 1977, S. 119–132.

Gleichermaßen defensiv reagierte das Foreign Office, als Washington den Gedanken eines „Teilfriedens“ vor dem Abschluß des eigentlichen Friedensvertrages mit Italien ventilerte. Obwohl die Briten ein Jahr zuvor einen ganz ähnlichen Plan in Vorschlag gebracht hatten, blockten sie die amerikanische Initiative nun ab, weil sie die Position der gemäßigten Kräfte in der italienischen Regierung schwächen konnte. Stattdessen zog sich London auf folgende Forderung zurück: Abschluß eines Friedensvertrages unmittelbar nach Kriegsende und vor Beginn der Friedensverhandlungen mit dem Deutschen Reich²⁰.

Andererseits täuschte man sich in London nicht mehr darüber, daß eine Neuorientierung in der Italienpolitik früher oder später unumgänglich war und daß Großbritannien die einst beanspruchte Rolle eines „senior partner“ im britisch-amerikanischen Verbund nicht auszufüllen vermochte. Washington hatte sich in Italien gewissermaßen von London emanzipiert, und der britischen Führung blieb kaum eine andere Wahl, als sich in die Rolle eines geschwächten „equal partner“ zu schicken²¹. Eine gemeinsame alliierte Italienpolitik bestand so nur noch dem Scheine nach, den Großbritannien allerdings unter allen Umständen wahren wollte, wie ein Telegramm des Foreign Office vom Februar 1945 an Eden zeigte: Der Unterschied zwischen Briten und Amerikanern, so hieß es, sei in erster Linie eine Frage des „timing“: die Amerikaner, „die nie das Gefühl hatten, mit Italien wirklich im Krieg zu stehen, möchten sich mächtig ins Zeug legen; aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in diesem Land und in einigen anderen verbündeten Ländern und weil wir daran zweifeln, ob die italienische Regierung in der Lage ist, zusätzliche Bürden an Verantwortung in überstürzter Weise auf sich zu nehmen, meinen wir dagegen, daß wir etwas behutsamer vorgehen sollten“²².

Wie groß der Unterschied im „timing“ schon geworden war, geht auch aus einem Briefwechsel zwischen London und Washington aus der ersten Hälfte des Jahres 1945 hervor. Während Roosevelt in einem Schreiben an Churchill die dringende Notwendigkeit einer Revision des – nach amerikanischer Ansicht – mittlerweile obsolet gewordenen Waffenstillstandes mit Italien betonte²³, wollte man in London von tatsächlichen Erleichterungen für Italien noch immer nicht viel wissen. Die britische Regierung setzte nach wie vor auf den schnellen Abschluß eines Friedensvertrages, der keinesfalls durch über-

²⁰ Vgl. Miller, *United States and Italy*, S. 162–176. Vgl. auch Foreign Office an Botschaft in Washington, 17. Januar 1945, in: PRO, FO 371, ZM 454/1/22; Woodward, *British Foreign Policy*, Bd. 3, S. 469.

²¹ Vgl. Entwurf von Sir O. Harvey, 20. Januar 1945, in: PRO, FO 371, ZM 628/1/22.

²² Foreign Office an Botschaft in Washington, 4. Februar 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 762/1/22.

²³ Roosevelt an Churchill, 11. Februar 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 1127/1/22; Botschaft in Athen an Foreign Office, 15. Februar 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 1055/1/22.

triebene Milde gekennzeichnet sein sollte. „Wir möchten demonstrieren“, so hieß es in dem Schreiben von Sir Orme G. Sargent, dem „deputy-Under Secretary“, „daß sich Angriffe nicht auszahlen. Wenn Italien sich aber gebessert hat, wollen wir es nicht demütigen oder ungebührlich schwächen. Wir hoffen, es als eine ‚second class power‘ wieder aufrichten zu können – nicht fähig zu weiteren Aggressionen, aber im Bedarfsfall in der Lage, sich gegenüber seinen Nachbarn zu behaupten.“²⁴

Trotzdem war nach der Befreiung Norditaliens im April 1945 nicht zu übersehen, daß London nun mit größerem Fingerspitzengefühl an die Dinge heranzugehen begann. Die Berichte von Sir Noel Charles über die kommunistische Gefahr, die in der Partisanenbewegung und in den Ausschreitungen nach der Befreiung ihre Bestätigung zu finden schienen, hatten viele aufhorchen lassen. Selbst Churchill schien nun die Lage in Italien in einem anderen Licht zu sehen: „Die diesbezüglichen Interessen der Regierung Seiner Majestät lauten:

- (i) sicherstellen, daß nichts passiert, was geeignet wäre, die Sicherheit unserer Verbindungslinien zu Österreich zu gefährden, oder innere Konflikte hervorzurufen, die den Einsatz britischer Truppen erforderlich machen.
- (ii) vermeiden von Eingriffen in die inneren Angelegenheiten Italiens oder von italienischen politischen Parteien.
- (iii) ermutigen, so weit wie möglich, die Errichtung einer Regierungsform, die den Wünschen der Mehrheit des Volkes entspricht.
- (iv) verhindern, daß eine Situation entsteht, in der die Sowjetunion über die kommunistische Partei Italiens ungebührlichen Einfluß ausüben kann.“²⁵

Der partielle Sinneswandel in London kam auch in der Reaktion von Sir Noel Charles auf die Ablösung Bonomis durch den Repräsentanten der antifaschistischen Widerstandsbewegung Ferruccio Parri zum Ausdruck. „Ich habe mir eine hohe Meinung über Herrn Parri gebildet“, schrieb Charles nach einer Begegnung mit dem neuen Regierungschef, „und ich glaube, die Regierung Seiner Majestät wird ihn in ihren Verhandlungen mit ihm als fair und ehrlich kennenlernen.“²⁶

Hand in Hand mit diesem allmählichen Sinneswandel ging die Klärung der Frage, wer von den beiden westlichen Alliierten in Italien die Führung übernehmen sollte. Auf britischer Seite wuchs 1945 die Zahl derer, die eine Stärkung der amerikanischen Position nicht nur duldeten, sondern wünsch-

²⁴ Vgl. Aide-Memoire, 25. April 1945, in: PRO, FO 371, ZM 2515/1/22, und Sir O. G. Sargent an Eden, 18. Mai 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 2838/1/22.

²⁵ Churchill an Halifax, 25. April 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 2312/3/22.

²⁶ Charles an Foreign Office, 30. Juni 1945, in: Ebenda, FO 371, ZM 3577/3/22; vgl. auch Bartolomeo Migone an Ministero Affari Esteri, 7. Juli 1945, in: Archivio Storico-diplomatico del Ministero degli Affari Esteri (ASMAE), Ambasciata di Londra (AL), busta 1275.

ten. Feldmarschall Harold Alexander, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Italien, sagte im Juli 1945 zu Sargent, es sei sehr wichtig, „die Vereinigten Staaten in Italien gut einzubetten“. „Er stimmte zu“, so hieß es in einem Memorandum über das Gespräch, „daß es vom britischen Standpunkt aus nichts ausmache, wenn man den Vereinigten Staaten die Führungsrolle einräume, namentlich in wirtschaftlichen Belangen.“²⁷ In einer Besprechung zwischen Vertretern des War Office und des Foreign Office am 9. Juli 1945 bekräftigte man diesen Standpunkt. Hier klangen auch erstmals Töne an, die darauf schließen ließen, daß London nun tatsächlich von der Strafpolitik gegenüber Italien abzulassen begann. U. a. hieß es in dieser Besprechung: „Die Politik der Regierung Seiner Majestät sollte darauf abzielen, Italien dabei zu helfen, sich selbst wieder als nützliches Mitglied der europäischen Gemeinschaft zu etablieren, Italien zu ermuntern, sich eher nach Westen als nach Osten zu orientieren, und Italien zu einer ‚Bastion der Demokratie‘ im Mittelmeerraum aufzubauen [...] Dieses Ziel liegt sowohl im amerikanischen als auch im britischen Interesse, und [...] die Vereinigten Staaten sollten ermuntert werden, ihren vollen Anteil an diesem Vorhaben zu übernehmen.“²⁸

Um diese Ziele zu erreichen, hatte man in London die frühzeitige Abhaltung von Wahlen, die Stationierung alliierter Truppen namentlich in der von Jugoslawien beanspruchten Venezia Giulia, die Beihilfe beim Wiederaufbau von italienischen Streitkräften und Polizeieinheiten und vor allem den Abschluß eines Friedensvertrages ins Auge gefaßt – ohne sich bewußt zu machen, daß ein Friedensvertrag – so wie ihn sich die Briten bisher vorgestellt hatten – das beste Mittel war, um die proklamierten Ziele nicht zu erreichen. Er hätte den Aufbau einer demokratischen Ordnung nicht erleichtert, sondern erschwert, und er hätte die gemäßigten, westlich orientierten Kräfte nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Der Sieg der Labour-Party in den Parlamentswahlen vom Sommer 1945 und der anschließende Machtwechsel in London markierten keinen neuen Abschnitt in den britisch-italienischen Beziehungen. Ernest Bevin²⁹, in den folgenden Jahren der Lenker der britischen auswärtigen Politik, sandte am 17. September 1945 eine längere Note an Sir Noel Charles, in welcher die Leitlinien der neuen Regierung gegenüber Italien festgelegt waren. Darin hieß es u. a., daß man die Eingliederung Italiens in die westliche Welt durch wirtschaftliches Entgegenkommen und politische Schützenhilfe fördern wolle. Großbritannien und die Vereinigten Staaten sollten gemeinsam die Verantwortung beim Wiederaufbau Italiens übernehmen. Ferner betonte das

²⁷ Memorandum über Gespräch zwischen Hoyer F. R. Millar und Harold Alexander, 4. Juli 1945, in: PRO, FO 371, ZM 3710/1/22. Vgl. auch Victor Rothwell, *Britain and the Cold War 1941–1947*, London 1982.

²⁸ Memorandum von Hoyer Millar, 9. Juli 1945, in: PRO, FO 371, ZM 3777/1/22.

²⁹ Vgl. Alan Bullock, Ernest Bevin. *Foreign Secretary 1945–1951*, London 1983.

Foreign Office die Absicht, in Italien ein demokratisches System nach westlichem Vorbild zu etablieren, und den Wunsch, daß Washington die Führung übernehmen sollte „besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, in welcher wir weniger in der Lage sind, einen Beitrag zu leisten“³⁰. Darüber hinaus schien die neue Regierung einen Weg fortsetzen zu wollen, den schon Churchill in der letzten Phase seiner Regierungszeit zaghaft beschritten hatte, nämlich Einmischungen in die innenpolitischen Belange Italiens tunlichst zu vermeiden.

Die neue Regierung war freilich ebensowenig wie Churchill und Eden zu Zugeständnissen in Fragen bereit, die den Waffenstillstand und den Friedensvertrag betrafen. Amerikanische und italienische Vorstöße, die auf eine Milderung der britischen Intransigenz abzielten, waren vergeblich³¹. Wie in den Monaten zuvor diskutierte man in London und Washington über eine Revision des Waffenstillstandes und den vorgezogenen Abschluß eines Friedensvertrages. London schien weder zu dem einen noch zu dem anderen bereit und wies wohl auch deshalb auf ein neues Element hin, das die Dinge tatsächlich komplizierte: die Sowjetunion, die Fortschritte in der italienischen Frage von Zugeständnissen des Westens in Osteuropa abhängig machte. Auf der ersten Sitzung des Rates der Außenminister in Lancaster House im September 1945 hatte sich zwar schon angedeutet, daß es um die west-östlichen Gemeinsamkeiten schlecht bestellt war³², gleichwohl wollte London alles tun, um einen Bruch mit der Sowjetunion wegen der Italien-Frage zu vermeiden³³, wie ein Vertreter des Foreign Office bemerkte: „The whole difficulty both as regards the armistice terms and as regards the interim peace treaty arises from the fact that unless we are prepared to have a definite break with Russia and are reconciled to seeing Russia deal unilaterally with her satellite countries, we and the Americans cannot very well deal unilaterally with Italy.“³⁴

Die Haltung der Sowjetunion war gewiß ein Hindernis auf dem Weg zu einem Friedensvertrag. Nicht weniger hemmend wirkten aber die britischen Forderungen, die noch immer der Absicht entsprangen, die Früchte der militärischen Niederlage des Faschismus zu ernten. Den Briten ging es vor allem um die Kolonien, die sich zunächst in ihrer Verwaltung befanden, und die italienische Flotte³⁵, außerdem – wie schon angedeutet – um die Festigung

³⁰ Foreign Office an Botschaft in Rom, 17. September 1945, in: PRO, FO 371, ZM 4588/1/22.

³¹ Vgl. dazu ASMAE, AL, busta 1276, fasc. 2. Vgl. auch Miller, *United States and Italy*, S. 172–176.

³² Vgl. etwa Rothwell, *Britain and Cold War*, S. 236–239 und Bullock, *Bevin*, S. 129–137.

³³ Rothwell, *Britain and Cold War*, S. 245.

³⁴ Memorandum über „Italy: Armistice Terms“, 16. Oktober 1945, in: PRO, FO 371, ZM 5309/1/22.

³⁵ Vgl. Rossi, *Africa italiana; Giovanni Bernardi, La Marina, gli armistizi e il trattato di pace*, (settembre 1943–dicembre 1951), Rom 1979.

ihrer Beziehungen zu Griechenland, Äthiopien und zur arabischen Welt, die von einer Bestrafung Italiens profitieren würden. Teile der öffentlichen Meinung zeigten sich sogar empfänglich für die Forderung, Südtirol von Italien zu trennen und Österreich zuzuschlagen³⁶. Eher zweitrangig dagegen war das Bestreben, Jugoslawien auf Kosten Italiens zu unterstützen³⁷.

Wie nicht anders zu erwarten, schieden sich die Geister im Rat der Außenminister vor allem an der Frage der italienischen Kolonien in Afrika. Auch die britische Regierung tat sich schwer, eine einheitliche Linie zu finden. Regierungschef Attlee wandte sich im September 1945 gegen die kolonialistischen Bestrebungen des Colonial Office und des Foreign Office; namentlich die britische Verwaltung von Libyen und Somalia erschien ihm als zu kostspielig und anachronistisch³⁸. Bevin rechtfertigte jedoch die britischen Ansprüche auf die italienischen Kolonien mit dem Hinweis auf die Ambitionen der Sowjetunion: „Die Sicherheit der Routen durch den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten ist hochwichtig für die Sicherheit des britischen Empire. Diese Region ist eine derjenigen, für die wir [...] unter der Weltorganisation (= UNO) die Hauptverantwortung behalten müssen; wir sollten uns strikt weigern, sie mit der UdSSR zu teilen. [...] Angesichts unserer strategischen Interessen in dieser Region, die trotz der steigenden Bedeutung der Luftwaffe so wichtig ist, wie sie immer war, können wir unsere Aufmerksamkeit nicht von den bestehenden Vereinbarungen über diese ehemaligen italienischen Territorien abwenden. Um Vereinbarungen zu erreichen, die wir als befriedigend ansehen können, kann es in einigen Fällen notwendig werden, direkte Verantwortung und die entsprechenden finanziellen Belastungen zu übernehmen.“³⁹ Bevin drang damit im Kabinett durch⁴⁰; eine Rückgabe der Kolonien, die von den italienischen Regierungen beharrlich gefordert wurde, mußte ebenso am britischen Veto scheitern wie eine Beteiligung der Sowjetunion an einer Art Treuhandverwaltung der Kolonien.

Es liegt auf der Hand: Die Absicht, ein demokratisches Italien zu schaffen, und der Wunsch nach gedeihlicher Zusammenarbeit zwischen London und Rom standen in krassem Gegensatz zu den britischen Vorstellungen in der Kolonialfrage und zur Gestaltung des Friedensvertrages. In Rom löste die britische Starrheit nur Kopfschütteln aus; in allen Lagern war man sich hier ei-

³⁶ Vgl. Mario Toscano, *Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige*, Bari 1968; Anthony Elcock, *The History of the South Tyrol Question*, London 1970.

³⁷ Vgl. dazu Diego De Castro, *La questione di Trieste. L'azione politica e diplomatica italiana dal 1943 al 1954*, Triest 1981, und Giampaolo Valdevit, *La questione di Trieste 1941–1954. Politica internazionale e contesto locale*, Mailand 1986.

³⁸ Memorandum von Attlee über „Future of the Italian Colonies“, 1. September 1945, in: PRO, Cabinet Papers (CAB), 129/1.

³⁹ Memorandum über „Disposal of the Italian Colonies and of the Italian Mediterranean Islands“, 10. September 1945, in: Ebenda.

⁴⁰ Kabinettsitzung, 11. September 1945, in: Ebenda, CAB 128/1.

nig, daß ein Straffrieden politisch sinnlos und angesichts der Opfer, die Italien nach dem Waffenstillstand vom September 1943 gebracht hatte, vor allem ungerecht sei. Er mußte die Stellung der gemäßigten Regierung untergraben und den extremistischen Parteien weiter Auftrieb verleihen.

1946 fielen zwei Entscheidungen, die für die Geschichte Italiens von zentraler Bedeutung waren. Auf internationaler Ebene wurden die Weichen für einen Friedensvertrag gestellt, der dann im Februar 1947 unterschriftsreif war. Auf nationaler Ebene galt es zwischen Republik und Monarchie zu wählen. London konzentrierte sich vor allem auf die Ausarbeitung des Friedensvertrages, in die inneren Angelegenheiten Italiens mischte sich die britische Regierung nun kaum mehr ein. Das Foreign Office favorisierte zwar den vor allem von Regierungschef Alcide De Gasperi unterstützten Vorschlag, das Volk in einem Referendum über die künftige Staatsform entscheiden zu lassen. Zu besonderen Hilfestellungen für die Monarchie war die Labour-Regierung aber nicht bereit. Als beispielsweise im April 1946 einige dem Königshaus nahestehende Politiker die Alliierten zu einer Verschiebung des für Juni vorgesehenen Referendums veranlassen wollten – in der Hoffnung, damit die Chancen der Monarchie zu verbessern –, wandte sich Botschafter Sir Noel Charles an den Generalstatthalter des Königreiches, Prinz Umberto, um ihn mit dem Standpunkt der britischen Regierung bekannt zu machen. „Ich habe meiner Hoffnung Ausdruck gegeben“, so hieß es in dem Bericht von Charles, „daß die Parteien, welche solche Vorschläge ventilieren, schnell bemerken, daß ihre Aktion darauf angelegt ist, hervorzurufen, was sie am meisten fürchten. Die Kommunisten wären dann nämlich in der Lage zu erklären, daß die ‚Faschisten‘ in Italien mit Unterstützung von außen, von uns Reaktionsären, versuchen, die demokratischen Hoffnungen des Volkes zunichte zu machen. Ich sagte, daß jede solche Aktion eher zu Lasten als zugunsten der Monarchie ausschlagen würde. Und ich meinte, daß sie das britische Volk enttäuschen würde, das mit der Art und Weise, wie hier die Kommunalwahlen abgewickelt wurden, sehr zufrieden gewesen ist, und ich versicherte, daß die Regierung Seiner Majestät unter den jetzigen Umständen den Parteien keinesfalls eine Verschiebung der Wahlen erlauben würde. Sie habe keine Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten der italienischen Politik einzumischen, und sie sei nicht geneigt, sich für Machenschaften von welchen Teilen des Volkes auch immer herzugeben.“⁴¹ Wie weit sich die Labour-Regierung mittlerweile von dem monarchiefreundlichen Kurs Churchills entfernt hatte, zeigte auch die Stellungnahme des Foreign Office gegenüber Spekulationen, die den künftigen Aufenthaltsort von Vittorio Emanuele III. nach einem Sieg der Republikaner im Referendum betrafen. Vittorio Emanuele III.

⁴¹ Charles an Foreign Office, 14. April 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 1237/1/22.

wurde zur *persona non grata* erklärt, dessen Anwesenheit in Großbritannien und in britischen Besitzungen nicht erwünscht war⁴².

Die von der Regierung Attlee verfolgte Politik der Nichteinmischung führte freilich nicht zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen London und Rom, weil zugleich die alles überschattende Debatte um den Friedensvertrag in ihre entscheidende Phase trat. London, das noch immer zu keinen wesentlichen Zugeständnissen bereit war, sammelte hier – nach Ansicht der italienischen Regierung – einen Minuspunkt nach dem anderen. Die britische Regierung hatte sich für das Treffen des Rates der Außenminister in Paris im April 1946 gut vorbereitet; namentlich die Italienfrage hatte ihre besondere Aufmerksamkeit gefunden. Im Vordergrund stand zunächst die Frage von Grenzberichtigungen und Gebietsabtretungen. London hatte sich entschlossen, die Forderungen der französischen Regierung nach einigen kleineren Landstrichen im Nordwesten Italiens⁴³ und die Aspirationen Griechenlands hinsichtlich des Dodekanes zu unterstützen⁴⁴; in bezug auf die Ansprüche Jugoslawiens gegenüber der Venezia Giulia rückte die britische Regierung aber von ihrer früheren pro-jugoslawischen Haltung etwas ab. Sie brachte den Forderungen Belgrads nach einer Eingliederung der Halbinsel Istrien zwar weiterhin großes Verständnis entgegen. Angesichts der Bestrebungen Titos auf dem Balkan und im adriatischen Raum, die den Interessen der Sowjetunion dienten, hielt es London aber für angebracht, sich der Abtretung von Triest an Jugoslawien zu widersetzen. Gleichwohl wäre die von London vorgeschlagene Grenzziehung im Osten sehr viel ungünstiger für Italien ausgefallen als eine Grenzfestlegung nach amerikanischen Vorstellungen, ganz zu schweigen natürlich von den italienischen Plänen, die auf eine Bestätigung der Vorkriegsgrenzen hinausliefen⁴⁵.

Mit Bitterkeit registrierte man in Rom außerdem, daß sich die britische Regierung zunehmend mehr für eine Abtretung Südtirols an Österreich erwärmte. Im Rat der Außenminister vom 30. April 1946 war es kein Geringerer als Bevin, der das Pustertal und Bruneck Österreich zuschlagen wollte, wie er dem Foreign Office mitteilte. „Ein solcher Bezirk [...] würde rund 45 000 österreichische Bauern umfassen, nur ein kleines Kraftwerk und praktisch keine Italiener. Dort würden allerdings einige tausend Ladiner leben. Ich sagte nicht, daß ich mir darüber schon eine Meinung gebildet hätte, aber es

⁴² Foreign Office an Botschaft in Rom, 26. April 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 1215/1/22.

⁴³ Vgl. „United Kingdom Delegation Brief No. 7“, 18. April 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 1312/74/22.

⁴⁴ Vgl. Memoranden von Bevin über „The Dodecanese“, 19. September 1945, 26. Oktober 1945, in: PRO, CAB 129/2 und CAB 129/4.

⁴⁵ Vgl. De Castro, *Questione Trieste*, S. 383–466; Valdevit, *Trieste*, S. 122–149; De Robertis, *Confine giuliano*, S. 419–518.

schien mir, daß wir die Möglichkeit ernsthaft ins Auge fassen sollten, den Österreichern bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen.“⁴⁶

Der Friedensvertrag sollte sich nach britischer Ansicht aber nicht auf eine territoriale Amputation Italiens beschränken. Zugleich galt es, die militärische Stärke Italiens in einem solchen Rahmen zu halten, daß die Regierung in Rom zwar Aufstände im eigenen Land niederschlagen konnte, aber jeglicher Mittel für kriegerische Abenteuer beraubt war⁴⁷. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang der stattlichen italienischen Flotte zu, die zwischen 1943 und 1945 an der Seite der Alliierten gegen den gemeinsamen deutschen Feind gekämpft hatte. Auf sie hatten es nach Kriegsende nicht wenige Siegermächte abgesehen. Selbst die britische Admiralität hätte gegen die Eingliederung einiger moderner Kriegsschiffe des Typs „Vittorio Veneto“ in die eigene Flotte nichts einzuwenden gehabt.

Die britische Führung hatte zweifellos erkannt, welchen Wert man in Italien gerade der Marine beimaß, die nach Ansicht vieler Italiener Entscheidendes zum alliierten Sieg beigetragen und sich so einen legitimen Anspruch auf Fortbestand unter italienischer Flagge erworben hatte. Britische Experten entwarfen deshalb einen Plan für eine zukünftige italienische Marine, die aus einigen alten Kreuzern, Torpedobooten und Korvetten bestehen sollte⁴⁸; die übrigen Einheiten sollten den Siegermächten ausgehändigt werden. Die gutgemeinte Geste löste in Italien einen Sturm der Entrüstung aus, in Marinekreisen spielte man sogar mit dem Gedanken, die Schiffe lieber zu versenken, als sie den Alliierten zu überlassen⁴⁹. Erneut stieß London damit an die Grenzen seiner Italienpolitik, die noch 1946 vor allem durch Strenge gekennzeichnet war.

So war es kein Wunder, daß London trotz einiger Zugeständnisse, etwa in der Südtirolfrage, die nun zugunsten Italiens entschieden werden sollte, zur bevorzugten Zielscheibe der italienischen Presse wurde, die mit ätzenden Kommentaren über die britischen Ambitionen nicht sparte. Vor allem in konservativen und nationalistischen Kreisen gab man der britischen Regierung die Schuld daran, daß die Kolonien, die Venezia Giulia und die Flotte verloren zu gehen drohten. Sir Noel Charles beobachtete den rapiden Verfall des britischen Ansehens mit größter Sorge, er drang deshalb in seine Vorgesetzten im Foreign Office, der antibritischen Stimmung in Italien energisch entgegenzuwirken. Viel Erfolg hatte er damit nicht. Das Foreign Office billigte zwar einige Vorschläge des Botschafters, die auf eine Intensivierung der

⁴⁶ U. K. Delegation (Paris) an Foreign Office, 1. Mai 1946, in: PRO, FO 371, ZM 1398/1286/22.

⁴⁷ Vgl. Leopoldo Nuti, *Gli Alleati e le Forze Armate italiane: 1945–1948* (wird demnächst veröffentlicht).

⁴⁸ Memorandum über „Size of the Italian Fleet. Proposals by the British Delegation“, 18. März 1946, in: PRO, FO 371, ZM 1310/1286/22.

⁴⁹ Vgl. etwa: PRO, FO 371, ZM 1445/1286/22 und ZM 3615/1286/22.

britischen Öffentlichkeitsarbeit in Italien abzielten, speiste ihn aber dann mit der Anregung ab, in den italienischen Medien vor allem die ausgezeichnete Arbeit der britisch-amerikanischen Militärregierung hervorzuheben, „to which in large measure Italy owes the fact that from the material point of view, she is among the most fortunate countries of Europe“⁵⁰.

Im Foreign Office hielt sich lange die Überzeugung, die italienische Regierung sei aufdringlich und täte gut daran, statt immer neue Forderungen zu erheben, sich am Nachkriegsschicksal der beiden ehemaligen Verbündeten Japan und Deutschland zu orientieren, die von den Siegermächten wesentlich strenger behandelt wurden als Italien. Botschafter Charles ging so bei seinen Bemühungen um eine Verbesserung der italienisch-britischen Beziehungen einer Enttäuschung nach der anderen entgegen, etwa wenn er im Juli 1946 an Bevin schrieb: Die „Gefühle“ für London seien bis 1943 sehr freundschaftlich gewesen, innerhalb der letzten zwei, drei Jahre habe sich diese Einstellung aber in ihr Gegenteil verkehrt. „The general reaction felt in Italy was indeed that of a rejected love. The British are now paying for the coldness of their manner. Having started with the best prospects, we appear to allow some of our Allies to get ahead, for we were on almost all occasions too impartial in our treatment of this feminine people.“⁵¹

Als Pietro Nenni im Oktober 1946 das Amt des Außenministers übernahm, hofften viele auf eine Phase der Aussöhnung in den italienisch-britischen Beziehungen. Der Führer der Sozialistischen Partei war bestrebt, eine Sonderbeziehung zwischen Rom und der Labour-Regierung herzustellen, sei es, um damit seine nicht unangefochtene Stellung in der eigenen Partei zu festigen, sei es, um der italienischen Außenpolitik weitere Spielräume zu eröffnen. Ein „dritter“ Weg, der weder nach Moskau, noch nach Washington führte, schien ihm vorzuschweben⁵². Als er noch vor seinem Amtsantritt am Rande der Pariser Friedenskonferenz im August 1946 mit dem britischen Regierungschef Attlee zusammentraf, gab er seine Entschlossenheit zu erkennen, den Friedensvertrag trotz seines punitiven Charakters zu unterzeichnen. „Wenn der Friedensvertrag einmal unterzeichnet ist“, so hieß es in einem britischen Memorandum, „will Herr Nenni zu neuen Ufern in der Außenpolitik aufbrechen. Es soll einen klaren Bruch mit der Vergangenheit geben, und Italien wird versuchen, als zufriedene Nation zur Ruhe zu kommen, ohne Illusionen hinsichtlich ihrer Größe. Offizielle Politik wird die Unabhängigkeit von Blöcken und das Bemühen um gute Beziehungen zu allen Ländern, vor allem zu den Nachbarstaaten, sein. De facto aber ist das Schicksal Italiens mit

⁵⁰ Foreign Office an Botschaft in Rom, 13. Juli 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 2421/1286/22.

⁵¹ Charles an Bevin, 14. Juli 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 2514/1286/22.

⁵² Vgl. Antonio Varsori, Bevin e Nenni (ottobre 1946–gennaio 1947): una fase nei rapporti anglo-italiani del secondo dopoguerra, in: *Il Politico* 49 (1984), S. 241–275.

dem der westlichen Demokratien, und namentlich mit Großbritannien, verbunden, von denen es auch Unterstützung erwartet.“⁵³

In London stießen solche Bestrebungen auf wenig Gegenliebe. Man sah in ihnen kaum mehr als den verzweiferten Versuch von Nenni, die Bedingungen des Friedensvertrages doch noch zu mildern. Größeren Eindruck hinterließ De Gasperi mit einer Rede vor dem Plenum der Pariser Friedenskonferenz und in einer Begegnung mit Bevin, die der italienische Regierungschef nutzte, um erneut die eigenen Vorstellungen von einem gerechten Friedensvertrag zu unterbreiten⁵⁴. Diese Appelle, die düsteren Analysen von Botschafter Charles⁵⁵ über das Anwachsen der kommunistischen Partei in Italien und die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen führten schließlich zu weiteren Zugeständnissen Londons. In der Schlußphase der Friedensverhandlungen unterstützte die britische Regierung die italienischen Ansprüche auf Triest; außerdem stellte sie in Aussicht, den Italienern einige Flottenverbände, die an Großbritannien gehen sollten, zurückzugeben. Zu weiteren Kompromissen, etwa in der Frage der Kolonien, war London aber nicht bereit.

Im Gegensatz zur italienischen Regierung und zum britischen Botschafter in Rom war das Foreign Office mit den Ergebnissen der Friedensverhandlungen sehr zufrieden. Im November 1946, als die großen Linien des Friedensvertrages bereits festgelegt waren, zog man eine Bilanz der eigenen Bemühungen. Auf der Haben-Seite verbuchte man:

„(1) Wir haben die zwei Prinzipien beachtet, daß Italien als demokratisches Land wiederhergestellt werden soll und daß es für seine Missetaten bestraft wird.

(2) *Triest* ist nicht an Jugoslawien gegeben worden.

(3) Wir sind *de facto* im Besitz der italienischen Kolonien geblieben. Es ist uns gelungen, ein Abkommen über die Abtretung des Dodekanes an Griechenland zu erreichen.

(4) In ähnlicher Weise haben wir eine auf unseren ursprünglichen Vorschlägen basierende Übereinkunft über französische Garantien der militärischen Gesichtspunkte angepaßten Grenze zwischen Frankreich und Italien erzielt“.

Mit Bedauern stellte das Foreign Office fest:

„(1) Wir scheinen immer noch einen ungebührlich großen Teil italienischen

⁵³ Memorandum der U. K. Delegation (Paris), 8. August 1946, in: PRO, FO 371, ZM 2742/1286/22.

⁵⁴ U. K. Delegation (Paris) an Botschaft in Rom, 13. August 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 2774/1286/22. Vgl. auch Severino Galante, *La genesi dell'impotenza: la politica estera della Democrazia Cristiana tra grande alleanza e guerra fredda*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 2 (1986), S. 245–303.

⁵⁵ Charles an Bevin, 31. August 1946, in: PRO, FO 371, ZM 3094/1286/22.

Unmuts abzubekommen mit der Begründung, daß der Friedensvertrag zu hart sei.

(2) Es ist uns nicht gelungen, ein italienisches Triest sicherzustellen, und wir sind dem Erreichen einer russischen Zustimmung zu einem befriedigenden Statut nicht nähergekommen.

(3) Wir sind nicht weiter vorangekommen, was die Gewährleistung unserer strategischen Erfordernisse in Tripolitanien angeht.“⁵⁶

Nenni ließ sich vom Fehlschlagen seiner Annäherungsversuche nicht entmutigen. Kurz nachdem er die Leitung des Außenministeriums übernommen hatte, wiederholte er seinen Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zu Großbritannien⁵⁷. Er dachte dabei zunächst an ein britisch-italienisches Handelsabkommen und an einen offiziellen Besuch in London⁵⁸. Bevin, der nun seinem Kollegen entgegenkommen zu wollen schien, begrüßte die Vorschläge Nennis⁵⁹. Zu mehr als wohlklingenden Absichtserklärungen konnte das Foreign Office sich aber dann schließlich doch nicht entschließen. Die Wirtschaftsgespräche zwischen britischen und italienischen Kommissionen vom Dezember 1946 blieben ohne nennenswerte Erfolge, und Nenni, der seiner Reise nach London mit großen Hoffnungen auf eine Revision des sich anbahnenden Friedensvertrages entgegengesehen hatte, mußte schließlich wegen der Spaltung seiner Partei im Januar 1947 den Besuch absagen. Wenig später trat er als Außenminister zurück, um sich ganz seiner Partei widmen zu können⁶⁰.

Als das Jahr 1946 zu Ende ging, waren die britisch-italienischen Beziehungen schlechter denn je. Die Unnachgiebigkeit Londons in der Frage des Friedensvertrages machte alle Hoffnungen auf einen Klimaumschwung, der sich in einigen Konzessionen der britischen Regierung abzuzeichnen schien, wieder zunichte. Hinzu kam, daß im Oktober 1946 ein Attentat auf die britische Botschaft in Rom erfolgt war und London die italienische Regierung beschuldigte, nicht mit dem nötigen Ernst nach den Verantwortlichen des Anschlags zu suchen⁶¹. Außerdem kreidete man es den Italienern an, die illegale Einwanderung nach Palästina nicht zu unterbinden⁶². Und schließlich war es im

⁵⁶ Memorandum über „Italian Peace Treaty“, ca. Oktober/November 1946, in: Ebenda, FO 371, ZM 3680/1286/22.

⁵⁷ Vgl. Pietro Nenni, *I nodi della politica estera italiana*, hrsg. von Domenico Zucaro, Mailand 1974, S. 44f.

⁵⁸ Varsori, Bevin, S. 246 ff.

⁵⁹ Vgl. dazu die Bemerkungen Bevins auf dem Telegramm von Jack C. Ward (Rom) an das Foreign Office, 19. Oktober 1946, in: PRO, FO 371, ZM 3559/1/22. Vgl. auch Pietro Sebastiani, *Laburisti inglesi e socialisti italiani*, Rom 1983.

⁶⁰ Vgl. dazu Varsori, Bevin, *passim*.

⁶¹ Vgl. ASMAE, *Affari Politici (AP) 1946–50*, Gran Bretagna, busta 18, fasc. 3.

⁶² Vgl. Maria Grazia Enardu, *L'immigrazione illegale ebraica verso la Palestina e la politica estera italiana, 1945–1948*, in: *Storia delle relazioni internazionali 2* (1986), S. 147–166.

Dezember 1946 in Padua zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und alliierterem Militär gekommen, die von der italienischen Presse weidlich ausgeschlachtet wurden. Wie schon früher schob man die Verantwortung für die Vorfälle ausschließlich den britischen Soldaten zu⁶³.

Nennis Nachfolger als Außenminister war Carlo Sforza; der Mann also, der vor allem Churchill und der konservativen Regierung stets ein Dorn im Auge gewesen war und auch bei der Labour-Regierung zunächst nicht in hohem Ansehen stand, wie die skeptische Reaktion Londons auf seinen Amtsantritt beweist⁶⁴. Sforza hatte sich im Einvernehmen mit Regierungschef De Gasperi zwei ehrgeizige Ziele gesetzt, die es langfristig anzustreben galt: die Überwindung des Status von Italien als eines besiegten feindlichen Landes, das einem harten Friedensvertrag zu unterwerfen war, und die Wiedererlangung einer aktiven Rolle in zwei traditionellen Bereichen italienischer Außenpolitik, in Europa und im Mittelmeerraum. Eng damit verbunden waren weitere, kurzfristige Zielsetzungen: die Unterzeichnung des Friedensvertrages, die zugleich das Signal für intensive Bemühungen um seine Revision sein sollte, die Gleichstellung Italiens mit den beiden führenden Mächten Westeuropas, Frankreich und Großbritannien, der Ausbau der amerikanisch-italienischen Beziehungen und die Beteiligung Italiens an allen politisch-diplomatischen Initiativen, die die westliche Welt betrafen⁶⁵. Selbstverständlich war Sforza in diesem Zusammenhang auch an einer Verbesserung der Beziehungen zu London gelegen. Er nahm deshalb die Vorschläge Nennis über eine Fortentwicklung des Handelsverkehrs wieder auf, und er erneuerte den Wunsch seines Vorgängers nach einem offiziellen Besuch in London.

Die britische Regierung ließ sich damit nicht aus der Reserve locken. Sie machte ihre Zustimmung zu einem Besuch Sforzas von bestimmten Bedingungen abhängig, vor allem von der vorherigen Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Verfassunggebende Versammlung in Rom. Daß sie die Offerten Sforzas so betont nüchtern behandelte, lag auch an einem unvorhergesehenen Zwischenfall, der im Frühjahr 1947 die britisch-italienischen Beziehungen weiter verdüsterte: Im Februar 1947 war in Pola der britische General Robin de Winton von einer italienischen Nationalistin ermordet worden. Bevin und Sforza bemühten sich vergeblich, die Bedeutung des Ereignisses herunterzuspielen, Teile der italienischen Presse stilisierten die Attentäterin zu einer Heldin und nahmen den Vorfall zum Anlaß, um gegen die briti-

⁶³ Vgl. dazu ASMAE, AP 1946–50, Gran Bretagna, busta 7, fasc. 3, und PRO, FO 371, Nr. 60565.

⁶⁴ Charles an Foreign Office, 2. Februar 1947, in: PRO, FO 371, Z 1254/32/22.

⁶⁵ Vgl. dazu die Aufsätze von Ennio Di Nolfo, *The Shaping of Italian Foreign Policy during the Formation of the East-West Blocs. Italy between the Superpowers*, und Elena Aga-Rossi, *Italy and the Outbreak of the Cold War: Domestic and International Factors*, in: Josef Becker / Franz Knipping (Hrsg.), *Power in Europe?, Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World 1945–1950*, Berlin/London 1986.

sche Regierung zu wettern, die erneut beschuldigt wurde, italienische Interessen in der Venezia Giulia zu verraten und sich auf Kosten Italiens im Mittelmeerraum und am Horn von Afrika (d.h. Somalia und Äthiopien) festzusetzen⁶⁶.

Das nationalistische Fieber, das Teile der italienischen Gesellschaft ergriffen zu haben schien, nährte das ohnehin bestehende Mißtrauen des Foreign Office gegenüber der italienischen Regierung weiter. Es war aber zugleich ein willkommener Vorwand zur Verschleierung der britischen Unfähigkeit, zu einer neuen und konstruktiven Italienpolitik zu finden. Das dumpfe Gefühl, der eigenen Politik eine andere Wendung geben zu müssen, hatte sich im Foreign Office spätestens seit der Verschärfung des Kalten Krieges und der Einbeziehung Italiens in den Ost-West-Konflikt ausgebreitet. Neue Lösungen waren fällig, aber niemand wußte, wie sie aussehen sollten, und so hieß es denn: auf der alten Linie weitermachen.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Verfassunggebende Landesversammlung am 31. Juli 1947 räumte eines der größten Hindernisse, die einer Annäherung zwischen Rom und London im Wege gestanden hatten, aus dem Weg. Etwa um die gleiche Zeit entschlossen sich die beiden Länder, ihre diplomatischen Beziehungen wieder ganz zu normalisieren und mit Sir Victor Mallet und Tommaso Gallarati Scotti neue Botschafter auszutauschen⁶⁷. Außerdem hielt man nun auch in London die Zeit für reif, um Sforza zu einem offiziellen Besuch einzuladen. Alles schien auf eine Verständigung hinzudeuten. Sforza knüpfte große Erwartungen an seine Reise, die im Oktober 1947 begann. Er erhoffte sich die Wiederaufnahme Italiens in die europäische Staatenwelt, auf der Basis der Gleichberechtigung mit Großbritannien. In Rom erwartete man sich ferner die Rückgabe der den Briten zugeschlagenen Marineeinheiten und weitere wirtschaftliche Zugeständnisse. Außerdem hatte man sich vorgenommen, die Frage nach dem Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien aufzuwerfen und Großbritannien zu bilateralen Verhandlungen zu bewegen, die nach italienischer Ansicht durchaus einigen Erfolg versprachen⁶⁸.

Die Ergebnisse, die Sforza und Bevin bei ihren Begegnungen vom 28. bis 31. Oktober 1947 erzielten, enttäuschten die Erwartungen des italienischen Außenministers, und sie waren weit weniger spektakulär, als Sforza und Bevin der Öffentlichkeit glauben machen wollten. Gewiß, Sforza erreichte – mit ge-

⁶⁶ Vgl. dazu PRO, FO 371, Nr. 67443 und 67813/A. Vgl. auch Foreign Office an Botschaft in Rom, 20. Februar 1947, und Hoyer Millar an Sir Orme G. Sargent, 21. Februar 1947, in: Ebenda, FO 371, Z 1426/9/22 und Z 2129/9/22.

⁶⁷ Vgl. Alfredo Canavero, Tommaso Gallarati Scotti and His Role in Italian Foreign Policy After World War II, in: *The Journal of Italian History* 2 (1979), Nr. 1, S. 32–51.

⁶⁸ Vgl. ASMAE, AL, busta 1374, fasc. 1, Notiz von Migone, 13. Oktober 1947; vgl. auch Migone an Ministero Affari Esteri, 15. Oktober 1947, in: Ebenda.

wissen Auflagen – die Rückgabe der Marineeinheiten, einschließlich der „Vittorio Veneto“, die von der britischen Admiralität nachdrücklich reklamiert worden war, und die beiden Außenminister äußerten sich optimistisch über den Stand der britisch-italienischen Beziehungen. In den entscheidenden Punkten aber kam man, trotz der erkennbaren Absicht der britischen Regierung, dem Kabinett De Gasperi in den bevorstehenden Wahlen vom Frühjahr 1948 den Rücken zu stärken, keinen Schritt voran. Vor allem die Kolonialfrage blieb weiterhin ungelöst. Großbritannien wich hier von der mehrfach bekräftigten Entschlossenheit, die Kontrolle über die italienischen Besitzungen zu erlangen, nicht ab. In Rom indes ließ man die Hoffnung nicht fahren, die Bestimmung des Friedensvertrages, daß Italien seine Kolonien verlieren sollte, angesichts der wachsenden Spannungen zwischen den „großen Vier“ umstoßen und mittels einer Treuhänderschaft über wenigstens eine Ex-Kolonie doch noch nach Afrika zurückkehren zu können. Das hätte, so glaubte die Regierung De Gasperi, das internationale Ansehen Italiens gestärkt und die nationalistischen Leidenschaften gedämpft, die sich auch am Verlust des Kolonialreiches entzündeten; in Afrika hätten schließlich auch Zehntausende von Arbeitslosen Lohn und Brot finden können⁶⁹.

Im Januar 1948 erlitt die Entspannungspolitik Sforzas einen weiteren kräftigen Rückschlag. Ende 1947 hatten die „großen Vier“ eine Expertengruppe gebildet und nach Afrika entsandt, um vor Ort die Frage von Treuhandschaften prüfen zu lassen oder andere Lösungen für die Verwaltung der früheren italienischen Kolonien zu finden. Als sie nach der Jahreswende im somalischen Mogadischu eintraf, wurde sie Zeuge heftiger Zusammenstöße zwischen dort ansässigen Italienern und Angehörigen der „Liga der jungen Somalis“, die – auch wegen der Unfähigkeit der britischen Ordnungskräfte – zu einem regelrechten antiitalienischen Pogrom führten, dem 52 Italiener zum Opfer fielen. Die britisch-italienischen Beziehungen waren damit erneut auf dem Nullpunkt angelangt. In der italienischen Öffentlichkeit gab man London nicht nur die Schuld an den Ausschreitungen von Mogadischu, Großbritannien galt ganz allgemein als Feind der italienischen Bemühungen um internationale Reputation⁷⁰.

Während Italien von einer Welle nationalistischer und antibritischer Resentiments durchzogen wurde, wuchs in London in den ersten Monaten des Jahres 1948 die Einsicht, daß größere Zugeständnisse an Italien nicht mehr

⁶⁹ Vgl. Rossi, *Africa italiana*; vgl. auch Foreign Office an Botschaft in Rom, 9. November 1947, in: PRO, FO 371, Z 9647/9/22. Siehe ferner ebenda, FO 371, Z 9566/9/22, Z 9557/9/22 und Z 9558/9/22 sowie ASMAE, AL, busta 1321, fasc. 1.

⁷⁰ Zu Mogadischu vgl. Rossi, *Africa italiana* und Antonio Varsori, *Il diverso declino di due potenze coloniali. Gli eventi di Mogadiscio del gennaio 1948 e i rapporti anglo-italiani*, Rom 1981; Giampaolo Calchi Novati, *Gli incidenti di Mogadiscio del gennaio 1948: rapporti italo-inglesi e nazionalismo somalo*, in: *Africa*, September/Dezember 1980, S. 327–356.

zu vermeiden seien, wollte man nicht den Sturz der Regierung De Gasperi und den Aufstieg der kommunistischen Partei zur Macht riskieren. Das Foreign Office hatte Italien schon im Januar 1948 neben Griechenland, Frankreich und dem besetzten Westdeutschland zu den Ländern der westlichen Welt gezählt, die im Ost-West-Konflikt am meisten gefährdet waren⁷¹. Außerdem drängten Washington und Paris auf gemeinsame Initiativen der Westmächte zugunsten der Regierung De Gasperi, die in den Parlamentswahlen vom April 1948 vor einer schwierigen Prüfung stand. Die Frage, die man sich in London Anfang 1948 stellte, lautete selbstverständlich nicht: Sollte man De Gasperi helfen oder nicht, sondern: Wie konnte man De Gasperi in der Auseinandersetzung mit den Linksparteien stützen, ohne die Grundsätze der eigenen Italienpolitik ganz über Bord werfen zu müssen. In der Kolonialfrage war der Spielraum am geringsten⁷². Kleinere Konzessionen, über die London nun durchaus mit sich reden lassen wollte, hätten hier eher die britische Halsstarrigkeit unterstrichen, als der christdemokratischen Regierung genützt. Bevin, der sich angesichts der Zuspitzung des Ost-West-Konflikts immer mehr von der Notwendigkeit überzeugte, daß London eine Führungsrolle zur Sicherung des freien Europas übernehmen mußte, dachte deshalb an einen anderen Weg: Italien sollte an dem von ihm propagierten Zusammenschluß westeuropäischer Staaten teilnehmen⁷³; das hätte Rom vom Status der internationalen Zweitklassigkeit befreit, der Italien durch den Friedensvertrag auferlegt worden war.

Auch dieser Weg erwies sich als nicht gangbar. Frankreich und die Beneluxstaaten widersetzten sich der Aufnahme Italiens in die Westeuropäische Union, und Sforza und De Gasperi, die den Vorschlag Bevins zunächst mit Begeisterung aufgenommen hatten, weil sie in ihm tatsächlich eine Chance zur internationalen Aufwertung Italiens erblickten, mußten bald erkennen, daß die italienische Öffentlichkeit auf derartige politisch-militärische Zusammenschlüsse nicht ausreichend vorbereitet war⁷⁴. Das Foreign Office säumte deshalb nicht, eine neue Karte, die Labour Party, ins Spiel zu bringen. Die britische Regierungspartei, zugleich die bestimmende Kraft der Sozialistischen Internationale, hatte bis dahin die Sozialistische Partei von Pietro Nenni als ihren einzigen Ansprechpartner in Italien betrachtet; die kleine sozialdemokratische Partei unter der Leitung von Giuseppe Saragat, die sich erst Anfang 1947 von der Partei Nennis abgespalten hatte, genoß dagegen in

⁷¹ Vgl. Rothwell, *Britain and Cold War*, S. 281 f., 288 ff., 348 ff. und 452 f. sowie Bullock, Bevin, S. 489–503.

⁷² Vgl. Anm. 70.

⁷³ Memorandum von Bevin, 4. Januar 1948, in: PRO, CAB 129/23; Foreign Office an Botschaft in Rom, 24. Januar 1948, in: Ebenda, FO 371, Z 637/637/22.

⁷⁴ Vgl. Antonio Varsori, *La Gran Bretagna e le elezioni politiche italiane del 18 aprile 1948*, in: *Storia contemporanea* 13 (1982), S. 27 ff.

London nur geringes Vertrauen. Bevin und die Führung der Labour Party wußten: Wollte man die italienischen Sozialisten vor den Parlamentswahlen in Schwierigkeiten bringen und an den Rand der Sozialistischen Internationale manövrieren, so mußte man sie nur mit Fragen konfrontieren, die den Charakter ihrer Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei und die Teilnahme Italiens am Marshall-Plan betrafen. Genau das tat die Labour Party im Einverständnis mit dem britischen Kabinett im März 1948. Da die Antworten wie erwartet zweideutig und widersprüchlich ausfielen, setzte sich die Labour Party für eine öffentliche Verurteilung der Politik Nennis und eine – etwas zurückhaltende – Belobigung Saragats durch die Sozialistische Internationale ein⁷⁵.

In London täuschte man sich freilich nicht darüber, daß dieser Schachzug, so werbewirksam er auch inszeniert werden mochte, nur geringe Auswirkungen auf den Ausgang der Wahlen haben würde. Das Foreign Office machte sich so erneut auf die Suche nach Alternativen zur bisherigen Italienpolitik. An wirtschaftliche Zugeständnisse war angesichts der eigenen Notlage nicht zu denken, ein Einlenken in der Kolonialfrage verbot sich ebenfalls. Großbritannien, das einst eine Führungsrolle in Italien beansprucht hatte, war so bei den entscheidenden Wahlen vom 18. April 1948 gewissermaßen nicht zugegen – sieht man einmal davon ab, daß London sich der Initiative von Washington und Paris anschloß, die zur Erklärung vom 10. März 1948 führte. Darin bekundeten die drei Westmächte ihre Bereitschaft, sich für eine Rückkehr Triests und des umliegenden „Free Territory of Trieste“ nach Italien einzusetzen⁷⁶.

De Gasperi und Sforza sahen im glänzenden Sieg der bürgerlichen Parteien am 18. April 1948 einen weiteren Schritt in Richtung auf die Integration Italiens in die westliche Welt. Vom Wahlsieg beflügelt und im Vertrauen auf die Tragfähigkeit der Achse Rom–Washington, die sich vor den Wahlen herausgebildet hatte, neigten sie dazu, das Gewicht Italiens zu überschätzen – vor allem gegenüber Großbritannien, das nach der Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages vom 17. März 1948 zum wichtigsten Fixpunkt der politisch-militärischen Zusammenarbeit in Westeuropa geworden war. Im Überschwang glaubte die italienische Regierung sogar, mit London über einen Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt verhandeln und dabei folgende Bedingungen stellen zu können: eine Kursänderung Londons in der Kolonialfrage, die Beteiligung Italiens an der Lösung der deutschen Frage und die Modifizierung einiger militärischer Bestimmungen des Friedensvertrages⁷⁷.

⁷⁵ Ebenda, S. 31–46.

⁷⁶ Vgl. De Castro, *Questione Trieste*, S. 721–756; Valdevit, *Trieste*, S. 187–205.

⁷⁷ Vgl. Mario Toscano, *Appunti sui negoziati per la partecipazione dell'Italia al Patto Atlantico*, in: *Storia e Politica* 1 (1962), S. 1–37 und 196–231; Pietro Pastorelli, *L'adesione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Storia contemporanea* 14 (1983), S. 1015–1030; E. Timothy Smith, *The*

Wie nicht anders zu erwarten, machte man in London keine Miene, auf das italienische Angebot einzugehen. In den Augen der britischen Regierung war Italien vor allem ein Faktor der Schwäche und ein unsicherer Kantonist für den Westen. Der Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt, den Großbritannien noch vor den Wahlen empfohlen hatte, sei deshalb ebensowenig wünschenswert wie die Teilnahme Italiens am Nordatlantik-Pakt, der damals erste Konturen annahm. Italien war für Großbritannien, überspitzt formuliert, noch immer kein gleichberechtigter Geschäftspartner, sondern wie Griechenland und die Türkei ein Objekt der eigenen ambitionierten Außenpolitik.

Großbritannien war, das erkannte man in Rom im Sommer 1948 deutlich, das größte Hindernis für die Teilnahme Italiens am westlichen Integrationsprozeß. Da es nicht leicht zu überwinden war, versuchte die italienische Regierung, es durch eine Art Doppelstrategie zu umgehen. Einerseits drängte sie auf die weitere Festigung der „special relationship“ mit den Vereinigten Staaten, um eine Garantie für die militärische Sicherheit der Halbinsel zu erhalten, andererseits bemühte sie sich um eine italienisch-französische Annäherung als Voraussetzung für die Beteiligung Italiens an der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. Diese Strategie hätte Rom den kostspieligen und innenpolitisch wohl nicht leicht durchsetzbaren Beitritt zu militärischen Bündnissen wie dem Brüsseler Pakt erspart, zugleich aber alle Vorteile des westlichen Integrationsprozesses eingetragen.

Was die italienische Regierung als gelungene Quadratur des Kreises ansehen mochte, erwies sich als glatter Fehlschlag. Paris und Washington erblickten in Italien zwar einen wichtigen, aber keineswegs fundamentalen Baustein der westlichen Welt, und London hielt an seiner negativen Einstellung fest. De Gasperi und Sforza rangen sich deshalb – gedrängt von den Botschaftern Tarchiani, Quaroni und Gallarati Scotti und ermuntert von italienfreundlichen Kreisen des State Department – dazu durch, ihre außenpolitischen Zweideutigkeiten und Zerfahrenheiten zu beenden und ihrer Politik einer Verankerung Italiens im Westen eine entschiedener Akzentuierung zu geben, die auf Seiten der Westmächte alle Zweifel an der Bündnistreue Italiens ausräumen sollte. In der neu gewonnenen Überzeugung, daß es unmöglich sei, die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu trennen, entschloß sich die italienische Regierung also, einen Weg einzuschlagen, der schließlich in die NATO führte.

Die neuen Töne aus Rom stießen aber in London weiter auf taube Ohren. Die britische Regierung fürchtete, De Gasperi und Sforza könnten die mit ei-

Fear of Subversion. The United States and the Inclusion of Italy in the Northern Atlantic Treaty, in: *Diplomatic History* 7 (1983), S. 139–155; Antonio Varsori, *La scelta occidentale dell'Italia, (1948–1949)*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 95–159 und 303–368.

nem NATO-Beitritt Italiens verbundene Rehabilitierung für einen erneuten Vorstoß in der Kolonialfrage nutzen. Ferner meinte man in London, Italien könne die Militäralianz nicht stärken, sondern nur schwächen, und im übrigen sei der Westen nicht in der Lage, wirksame Maßnahmen zum Schutz Italiens vor einem sowjetischen Angriff zu ergreifen. London war allenfalls bereit, in einem Zusatzprotokoll zum NATO-Vertrag zu erwähnen, daß die Verteidigung Italiens – wie die der Türkei, Griechenlands und des Iran – im Interesse der NATO-Staaten läge⁷⁸.

Trotz der britischen Ressentiments beantragte Italien im Januar 1949 die Aufnahme in die NATO – sehr zur Freude Frankreichs, das sich von der Teilnahme Italiens eine Schwerpunktverschiebung des Bündnisses nach Südeuropa und zum Mittelmeer hin versprach⁷⁹. Die französische Schützenhilfe hätte aber wohl nicht ausgereicht, um die britische Abneigung zu überwinden, hätte die italienische Regierung nicht zugleich einige Proben ihrer neuen Zuverlässigkeit gegeben, die auch die Briten versöhnlich stimmten; u. a. versprach sie, den NATO-Beitritt nicht als Gelegenheit für eine Neuauflage der Kolonialfrage zu nutzen. So nahm London die Aufnahme Italiens schließlich hin, die Briten bestanden aber darauf, Italien nicht an den Schlußverhandlungen des atlantischen Bündnisses zu beteiligen. Rom hatte nur die Möglichkeit, anzunehmen oder abzulehnen. Noch einmal also, so Quaroni, wollte London Italien auf eine Art und Weise in die „Knie zwingen“, die überdeutliche Reminiszenzen an die Strafpolitik der Jahre 1943–1947 wachrief⁸⁰.

Nach dem NATO-Beitritt Großbritanniens und Italiens im April 1949 ließen sich die zwischen den beiden nun verbündeten Ländern bestehenden Differenzen noch lange nicht beilegen. Vor allem die Kolonialfrage blieb eine Quelle dauernder Konflikte, die nicht einmal versiegte, nachdem ein von der UNO im November 1949 vorgeschlagener Kompromiß, der Großbritanniens strategische Interessen im Mittelmeer und in Afrika wahrte und Italien eine zehnjährige Treuhandverwaltung über Somalia zugestand, angenommen worden war⁸¹. Das alte Mißtrauen nagte auf beiden Seiten weiter. Ein wichtiger Wendepunkt in den britisch-italienischen Beziehungen war paradoxerweise erst erreicht, als sich die Wege der beiden Länder trennten – als Großbritannien seine besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ausbaute und

⁷⁸ Vgl. Foreign Office an Botschaft in Paris, 26. Februar 1949, in: PRO, FO 371, Z 1753/1074/72; Foreign Office an Botschaft in Washington, 28. Februar 1949, in: Ebenda, FO 371, Z 1754/1074/72.

⁷⁹ Vgl. Anm. 77.

⁸⁰ Vgl. Varsori, *La scelta*, S. 356 ff.; Quaroni an Ministero Affari Esteri, 26. Februar 1949, in: ASMAE, *Ambasciata di Parigi*, busta 444, fasc. 1.

⁸¹ Vgl. Rossi, *Africa italiana*, S. 397 ff.

seine Kontakte zum Commonwealth intensivierte, während Italien sich mehr und mehr dem europäischen Einigungsprozeß verschrieb und so seine Gesprächspartner eher in Paris und Bonn als in London fand⁸².

⁸² Vgl. Geoffrey Warner, *The Labour Governments and the Unity of Western Europe 1945–1951*, in: Ovendale, *Foreign Policy of the British Labour Governments*, S. 61–82; Ruggero Ranieri, *Europeismo e politica europea: osservazioni sulla presenza italiana in Europa occidentale dal 1947 al 1951*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 161–181.

Enrico Serra

Schwieriger Neubeginn

Italien und Frankreich 1943–1951

Nach der Besetzung Südfrankreichs durch italienische Streitkräfte im Sommer 1940 war es zwischen den Besatzungstruppen und der Bevölkerung kaum zu scharfen Spannungen gekommen, in vielen Fällen hatte sich sogar, trotz Kriegszustand, eine Art de facto Freundschaft herausgebildet. Typisch dafür war z. B. der Schutz, den die militärischen und zivilen italienischen Stellen französischen und nach Frankreich geflüchteten Juden gewährten. Trotz dieser günstigen Voraussetzungen fiel es Italien und Frankreich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Badoglio und den Alliierten im September 1943 schwer, die offiziellen Kontakte wieder aufzunehmen.

Einer schnellen Normalisierung der Beziehungen standen vor allem die Folgewirkungen des berüchtigten „Dolchstoßes“ aus dem Jahre 1940 entgegen, als das faschistische Italien dem ohnehin schon von deutschen Truppen bedrängten Frankreich in den Rücken gefallen war. Das ließ sich nicht leicht vergessen und war noch lange eine Quelle von Mißtrauen und Unzuträglichkeiten. Kaum weniger wichtig als diese bittere Erinnerung war die Tatsache, daß das von General De Gaulle geführte „Comité français de libération nationale“ (CFLN) von den Alliierten nicht zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit Italien zugelassen worden war. Der General fühlte sich von den Alliierten verraten, denn Frankreich war ein Opfer der faschistischen Aggression gewesen und hatte damit in seinen Augen ein gewissermaßen natürliches Anrecht darauf, am Waffenstillstand mitzuwirken. Daß ihm die Zulassung zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes die ersehnte internationale Anerkennung als einziger legitimer Vertreter Frankreichs gebracht hätte, die ihm die Alliierten und besonders Roosevelt hartnäckig verweigerten, machte die Sache nur noch schlimmer.

De Gaulles Italienpolitik war also nicht nur von – verständlichen – gefühlbedingten Vorbehalten gegenüber dem südlichen Nachbarn bestimmt, sie war vor allem ein Mittel, um eine gleichberechtigte Stellung unter den Siegern zu erreichen. König Vittorio Emanuele III. und Ministerpräsident Badoglio konnten andererseits kaum umhin, der mißtrauischen Politik der Alliierten

ten gegenüber De Gaulle zu folgen. Ihr außenpolitischer Aktionsradius war ja durch die harten Bedingungen des Waffenstillstandes eingeschränkt; sie verfügten nicht einmal über eigenständige Informationsquellen, und vielleicht spielte auch ein Überrest des traditionellen Mißtrauens des Hauses Savoyen gegenüber Frankreich und seinen republikanischen Traditionen eine gewisse Rolle.

In diesem politisch-diplomatischen Rahmen entwickelten sich ab Ende 1943 die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Beide Seiten begingen Fehler, die häufig, Charakteristikum zweier eng verwandter Völker, einem hohen Maß an Emotionalität und Empfindlichkeit zuzuschreiben waren. Der Historiker kann diese Fakten nur mit Bedauern konstatieren. In Wirklichkeit ergibt sich nämlich aus den jetzt verfügbaren Quellen eine außergewöhnliche und bezeichnende Parallelität beim politischen und administrativen Wiederaufbau beider Staaten, die im Krieg erhebliche Zerstörungen erlitten hatten¹. In beiden Ländern agierten, namentlich in den Jahren 1942/43, vorausschauende Gruppen, die die herrschenden Regime entschieden ablehnten. Hier wie dort handelte es sich darum, einen Staat neu, ex nihilo, zu gründen. Beide mußten die Selbständigkeit wiedergewinnen und sich von der erstikenden Bevormundung der Alliierten, die andere Interessen und Zielsetzungen verfolgten, befreien.

Für ein gemeinsames Vorgehen Italiens und des neuen Frankreich waren die Ausgangspunkte zu weit voneinander entfernt, außerdem waren die Gemüter zu erregt, als daß Stimmen, die zur Vernunft rieten, hätten Gehör finden können. Der neuen italienischen Regierung ist anzukreiden: Es reichte nicht aus, vom totalitären faschistischen Regime abzurücken, um dessen Schandtaten vergessen zu machen, geschweige denn zu tilgen. Das Unrecht, das Mussolini Frankreich zugefügt hatte, wog dazu viel zu schwer. Hinzu kam, daß eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich nie das Hauptanliegen jener kleinen Gruppe von weniger als 20 Diplomaten war, die dem König und Badoglio auf ihrer Flucht nach Brindisi gefolgt waren. Badoglio als interimistischer Außenminister und Renato Prunas, der frühere Botschafter in Lissabon, als Generalsekretär, bemühten sich vor allem darum, vor der Weltöffentlichkeit als einzige legitime Regierung Italiens anerkannt zu werden. Ferner versuchten sie, vor allem nach der Erklärung Italiens zur „mitkriegführenden Macht“ (cobelligeranza), den Handlungsspielraum gegenüber

¹ Jean-Baptiste Duroselle, *Le général De Gaulle et l'Italie de juin 1943 à septembre 1944*, in: Jean-Baptiste Duroselle/Enrico Serra (Hrsg.), *Italia e Francia, 1939–1945*, Mailand 1984, Bd. 1., S. 97–115; Maurice Vaïsse, *Les bureaux d'études des affaires étrangères et l'Italie (1940–1944)*, in: Ebenda, S. 271–284; Jean-Baptiste Duroselle, *L'abîme: 1939–1945*, Paris 1982; Pierre Guillen, *Les relations franco-italiennes en 1943–44*, in: *Revue d'Histoire Diplomatique*, 1976, S. 112–160; ders., *La réinsertion internationale de l'Italie après la chute du fascisme (1943–47)*, in: *Relations Internationales*, Herbst 1982, S. 333–349.

den Alliierten zu erweitern². Und schließlich ging es ihnen um den Wiederaufbau des Netzes diplomatischer Vertretungen in den neutralen Staaten, so z. B. um die Errichtung von Botschaften in Ankara, Madrid und Buenos Aires, von Gesandtschaften in Bern, Helsinki, Kabul, Dublin, Lissabon und Stockholm und von Konsulaten in Tanger, Spanien, Portugal, Algerien, der Schweiz und der Türkei. Diese Verbindungen waren anfangs der strikten und engherzigen Kontrolle der Alliierten unterworfen. Selbst als gegen Ende 1944 eine direkte telegraphische Nachrichtenverbindung zu einigen Vertretungen bewilligt wurde, behielten sich die Alliierten eine „Sicherheitskontrolle“ vor, die es ihnen ermöglichte, die Absendung von Telegrammen zu verzögern und sie manchmal sogar ganz zu blockieren. Die wiederholten Einsprüche von Prunas konnten an diesem Zustand wenig ändern. Die italienischen Diplomaten sahen sich deshalb gezwungen, fast ausschließlich mit Informationen aus englisch-amerikanischen Quellen zu arbeiten. Das wirkte sich – wie schon angedeutet – besonders negativ auf das Verhältnis zu General De Gaulle aus, dem man ja in Washington und London heftiges Mißtrauen, z. T. sogar Feindschaft entgegenbrachte.

Zu einer ersten italienisch-französischen Kontaktaufnahme kam es im Oktober 1943 in Madrid, wo sich der italienische Botschafter Giacomo Paulucci De Calboli mit dem bevollmächtigten Gesandten Jacques Truelle, dem offiziellen Vertreter des De Gaulle'schen Komitees bei der Regierung Franco, traf³. Das Gespräch blieb folgenlos. Die Situation änderte sich nach der Moskauer Außenminister-Konferenz vom Oktober 1943, wo eine Advisory Commission für Italien ins Leben gerufen wurde, die sich mit allen nicht-militärischen Fragen der Besatzung in Italien befassen sollte und anfangs in Algier zusammentrat. Vertreter der einzelnen Staaten und damit in einem gewissen Sinne Botschafter in Italien waren Robert D. Murphy für die Vereinigten Staaten, Harold Macmillan für Großbritannien, Andrei Wyschinski für die UdSSR und René Massigli, der gleichzeitig auch CFLN-Kommissar war, für Frankreich. In einer langen Unterredung, die am 6. Dezember 1943 in Brindisi zwischen Massigli und Prunas (der von 1937–1939 Gesandter in Paris gewesen war) stattfand, erkannten beide das gemeinsame Interesse ihrer Länder „an einer neuen Ära der Zusammenarbeit und Verständigung“. In einem späteren Treffen mit General Badoglio bekräftigte Massigli diese Auffassung. Der französische Vertreter beklagte sich dabei über die Isolierung, in der die Alliierten das formal noch nicht anerkannte CFLN hielten, und betonte seine

² Pietro Badoglio, *L'Italia nella seconda guerra mondiale*, Mailand 1946.

³ Im Oktober fand in Algier ein Treffen zwischen General De Gaulle und Carlo Sforza statt, bei dem De Gaulle durch Andeutungen über ein italienisch-französisches Abkommen auf italienischer Seite große Hoffnungen weckte. Carlo Sforza, *L'Italie telle quelle je l'ai vue*, Paris 1946, S. 230. De Gaulle hat in seinen *Memoires de guerre*, Bd. 2, Paris 1956, S. 192, eine ganze Reihe von Forderungen an die italienische Seite erwähnt.

Überzeugung, daß das italienisch-französische Abkommen von 1896 über Tunis, das den dort ansässigen Italienern einen Vorzugsstatus eingeräumt hatte, auf Grund der Kriegsereignisse nichtig sei. Schließlich verständigte man sich darauf, eine dauerhafte Verbindung einzurichten, die über den italienischen General Castellano, der den Waffenstillstand mit den Alliierten ausgehandelt hatte und sich nun in Algier beim Hauptquartier Eisenhowers befand, und den Diplomaten François De Panafieu, der als Offizier in Italien tätig war, laufen sollte.

Insgesamt scheint Prunas über die Vorgänge in Algier nicht ausreichend informiert gewesen zu sein. Er unterschätzte De Gaulles Position auch dann noch, als dieser durch die Ausschaltung von General Giraud Präsident des CFLN geworden war. Schwerlich ließe sich sonst seine Bemerkung in einem Vermerk für Marschall Badoglio erklären, in der er etwas von oben herab betonte, daß das CFLN von Italien noch nicht „anerkannt“ worden sei. Einstweilen noch ohne Antwort muß die Frage bleiben, ob der König und Prunas damals davon wußten, daß das Komitee De Gaulles' im Sommer 1943 Mas-sigli's Vorschlag eines harten Straffriedens für Italien angenommen hatte, der unter anderem vorsah: die Einführung der Republik, die Abtretung von Aosta, Oulx und Séstière an Frankreich, die Rückgabe Südtirols an Österreich und die Abtretung Dalmatiens und Istriens, einschließlich von Triest, an Jugoslawien. Hatte die italienische Regierung allerdings Kenntnis von diesen Plänen, dann würde sich Prunas' fortdauernde mißtrauische Zurückhaltung De Gaulle gegenüber erklären. Sein Mißtrauen richtete sich aber auch teilweise nach dem amerikanischen Vorbild, es beruhte außerdem auf Zeitungsmeldungen aus Neapel vom April 1944, denen zufolge De Gaulle Vittorio Emanuele III. und Badoglio zum Rücktritt aufgefordert habe, und schließlich resultierte es aus einer Verkennung der gaullistischen Bewegung als neue „Volksfront“.

Ebenso schwer wie die Fehleinschätzung des politischen Gewichts von De Gaulle wog, daß sich die italienische Regierung von den Alliierten durch einseitige und machiavellistisch lancierte Nachrichten geraume Zeit zu der Hoffnung verleiten ließ, daß der Status der „cobelligeranza“ in relativ kurzer Zeit in den eines Verbündeten umgewandelt würde. Deshalb glaubten in der italienischen Regierung viele, daß die Zeit auch im Verhältnis zu Frankreich zugunsten Italiens arbeiten und es letzterem erspart bleiben würde, sich eindeutig von den kriegerischen Abenteuern des faschistischen Regimes zu distanzieren. Es dauerte deshalb bis zum 23. Mai 1944, ehe sich die Regierung Badoglio zu einer Erklärung aufraffte, in der die faschistische Außenpolitik öffentlich abgelehnt und die Angriffe gegen Frankreich, Griechenland usw. verurteilt wurden. Und erst am 5. Juni 1944 beschloß das zum letzten Mal unter Badoglios Vorsitz tagende Kabinett „einstimmig den Waffenstillstand von Villa Incisa zwischen den Bevollmächtigten von Pétain und Mussolini für un-

gültig zu erklären“⁴. Der italienische Bevollmächtigte war damals übrigens Marschall Badoglio gewesen.

Nach der Befreiung Roms, dem Rückzug des Königs in das Privatleben und der Ablösung Badoglios durch Ivanoe Bonomi⁵ sah sich die Regierung sofort mit neuen Fragen konfrontiert, die die italienisch-französischen Beziehungen weiter beeinträchtigen konnten, denn sowohl die militärische Besetzung der Insel Elba durch ein französisches Korps unter General Pétit, als auch die haarsträubende Lage der italienischen Kriegsgefangenen im französischen Nordafrika warfen neue Probleme auf.

Im ersten Fall erwies sich die Befürchtung, die Franzosen könnten versuchen, die Insel zu annektieren, als übertrieben. Sie sahen in Elba nur einen günstigen Brückenkopf für ihre Rückkehr nach Südfrankreich und zogen sich bald, freilich nicht ohne Nachhilfe von alliierter Seite, wieder zurück. Sehr viel verwickelter war hingegen die Problematik der Kriegsgefangenen. Die italienischen Gefangenen im amerikanischen Gewahrsam waren freie Arbeiter geworden, die italienischen Soldaten in englischer Kriegsgefangenschaft behielten zwar den Status von Kriegsgefangenen, hatten aber nicht übermäßig unter materiellen Schwierigkeiten zu leiden. Weitaus gravierender war dagegen die Situation der 40 000 Italiener, die von den Alliierten an die französischen Behörden abgegeben worden waren. General Castellano, der die Gefangenenlager besucht hatte, meldete die manchmal verheerenden Verhältnisse dem alliierten Oberkommando und setzte sich dafür ein, die Betroffenen unter alliierte Aufsicht zu stellen. Seine Initiative blieb erfolglos, verärgerte De Gaulle aber vermutlich so sehr, daß er die Auflösung der italienischen Delegation beim alliierten Oberkommando und die Abberufung von Castellano forderte.

Ende Juni 1944 traf De Gaulle in Italien ein, um die Truppen von General Juin zu inspizieren und den Heiligen Vater und den vatikanischen Staatssekretär Maglione aufzusuchen. Nach Aussage von Renato Prunas, der mit De Gaulle am 1. Juli konferierte, hat der französische Regierungschef „voller Überzeugung“ wiederholt, daß „Frankreich keinerlei territoriale Ansprüche Italien gegenüber erhebe. Die territoriale Einheit Italiens gehöre im Gegenteil zu den Zielen seiner Politik“. Diese Worte standen nicht nur zu den Forderungen des CFLN im Widerspruch, sondern auch zu De Gaulles eigenen Wünschen, die er im Oktober 1943 in einem Gespräch mit dem späteren

⁴ Für weitere Informationen über den Waffenstillstand in Villa Incisa vgl. Leon Noël, *Le diktat de Rethondes et l'armistice franco-italien de juin 1940*, Paris 1954, und Gianluca André, *Osservazioni sull'armistizio italo-francese del 24 giugno 1940*, Mailand 1978.

⁵ Ivanoe Bonomi, *Diario di un anno (2 giugno 1943–10 giugno 1944)*, Mailand 1947; Elena Ag-Rossi, *La situazione politica ed economica dell'Italia nel periodo 1944–45: i governi Bonomi*, in: *Quaderni dell'Istituto romano per la storia d'Italia dal fascismo alla Resistenza*, Nr. 2, Rom 1971; Roberto Ducci, *I capintesta*, Mailand 1982.

Außenminister Carlo Sforza angemeldet hatte⁶. Gleichwohl maß man der Erklärung De Gaulles eine übermäßige Bedeutung bei, während andere Aussagen, die Prunas mit derselben Sorgfalt festhielt, unterschätzt und später kaum beachtet wurden. De Gaulle äußerte etwa den Wunsch, daß Italien und Frankreich „direkt, geheim und ohne Einmischung Dritter“ miteinander sprechen sollten und ernannte deshalb einen „bevollmächtigten Vertreter“, nämlich Couve de Murville, beim italienischen Außenministerium. Außerdem vertrat er die Auffassung, daß „die Engländer eine italienisch-französische Verständigung behindern würden. Sie würden eher versuchen, die Gegensätze zwischen den beiden Staaten zu verstärken als diese abzuschwächen“. De Gaulle signalisierte also in dieser Unterredung eine weitreichende Gesprächsbereitschaft, der man auf italienischer Seite nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkte⁷, weil das Gesamtklima durch die Gewalttaten der marokkanischen Truppen, die schreckliche Situation der italienischen Kriegsgefangenen in französischer Hand, dauernde Konflikte zwischen Italienern und Franzosen im befreiten Italien und durch heftige Attacken der französischen Presse in Algier getrübt war.

Nicht ganz unbeeinflusst von solchen Störfaktoren begannen die Verhandlungen zwischen Prunas und Couve de Murville, die auf eine Wiederherstellung normaler bilateraler Beziehungen abzielten und bald um die Tunesien-Frage kreisten, die seit 1861 das größte Problem in den beiderseitigen Beziehungen dargestellt hatte, das auch nach dem Sturz Mussolinis nicht leicht zu lösen war. Couve de Murville stiftete Verwirrung und sorgte für Verzögerungen durch seine Erklärung, nur für dieses spezielle Thema zuständig zu sein. Prunas betrachtete die Tunesien-Frage zwar ebenfalls als ein wichtiges Gesprächsthema, wollte es aber eingebettet sehen in Verhandlungen über alle offenen Streitfragen. Man kam nicht voran, da sich paradoxerweise ausgerechnet nach der Annullierung des Waffenstillstandes von Villa Incisa durch die Regierung Badoglio die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter verschlechterten. Einer kuriosen juristischen Interpretation⁸ der inzwischen nach Paris übergesiedelten Regierung De Gaulle zufolge hatte die Annullierung den „Kriegszustand“ zwischen Italien und Frankreich wiederhergestellt. Grund genug, um den italienischen Besitz in Frankreich zu beschlagnahmen und einen Teil der dort ansässigen 800 000 Italiener aus ihren beruflichen Stellen zu entlassen oder sie zu internieren. Italienische Soldaten und Offi-

⁶ Vgl. Mario Toscano, *La ripresa delle relazioni diplomatiche fra l'Italia e la Francia nel corso della seconda guerra mondiale*, in: Ders., *Pagine di storia diplomatica contemporanea*, Mailand 1963, Bd. 2, S. 359 ff.

⁷ Prunas an Bonomi, 1. Juli 1944, auszugsweise in: Ebenda, S. 383–391.

⁸ In der Moskauer Konferenz im Oktober 1943 war betont worden, daß der Waffenstillstand vom 8. September mit Italien für alle Vereinten Nationen gültig sei, so daß damals sogar ein französischer Vertreter des Komitees von Algier herbeigerufen worden war, um an der Advisory Commission für Italien teilzunehmen.

ziere, von denen etliche an der Widerstandsbewegung teilgenommen hatten, wurden z.T. sogar wie Angehörige der deutschen Wehrmacht behandelt. Selbst Tausende von italienischen Widerstandskämpfern, die sich vor dem Zugriff der deutschen Truppen auf französisches Territorium geflüchtet hatten, wurden entwaffnet, interniert oder des Landes verwiesen.

Noch absurder war die Lage der Truppen der 7. italienischen Armee, die in Korsika stationiert gewesen waren und dort die Deutschen vertrieben hatten. Die Erinnerung an die Befreiung von Bastia, bei der einige Hundert italienische Soldaten ums Leben gekommen waren, war noch frisch. Gleichwohl nahm man den vier italienischen Divisionen die Waffen ab und zwang sie zur Rückkehr in die Heimat. Die restlichen, überwiegend in der Etappe eingesetzten Truppen zogen sich, als die feindselige Stimmung in der einheimischen Bevölkerung stieg, nach Sardinien zurück. Italienische Soldaten, die wegen wirklicher oder angeblicher Vergehen und Verbrechen verhaftet worden waren, mußten sich vor Zivil-, nicht vor Militärgerichten verantworten. Und von den ca. 10 000 in Korsika ansässigen Italienern, von denen viele am Widerstand mitgewirkt hatten, mußten nicht wenige Willkürakte und Verhaftungen über sich ergehen lassen.

Die zahlreichen energischen Proteste, die die Regierung Bonomi deswegen an die alliierten Behörden und Couve de Murville richtete, verfehlten ihre Wirkung. Wie es in solchen Fällen häufig geschieht, bestimmte jedoch die Erfolglosigkeit der diplomatischen Vorstöße die Reaktionen der Handelnden, so daß man sich schon nach kurzer Zeit in einem fatalen Teufelskreis befand: Jedes Nein aus Paris hatte ein Nein aus Rom zur Folge. Bonomi schlug so beispielsweise die französische Bitte, einige Tausend italienische Arbeiter zur Hilfe beim Wiederaufbau nach Frankreich zu schicken, aus, und er verzögerte die Freigabe der französischen Güter in Italien. Diese zunehmende Verschlechterung der Beziehungen war wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es Ende des Jahres 1944, trotz eindeutiger Signale aus Paris, noch immer nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und Italien gekommen war, während Moskau schon seit dem 23. März 1944 diplomatische Beziehungen zu Rom unterhielt und Washington und London am 27. September 1944 beschlossen hatten, Botschafter mit Italien auszutauschen. Frankreich war so Ende 1944, abgesehen von Jugoslawien und Griechenland, das einzige der alliierten Länder, das keinen Botschafter in Rom akkreditiert hatte.

Als Alcide De Gasperi im Dezember 1944 in der zweiten Regierung Bonomi das Außenministerium übernahm⁹, stand ihm schon nach kurzem Stu-

⁹ Gabriele De Rosa (Hrsg.), *Alcide De Gasperi. I cattolici dall'opposizione al governo*, Bari 1955; Giulio Andreotti, *De Gasperi e il suo tempo*, Mailand 1964; Pietro Nenni, *Tempo di guerra fredda. Diari 1943–1956*, Mailand 1981; Francesco Caracciolo, *Diario di Napoli, 1943–44*, Florenz 1964; Pierre Guillen, *Le réinsertion internationale de l'Italie*, S. 345 ff.

dium der italienisch-französischen Streitfragen klar vor Augen, daß Rom in der Tunesien-Frage nicht viel erreichen konnte. Er hielt es für verfehlt, das Problem bis zu einer noch nicht absehbaren Friedenskonferenz, bei der Italien wohl sowieso auf einsamem Posten stehen würde, schwelen zu lassen und damit die Beziehungen der beiden Länder zu belasten, wo es soviel Wichtigeres und Dringenderes zu lösen gab. Mit Einverständnis des Ministerpräsidenten wurde deshalb schon am 31. Januar 1945 der französische Vorschlag, das Tunis-Abkommen von 1896 für nichtig zu erklären, akzeptiert. In einem Notenwechsel vom 28. Februar 1945 vereinbarte man, zu einem späteren Termin eine neue Konvention ins Auge zu fassen. Am gleichen Tag wurden mit der Ernennung eines italienischen Geschäftsträgers im Botschafterrang in Paris und mit der Entsendung von italienischen Konsuln nach Paris, Toulouse und Marseille die „direkten Beziehungen“ zwischen beiden Ländern wiederhergestellt.

„Direkte Beziehungen“ waren noch keine normalen diplomatischen Beziehungen. Der neue Botschafter Giuseppe Saragat bekam das sofort zu spüren. Als er Mitte April 1945 Paris erreichte, wurde in der italienisch-französischen Nachkriegsgeschichte gerade ein weiteres düsteres Kapitel aufgeschlagen. Einige Wochen vor seiner Abreise waren nämlich in Rom die ersten verlässlichen Nachrichten über den Aufmarsch französischer Truppen an der italienischen Grenze und über den Plan der Franzosen, das Aosta-Tal bis Turin zu besetzen, eingetroffen. Die Aussicht, das Aosta-Tal und andere italienische Gebiete könnten von Frankreich annektiert werden und französische Truppen, namentlich die berüchtigten marokkanischen Einheiten, könnten sich für den „Dolchstoß“ von 1940 an der Bevölkerung rächen, weckte Erregung und Angstgefühle, die sich bis zur Panik steigerten, als Radio Rom am 31. März meldete, französische Truppen hätten in der Region des Kleinen Sankt Bernhard, Richtung Südosten, die Grenze überschritten. Tatsächlich wurde wenig später die französische Flagge auf dem Berg Tenda gehißt und General Juin zum Chef der Besatzungstruppen in Italien ernannt. Die französische Presse nannte als sofort zu annektierende Gebiete u. a. Ivrea, Pinerolo, Ventimiglia, Briga und Tenda. Grenzberichtigungen, über welche die italienische Regierung durchaus mit sich reden lassen wollte, hatte man sich in Rom ganz anders vorgestellt.

Während Saragat bei der französischen Regierung zu vermitteln suchte, alarmierten Bonomi und De Gasperi den Chef der alliierten Militärregierung, Admiral Ellery W. Stone, der die Anmaßung De Gaulles nicht hinzunehmen gedachte. Die ersten Versuche der Alliierten, De Gaulle zum Rückzug der französischen Truppen zu bewegen, blieben erfolglos, bestärkten den General im Gegenteil sogar noch in seinem Entschluß, bis zum Äußersten zu gehen. Er wollte sich für die Tatsache revanchieren, daß Frankreich nicht an den Waffenstillstandsverhandlungen mit Italien beteiligt worden war, eine franzö-

sische Besatzungszone auf italienischem Boden schaffen und dadurch eine gewisse Gleichberechtigung mit den angloamerikanischen Alliierten herstellen. Die Situation spitzte sich schließlich so zu, daß Präsident Truman am 7. Juni 1945 ultimativ die Order gab, alle Nachschublieferungen, mit Ausnahme von Lebensmitteln, an die französischen Truppen einzustellen, was De Gaulle schließlich zum Einlenken bewog. Am 11. Juni wurde in Caserta ein Abkommen getroffen, das den allmählichen Rückzug der französischen Truppen aus den italienischen Gebieten vorsah. Da der Rückzug jedoch langsamer als geplant erfolgte, blieben Zweifel an den wirklichen Absichten des Generals bestehen, nicht zuletzt auch deshalb, weil französische Stimmen, die für eine Annexion der fraglichen Gebiete plädierten, auch nach dem Machtwort Trumans nicht verstummten. In dieser gespannten Situation hielt man es in Rom für das beste, der Region Aosta weitreichende Autonomie-Rechte einzuräumen.

Die Wogen glätteten sich freilich noch lange nicht. Da sich in Frankreich die Verhältnisse langsam stabilisierten, wuchs in den Pariser Regierungskreisen der Wunsch, den Rang der „Grande Nation“ in der Welt wiederherzustellen. Im Umgang mit Italien kehrte man deshalb den Sieger heraus und ließ keine Gelegenheit verstreichen, dem südlichen Nachbarn zu dokumentieren, daß er verloren hatte. Die Atmosphäre war so mit Mißtrauen geladen und einzelne Maßnahmen häufig von Willkür diktiert, wie z. B. die von der französischen Polizei durchgeführten Beschlagnahmungen von italienischen Konsulaten und Kulturhäusern. Die fast absurde Situation erreichte ihren Höhepunkt, als italienische Soldaten, die aus deutschen Internierungslagern befreit worden waren und auf der Heimreise französisches Gebiet passierten, verhaftet und in französische Lager gesandt wurden.

Dank der Bemühungen Saragats und des Entgegenkommens von Außenminister Bidault besserte sich zumindest die Situation der Kriegsgefangenen. Für diejenigen, die die Umwandlung in „freie Arbeiter“ akzeptierten, gab es keine Probleme. Die übrigen wurden, ebenso wie die Kriegsgefangenen aus Französisch-Nordafrika, mit erheblichem Verzug, der z. T. auch mit dem Mangel an Transportmitteln zusammenhing, in die Heimat entlassen. Diese Verzögerungen verhinderten den raschen Abschluß eines Abkommens über die italienische Auswanderung nach Frankreich, denn es wäre undenkbar gewesen, qualifizierte Arbeiter in ein Land zu schicken, das noch Tausende von Landsleuten in Internierungslagern gefangenhielt. So wurde das neue italienisch-französische Auswanderungsabkommen erst am 21. März 1947 unterschrieben.

Selbst als Ferruccio Parri, der anerkannte Führer der Resistenza, im Juni 1945 Bonomis Platz als Chef der Regierung übernahm, entspannte sich die Situation nicht¹⁰. Zu diesem Zeitpunkt präzisierte De Gaulle in Gesprächen mit Saragat, Nenni, De Gasperi und Sforza die französischen Gebietsansprü-

che. Stimmte Rom der Abtretung der Gebiete von Briga, Tenda, Chaberton und des Fezzan zu, dann werde er die italienische Position in bezug auf Triest, Libyen und Südtirol unterstützen. Außerdem mahnte er erneut, London und Washington bei den bilateralen Verhandlungen nicht zu beteiligen. Bidault, der die territorialen Forderungen persönlich nicht befürwortete, gab seinen italienischen Gesprächspartnern zu verstehen, daß der General nicht nachgeben würde, da er die Forderung nach Grenzberichtigungen weniger als eine Sicherheitsfrage, sondern eher als Wiedergutmachung der Schmach, die Italien seinem Land zugefügt hatte, ansah.

Rom scheute jedoch vor verbindlichen Zusagen zurück. Während die italienische Diplomatie noch zauderte, wuchsen Ansehen und internationale Stellung De Gaulles und Frankreichs, das 1945 offiziell in die Reihe der Sieger aufgenommen wurde und somit auch an der Abfassung des Friedensvertrages mit Italien teilhaben würde. Die italienische Regierung, noch immer bestrebt, eine territoriale Amputation im Nordwesten des Landes zu verhindern, erhoffte sich – trotz der nicht immer befriedigenden Erfahrungen von Jalta und Potsdam – Schützenhilfe von London und Washington, wo man sich aber auf den Standpunkt zurückzog, Italien solle über die Grenzfrage auf direktem Wege mit Frankreich verhandeln. Italien hätte bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag, insbesondere bei der Venezia-Giulia-Frage, wohl mit größerer französischer Unterstützung rechnen können, wenn es den Forderungen von Paris mehr Verständnis entgegengebracht hätte, anstatt sich auf langwierige Verhandlungen und diplomatische Winkelzüge einzulassen, die die französische Regierung nur verärgern konnten¹¹. Letztlich mußte Rom in den Pariser Friedensvertragsverhandlungen die französischen Gebietsforderungen akzeptieren¹², so läppisch sie damals schienen und heute noch scheinen. Der Verlust der Moncenisio-Wasserkraftwerke mit ihrem riesigen Stausee, den drei Staudämmen (200 Mio KW pro Jahr) und den Wasserkraftanlagen des Roja-Tales (150 Mio KW pro Jahr) fiel dabei am schwersten ins Gewicht¹³. Im Grunde bestätigte der Friedensvertrag aber nur die Realitäten: Italiens Stellung unter den Nationen der Welt war gesunken. Die Geschichte der italienischen Außenpolitik von 1943 bis 1950 ist nach Bru-

¹⁰ Enzo Piscitelli, *Da Parri a De Gasperi. Storia del dopoguerra 1945–1948*, Mailand 1975; Enzo Collotti, *L'Italia dalla liberazione alla repubblica*, Mailand 1977.

¹¹ Vgl. Toscano, *La ripresa delle relazioni diplomatiche fra l'Italia e la Francia*, S. 359–444, und Enrico Serra, *La diplomazia italiana e la ripresa dei rapporti con la Francia (1943–1945)*, in: Duroselle / Serra, *Italia e Francia 1939–1945*, Mailand 1984, Bd. 2, S. 234.

¹² Aldus, *La rettifica della frontiera italo-francese*, in: *Rivista di studi politici internazionali* 29 (1962) Nr. 4, S. 515–532.

¹³ Vgl. dazu Filippo Sacchi, *I confini con la Francia*, in: *Relazioni Internazionali*, 15. Februar 1947, S. 102.

nello Vigezzi „die Geschichte vom ‚Ende einer Großmacht‘ und dem schwierigen Übergang zu einer demokratischen Mittelmacht“¹⁴.

Erleichtert wurde dieser Übergang durch das Ende der Dynastie Savoyen, dessen Auswirkungen auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen Italiens vielfach unterschätzt werden. Mit der Monarchie endete auch eine Tradition nationalistischer Außenpolitik, die darauf abgezielt hatte, Rivalitäten und Gegensätze zwischen den Großmächten im Namen eines „geheiligten Egoismus“ auszunutzen. Als Nachspiel dieser wenig berechenbaren Politik kann man sicherlich die überraschende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion im Jahre 1944 ansehen. Die neuen Männer der italienischen Politik, die vor allem nach der Ablösung Badoglio mehr und mehr an Einfluß gewannen, erkannten aber, daß angesichts der weltpolitischen Polarisierung eine Politik der völligen Unabhängigkeit oder Neutralität die Kräfte Italiens heillos überforderte. Als Alternative zur „Abhängigkeit“ blieb so für Rom nur eine Politik der „interdipendenza“, der gegenseitigen Abhängigkeit.

Auf der Pariser Friedenskonferenz war eine Reihe von Fragen ungelöst geblieben, die in den Augen der italienischen Regierung von größter Bedeutung waren: Triest, die Kolonien, Reparationen. Die Suche nach einer Lösung dieser Probleme, die nach 1947 in allen westlichen Hauptstädten einsetzte, wirkte wie ein Katalysator für die Wiederaufnahme Italiens in die internationale Gemeinschaft und die Schaffung einer wechselseitig abhängigen europäischen Staatengemeinschaft, der – das wurde zumal im spannungsreichen Klima des Kalten Krieges schnell deutlich – auch Italien angehören sollte. Frankreich mit seinen zahlreichen Verpflichtungen und Interessen im Mittelmeerraum, wo die Palästinafrage schwebte und die nordafrikanischen Befreiungsbewegungen immer energischer hervortraten, erkannte die Bedeutung Italiens für die Nachkriegsordnung Europas. Die Furcht vor einem Wiedererstarken des „Erbfeindes“ östlich des Rheins tat ein übriges, um Paris zur Abkehr von der einst harten Linie gegenüber Rom zu veranlassen. So kam es zu einer italienisch-französischen Annäherung, und Frankreich machte sich häufig, wenn zunächst auch nur zaghaft, zum Anwalt Italiens auf der internationalen Bühne, so z. B. in der Triest- und Kolonialfrage, in den Debatten, die der Aufnahme Italiens in die UNO vorausgingen, oder in der Frage des Beitritts Italiens zur NATO oder zur Europäischen Gemeinschaft.

Im Zeichen des französisch-italienischen „Taufwitters“ kam man auch bei der Lösung bilateraler Probleme schrittweise voran. Nach langen Verhandlungen war am 21. März 1947 ein Abkommen unterschriftsreif, welches gemäß dem Konzept der „Organisierten Emigration“ vorsah, jährlich 200 000

¹⁴ Brunello Vigezzi, De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la percezione della politica di potenza dal trattato di pace al Patto Atlantico, in: Storia contemporanea 16 (1985), S. 661–685.

italienische Arbeiter nach Frankreich zu schicken. Am 13. August 1947 wurde in Paris, unter der Teilnahme von 130 französischen Abgeordneten, die interparlamentarische Union „France-Italie“ gegründet. Ende September fand im Mailänder Istituto di Studi Politici Internazionali (ISPI) ein italienisch-französisches Treffen statt, an dem bedeutende Persönlichkeiten und Wissenschaftler aus beiden Ländern teilnahmen. Außerdem befürwortete Frankreich die italienische Teilnahme an dem von den Vereinigten Staaten lancierten Europäischen Wiederaufbauprogramm¹⁵, während es in Italien auch Stimmen gab, die auf die amerikanischen Finanzspritzen am liebsten verzichtet hätten, weil damit auch eine politische Option verbunden war.

In Rom scheint man das plötzlich erwachte Interesse Frankreichs an französisch-italienischen Sonderbeziehungen zunächst nicht ganz geteilt zu haben. Die italienische Delegation auf der Pariser Marshallplankonferenz wurde von der Regierung angewiesen, bei den Verhandlungen auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bedacht zu sein und eine europäische Zollgemeinschaft anzustreben. Lediglich als Vorstufe dazu dachte man an die Schaffung einer italienisch-französischen Zollunion, außerdem bekräftigte man das Prinzip multilateraler Handelsverträge¹⁶. Man hat also die späteren Behauptungen Außenminister Sforzas, er habe auf der Pariser Marshallplankonferenz den Vorschlag einer italienisch-französischen Zollunion gemacht, cum grano salis zu nehmen¹⁷.

Durch die wohlwollende Haltung Frankreichs begünstigt, kam dann allerdings schon kurz nach der Pariser Konferenz eine Entwicklung in Gang, die auf eine Übereinkunft zwischen Rom und Paris hinauslaufen schien. Dank des intelligenten und unermüdlichen Einsatzes des italienischen Botschafters in Paris, Pietro Quaroni, und des Direktors für Politische Angelegenheiten im französischen Außenministerium, René Alphan, konnte man sich am 13. September 1947 im Quai d'Orsay auf die Einrichtung einer bilateralen Kommission einigen, die unter der Federführung von Pietro Campilli, dem Leiter der italienischen Delegation, und des französischen Außenministers Bidault einen Bericht über das italienisch-französische Zollprojekt anfertigen sollte. Unter der Stabführung der Leiter der Wirtschaftsabteilungen der beiden Außenministerien, Umberto Grazi und Roger Drouin, trat die Kommission mehrfach zusammen. Am 22. Dezember veröffentlichte sie den „Endgültigen Bericht über die italienisch-französische Zollunion“, in dem die opti-

¹⁵ Vgl. Rosaria Quartararo, *L'Italia e il piano Marshall (1947–1952)*, in: *Storia contemporanea* 15 (1984), S. 647–722, und Elena Aga-Rossi (Hrsg.), *Il piano Marshall e l'Europa*, Rom 1983.

¹⁶ Archivio Storico-Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri (künftig: AEI), DAE, Italia, Piano Marshall, Aktennotiz für den Minister, 28. Juli 1947, busta 141.

¹⁷ In einem Vortrag in Neapel am 17. Januar 1948. Wahr daran ist, daß er es schon De Gaulle vorgeschlagen hatte in einem Treffen der beiden Staatsmänner, das im Oktober 1943 in Algier stattfand. Vgl. Carlo Sforza, *L'Italie telle quelle je l'ai vue*, Paris 1946, S. 230.

mistische Auffassung vertreten wurde, einem solchen Projekt stünden keine wirklichen Hindernisse entgegen, ja es würde sogar zur Lösung der beiderseitigen ökonomischen Probleme beitragen.

Die Idee einer italienisch-französischen Zollunion fand sofort die Unterstützung der damals von Zusammenschlüssen jeder Art begeisterten öffentlichen Meinung beider Länder. Je tiefer man aber in die Besonderheiten der verschiedenen Wirtschaftszweige eindrang, desto größer wurden die Schwierigkeiten. Wie Botschafter Grazi erkannten auch einige andere, daß man sich bei der Lösung dieser Probleme nicht nur auf den Bereich der Zolltarife beschränken konnte, sondern vielmehr auf eine wahre Wirtschaftsgemeinschaft hinarbeiten mußte. Dieser Qualitätssprung in den Planungen schuf jedoch mehr Probleme als er löste. Rom und Paris sahen sich aber vor drei weitere Probleme gestellt, die das Zollunionsprojekt insgesamt begünstigten: der von Frankreich gefürchtete Wiederaufstieg Deutschlands, die Wahlen in Italien, wo die kommunistisch orientierte Volksfront die Oberhand zu gewinnen drohte, und die Weigerung Großbritanniens, dem europäischen Zollverband beizutreten. Außerdem drängte die Zeit. Am 20. März 1948 trafen sich deshalb die Außenminister Sforza und Bidault in Turin. Im einstigen Arbeitszimmer des Grafen Cavour riefen sie eine gemischte Kommission ins Leben, die einen Plan für die Verwirklichung des Zollvereins, ein Abkommen zur Intensivierung der Handelsbeziehungen und ein Protokoll über Clearing-Zahlungen entwerfen sollte. Bei dieser Gelegenheit verlas Bidault auch die berühmte Erklärung zur Triest-Frage, in der die drei Westmächte das populäre Versprechen ablegten, sich für die baldige Rückkehr der Stadt in das italienische Hoheitsgebiet einzusetzen.

Nach diesem vielversprechenden Auftakt kam es in Frankreich zu mehreren Regierungsumbildungen. Alle Amtsinhaber im Quai d'Orsay pflegten zwar die Beziehungen zu Italien und bekräftigten die Bereitschaft, weiterhin im Sinne einer italienisch-französischen Zollunion zu arbeiten. Die Fachleute waren aber längst nüchterner geworden. Die Sitzungen der bilateralen Kommission ließen eindeutig erkennen, daß eine solche Union von beiden Seiten beträchtliche Opfer verlangte, weil die beiden Volkswirtschaften sich nicht ergänzten. Die Entwicklung der Zollunion geriet so in ihre erste große Krise. In dieser Situation kam es zu einem interessanten Meinungsaustausch zwischen Luigi Einaudi, dem Präsidenten der italienischen Republik, und dem italienischen Botschafter in Paris, Pietro Quaroni. Einaudi vertrat den Standpunkt, daß die Zollunion zwischen beiden Ländern nur durch eine politische Entscheidung von oben zu realisieren sei und man es dann den einzelnen Interessengruppen überlassen müsse, ihre Stellung im freien Spiel der Kräfte zu behaupten. Quaroni, der diese Meinung grundsätzlich teilte, warf jedoch ein, daß keine französische Regierung zu einem solchen „Herrschaftsakt“ fähig sei, und sah deshalb in einer vorhergehenden Vereinbarung zwischen den

großen Interessengruppen der beiden Länder eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Zollunion – eine klarsichtige, aber bittere Bemerkung, die dem allgemeinen Gefühl entsprach, daß jene psychologisch günstigen Voraussetzungen, die in den ersten Jahren nach Kriegsende die Zollunion durch eine überlegene politische Entscheidung ermöglicht hätten, jetzt nicht mehr bestanden. Ruit hora!

Auch ein optimistisches Kommuniqué, das Sforza und Schuman nach ihrem Treffen in Cannes am 21. Dezember 1948 verbreiteten, konnte den allgemeinen Eindruck nicht entkräften, daß sich das Projekt einer Wirtschafts- oder Zollunion festgelaufen hatte. Die größten Schwierigkeiten kamen nicht von italienischer Seite, wie ein Artikel, den Sforza am 23. Dezember 1948 in „Le Monde“ publizierte, bewies. Dort richtete er einen dringenden Appell an „alle Franzosen, die schwere Zweifel über die Vorteile und Realisierungsmöglichkeiten einer Wirtschafts- oder Zollunion hegten“. Sie sollten sich fragen, ob sie damit nicht ein Unrecht an Frankreich, an der Demokratie, dem Frieden und dem Fortschritt begingen. Sie sollten sich vor Augen führen, daß die Zollunion die erste Gelegenheit biete, Deutschland durch ein Vorbild zu beeinflussen.

Nach Ansicht von Botschafter Quaroni gab es in Frankreich aufgrund der Kriegserfahrungen, der Reparationsprobleme und der Tunisfrage weiterhin eine sehr starke anti-italienische Stimmung. Das französische Parlament lehnte sogar einen am 8. Juli 1948 unterzeichneten Vertrag über Grenzfragen ab, der Italien einige Zugeständnisse in der Gegend von Moncenisio gemacht hätte. Quaroni diagnostizierte in der Frage der italienisch-französischen Beziehungen ein „schwerwiegendes Auseinanderklaffen“ zwischen der Politik der Regierung und den Empfindungen der französischen Öffentlichkeit und mahnte: „Hüten wir uns vor allzu großer Eile und davor, Frankreich zu drängen. Begnügen wir uns mit den kleinen, doch konkreten Schritten, zu denen Frankreich bereit ist. Heute ist der Franzose sowohl auf italienisch-französischem als auch auf europäischem Gelände mit großen Worten zu allem, mit Taten zu nichts bereit.“¹⁸

Die Mahnung war zwar berechtigt, doch zwecklos, da man zu diesem Zeitpunkt schon eine Phase des Stillstandes erreicht hatte, in der die Franzosen nicht einmal mehr zu kleinen Schritten bereit waren. Dies bewies auch die Geschichte der von Sforza und Bidault im März 1948 ins Leben gerufenen bilateralen Kommission, die im Januar 1949 einen „Vorläufigen Bericht“ verabschiedete, in dem von der Zollunion zum ersten Mal als von einem „langfristigen Werk“ gesprochen wurde, das „Opfer“ verlangen und „Schwierigkei-

¹⁸ AEI, AP, Frankreich, Quaroni an das Außenministerium, 31. Dezember 1948, R. 1817/227/29/4981.

ten“ begegnen würde¹⁹. Zum ersten Mal schlug man auch die Einführung von „ausgleichenden Maßnahmen“ für die Anfangsphase der Union vor.

Dieses Projekt und spätere Vorschläge der Kommission wurden leicht abgeändert in dem „Vertrag über die italienisch-französische Zollunion“ zusammengefaßt, den die Außenminister Sforza und Schuman am 26. März 1949 im Quai d’Orsay unterzeichneten. Der aus 18 Artikeln bestehende Vertrag begründete einen „Rat der Zollunion“, der die Verwirklichung der Zollunion überwachen und die dabei auftretenden Probleme lösen sollte. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages sollte durch Austausch der Ratifikationsurkunden ein „gemeinsamer Zolltarif“ eingeführt werden. Dieser Vertrag wurde freilich von vielen wirtschaftlichen, politischen und sogar militärischen Interessengruppen in Frankreich als so große Bedrohung empfunden, daß es die französische Regierung nicht wagte, das Projekt der Nationalversammlung zur Ratifizierung vorzulegen, wo es aller Wahrscheinlichkeit nach gescheitert wäre²⁰.

Fast gleichzeitig mit dem von Frankreich geförderten Beitritt Italiens zum Atlantikpakt traten andere Unstimmigkeiten zwischen den beiden Regierungen auf²¹. Es ging vor allem um Deutschland. In Italien hatte man erkannt, daß eine erfolgreiche Verteidigung Europas an der Elbe ohne deutsche Hilfe unmöglich war, und sich deshalb für einen deutschen Wehrbeitrag ausgesprochen, während sich Frankreich einer deutschen Wiederaufrüstung entschieden widersetzte. Zur weiteren Trübung der Beziehungen zwischen Rom und Paris trug auch bei, daß Italien, inzwischen ohne Kolonialbesitz, den Unabhängigkeitsbewegungen in den arabischen Ländern mit einem gewissen Wohlwollen begegnete, aber nur geringe Sympathien für die französische Kolonialpolitik in Nordafrika aufbrachte.

Paradoxerweise wertete gerade diese Eigenständigkeit der italienischen Regierung in den Augen der Franzosen eine Annäherung an Italien wieder auf. Einige Stimmen klagten sogar darüber, daß die Zollunion nicht rechtzeitig verwirklicht worden sei. Mit Bidaults Rückkehr in die Regierung schien tatsächlich ein neuer Wind zu wehen. Am 9. Februar 1950 kam es zur Schaffung einer bilateralen Kommission, die den Auftrag erhielt, dem Integrationsprozeß der Volkswirtschaften beider Länder neue Anstöße zu verleihen. Einen Monat später wurden dann in Rom eine Reihe von Vereinbarungen unterschrieben, die man sogar als die „Vorstufe der Zollunion“ bezeichnete²². Man versuchte, mit anderen Worten, die Hürde der Ratifizierung in der Nationalversammlung, die angesichts der Mehrheitsverhältnisse unüberwindlich war, mit kleinen Schritten zu umgehen, die keiner parlamentarischen Zu-

¹⁹ Text in: *Relazioni Internazionali*, 15. Januar 1949, S. 39 f.

²⁰ Pierre Guillen, *I rapporti franco-italiani dall’armistizio alla firma del Patto Atlantico*, in: *L’Italia e l’Alleanza atlantica oggi*, Rom 1979.

²¹ Vgl. Mario Toscano, *Appunti sui negoziati per la partecipazione dell’Italia al Patto Atlantico*, in: *Ders., Pagine di storia diplomatica contemporanea*, Bd. 2, S. 445–519.

²² In: *Relazioni Internazionali*, 18. März 1950, S. 141 ff.

stimmung bedurften. Diese Politik der „kleinen Schritte“ kam aber über diese Anfänge nicht hinaus. Die italienisch-französische Union konnte, trotz der Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten, der expandierenden westdeutschen Wirtschaft kein ausreichendes Gewicht entgegensetzen. Man mußte sich also etwas anderes einfallen lassen.

Die Lösung barg, wie bekannt, Jean Monnets Vorschlag eines europäischen Kohle- und Stahl-„Pools“, den Robert Schuman am 3. Juni 1950 öffentlich vorstellte. Es sollte eine übernationale Behörde geschaffen werden, die imstande war, die Kohlevorkommen und die Stahlproduktion in Deutschland und Westeuropa zu kontrollieren²³. Am 24. Oktober machte der französische Ministerpräsident Pleven einen weiteren Vorschlag, nämlich die Schaffung einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, der, integriert und übernational, auch deutsche Streitkräfte angehören sollten²⁴. Da Großbritannien keine Miene machte, bei der Schaffung von europäischen Streitkräften mitzuwirken, wuchs Italiens Bedeutung aus französischer Sicht.

Angesichts dieser Entwicklung, die die nach Kriegsende überall in Europa bestehenden Einigungshoffnungen zu realisieren schien, büßte das Projekt einer italienisch-französischen Zollunion beträchtlich an Wert und Dringlichkeit ein. Sein Kurswert fiel auch in Italien, wo man eine deutsche Wiederaufrüstung und eine Intensivierung der eigenen Handelsbeziehungen mit Westdeutschland für unentbehrlich hielt. Außerdem hoffte man gerade in Italien, daß die ins Auge gefaßten Kohle-, Stahl- und Verteidigungsgemeinschaften den Kern eines vereinten Europas bildeten. Nach der italienischen Teilnahme am Schuman-Plan und nach dem Eintritt Italiens in die nie verwirklichte Europäische Verteidigungsgemeinschaft trat der italienisch-französische Zollunionsvertrag ganz in den Hintergrund, dies um so mehr, als die Pariser Regierung noch immer keine Möglichkeit sah, das Projekt über die parlamentarischen Hürden zu bringen: Der Vertrag wurde schließlich durch Handelsabkommen ersetzt, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder erweitern und verstärken sollten.

Angesichts der neuen internationalen Situation, die größere europäische Zusammenschlüsse anzukündigen schien, hielt man in Rom und Paris den Moment für eine grundlegende Revision des italienisch-französischen Verhältnisses für gekommen. In Santa Margherita Ligure tagte vom 12. bis 14. Februar 1951 eine Experten-Konferenz, an der auch die Ministerpräsidenten und Außenminister beider Länder teilnahmen, um die anstehenden Fragen zu diskutieren. Im politischen Bereich sprach man hauptsächlich über

²³ Vgl. Enrico Serra, *Un problema europeo: la destinazione della Ruhr*, in: *La Comunità internazionale*, 1951, Vol. VI, Hefte 1, 2, 3. Zum Schuman-Plan vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Beiträge des Kolloquiums in Aachen*, 28.–30. Mai 1986, Baden-Baden 1988.

²⁴ Alfredo Breccia, *L'Italia e la difesa dell'Europa*, Rom 1984.

die deutsche Wiederaufrüstung. De Gasperi und Sforza, die von Botschafter Quaroni, der „eigentlichen Seele“ der italienischen Delegation, unterstützt wurden, hatten sich außerdem die besonders heikle Aufgabe gestellt, neutralistische französische Tendenzen zu dämpfen und die gegen europäische Vorhaben gerichtete Opposition Frankreichs abzuschwächen. In langen Einzelgesprächen gelang es ihnen, ihre Gesprächspartner Plevin und Schuman zur grundsätzlichen Anerkennung der Notwendigkeit einer deutschen Aufrüstung zu bewegen, wenn auch nur im Rahmen integrierter Streitkräfte, wie sie das Projekt der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ vorsah. Laut Schlußkommuniqué stellte „die Neuordnung Europas, in der auch das demokratische Deutschland seinen Platz finden wird, eines der Hauptziele [...] in der Politik beider Länder“ dar. Mit Rücksicht vor allem auf die öffentliche Meinung Frankreichs, wo bedeutsame Wahlen bevorstanden, hatte man vorsichtige Formulierungen gewählt. Sie schlossen aber eine deutsche Wiederaufrüstung nicht nur nicht aus, sondern implizierten sie sogar. Die von De Gasperi geführte italienische Delegation konnte es so als ihr wohl wichtigstes Verdienst verbuchen, die Wiederaufnahme der Bundesrepublik, der man sich durch ein gemeinsames Schicksal verbunden fühlte, in den Kreis der freien europäischen Nationen ermöglicht zu haben.

Die Konferenz in Santa Margherita führte auch zu einer Lösung mancher lange schwelender Probleme in den italienisch-französischen Beziehungen. Sie diente, wie die Botschafter Quaroni und Parodi anmerkten, als Gelegenheit, die „Schubladen“ mit allen noch ungelösten Fragen „zu leeren“: Vom Mont Blanc-Tunnel zur Eisenbahnstrecke Cuneo–Ventimiglia, vom Hospiz auf dem Sankt Bernhard, dem Konsular- und Niederlassungsabkommen, bis hin zu den Fragen des Friedensvertrages und der italienischen Auswanderung nach Frankreich wurde alles behandelt. Frankreich bekräftigte auf der Basis der Dreimächteerklärung vom 20. März 1948 seine Entschlossenheit, Italien in der Triest-Frage zu unterstützen; es versprach, die Aufnahme Italiens in die UNO und die Schaffung eines Bundesstaates in Libyen zu befürworten, Rohstoffe zu liefern und in Sachen innerer Sicherheit zu helfen. Laut Schlußkommuniqué verpflichtete sich Frankreich gegenüber Italien außerdem zu „Konsultationen“ vor internationalen Wirtschaftskonferenzen und zu einem „Informationsaustausch“ vor wichtigen politischen Konferenzen.

Was später der „Geist von Santa Margherita“ genannt wurde, verflüchtigte sich freilich bald wieder. Nach De Gaulles Rückkehr an die Macht und der Schaffung der „Achse Paris–Bonn“ geriet Santa Margherita fast völlig in Vergessenheit. So wird man zusammenfassend zugeben müssen, daß die Konferenz von Santa Margherita nicht jene historischen Dimensionen hatte, die sich ihre Befürworter und vor allem die italienische Delegation erhofft hatten. Sie zog aber einen Schlußstrich unter den Streit der beiden Länder, der elf Jahre zuvor mit Italiens unseligem Kriegseintritt begonnen hatte.

Ennio Di Nolfo

Von der Konfrontation zur Partnerschaft

Italien und der Vatikan 1943–1948

Die territoriale Verflechtung Italiens und des Vatikans bestimmte seit jeher den Charakter der Außenpolitik des Heiligen Stuhles. Man kann sogar sagen, daß in kaum einem anderen Fall die auswärtigen Beziehungen eines Staates für so lange Zeit so sehr von derartigen, nicht wandelbaren geographischen Voraussetzungen geprägt worden sind. Am deutlichsten zeigte sich diese Besonderheit nach der staatlichen Einigung Italiens, die für den Vatikan eine völlig veränderte Lage schuf. Zunächst hatte man in vatikanischen Kreisen noch gehofft, mit Hilfe der katholischen europäischen Staaten die päpstliche Souveränität über Rom zurückzugewinnen zu können. Der Abschluß des Dreibundes im Jahre 1882 machte aber solche Illusionen zunichte. Italien war und blieb für den Heiligen Stuhl ein „bedrohlicher Feind“: Der Papst war von Italien angegriffen worden und hatte sich mit Waffengewalt zur Wehr setzen müssen. Zwischen 1859 und 1870 hatte Italien in mehreren Kriegen seine nationalstaatlichen Ziele erreicht, was die Beseitigung des Kirchenstaates selbst, soweit er eine weltliche und territoriale Macht darstellte, zur Folge hatte. Italien war also ein feindlicher Nationalstaat, dessen Auflösung man sich innerhalb der vatikanischen Mauern erhoffte, und zwar auch dann noch, als sich die Beziehungen zwischen den politischen Kräften Italiens und dem päpstlichen Klerus soweit entspannt hatten, daß es zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommen konnte.

Diese Denkweise hielt sich solange, wie im Vatikan ein Verlangen nach weltlicher Macht bestand. Als sich der italienische Staat jedoch festigte und in der Kirche, in der letzten Phase des Pontifikats von Pius IX., speziell aber seit der Wahl Leos XIII., weltliche Aspirationen zugunsten der Beschäftigung mit sozialen Problemen in den Hintergrund traten, begannen sich die gegenseitigen Beziehungen der beiden in Rom aneinandergrenzenden Staaten zu verbessern; ganz unbefangen oder politisch spannungsfrei wurden sie jedoch nie. Beide Seiten erkannten aber die Selbständigkeit des jeweils anderen Lagers an. Dabei verhielt sich der Vatikan gegenüber der Politik des italienischen Staates gleichgültig, solange nicht fundamentale Werte, mit denen die Exi-

stanz des apostolischen Stuhls in Italien unauflöslich verbunden war, auf dem Spiel standen. Oder anders formuliert: Der Vatikan blieb passiv, vorausgesetzt die innen- und außenpolitischen Entscheidungen des italienischen Staates beschworen keine Gefahren für die Position der Kirche in Italien herauf.

Auf dieser Voraussetzung, die freilich durchaus Wandlungen unterliegen konnte, beruhte die Politik der relativen „Gleichgültigkeit“ des Vatikans. Da die Kirche in der italienischen Gesellschaft verwurzelt blieb, trug der nie kodifizierte „Nichteinmischungspakt“ auf der Basis der gegenseitigen Duldung tatsächlich dazu bei, die vitalen Interessen der Kirche zu sichern. Internationale Konflikte wie der Erste Weltkrieg stellten die Existenz des Heiligen Stuhles und den Respekt, der seinen Institutionen gebührte, nicht in Frage. Ein Sieg der Mittelmächte über die Alliierten und Italien hätte allenfalls die Möglichkeit einer Restauration des Kirchenstaates eröffnet, an welcher das Papsttum vielleicht gar nicht mehr interessiert war. Diese Situation änderte sich aber grundlegend, als die Kirche 1929 ihre Beziehungen zum italienischen Staat mit dem Abschluß eines Konkordates auf eine feste Basis stellte, das Vorteile versprach, aber auch Risiken und Unwägbarkeiten barg. Der Heilige Stuhl gestand sich damals die Unhaltbarkeit eines ohnehin reichlich abstrakten Anspruches auf die Wiedererrichtung des alten Kirchenstaates ein und gab sich mit der Bildung eines „Staates der Vatikanstadt“ zufrieden. Zugleich aber verpflichtete er sich gegenüber dem ehemaligen „Erbfeind“ und verband damit das Schicksal der Kirche mit dem des italienischen Staates. Die Beziehung zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien war nun nicht mehr durch Gleichgültigkeit, sondern – da der *juristische* Status der römischen Kirche in einem Konkordat mit einer faschistischen Diktatur festgelegt war – durch „wachsame Interesse“ am Schicksal des anderen gekennzeichnet.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wich dann das „wachsame Interesse“ schwerer Besorgnis. Die feindliche Haltung des Vatikans, die im Risorgimento und in den Jahrhunderten zuvor vorherrschend gewesen war, verkehrte sich nun in ihr Gegenteil: Von italienischem Territorium eingekreist zu sein, bedeutete für die vatikanische Diplomatie nicht mehr, *Italien zu fürchten*; vielmehr begann man jetzt, *für Italien zu fürchten*. Das von Mussolini in den Krieg hineingerissene Land würde, so bangte man, die ihm auferlegte Prüfung nicht bestehen und infolgedessen der im Konkordat übernommenen Aufgabe, den Heiligen Stuhl vor äußeren Feinden zu schützen, nicht mehr gewachsen sein. Als Italien in kriegेरische Ereignisse verwickelt gewesen war, die europäische Länder und katholische Mächte betrafen, hatte sich das Problem einer Bedrohung von außen nicht gestellt. Angesichts der Risiken eines Krieges, der nach Stalingrad und der Landung der Alliierten in der Normandie von nichtkatholischen oder antikatholischen Kräften beherrscht wurde (keine der drei großen Mächte der Anti-Hitler-Koalition war „katholisch“, weder die Vereinigten Staaten, wo die Katholiken eine Minderheit bil-

deten, noch das anglikanische Großbritannien und schließlich auch nicht die kommunistische Sowjetunion), gewann es jedoch große Bedeutung.

Als Italien Kriegsschauplatz wurde, als auch Rom die Gefahren der Bombardierung drohten und die heiligen Stätten der Zerstörung ausgesetzt waren, als aus der „Ewigen Stadt“ eine belagerte, besetzte, offene, befreite und schließlich freie Stadt wurde und der Befreiung ein Ausbruch an Antiklerikalismus und damit ein Attentat auf den „heiligen Charakter“ der Stadt zu folgen schien, da erkannte man im Vatikan das ganze Ausmaß der neuen Lage: Der Heilige Stuhl konnte nicht mehr auf den Schutz des zerfallenden Staates vertrauen. Italien würde bei Kriegsende an den Einflußbereich der Sowjetunion grenzen, der gegenüber man im Vatikan ein äußerstes Mißtrauen hegte.

Diese Entwicklung zwang den Vatikan dazu, sich vom Erbe der Vergangenheit zu befreien und sich selbst zum Beschützer Italiens zu machen, denn Sicherheit und Ruhe auf der Halbinsel waren die Grundvoraussetzungen für die Unversehrtheit des Heiligen Stuhles und die Freiheit der Kirche. Zugleich wurde eine allgemeine Neuorientierung der Außenpolitik fällig. Der Vatikan mußte neue Ansprechpartner suchen, seinen eigenen internationalen Standort überdenken und Stellung beziehen angesichts der neuen weltpolitischen Konstellationen, die sich nach 1945 herauszubilden begannen. Der Vatikan ging dabei überaus vorsichtig vor. Passiv oder desinteressiert, wie gelegentlich behauptet worden ist, zeigte er sich jedoch keinesfalls. Es erfolgte vielmehr eine gründliche Untersuchung der gewandelten Lage und der Veränderungen, die sich daraus für die Position der Kirche und ihren Handlungsspielraum ergaben. Dabei war man aufgeschlossen gegenüber den neuen Formen internationaler Zusammenarbeit, wie sie die Vereinigten Staaten vorschlugen, aber auch besorgt über das Hegemonialstreben namentlich der Sowjetunion. Papst Pius XII., der einen Großteil der grundlegenden Veränderungen der ersten vierzig Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts durchlebt und über sie intensiv nachgedacht hatte, war bereit, sich neuen ideologischen Tendenzen zu öffnen. Nach der verhängnisvollen Erfahrung mit Absolutismus und Totalitarismus akzeptierte er das „demokratisch-liberale und nationale Gedankengut“ und seine politisch-konstitutionellen Implikationen, versuchte aber, es von dem historischen Umfeld, innerhalb dessen es herangereift war, zu trennen, um es in einen neuen, der Kirche gegenüber weniger feindlichen ideellen Rahmen einzuordnen. Er billigte infolgedessen den Rechtsstaat, die demokratische Ordnung und auch das Nationalgefühl der in sozialen Traditionen verwurzelten Menschen. In den zwischenstaatlichen Beziehungen sprach er sich für die rechtliche Gleichheit aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, die Anerkennung der Souveränität und der nationalen Besonderheiten vor allem der kleinen Nationen, den bindenden Charakter von Verträgen und für einen gemeinsamen wirtschaftlichen Fortschritt aus. Dahinter stand die Vorstellung von der Welt als einer Einheit, von einem Staa-

tenverbund, der auf dem Recht, der gegenseitigen Achtung und der Ablehnung der Machtpolitik basierte¹.

Die skizzierten politischen Konzeptionen bildeten sich in mehreren Schüben heraus, die durch die militärischen Operationen der Alliierten gegen Italien verursacht wurden, ferner – nach dem Waffenstillstand vom September 1943 – durch den Verlauf des Krieges in Italien und schließlich durch den Sieg der Alliierten über die Achsenmächte. Nach Kriegsende beeinflussten dann die Konfrontation der Westmächte mit der Sowjetunion und die durch den Kalten Krieg verschärften Spannungen im Inneren Italiens die Ausformung dieser Konzeptionen.

Während des Krieges, speziell aber in der Zeit der Ungewißheit über den Ausgang des Konflikts, fiel es dem Vatikan schwer, eine konsequente Außenpolitik zu betreiben. Der Heilige Stuhl machte es sich zur obersten Richtschnur seines Handelns, die bestehenden Verbindungskanäle zu den neutralen oder quasi-neutralen Staaten aufrechtzuerhalten und den Krieg territorial zu begrenzen. Von daher erklären sich die intensiven Beziehungen zu den Episkopaten und katholischen Regierungen Lateinamerikas, Spaniens, Portugals und Irlands, von denen man sich eine Mithilfe bei den Friedensinitiativen versprach, die der Heilige Stuhl zu dieser Zeit ergriff. Und daraus resultierte auch die Entscheidung für eine Neutralität, die Pietro Pastorelli treffend als „freundlich gesinnt gegenüber den westlichen Demokratien und kritisch eingestellt [...] gegenüber den totalitären Staaten“ charakterisiert hat². Eine solche Position sicherte der Kirche die größtmögliche Handlungsfreiheit; an ihr mußte sie festhalten, wollte sie sich nicht dem Risiko von Repressalien seitens des faschistischen Regimes und dann der nazistischen Besatzer Roms aussetzen. Sie hinderte den Papst aber andererseits nicht daran, sich wirkungsvoll zu prinzipiellen Fragen zu äußern und sogar als großer geistiger Führer aufzutreten, wobei er sich von den weltpolitischen Entwürfen beeinflusst zeigte, die von den westlichen Demokratien mit der *Atlantikcharta* von 1941 und später mit der *Erklärung der Vereinten Nationen* aus dem Jahre 1942 entwickelt worden waren. Die darin angesprochenen Ideen ähnelten denen, die Pius XII. seit 1939 in seinen Weihnachtsbotschaften verkündet hatte³.

¹ Antonio Acerbi, Pio XII e l'ideologia dell'Occidente, in: Andrea Riccardi (Hrsg.), Pio XII, Bari 1984, S. 159f.

² Pietro Pastorelli, Pio XII e la politica internazionale, in: Ebenda, S. 128f.

³ Andrea Riccardi, Governo e „profezia“ nel pontificato di Pio XII, in: Ebenda, S. 47–53; vgl. auch das Manuskript von Carla Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede e la politica estera italiana (1945–1949)*, das demnächst veröffentlicht wird in: Ennio Di Nolfo/Romain Rainero/Brunello Vigezzi (Hrsg.), *L'Italia e la politica di potenza in Europa*, Mailand 1988, S. 4–11 des maschinengeschriebenen Exemplars (alle weiteren Seitenangaben dieses Artikels, der vor der Auslieferung dieses Buchs in Druck ging, beziehen sich ebenfalls auf dieses Exemplar).

Diese Position hatte aber auch ihre heiklen Aspekte. Das zeigte sich im Juni 1941, als die Sowjetunion durch Hitlers Kriegspolitik an die Seite der Westmächte gezwungen worden war. Der ersehnte Sieg der westlichen Demokratien würde nun zum Leidwesen des Vatikans auch den der Sowjetunion mit sich bringen. Solange sich im militärischen Konflikt die Allianz diktatorischer Regime auf der einen und das Bündnis demokratischer Mächte auf der anderen Seite gegenüberstanden waren, war dem Heiligen Stuhl die Option relativ leicht gefallen. Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion und der sich daraus ergebenden Wandlung der UdSSR von einem Feind zu einem Verbündeten des Westens im Kampf gegen Hitler komplizierten sich die Dinge. Wie sollte sich der Vatikan nun verhalten, da doch Pius XI. in den beiden Enzykliken von 1937 *Mit brennender Sorge* und *Divini Redemptoris* Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen streng verurteilt hatte? Bei einem deutschen Sieg mußte er mit einer Schreckensherrschaft des rassistischen Fanatismus rechnen, während bei einem Sieg der Alliierten die Sowjetunion bei der Festlegung der Nachkriegsordnung in Europa einen erheblichen Einfluß ausüben würde, der das von antipäpstlichen Ressentiments geleitete Großbritannien kaum etwas entgegenzusetzen hatte⁴.

Bei realistischer Betrachtung blieb dem Vatikan kaum eine andere Wahl, als stärker auf die Vereinigten Staaten zu setzen, die ihrerseits ebenfalls zu erkennen gaben, daß ihnen an einer guten Zusammenarbeit mit dem Vatikan gelegen war. Eine „special relationship“ zwischen der Vatikanstadt und Washington kam beiden zugute. Roosevelt, der mit Myron Taylor schon 1939 einen persönlichen Vertreter an den Heiligen Stuhl entsandt hatte, sicherte sich so die ideelle Schützenhilfe des Vatikans bei Wahlkämpfen und innen- und außenpolitischen Streitfragen, und der Papst befreite sich aus der diplomatischen Sackgasse, in die er nach Hitlers Rußlandfeldzug geraten war⁵. „Jenseits des Tibers“ hoffte man außerdem, das Einverständnis zwischen Präsident und Papst werde den Weg ebnen für zukünftige gemeinsame Bemühungen um die Gestaltung der Nachkriegsordnung.

Die Anknüpfung der vatikanisch-amerikanischen Sonderbeziehungen war nur ein Beispiel dafür, daß sich im Krieg der Aktionsradius der päpstlichen

⁴ Vgl. I punti fondamentali per la pacifica convivenza dei popoli, 24 Dicembre 1939, in: Discorsi e radio-messaggi di Sua Santità Pio XII, Bd. 1, Vatikanstadt 1950, S. 435–445; I presupposti per il nuovo ordinamento dell'Europa, 24 Dicembre 1940, in: Ebenda, Bd. 2, S. 341–352; I presupposti di un nuovo ordinamento internazionale, in: Ebenda, Bd. 3, S. 319–333.

⁵ Vgl. Meneguzzi Rostagni, La Santa Sede, S. 4; vgl. des weiteren: Ennio Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti 1939–1952. Dalle carte di Myron C. Taylor, Mailand 1978; Elena Aga-Rossi, La politica del Vaticano durante la seconda guerra mondiale. Indicazioni di ricerca e documenti inediti sulla missione di Myron Taylor, in: Storia contemporanea 6 (1975), S. 881–928.

Diplomatie beträchtlich auszuweiten begann⁶. Welche Auswirkungen das für Italien hatte, zeigte sich im Herbst 1942, als infolge der katastrophalen Entwicklung der militärischen Lage der Krieg näherrückte. Im Vatikan konnte man sich nun erstmals ein genaues Bild von den Verheerungen der modernen Kriegführung machen. Damit stellte sich zugleich die Frage, wie all das geschützt werden sollte, was – im engen juristischen Sinne – zum Patrimonium der Kirche und – im weiteren Sinne – zur Kultur des Katholizismus bzw. der christlichen Welt gehörte. Der Heilige Stuhl machte sich ohne Zögern zum Protagonisten einer Kampagne zur Bewahrung von Kunstdenkmälern; ganz besonders setzte er sich für den Schutz von Denkmälern und Kunstwerken in Italien ein, die in irgendeiner Weise mit der katholischen Religion verbunden waren. Kaum zu überbieten aber war sein Einsatz, als es galt, die „Ewige Stadt“ vor Bombardierungen zu bewahren. Die in der Sammlung der *Actes et documents du Saint-Siège* veröffentlichten Dokumente legen von diesem Engagement beispielhaft Zeugnis ab: Der Papst mobilisierte in der ganzen katholischen Welt seine Abgesandten, um die britische und amerikanische Regierung zu größter Zurückhaltung bei der Bombardierung Italiens zu veranlassen. London lehnte jedoch – zumindest nach außenhin – solche Vorschläge strikt ab, und auch Roosevelt war nicht geneigt, dem Druck der kirchlichen Stellen Lateinamerikas und der Vereinigten Staaten nachzugeben, die Rom grundsätzlich von den Bombardements aussparen wollten⁷.

Ganz erfolglos war die Initiative des Papstes dennoch nicht. Der Druck des amerikanischen Episkopats tat seine Wirkung immerhin solange, bis der Krieg noch nicht auf italienischen Boden übergreifen hatte. Er verfehlte seine Wirkung, als die Alliierten zum entscheidenden militärischen Schlag gegen Italien auszuholen begannen, der auch dem ewigen Schwanken Vittorio Emanuele III. ein Ende machen und ihn dazu zwingen sollte, Mussolini zu entmachten, bevor auch Rom in eine Trümmerlandschaft verwandelt würde. Vor der Bombardierung von Rom am 19. Juli 1943 ließen sie dem zaudernden König eine letzte Warnung zukommen – bezeichnenderweise über den Vatikan, dessen Ansehen in Italien damit weiter wuchs, während die Autorität des Hauses Savoyen hoffnungslos verfiel⁸.

⁶ Vgl. George Q. Flynn, *Roosevelt and Romanism. Catholics and American Diplomacy, 1937–1945*, Westport/London 1976, S. 150–208; Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 42–55; *Actes et documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale*, Bd. 5: *Le Saint Siège et la guerre mondiale*. Juillet 1941–Octobre 1942, Vatikanstadt 1976, S. 15–58.

⁷ Zur Frage der Bombardierung Roms vgl. Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 56–58; Arthur May, „Lessons“ of the Past. The Use and Misuse of History in American Foreign Policy, New York 1973, S. 131–134; Anthony Rhodes, *Il Vaticano e le dittature, 1922–1945*, Mailand 1973, S. 285–289; Alberto Giovannetti, *Roma città aperta*, Mailand 1962, S. 95–97 und 112–124.

⁸ Vgl. Paolo Puntoni, *Parla Vittorio Emanuele*, Mailand 1958, S. 139f.; siehe auch Andrea Riccardi, *Il „Partito romano“ nel secondo dopoguerra (1945–1954)*, Brescia 1983, S. 4.

Bereits während des Krieges zeichnete sich also ab, daß die katholische Kirche nach Kriegsende eine gewichtige Rolle in der italienischen Innenpolitik spielen würde. Tatsächlich war man schon seit September 1942 mehrmals von außen an den Papst herangetreten mit der Bitte, Vittorio Emanuele zum Friedensschluß zu drängen. Dem Königshaus nahestehende Kreise, hohe Militärs, Politiker aus der vorfaschistischen Zeit, die als „elder statesmen“ eine besondere Verantwortung fühlten, und ernüchterte Faschisten hatten den Vatikan um Vermittlung gebeten. Sie hatten sich aber eine Absage eingehandelt, weil man beim Heiligen Stuhl die Voraussetzungen für eine Vermittlung negativ beurteilte oder die Beweggründe der Vermittlungsuchenden durchschaute, die vorgaben, das Vaterland retten zu wollen, im Grunde aber nur auf die Rettung ihrer eigenen Haut bedacht waren. Dafür jedoch wollte der Papst seine Hand nicht reichen⁹.

Der Papst ging aus der Niederlage Italiens von 1943 gestärkt hervor, er war die dominierende Kraft im Lande¹⁰. Zwar gehörte er nicht zum italienischen Staat, aufgrund der territorialen Verflechtung des Vatikans mit Italien und der säkularen Bedeutung der Kirche vermochte er aber die Gestaltung des zukünftigen Italiens entscheidend mitzubestimmen. Der Vatikan war kein besiegt Land, der Rang des Papstes als geistige Autorität war in einer Zeit, da ideologische Glaubenssätze an Anziehungskraft verloren hatten und viele nach Maßstäben und Orientierungshilfen suchten, eher noch gestiegen. Der Heilige Stuhl konnte so das neue demokratische System Italiens stützen und es auch vor den Siegermächten in Schutz nehmen, die die kriegerischen Abenteuer Mussolinis nicht ungeahndet lassen wollten. Vor allem aber wurde der Vatikan für die Führungsmacht des Westens, die Vereinigten Staaten also, dessen Beziehungen zum Heiligen Stuhl sich nach der Befreiung von Rom als immer fruchtbarer erwiesen, zum Garanten der neuen Ordnung Italiens¹¹. Harold Tittmann, der Vertreter Myron Taylors, beurteilte die Beziehungen zwischen Rom und Washington so: „1) Der Heilige Stuhl hat vor allem in den letzten Jahren seinen gewichtigen moralischen und religiösen Einfluß dazu benützt, die Sache des Friedens und der Stabilität zu fördern. Auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene sind heute die Vereinigten Staaten die stärksten Verfechter derselben Sache. Deshalb besteht eine grundlegende Übereinstimmung zwischen dem Heiligen Stuhl und den Vereinigten Staaten; in der Nachkriegszeit, wenn sich die amerikanischen Interessen stärker als bisher Geltung verschaffen werden, wird sich das gemeinsame Aktionsfeld zur Erreichung dieser Ziele noch erweitern. 2) Der Vatikan ist eine der ältesten und einflußreichsten Organisationen der Welt. Er lenkt

⁹ Vgl. die Überlegungen in ebenda, S. 3–9.

¹⁰ Ebenda, S. 3–5.

¹¹ Vgl. das Monsignore D. Tardini zugeschriebene Memorandum vom Dezember, in: Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti, S. 293.

das moralische und religiöse Leben von über 300 Millionen römisch-katholischen Gläubigen, die es in den vier Himmelsrichtungen gibt; er hat ein äußerst weitgefächertes und in Friedenszeiten sehr effizientes Kommunikationsnetz entwickelt. Durch diese Kanäle fließen die Instruktionen und Mitteilungen des Vatikans an die Bischöfe und Vertreter des Heiligen Stuhls, während er andererseits ständig eine Vielzahl an Informationen über die Zustände in der Welt erhält, sammelt und miteinander verknüpft. [...] Von den internationalen Verbindungswegen des Vatikans könnten wir, wie schon in der Vergangenheit, dort Gebrauch machen, wo wir keine Kanäle haben oder wo diese ungenügend sein sollten.“¹²

Als man im Sommer 1944 den Besuch Roosevelts in Rom erwartete, bereitete der Heilige Stuhl ein Begrüßungswort vor, das den Grad des Einvernehmens mit Washington nachdrücklich unterstrich: „In der gegenwärtigen Krise der Weltgeschichte nehmen Amerika und Sie, Herr Präsident, eine beidenswerte Stellung ein. Denn es steht in Ihrer Macht, die mögliche Vernichtung der Menschheit zu verhindern. Die Welt erwartet von Ihnen mit Ungeduld ein umfassendes, exaktes und detailliert ausgearbeitetes Programm für die Nachkriegszeit und die Garantie, daß es auch durchgeführt wird. Die Führung zu ergreifen, liegt im Bereich Ihrer Möglichkeiten. Wir können das sagen, weil wir in Italien gesehen und von anderen Nationen erfahren haben, daß die Völker Europas voller Erwartung und Vertrauen auf Amerika schauen. Sie alle wissen, daß es Amerika und dem amerikanischen Volk im Gegensatz zu einigen verbündeten Mächten nicht um territoriale Vergrößerungen geht und daß nicht Rachsucht und Haß ihr Handeln bestimmen, die lediglich den Nährboden für neue und noch schrecklichere Kriege darstellen.“¹³ Auf Italien gemünzt hieß das: Wie die Alliierten hier handelten, sei „richtungweisend für [...] andere Länder, die sich jetzt noch unter dem Joch des Nationalsozialismus“ befänden. Dabei wies man darauf hin, daß ein großer Teil Europas katholisch sei und es deshalb angebracht wäre, die katholische Tradition und Kultur in gebührendem Maße zu berücksichtigen¹⁴. Ähnlich dachte Myron Taylor, der im April 1944 an Roosevelt geschrieben hatte: „Das Verhalten der Alliierten in Italien wird als Modell dafür dienen, was in anderen Ländern nach der Besetzung geschehen wird.“¹⁵

Während die vatikanische Diplomatie auf Hochtouren lief, waren die politischen Kräfte Italiens nach dem Sturz Mussolinis zunächst noch weitgehend zum Schweigen verurteilt. Die italienische Diplomatie mußte vor allem nach der Krise, die der überraschenden diplomatischen Anerkennung der Regierung Badoglios durch die Sowjetunion im Frühjahr 1944 gefolgt war, überaus

¹² Vgl. ebenda, S. 459 (Tittmann an Stettinius, 26. Juni 1945).

¹³ Actes et documents du Saint Siège, Bd. 11, S. 433.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Taylor an Roosevelt, 26. April 1944, in: Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti, S. 312.

vorsichtig agieren, um die Westmächte nicht weiter zu verärgern¹⁶. Die nach der Befreiung von Rom gebildete Regierung Bonomi genoß zwar größeres Ansehen als die Regierung des politisch belasteten Badoglio, doch auch ihr fiel es schwer, das Mißtrauen der Alliierten zu zerstreuen und in einen vertrauensvollen Dialog mit London und Washington einzutreten. Der Heilige Stuhl dagegen hatte freie Hand. Auf der Basis der guten Beziehungen zum Weißen Haus konnte er versuchen, Washington in seinem Sinne zu beeinflussen, das im Duett der angloamerikanischen Besatzungsmächte in Italien immer größeres Gewicht bekam. Gewiß, die italienfeindliche Haltung Churchills war nicht zu unterschätzen, doch Weitsichtigen war angesichts der wirtschaftlichen Schwäche des britischen Empire schon vor Kriegsende klar geworden, daß die Gestaltung der politischen Zukunft Italiens vor allem von den Vereinigten Staaten abhing, die eine demokratische Erneuerung der sozialen und politischen Strukturen verhießen¹⁷. Auf Washington vor allem galt es einzuwirken, dort sollten politische Initiativen ergriffen und in bestimmte Richtungen gelenkt werden.

Dem Vatikan ging es dabei um zweierlei: Er wollte in Washington solche Ideen unterstützen, die der katholischen Soziallehre entsprachen, und er warnte eindringlich vor dem Kommunismus, der die demokratische Entwicklung Italiens zu gefährden drohte¹⁸. Der Begriff des Kommunismus war dabei so weit gefaßt, daß er auf jeden zutraf, der sich der Politik des Heiligen Stuhls nicht völlig unterordnete und nicht genügend fügsam war. Auf besonders schmerzliche Weise bekam das der untadelige Demokrat und bewährte Antifaschist Carlo Sforza zu spüren, der nicht zuletzt wegen der Vorstöße des Vatikans jeglichen wirklichen Einflusses auf die Gestaltung der Innenpolitik Italiens in der Übergangszeit nach dem Sturz Mussolinis beraubt wurde¹⁹.

Als sich nach Kriegsende die Furcht vor revolutionären Umwälzungen²⁰ in Italien langsam etwas legte, wurden die Sorgen des Vatikans nicht geringer. Die italienische Regierung hatte nun wieder eine Stimme auf der internationalen Bühne, diese war aber zu schwach, um sich wirklich durchsetzen zu können. Noch immer trafen Bonomis Nachfolger, Ferruccio Parri, und Außenminister De Gasperi bei den Siegermächten auf eine feindselige Haltung,

¹⁶ Vgl. Ennio Di Nolfo, La „svolta di Salerno“ come problema internazionale, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 5–28.

¹⁷ Vgl. Ennio Di Nolfo, Stati Uniti e Italia tra la Seconda guerra mondiale e il sorgere della guerra fredda, in: *Italia e Stati Uniti dall'indipendenza americana ad oggi (1776–1976)*, Atti del primo congresso internazionale di storia americana, Genua 1978, S. 123–135.

¹⁸ Zum Antikommunismus des Heiligen Stuhls und den Besorgnissen über die Politik der Sowjetunion vgl. vor allem: *Actes et documents du Saint Siège*, Bd. 11, S. 259, 417, 429, 432, 460–463; darüber hinaus: Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 278, 307 ff., 317.

¹⁹ Vgl. *Actes et documents du Saint Siège*, Bd. 7, S. 130; Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 199 f.

²⁰ Vgl. Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 277; Sandro Magister, *La politica vaticana e l'Italia. 1943–1978*, Rom 1979, S. 35.

die ihren Ursprung im Krieg hatte und nur schwer aus dem kollektiven Gedächtnis der ehemaligen Feinde zu löschen war. Hinzu kam die Ungewißheit, die mit dem ungeklärten internationalen Status Italiens als eines feindlichen Verbündeten („*alleato nemico*“) der Anti-Hitlerkoalition zusammenhing. Der Vatikan geriet damit in eine gefährlich unsichere Lage: Italien war ein zerbrechlicher Schild, der nur wenig Schutz zu bieten vermochte. Das Land war militärisch besiegt, wirtschaftlich fast am Ende, es steckte in einer tiefen Identitätskrise und wurde zum Verdruß der römischen Kurie von einer großen Koalition unter Einschluß von Kommunisten und Sozialisten regiert.

Die Verschiebungen auf der politischen Landkarte Europas, die sich nach Kriegsende ergeben hatten, vermehrten die Sorgen im Vatikan. Mit Jugoslawien war ein kommunistischer Staat bedrohlich nahegerückt; dort hatte die Kirche an Einfluß verloren, sie stand unter der Anklage, kroatische Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt zu haben und war deshalb sogar schon Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Außerdem drohte ganz Mitteleuropa unter sowjetische Herrschaft zu fallen; die geographischen Grenzen des sowjetischen Imperiums waren zwar noch nicht genau zu erkennen, sicher schien aber, daß es sich bis nach Berlin erstrecken und die deutschen Ostgebiete umfassen würde.

Die führenden Männer im Vatikan sahen sich deshalb vor die Notwendigkeit gestellt, wie bisher auf zwei Ebenen zu agieren. Die innenpolitische Lage Italiens verlangte dringend nach einer Klärung; der Vatikan wollte dazu beitragen, indem er die Etablierung einer demokratischen katholisch-christlichen Partei unterstützte, die, so dachte man, wegen der besonderen Anziehungskraft des demokratischen Gedankengutes so großen Zulauf finden würde, um den vom Vatikan langgehegten Wunsch nach einer tiefgreifenden christlichen Erneuerung der italienischen Gesellschaft in die Tat umsetzen zu können²¹. Auf internationaler Ebene wollte man sich auch künftig auf das gute Einvernehmen mit Washington stützen, wo seit dem Tod Roosevelts mit Harry S. Truman ein Mann im Weißen Haus saß, der einer weltweiten ideologischen Mobilisierung gegen die kommunistische Bedrohung weitaus geneigter war als sein Vorgänger²².

Das besondere Augenmerk der Kirche war nach Kriegsende auf die Verhinderung eines Straffriedens für Italien gerichtet, der auch für den Vatikan schädlich gewesen wäre. Trotz der alliierten Versprechungen nach dem Abschluß des Waffenstillstandes von 1943 lag eine vollständige Rehabilitierung Italiens zunächst nicht in der Absicht der Siegermächte. Sie betrachteten Italien, wie Monsignore Amleto Cicognani, der apostolische Gesandte in

²¹ Vgl. Ennio Di Nolfo, *Le paure e le speranze degli italiani (1943–1953)*, Mailand 1986, S. 196–215.

²² Vgl. ders., *Le Vatican, Les Etats Unis et les débuts de la guerre froide*, in: *Relations Internationales*, Hiver 1981, S. 395–412.

Washington, schrieb, „zwar als bekehrt, aber trotz der gegenwärtigen Mitarbeit und Opfer noch so, als stünde es auf dem Prüfstand“²³. Für die Vereinigten Staaten war Italien zwar ein potentieller Partner, der aber bei der Schaffung eines Sicherheitssystems für die Nachkriegszeit wohl kaum mehr als eine Nebenrolle spielen würde und, überspitzt formuliert, zunächst kein größeres Interesse verdiente. Hätte es für diese Haltung noch eines Beweises bedurft, so lieferte ihn Roosevelt im März 1945, als er den von Taylor unterbreiteten Vorschlag, den christdemokratischen Außenminister Italiens, Alcide De Gasperi, in Washington zu empfangen, zurückwies²⁴.

Die Vereinigten Staaten legten Italien gegenüber eine Zurückhaltung an den Tag, die auffällig mit dem guten Einvernehmen zwischen dem Vatikan und Washington kontrastierte. In dieser Situation übernahm der Vatikan gewissermaßen die diplomatische Vertretung Italiens beim Weißen Haus. Als Alberto Tarchiani, der erste Botschafter des neuen Italiens in Washington, in der amerikanischen Hauptstadt eintraf, ging ihm nicht nur ein herzliches Empfehlungsschreiben von Myron Taylor voraus²⁵, er fand auch schon den Boden bereitet für seine diplomatische Mission. Tarchiani selbst hat in seinen Erinnerungen auf die wertvollen Dienste des Vatikans hingewiesen. Italien war, so Tarchiani, ohne Freunde aus dem Krieg hervorgegangen. Frankreich und England verübelten dem Nachfolgestaat des faschistischen Regimes die Untaten seines Vorläufers; die Sowjetunion war zur Schutzmacht Jugoslawiens geworden, von ihr hatte Rom nur wenig zu erwarten; „Griechen, Albaner, Araber und Äthiopier zeigten sich nicht besonders rücksichtsvoll [...] sogar die Belgier und Holländer stellten Forderungen und verlangten Wiedergutmachung; und die Österreicher scheuten nicht davor zurück, Südtirol für sich zu fordern.“

So blieben lediglich die Vereinigten Staaten, „die Nation, die unter der faschistischen Politik am wenigsten zu leiden“ gehabt hatte²⁶. Die Wiederherstellung der vollen staatlichen Souveränität und die Wiedererlangung einer gleichberechtigten Stellung Italiens im internationalen Konzert war ohne die Mithilfe Washingtons nicht zu erreichen. Die Frage war, so Tarchiani, wie man die Unterstützung der Vereinigten Staaten gewinnen konnte. „Der Vatikan“, schloß der Botschafter, „war auf der Halbinsel die einflußreichste politische Autorität mit Weltgeltung, also ein möglicher Anker, an den man die Hoffnung auf eine nicht allzu düstere Zukunft Italiens binden konnte.“²⁷ Es lag deshalb nahe, Wege zu beschreiten und Kontakte zu nützen, die von My-

²³ Actes et documents du Saint Siège, Bd. 11, S. 702; Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 9.

²⁴ Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 419 und 432.

²⁵ Ebenda, S. 418.

²⁶ Alberto Tarchiani, *Dieci anni tra Roma e Washington*, Mailand 1955, S. 80; Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 10.

²⁷ Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 11.

ron Taylor und dem apostolischen Gesandten in Washington, Monsignore Cicognani, geschaffen worden waren. Und es war nur natürlich, dabei auf die Hilfe von katholischen Priestern in den Vereinigten Staaten zu setzen, die, wie der Erzbischof von New York, Kardinal Spellman, im Ruf besonderer Italienfreundlichkeit standen.

Keinem, weder Tarchiani in Washington, noch dem italienischen Botschafter am Heiligen Stuhl in Rom, Babuscio Rizzo, waren diese Chancen für die italienische Diplomatie verborgen geblieben. Ohne sich selbst direkt einmischen zu können, da ihm das den Vorwurf der Parteinahme eingebracht hätte, habe der Vatikan schon seit einiger Zeit ein „Unternehmen zugunsten Italiens in Gang gesetzt“, bemerkte Babuscio Rizzo; dieses Unternehmen werde auch vom vatikanischen Staatssekretariat „durch seine direkten zahlreichen und täglichen Kontakte“ mit den verschiedenen Organisationen der Vereinigten Staaten unterstützt²⁸. Ziel dieser Geheimdiplomatie war es, die strengen Bestimmungen des Waffenstillstandes von 1943 zu lockern und vor allem auf die Konferenz der Außenminister einzuwirken, der die Aufgabe übertragen worden war, einen Friedensvertrag für Italien zu entwerfen. Dabei hoffte man, die Siegermächte so milde stimmen zu können, daß sie die Forderungen nach territorialen Amputationen und materiellen Reparationen unbeachtet ließen, die von mehr als einer Seite erhoben wurden.

Eine bemerkenswerte Frucht dieser Einwirkungsversuche war die Stellungnahme der katholischen Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten, die im November 1945, also am Vorabend der Zusammenkunft der Außenminister in Moskau, in Washington getagt hatte. „Unser eigenes nationales Interesse“, so hieß es in der Stellungnahme, „der Frieden in der Welt und das Schicksal der christlichen Kultur stehen in Italien auf dem Spiel. Dieser Staat nimmt heute eine herausgehobene Stellung in der westlichen Zivilisation ein. Wir sind vollkommen sicher, daß das italienische Volk den trügerischen Verführungen fremder und zersetzender Ideologien widerstehen und seine Zukunft gemäß dem Geist der ehrwürdigen christlichen Tradition gestalten wird, wenn wir es mit unserer tatkräftigen Unterstützung vor der Verzweiflung retten.“²⁹

Die Initiative der amerikanischen Bischöfe war das Produkt einer konzentrierten Aktion von italienischem Außenministerium und Vatikan. Das bestätigten die Korrespondenz zwischen dem italienischen Botschafter am Heiligen Stuhl und der Regierung in Rom³⁰, die Akten Myron Taylors und, eher indirekt, die mehrmaligen Stellungnahmen der den päpstlichen Kreisen nahestehenden Presse, vor allem des *Osservatore Romano* und der *Civiltà Cat-*

²⁸ Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 11.

²⁹ Ebenda, S. 13.

³⁰ Diese Korrespondenz wurde von Meneguzzi Rostagni für den zitierten Aufsatz (ebenda) analysiert.

tolica, dem Organ der Jesuiten. Wie weit sich gerade die Presse vorwagte, zeigte sich beispielhaft in einem Kommentar der *Civiltà Cattolica*, in welchem die schmerzliche Erinnerung an die Ablehnung des Vorschlages, den Vatikan in die Vereinten Nationen aufzunehmen, nachklang³¹. Anlaß des Kommentars war nun der Ausschluß Italiens von der Konferenz in San Francisco, die die Charta der Vereinten Nationen ausarbeiten sollte. „Das Unrecht“, so hieß es darin, „das dem italienischen Volk zugefügt wird, indem man es unter der erdrückenden Last eines Waffenstillstandes, der in der Geschichte ohne Vorbild ist, beläßt und es an den Rand des internationalen Lebens drängt, ist nicht geeignet, das Mißtrauen gegenüber den Alliierten abzuschwächen“³². Das Ergebnis der Außenministerkonferenz von Moskau im Dezember 1945, wo der amerikanische Außenminister Byrnes nach Meinung des Vatikans weitreichende Zugeständnisse an die Sowjetunion gemacht hatte, ohne die negative Haltung des Kremls gegenüber Italien verändern zu können³³, war in den Augen der Jesuiten eine „beinahe vollständige Kapitulation Amerikas und Englands“³⁴. Sie setzten deshalb ihre ganzen Hoffnungen auf einen milden Frieden für Italien auf die folgende Außenministerkonferenz vom Juni 1946, die in Paris stattfinden sollte.

Die italienische Diplomatie tat jedenfalls in Zusammenarbeit mit der päpstlichen Diplomatie alles, um dieses Ziel zu erreichen. Wie Rostagni eindrucksvoll gezeigt hat, wies Tarchiani seine Regierung in Rom nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, „auch angesichts des Gewichts der amerikanischen Katholiken bei den Wahlen im nächsten November“, die amerikanischen Kirchenführer zu größerem Engagement für Italien zu ermuntern. Eine günstige Gelegenheit dafür ergab sich, als die bedeutendsten Vertreter des amerikanischen Klerus Anfang 1946 nach Rom kamen, wo sie sich aus erster Hand über den Stand der Dinge in Italien unterrichten konnten. Was sie sahen und im Vatikan hörten, veranlaßte sie dazu, sich „die italienischen Forderungen zu eigen und darüber hinaus deutlich zu machen, daß sie die Ansichten der Regierung in Rom über Triest, Südtirol und die Kolonien teilten“³⁵. Nach ihrer Rückkehr in die Heimat unterbreiteten sie dem Präsidenten und führenden Repräsentanten des öffentlichen Lebens ihre Vorstellungen. Viel kam dabei nicht heraus. Gehör fanden nur die Vorschläge hinsichtlich einer italienfreundlichen Lösung der Südtirol-Frage – und das auch vor allem deswegen, weil Zugeständnisse in Südtirol einen gewissen Ausgleich

³¹ Actes et documents du Saint Sièg, Bd. 11, S. 701 und 725; Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti, S. 366.

³² Vgl. Antonio Messineo S. J., In attesa della conferenza di San Francisco, in: *La Civiltà Cattolica*, 1945, Bd. 2, S. 95–104.

³³ Vgl. etwa James F. Byrnes, *Speaking Frankly*, New York/London 1947, S. 110–122.

³⁴ Antonio Messineo S. J., *Da Londra a Mosca*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1946, Bd. 1, S. 86.

³⁵ Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 15 f.

für die Opfer boten, die Italien mit der vorläufigen Regelung der Triest-Frage abverlangt wurden³⁶.

Davon abgesehen wurde das Ziel eines für „Italien günstigen“ Friedensvertrages, der den italienischen Beitrag im Kampf gegen Hitler-Deutschland angemessen honoriert und so den Erwartungen des Vatikans entsprochen hätte, nicht erreicht. Die *Civiltà Cattolica*, die während der gesamten Dauer der Friedensverhandlungen mit scharfen Urteilen über die Nachgiebigkeit der westlichen Alliierten nicht gespart hatte, erhob nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 10. Februar 1947 noch härtere Anklagen. „Frieden ohne Gerechtigkeit“, so überschrieb Pater Messineo seinen Kommentar. Er sah im Vertrag „ein Instrument der Unterdrückung; er sei Italien aufgezwungen worden, um das Land für unabsehbare Zeit von der internationalen Bühne zu verbannen“. Es solle zu „einem passiven Subjekt in dem großangelegten Interessenspiel“ degradiert werden, „das die vier Großmächte fortzusetzen gedenken, um sich auf Dauer die Herrschaft in der Welt zu sichern“³⁷.

Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Vorschläge des Vatikans – trotz des diplomatischen Gleichklangs mit Washington – bis 1946/47 häufig folgenlos blieben. Seine Vorstellungen über die besondere Bedeutung Italiens für die Verteidigung der Christenheit fanden erst eine günstigere Aufnahme, als sich die west-östlichen Spannungen so sehr verschärften, daß ein militärischer Konflikt nicht mehr ausgeschlossen schien. Die Warnungen des Vatikans vor der roten Gefahr aus dem Osten, die Washington bis dahin angesichts der alles überragenden Notwendigkeit, einen Ausgleich mit Moskau finden zu müssen, nicht gebührend beachten konnte, erschienen nun nicht mehr übertrieben oder hysterisch, sondern hatten plötzlich den Charakter einer realistischen Lagebeurteilung. Auch die Panikstimmung der vatikanischen Diplomatie hinsichtlich der Situation Italiens wurde nun nicht mehr als solche erkannt, im Gegenteil: In Washington ließ man sich von ihr anstecken.

Der Kalte Krieg, der diese Veränderungen bewirkte, begann nicht von einem Tag auf den anderen. Die Ursachen der Interessengegensätze waren in nuce bereits seit den Kriegsjahren vorhanden, nach Kriegsende verging aber mehr als ein Jahr, ehe die Konflikte offen zutage traten. Zwischen 1945 und 1946 mehrten sich im Westen die Stimmen, die vor einer unmittelbaren Gefahr aus dem Osten warnten; das Wort vom „Eisernen Vorhang“, der Europa teilte, war spätestens seit 1947 in aller Munde. Niemand konnte sich der Dy-

³⁶ Ennio Di Nolfo, Una fase dell'elaborazione della politica americana verso la questione dell'Alto Adige, in: Regione Trentino-Alto Adige – Trentino-Südtirol Region, Beilage zur Nr. 8 des Jahrgangs 1976, S. 75–96.

³⁷ Antonio Messineo S. J., Pace senza giustizia, in: *La Civiltà Cattolica*, 1947, Bd. 1, S. 353–355; vgl. des weiteren generell: Laura Manetti, „La Civiltà Cattolica“ e l'adesione italiana al Patto atlantico, in: *L'Italia e la politica di potenza* (vgl. Anm. 3).

namik des Kalten Krieges entziehen, kein Land seine politisch-diplomatische Position völlig unabhängig vom west-östlichen Interessengegensatz definieren. Vom machtpolitischen Standpunkt aus betrachtet war die Position Italiens eher unerheblich, aus ideologischer Sicht jedoch kam ihr aus mehreren Gründen fundamentale Bedeutung zu: In Italien existierte die stärkste kommunistische Partei Westeuropas, die bis 1947 der antifaschistischen Regierungskoalition angehörte und sich große Hoffnungen machte, aus den Wahlen von 1948 siegreich hervorzugehen. Ferner schienen in Italien nach dem Zusammenbruch des Faschismus die Dinge auf der Kippe zu stehen; ob es gelingen würde, das Land zur Demokratie hinzuführen, war höchst ungewiß. Darüber hinaus gab es in diesem Land eine einflußreiche, von der Kirche unterstützte christliche Partei, die sich in den Wahlen vom Juni 1946 als die stärkste politische Kraft Italiens erwiesen hatte. Und schließlich war in Italien das Oberhaupt der katholischen Kirche ansässig. Rom war eines der Symbole, vielleicht sogar das wichtigste Symbol der westlichen Kultur und ein Hort des Antikommunismus und geriet so fast zwangsläufig in das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen westlicher Demokratie und östlichem Kommunismus.

Vor diesem Hintergrund verloren alle traditionellen Hindernisse, die einem besseren Zusammenwirken der italienischen und vatikanischen Diplomatie noch im Wege standen, an Bedeutung – nicht über Nacht, sondern in einem langwierigen Prozeß, der in der Endphase des Faschismus begann und 1948 zum Abschluß kam. Gemeinsamer Bezugspunkt der vatikanischen und italienischen Außenpolitik war die These, daß Erneuerung und Kräftigung Italiens mit einer energischen Bekämpfung des Kommunismus Hand in Hand gehen mußten. Aufgrund der dieser These zugrunde liegenden anti-kommunistischen Ausrichtung hatten schon die Befürworter eines Separatfriedens 1942/43 gehofft, sich die Westmächte geneigt machen zu können³⁸. In den westlichen Hauptstädten erkannte man aber den Sprengstoff für die Anti-Hitlerkoalition, der in solchen Überlegungen steckte, und war folglich nicht bereit, ihnen breiteren Raum zu geben. Selbst der Vatikan mußte sich 1944 der Auffassung Roosevelts und Cordell Hulls beugen: „Der Kommunismus ist [...] letztendlich ein vorwiegend innenpolitisches Problem. Ein Land wird nicht notwendigerweise kommunistisch, wenn in seinem Innern die Voraussetzungen für die Entwicklung des Kommunismus nicht gegeben sind.“ Es sei „vollkommen weltfremd zu glauben“, so hieß es weiter, „irgendein Land könne dabei mithelfen, eine etwaige kommunistische Bedrohung im Innern abzuwehren, indem es öffentlich gegen die Sowjetunion vorgeht. Auf lange Sicht kann diese Bedrohung nur abgewendet werden, wenn Lebensbedingungen geschaffen werden, die das Anwachsen des Kommunismus

³⁸ Di Nolfo, *Le paure*, S. 27–31.

verhindern.“ Schließlich riefen Roosevelt und Hull den führenden Männern im Vatikan ins Gedächtnis: Durch ihren Beitrag zur Niederringung Hitlers habe sich die Sowjetunion das Recht erworben, bei der Schaffung einer Nachkriegsordnung in Europa ein ernstes Wort mitzureden. „Dies ist ein Recht“, so Hull, „das man Rußland weder verweigern kann noch darf, denn Rußland hat es sich ehrlich errungen.“³⁹

Es ist hier nicht der Platz, klassische „Verdammnisse“ des Kommunismus auszubreiten. Es sei aber auf eine Schrift vom November 1944 hingewiesen, die zeigt, wie der Kommunismus vom Vatikan aus gesehen wurde⁴⁰: „Die in allen vatikanischen Kreisen fast ausschließlich vorherrschende Stimmung ist nicht nur von Feindseligkeit [...] gegenüber dem Kommunismus geprägt, gegenüber seiner sowjetischen Machart und gegenüber jeder Tendenz, die sich in Italien oder anderswo als kommunistisch zu erkennen gibt oder mit dem Kommunismus in Verbindung zu stehen scheint. Sie ist auch gekennzeichnet durch äußerstes Mißtrauen gegenüber jedem Versuch einer Annäherung und jeder Strömung, die Kontakte mit dem Kommunismus sucht und den kommunistischen Weg mit ein wenig Wohlwollen betrachtet. [...] Daß der Kommunismus einen Platz in der neuen Weltordnung haben kann und muß und dazu in der Lage sein soll, einen Beitrag zur Schaffung neuer demokratischer Verhältnisse zu leisten, ist eine Meinung, die im Vatikan bis heute fast als glatte Häresie betrachtet wird.“

Je klarer nach Kriegsende die Dominanz der Sowjetunion in Osteuropa und die Stärke der kommunistischen Parteien Westeuropas zutage traten, desto offener bekannte man sich zu solchen Positionen. Fast schien es, als herrsche im Vatikan Genugtuung darüber, den Westalliierten nun ihre Fehleinschätzungen aus der Kriegszeit vorhalten zu können. Pius XII. versäumte nicht, Myron Taylor schon bei der ersten Audienz nach der Befreiung Roms zu sagen, daß er den Kommunismus als die größte Gefahr für die Zukunft Italiens und Europas ansehe⁴¹. Dieser Besorgnis wurde nicht nur hinter verschlossenen Türen Ausdruck verliehen. Als Palmiro Togliatti die Idee eines Bündnisses von kommunistischen und katholischen Arbeitern ventilierte, antwortete ihm Pater Riccardo Lombardi in der *Civiltà Cattolica* mit einem Artikel, der auf unmißverständliche Weise die unüberbrückbare Kluft zwischen katholischem und kommunistischem Lager verdeutlichte: Angesichts der „dogmatischen und moralischen Verirrungen [des Kommunismus] kann die Kirche niemals an Kompromisse denken, weil das für sie bedeuten

³⁹ Tittmann (im Auftrag C. Hulls) an Pius XII., 5. Februar 1944, zit. nach Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 297.

⁴⁰ Die Beurteilung Sergio Paronettos ist veröffentlicht bei: Pietro Scoppola, *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1977, S. 267–273.

⁴¹ Taylor an Roosevelt, 23. Juni 1944, zit. nach Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 317 ff.; Taylor an Roosevelt, 14. Juni 1944, in: *Ebenda*, S. 326.

würde, ihrer grundlegenden Aufgabe als Hüterin der Offenbarung nicht gerecht zu werden. Täte sie es, käme das ihrem Ende gleich: Die Kirche, die in solchen Fällen zurückweichen würde, wäre keine wahre Kirche mehr“⁴².

Daß die Kirche nicht zurückweichen wollte, bewies sie auch durch ihre wiederholten Stellungnahmen zu den Verfolgungen des Klerus in Osteuropa. In der Zeitschrift der Jesuiten hieß es etwa: „Die schrecklichen Nachrichten, die uns über die Behandlung der Kirche [in Osteuropa] erreichen, und seien sie auch wegen des ängstlich errichteten Absperrgitters durch die sowjetische Besatzung nur bruchstückhaft, stehen mit dem wohlbekannten marxistischen Programm zu sehr in Einklang, als daß es sich um anderes, als um weitreichende Operationen gegen die heilige Sache handeln könnte.“ Daraus ergab sich der Schluß: „Wo sich der Kommunismus festsetzt, dort sind Tradition und Kultur in Gefahr“, und die Frage: „Wird der schrille Klang der Tatsachen, der vom anderen Ufer der Adria herüberkommt, den süßen Klang der doppelzüngigen Worte zum Schweigen bringen, der viele unwissende Italiener einschläfert?“⁴³

Diese Ermahnungen und bohrenden Fragen waren auch an die Vereinigten Staaten gerichtet, wo sie neben anderen Faktoren dazu beitrugen, den tief verwurzelten amerikanischen Antikommunismus wiederzubeleben. So näherten sich die Positionen des Heiligen Stuhles und der Administration Truman langsam einander an, um schließlich in jenes strategische Bündnis einzumünden, das der Vatikan schon seit längerem angestrebt hatte. Die Lage in Italien wurde gewissermaßen zum Gradmesser der Festigkeit dieses Bündnisses. Am Tag nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 2. Juni 1946 skizzierte Myron Taylor, der zum Sprecher und Kommentator der Allianz geworden war, das Problem so: „Italien ist ein wahres Schlachtfeld. Die Stimme des Papstes, der ein entschiedener und konsequenter Verteidiger der Religion und der westlichen Kultur ist, findet in Europa am meisten Gehör. Im Unterschied zu allen anderen nimmt er eine Stellung ein, die von Wahlen und Regierungswechseln unabhängig ist. Er hat den Kommunismus stets konsequent bekämpft. Der Atheismus der osteuropäischen Führer zielt darauf ab, die Kirche und den Papst zu schwächen und in letzter Konsequenz zu unterjochen. Aus dem Expansionsprozeß [...] kann ein Krieg entstehen. In einem solchen Konflikt wird ohne Zweifel auch der amerikanische Kontinent verwickelt sein. Eine Schwächung Italiens wird die Auseinandersetzung

⁴² Riccardo Lombardi, S. J., Una „mano tesa“ minacciosa. A proposito del discorso Togliatti, in: *La Civiltà Cattolica*, 1945, Bd. 2, S. 147–159; vgl. allgemein: Ennio Di Nolfo, „La Civiltà Cattolica“ e le scelte di fondo nella politica estera italiana nel secondo dopoguerra, in: *Storia e Politica* 10 (1971), S. 187–239.

⁴³ Riccardo Lombardi S. J., Il programma politico comunista, in: *La Civiltà Cattolica*, 1946, Bd. 2, S. 357; vgl. allgemein Di Nolfo, „La Civiltà Cattolica“, S. 210 ff. und die auf S. 212 in Anm. 82 angegebenen Quellen.

schneller herbeiführen. [...] Rußland ist für uns kein alliierter Freund mehr, sondern eine aggressive politische und gottlose Maschine mit unbegrenzten Rohstoffvorräten und einer großen Bevölkerung, die machtlos und gezwungen ist, dem Regime zu folgen. Viele halten es für fast sicher, daß die Situation letztlich nur durch einen neuen Krieg endgültig bereinigt werden kann.“ In Italien, so Taylor, standen die Hoffnungen ganz Europas auf dem Spiele. „Alle Berichte bestätigen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung in den einst von den Nazis besetzten oder mit ihnen verbündeten Staaten auf den Westen blickt. Die Völker erwarten nicht nur eine klare politische Linie, sondern auch einen *Beweis* für die Entschlossenheit zur *Umsetzung* dieser Linie, der sie ermutigen und leiten würde. Wenn wir in Italien einen falschen Schritt tun, dann wird unser ohnehin schon angeschlagenes Prestige einen nicht wiedergutzumachenden Schaden davontragen. Zeigen wir jetzt nicht einen festen Willen gegenüber Rußland, so wird eine solche Gelegenheit in Zukunft nicht wiederkehren.“⁴⁴

Als Myron Taylor 1946 diese Überlegungen zu Papier brachte, begannen sich in Washington erste Umrisszeichnungen einer neuen amerikanischen Europa-Politik abzuzeichnen. Die amerikanische Regierung war nun zu einer Kräftigung der vom Kommunismus bedrohten Staaten Europas entschlossen. Die Verkündung der Truman-Doktrin und die Vorlage des Marshall-Plans zerstreuten die letzten Zweifel an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Eindämmung des sowjetischen Ausgreifens. Die Containment-Politik zeigte der Sowjetunion die Grenzen der amerikanischen Duldsamkeit und setzte neue Akzente in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten.

Der Vatikan begrüßte die neue amerikanische Politik. Vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages von 1947 hatte Washington die Forderungen des Vatikans häufig übergangen, danach und insbesondere in den Monaten, die dem Ausschluß der Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung De Gasperi (Mai 1947) vorausgingen, wurde der Einklang in den politischen Grundüberzeugungen und die Übereinstimmung in der Vorgehensweise offenkundig. Trotz dieser eindeutigen Position im west-östlichen Interessenkonflikt fanden sich in Presseorganen wie dem *Osservatore Romano* und der *Civiltà Cattolica* auch distanzierte Stellungnahmen gegenüber den Westmächten; zu einer Agentur zur Verbreitung amerikanischer Außenpolitik war der Vatikan nicht geworden. Sie sollten in Erinnerung rufen, daß sich die Kirche nicht in einen reinen Machtkampf verstricken lassen wollte, und den Willen bekunden, die ohnehin dünn gewordenen Verbindungen mit der „Kirche des Schweigens“ in der Sowjetunion nicht ganz abreißen zu lassen. Noch Ende 1946 und Anfang 1947 wurde die Bildung „zweier furchterregen-

⁴⁴ Notizen Taylors vom 10. August 1946 über die Situation in Italien, in: Di Nolfo, *Vaticano e Stati Uniti*, S. 507.

der Blöcke“, die durch einen „unüberbrückbaren Graben“ voneinander getrennt seien, beklagt. Pater Riccardo Lombardi forderte, die Kirche solle sich von beiden Blöcken und den ihnen zugrunde liegenden Ideologien gleichermaßen fernhalten und ihnen ein „sozial angewendetes und gelebtes Christentum“ als Alternative entgegenstellen⁴⁵. Selbst der Papst appellierte – ohne die Verdammung der „falschen Propheten“, die der natürlichen Ordnung widersprechende, antichristliche und atheistische Vorstellungen in der Welt verbreiteten, zu unterlassen – noch in seiner Ansprache im Sacro Collegio im Juni 1947 an die Regierungen aller Völker, „normale, gutnachbarliche Beziehungen“ zu unterhalten oder herzustellen. „Noch ist es nicht zu spät, in einer gemeinsamen und aufrichtigen Anstrengung aller Völker der Erde die unerläßlichen Voraussetzungen für wirkliche Sicherheit, allgemeinen Wohlstand oder wenigstens für eine erträgliche Lebensweise und wohltätige, freiheitliche Ordnung zu schaffen.“⁴⁶

Viel konnte der Papst damit nicht bewirken. Seine Mahnung fiel mit dem Abbruch der Pariser Konferenz über den Marshall-Plan (28. Juni–1. Juli 1947) zusammen, der in gewissem Sinne die Teilung Europas in zwei Blöcke besiegelte. Das auch in den Programmen der Mehrzahl der Regierungen Osteuropas propagierte Ziel der Schaffung eines „allgemeinen Wohlstandes“ ließ sich nun nicht mehr in vereinten Anstrengungen, etwa auf der Basis des vom amerikanischen Außenminister vorgeschlagenen Programms, verfolgen. Den Appellen des Vatikans an den guten Willen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde so der Boden entzogen. Jetzt verstummte in den kirchlichen Blättern die Kritik am Westen, jetzt wandelte sich auch die vatikanische Außenpolitik: Die Gewichte verschoben sich nun von einer ideologisch zwar westlich orientierten, grundsätzlich aber über den Blöcken stehenden Politik hin zu einer Politik der Anlehnung an die amerikanischen Positionen. Die Entscheidungen des Weißen Hauses wurden im Vatikan zwar nicht immer gutgeheißen, aber im großen und ganzen doch mitgetragen und aktiv verfochten. Auch in der katholischen Presse konnte man die Verschiebung der Gewichte wahrnehmen, etwa als Pater Messineo unterschied zwischen einem westlichen Block, „der wenigstens in der Theorie noch treu zu einigen fundamentalen Prinzipien der Menschlichkeit und des Rechts steht“, und einem östlichen Block „hartnäckiger Leugner aller moralischen, göttlichen und menschlichen Werte“ und der „Unterdrücker von Freiheit und Menschenwürde“⁴⁷.

⁴⁵ Riccardo Lombardi S. J., *L'ora presente e l'Italia*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1947, Bd. 1, S. 12 ff.; vgl. auch Manetti, „*Civiltà Cattolica*“, S. 4 f.

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 20–30.

⁴⁷ Antonio Messineo S. J., *Per una pace vera e duratura*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1947, Bd. 3, S. 487; vgl. Manetti, „*Civiltà Cattolica*“, S. 7 f.

Mit der Bildung des Kominform im Herbst 1947 wurde der Bruch der Anti-Hitlerkoalition irreversibel. Die im Verlauf des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren getroffenen Entscheidungen bekamen dauerhaften Charakter. Die Theorie Shdanovs, derzufolge die Welt in ein sozialistisches und ein kapitalistisches „Lager“ zerfallen sei, die sich feindlich gegenüberstünden, ließ keinen dritten Weg offen. Mit dem kommunistischen Staatsstreich in Prag wurde das letzte osteuropäische Land, das formal eine pluralistische Regierungsform besaß, der stalinistischen Herrschaft unterworfen. Am 18. April 1948 erlitt dann die in einer Volksfront vereinigte Linke Italiens eine schwere Niederlage, während die Democrazia Cristiana aus den Parlamentswahlen als dominierende Kraft hervorging. Sie verfügte über die absolute Mehrheit im Parlament und bereitete sich nunmehr auf eine Koalition mit den kleineren Parteien der Mitte vor. Der Staatsstreich von Prag und der Erdrutsch von Rom waren grundlegende Ereignisse, die auf Jahrzehnte hinaus die Innenpolitik und die internationale Stellung der beiden Länder bestimmten.

Die Klärung der Fronten in Europa führte nicht nur zu wirtschaftlichen und innenpolitischen Weichenstellungen; die Entwicklung ging noch weiter. Anfang 1948 griff in ganz Westeuropa die Furcht vor einem weiteren sowjetischen Vordringen nach Westen um sich. Der Staatsstreich von Prag und die Heftigkeit der inneren Auseinandersetzung in Italien ließen das Schlimmste erwarten. Die Angst vor dem Feind im Osten schuf das Bedürfnis, die westlichen Verteidigungskapazitäten besser zu organisieren. Das freie Europa, so die allgemeine Überzeugung, sollte im Fall eines Angriffs seine Hoffnungen nicht noch einmal auf Großbritannien und amerikanische Hilfe setzen müssen. So begannen 1948 verschiedene europäische Staaten, namentlich Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland und Luxemburg, über den Abschluß eines Militärpaktes zu verhandeln. Das erste Ergebnis davon bildete der am 17. März 1948 unterzeichnete Vertrag über die Schaffung einer Westeuropäischen Union, die – wenigstens nach außen hin – als Defensivbündnis gegen eine deutsche Bedrohung konzipiert war, in Wirklichkeit aber Schutz bieten sollte vor einem sowjetischen Angriff. Es handelte sich hierbei nur um den Anfang, bald verhandelte man über weitergefaßte Bündnisse unter Einschluß der Vereinigten Staaten; wie weit das Engagement Washingtons gehen würde, blieb dabei zunächst im unklaren. Erst 1949 zeichnete sich ab, daß die Vereinigten Staaten gewillt waren, im Rahmen eines Nordatlantik-Paktes eine Art Schutzfunktion für Westeuropa zu übernehmen.

Selbstverständlich wurde bei den verschiedenen Stufen der Verhandlungen auch die Frage einer italienischen Beteiligung angeschnitten. Wie Italien selbst sich hinsichtlich eines Beitritts zu einem westlichen Militärbündnis entscheiden würde, lag zunächst noch im dunkeln. Die Entscheidung hing vor allem von der größten Regierungspartei, der Democrazia Cristiana, ab, die

bei ihrer Entschlußbildung natürlich die Orientierungen des Heiligen Stuhls nicht unberücksichtigt lassen konnte. Die Außenpolitik des Vatikans stand also 1948/49 erneut, wenn auch in einem grundlegend anderen Rahmen als 1943/45 oder 1947/48, in einem engen Bezug zu Italien. Nun ging es aber nicht mehr darum, Italien vor der „Rache“ der Sieger zu schützen oder vor einer kommunistischen Gefahr zu bewahren, der Vatikan mußte sich für oder gegen ein Militärbündnis aussprechen. Diese Option, das machte die Wahl nicht leichter, schloß auch die Frage der eigenen Sicherheit ein, insofern es um die Sicherheit des befreundeten Italien ging.

Ausgerechnet in dieser Situation, als die eindeutige Entscheidung für den Westen fällig war, begann man im Vatikan zu zögern. De facto befand man sich bereits seit Jahren in einer Allianz mit den Vereinigten Staaten, man hatte lange vor anderen auf kämpferische Weise die kommunistische Bedrohung der Welt als wichtigstes Merkmal der Nachkriegszeit bezeichnet. Weshalb also dieses Zögern? Sicherlich bestand auch weiterhin eine grundsätzliche Übereinstimmung in den längerfristigen Zielsetzungen zwischen Weißem Haus und Heiligem Stuhl. Nach dem Beginn der Debatten über den Marshall-Plan hatte der amerikanische Präsident seinen Vertrauten Myron Taylor erneut nach Rom entsandt; u. a. sollte er dem Papst einen Brief übergeben, der voll war mit Beteuerungen des amerikanischen Friedenswillens. Außerdem sollte Taylor bekräftigen: „Unsere Treue ist fest, unser Wille entschieden und unser Geist furchtlos.“ „Versichern Sie ihm bitte“, gab Truman seinem Gesandten für die erste Audienz mit dem Papst mit auf den Weg, „daß sein Mut und seine Führung unsere Anerkennung und Bewunderung haben.“⁴⁸

Pius XII. empfing Taylor mit gewohnter Herzlichkeit und betonte, daß die Kirche ihrer Pflicht zur Bewahrung des Friedens aus Schuldigkeit gegenüber Gott Genüge tun werde. In Anspielung auf den Marshall-Plan fügte er hinzu: „Der großzügige und wahrhaft der besten christlichen Traditionen würdige Geist des Erbarmens, das das amerikanische Volk all jenen erwiesen hat, die leiden und überall auf der Welt unterdrückt sind, stellt ein bewundernswürdiges Symbol seines Wunsches nach Frieden und allgemeinem Wohlstand dar. Die große Mehrheit der Völker in der Welt, dessen sind wir gewiß, teilt diesen Wunsch, auch in den Ländern, in welchen die Freiheit geknechtet wird. Gott gebe, daß sich ihre Kräfte vereinigen können, um den Frieden zu verwirklichen. Es gibt keine Rechtfertigung zur Aufgabe oder Verminderung der Anstrengungen. Unter dem Schutz Gottes, der unser aller Vater ist, voll Gnade und Barmherzigkeit, wird am Ende das Gute und Heilige und Ge-

⁴⁸ Der offizielle Brief Trumans ist veröffentlicht in: *Correspondence between President Truman and Pope Pius XII with an Introduction by Myron C. Taylor, Personal Representative of the President of the United States to His Holiness Pope Pius XII, o.O., o.J., (1952), S. 21–24*; die Erläuterungen Trumans an Taylor finden sich in: *Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti, S. 530 f.*

rechte den Sieg davontragen.⁴⁹ Seine Heiligkeit, so Taylor in einem vertraulichen Schreiben an Truman, bekundete „seine äußerste Besorgnis über das, was in der Welt im allgemeinen und in Europa geschieht und was im besonderen die politische Zukunft Italiens betrifft. Er stimmte den energischen Erklärungen und der kürzlich von Ihnen und Außenminister Marshall ergriffenen Initiative freudig zu. [...] Er unterstützt die Linie, die Ihr in Griechenland zu verfolgen gedenkt.“⁵⁰ Dies waren Äußerungen, die nicht nur eine Übereinstimmung im grundsätzlichen verrieten, sondern die volle Billigung der aktuellen Containment-Politik durch den Vatikan beinhalteten. Die *Civiltà Cattolica* bemerkte dazu: „Präsident Truman bewegt sich innerhalb der heilspendenden geistigen Atmosphäre, die die unverfälschte christliche Botschaft schafft.“⁵¹

Im Wahlkampf, der den Parlamentswahlen vom 18. April 1948 vorausging, zogen Washington und der Heilige Stuhl ebenfalls an einem Strang. Im Vatikan fürchtete man einen Wahlsieg der Linken, man liebäugelte deshalb sogar mit dem Gedanken einer Verschiebung der Wahlen⁵². Der Triumph der *Democrazia Cristiana* wurde begeistert gefeiert, der Vatikan sah in ihm einen Beweis für die Verknüpfung des Schicksals Italiens mit dem des Heiligen Stuhls: „Das italienische Volk“, schrieb die *Civiltà Cattolica*, „hat sich am 18. April für Christus und seinen Stellvertreter entschieden. Die Italiener haben mit ihren eigenen Leibern ein Bollwerk um den Felsen des Vatikans errichtet. Damit haben sie den heiligen Charakter Roms und dessen jahrtausendealte Funktion als Zentrum der christlichen Kultur bewahrt.“⁵³ Bei der Analyse der Wahl und der Risiken, die ein anderes Ergebnis mit sich gebracht hätte, ließ man es ebenfalls nicht an Deutlichkeit fehlen: Der Gang zur Urne sei ein „heiliger Kreuzzug“ gewesen, um Italien vor der kommunistischen Gefahr zu retten. Die Wähler der kommunistischen Partei seien „Verräter des eigenen Vaterlandes und der zukünftigen Entwicklung Europas, die noch heute unauflöslich mit der Erhaltung seiner zutiefst menschlichen, weil in der Substanz christlichen Kultur verbunden ist“⁵⁴. Die jesuitische Zeitschrift nahm dabei Gedanken wieder auf, die Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsbotschaft von 1947 ausgesprochen hatte: „Abtrünnig und verräterisch wäre jeder, der seine praktische Mitarbeit, seine Dienste, seine Fähigkeiten [...] und seine Stimme Parteien und Mächten zur Verfügung stellen würde, die Gott

⁴⁹ Correspondence, S. 25–28.

⁵⁰ Taylor an Truman, 27. August 1947, in: Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti, S. 533.

⁵¹ Antonio Messineo S. J., *Per una pace vera e duratura*, S. 490 f.

⁵² Zu dieser Hypothese siehe die bei Di Nolfo, Vaticano e Stati Uniti, S. 557–567 publizierten Dokumente.

⁵³ Antonio Messineo S. J., *L'ora dell'Italia*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1948, Bd. 2, S. 230.

⁵⁴ Alberto Oddone S. J., *Delle illegalità e violenze verso le nuove consultazioni elettorali*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1948, Bd. 1, S. 460; Antonio Messineo S. J., *L'Europa alla svolta del suo destino*, in: *Ebenda*, Bd. 1, S. 236 f.

verleugnen, die Gewalt an die Stelle von Recht, Drohungen und Terror an die Stelle von Freiheit setzen, die sich der Lüge und des Zwistes und der Aufstachelung der Massen bedienen und den inneren und äußeren Frieden unmöglich machen.“⁵⁵

Die ungetrübte Harmonie zwischen Washington und dem Vatikan und die heftigen Ausbrüche von Antikommunismus am Vorabend der Wahlen vom 18. April 1948 liefern gewiß keine Erklärung für die Tatsache, daß man im Vatikan einer Beteiligung Italiens an einem multinationalen Verteidigungsbündnis zunächst skeptisch, wenn auch nicht ganz ablehnend gegenüberstand. So wichtig es in diesem Zusammenhang ist, zwischen einer skeptischen und ablehnenden Haltung zu unterscheiden, so wichtig ist es darüber hinaus, den Heiligen Stuhl nicht mit den Christdemokraten gleichzusetzen, die hinsichtlich des Verteidigungsbündnisses nur schwer zu einer einheitlichen Linie fanden und so die zukünftigen westlichen Verbündeten lange irritierten. In den Reihen der Democrazia Cristiana hatte sich nämlich um Giuseppe Dossetti und Giovanni Gronchi ein linker Flügel herausgebildet, der in zentralen Fragen zu anderen Auffassungen gelangt war als die Parteimehrheit. Das galt vor allem für die Frage, welchen Weg die Partei nach dem Wahlerfolg vom 18. April einschlagen sollte. Die Parteilinke nahm den Wahlsieg als Signal für eine mutige sozialreformerische Politik, die dazu beitragen sollte, die scharfen Gegensätze zwischen den beiden Blöcken, dem sozialistisch-kommunistischen und dem bürgerlich-konservativen, zu vermindern. Der Beitritt zu einem westlichen Defensivbündnis war in ihren Augen ein Schritt in die falsche Richtung; er mußte die Kluft zwischen den Parteien weiter vertiefen, und er machte ein konstruktives Zusammenwirken mit der Linken bei der Realisierung von Sozialreformen illusorisch. Die Chance zu einer beherzten Reformpolitik, die sich den Christdemokraten nach dem Wahlerfolg eröffnet hatte, wäre also vertan worden, die konservativen Kräfte hätten die Oberhand zurückgewonnen⁵⁶.

Im Vatikan nahm man die Richtungskämpfe in der Democrazia Cristiana aufmerksam zur Kenntnis, das eigene Zögern und die eigene Unsicherheit hinsichtlich der neuen Militärbündnisse hatten aber andere Gründe⁵⁷. Die *Civiltà Cattolica* und der *Osservatore Romano* berichteten 1948 häufig über diese Fragen und gaben dabei den verschiedensten Standpunkten Raum, die sich oft von der bis dahin verfolgten Außenpolitik des Vatikans unterschieden. So wurde beispielsweise der Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 nega-

⁵⁵ Radiomessaggio natalizio di S. S. Pio XII sul ritorno a Dio nella veracità, nella fraternità, in: *La Civiltà Cattolica*, 1948, Bd. 1, S. 13.

⁵⁶ Elisabetta Vezzosi, *La sinistra democristiana tra neutralismo e Patto atlantico*, in: *L'Italia e la politica di potenza* (vgl. Anm. 3); Guido Formigoni, *La sinistra cattolica e il Patto atlantico (1948–1949)*, in: *Il Politico* 50 (1985), S. 631–668.

⁵⁷ Manetti, „*Civiltà Cattolica*“, S. 18–24; Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 25–32.

tiv beurteilt; im Kampf gegen den Kommunismus genüge es nicht, militärische Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, gefordert sei der „wirkliche Wille [...] wenigstens in einem gewissen Maße auf den nationalen Egoismus in wirtschaftlichen Fragen zugunsten der dringendsten Nöte der anderen zu verzichten“. Die Fähigkeit der Westmächte, eine sichere und stabile Nachkriegsordnung zu schaffen, hielt man für ziemlich begrenzt. Es sei nötig, die Nachkriegsordnung eher auf moralischen, denn auf militärischen Fundamenten zu errichten. Man wollte die schon mit dem Marshall-Plan begonnene Zusammenarbeit zwischen denjenigen europäischen Staaten fortsetzen, die „dem Drang nach Freiheit“ Vorschub leisteten und mit der „lateinisch-christlichen Kultur“ aufs engste verbunden waren. Dahinter verbarg sich die Idee, eine dritte politische Kraft des Ausgleichs zwischen den Blöcken ins Leben zu rufen. Giuseppe Dalla Torre kritisierte im *Osservatore Romano* die westliche Verteidigungsstrategie des *si vis pacem para bellum*, der er die christliche Maxime *si vis pacem para pacem* entgegensetzte. Unter der Rubrik *Acta Diurna* handelte Giorgio Luigi Bernucci in der gleichen Zeitung die Problematik der westlichen Verteidigung mit ähnlich kritischer Distanz ab⁵⁸. Zu diesen Ansichten gesellte sich schließlich die Auffassung Monsignore Tardinis, der seit 1943 zu den engagiertesten Befürwortern einer italienisch-amerikanischen Zusammenarbeit gehörte. Im August 1948 riet auch er zu „höchster Vorsicht“, was die politische Linie Italiens „gegenüber dem Brüsseler Pakt“ anbetraf. Außerdem verhehlte er nicht seine Zweifel an der angelsächsischen Politik, die – so glaubte er – Italien „keine spürbaren Vorteile“ bringen würde. Er war der Meinung, Italien solle neutral bleiben, damit sei auch „den Interessen des Vatikans als weltlicher und geistiger Macht“ am besten gedient⁵⁹.

Das Zögern des Vatikans beruhte also auf der Analyse der internationalen Konstellationen, mit den Auseinandersetzungen innerhalb der *Democrazia Cristiana* stand es – wie erwähnt – nicht in Beziehung. Während aber die Differenzen in der führenden Regierungspartei einer gewissen Logik nicht entbehrten, erscheinen die Stellungnahmen aus vatikanischen Kreisen eher rätselhaft. Sie werden erst verständlich, wenn man einen nicht unbedeutenden Aspekt der damals in Gang befindlichen diplomatischen Verhandlungen, die später zur Gründung der NATO führten, in die Überlegung miteinbezieht. Schon in den ersten Verhandlungsrunden zwischen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten bildete die Frage der Form des zukünftigen Verteidigungsbündnisses und der Rolle, die Italien dabei zugedacht werden sollte, den Gegenstand von Meinungsverschiedenhei-

⁵⁸ Vgl. A. De Marco S. J., *Piano Marshall e orientamenti politici europei*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1948, Bd. 3, S. 113–129; A. Brucculeri S. J., *Per un miglior domani dell'Europa*, in: *Ebenda*, S. 449–462 und 602–612; vgl. darüber hinaus den *Osservatore Romano* vom 16. und 17. Oktober 1948; Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 27–31; Magister, *La politica vaticana*, S. 95 f.

⁵⁹ Meneguzzi Rostagni, *La Santa Sede*, S. 26 f.

ten. Zunächst hatte man ja nur von einer westlichen Union gesprochen, die politisch und militärisch von Großbritannien dominiert und gewissermaßen von außen durch die Vereinigten Staaten abgesichert sein sollte. Dieses Bündnis, das teilweise von ähnlichen Prämissen ausging wie der Brüsseler Pakt vom 17. März 1948, sollte auch anderen europäischen Staaten offenstehen. Die Frage war nur: Ländern, die im strengen Sinne als „Atlantikstaaten“ zu betrachten waren, oder auch Italien? Die Antwort darauf ließ bis zum Frühjahr 1949 auf sich warten; eine Lösung des Problems wurde abwechselnd durch die Wankelmütigkeit der Regierung in Rom und die Unentschlossenheit der übrigen Staaten erschwert, im Grunde sprach sich nämlich nur Paris ohne Vorbehalte für die Miteinbeziehung Italiens aus. Nicht weniger umstritten war damals die Art der Beteiligung der Vereinigten Staaten.

Was Italien anbetrifft, so hatten die westlichen Führungsmächte zunächst anklingen lassen, daß die Westeuropäische Union auch Italien offenstünde. Als man aber über militärische Bündnisse und den Atlantikpakt zu sprechen begann, rückte die Frage einer Beteiligung Italiens mehr und mehr in den Hintergrund, weil zugleich Überlegungen aufgekommen waren, ein mediterranes Sicherheitssystem zu schaffen, das indirekt an das „Mutter“-Bündnis der westlichen Union angebunden sein sollte. Italien, Griechenland und die Türkei, vielleicht auch Spanien und das unter französischer Herrschaft stehende Algerien galten als mögliche Mitglieder⁶⁰.

Das Verteidigungsbündnis war also zunächst in seinen Dimensionen nicht recht zu erkennen. Es existierten mehrere Möglichkeiten, von denen 1948 die Erweiterung der Westeuropäischen Union die größten Realisierungschancen zu besitzen schien: ob und wie Italien an ihr beteiligt sein sollte, darüber war im einzelnen noch nicht verhandelt worden, und erst im Herbst 1948 trat die „atlantische Dimension“ des zukünftigen Bündnisses, d. h. die Beteiligung der Vereinigten Staaten in den Vordergrund⁶¹. Die zitierten Stellungnahmen vatikanischer Kreise, die Unsicherheit und Verwirrung verraten, bezogen sich also auf das Minimalprojekt eines rein europäischen Bündnisses, das überholte Einflusssphären erneuert hätte und wohl von Großbritannien beherrscht worden wäre. Solchen Aussichten konnte man im Vatikan natürlich nicht viel Gutes abgewinnen: Die britische Feindseligkeit gegenüber dem Vatikan während des Krieges war noch in frischer Erinnerung, und auch die antiklerikale

⁶⁰ Vgl. Ennio Di Nolfo, *Motivi ispiratori e genesi diplomatica dell'alleanza atlantica*, in: 30 anni di alleanza atlantica, Rom 1979, S. 9–42; Pietro Pastorelli, *L'adesione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Storia contemporanea* 14 (1983), S. 1015–1030; Mario Toscano, *Appunti sui negoziati per la partecipazione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Pagine di storia diplomatica contemporanea*, Mailand 1963, Bd. 2, S. 445–519; Alfredo Breccia, *L'adesione dell'Italia al Patto Atlantico*, in: *Rivista di studi politici internazionali* 41 (1974), Nr. 1, S. 65–80; Antonio Varsori, *La scelta occidentale dell'Italia (1948–1949)*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 59–159 und 2 (1985), S. 303–368; Tarchiani, *Dieci anni*, S. 146–170; Egidio Ortona, *Anni d'America. La ricostruzione 1944–1951*, Bologna 1984, S. 238–290.

⁶¹ Vgl. FRUS, 1948, III, S. 795 und 810.

len und antikatholischen Tendenzen der Labour-Regierung rieten eher zur Vorsicht. Das „lateinisch-christliche“ Italien an das „treulose“ anglikanische Großbritannien zu binden, das außerdem keine wirkliche Sicherheit zu bieten vermochte, wie die Aufkündigung der britischen Unterstützung für die Türkei und Griechenland im Jahre 1947 bewiesen hatte – diese Aussicht konnte im Vatikan nur Mißtrauen hervorrufen. Als freilich um die Jahreswende 1948/49 deutlich wurde, wie sehr sich auch die Vereinigten Staaten im Rahmen des neuen militärischen Bündnisses engagieren würden, da gab der Heilige Stuhl seine abwartende Haltung sofort auf.

Daß das Zögern des Vatikans ein Ende fand, lag auch an der italienischen Regierung, die Ende 1948 selbst zu einer klaren Position fand und sich dann nach Kräften bemühte, Mißverständnisse auf seiten des Vatikans auszuräumen. De Gasperi hatte nämlich die Gefahren frühzeitig erkannt, die sich für seine Politik der Westbindung aus dem Zusammenwirken von innerparteilicher Opposition und Vatikan ergeben konnten. Ein erster, noch überaus vorsichtiger Schritt wurde im September 1948 getan, als Pius XII. den italienischen Botschafter in Washington, Alberto Tarchiani, im Vatikan empfing⁶². Dieses Gespräch war aber ebenso unverbindlich wie der Besuch des amerikanischen Außenministers Marshall im Oktober 1948 im Vatikan, der die laufenden Bündnisverhandlungen mit keinem Wort erwähnte, weil zu diesem Zeitpunkt die Absichten der italienischen Regierung noch nicht klar zu erkennen waren⁶³. Viel hing in diesem Augenblick von der Initiative und Geschmeidigkeit De Gasperis und Sforzas ab. Ihnen war in der ersten außenpolitischen Debatte des neuen Parlaments im November/Dezember 1948 erneut bewußt geworden, daß ihre Aktionsfreiheit stark eingeschränkt würde, gelänge es ihnen nicht, die innerparteiliche Opposition zu schwächen. Sie wußten: War erst das Zögern des Vatikans überwunden, dann nahm auch das Gewicht der Argumente eines Gronchi oder Dossetti beträchtlich ab. Außenminister Sforza ersuchte deshalb nach der Parlamentsdebatte um eine päpstliche Audienz, die ihm noch vor Weihnachten gewährt wurde. Über diese vor der Öffentlichkeit streng geheimgehaltene Zusammenkunft ist nicht mehr bekannt, als daß sie stattgefunden hat⁶⁴. Man darf jedoch davon ausgehen, daß der Außenminister den Papst über die mittlerweile festgelegten außenpolitischen Leitlinien der italienischen Regierung und die internationalen Entwicklungen, die einen NATO-Beitritt Italiens nahezuliegen schienen, unterrichtete⁶⁵.

⁶² Tarchiani, *Dieci anni*, S. 155 f.

⁶³ Ebenda, S. 159 f.

⁶⁴ Livio Zeno, *Ritratto di Carlo Sforza*, Florenz 1975, S. 223.

⁶⁵ Es ist festzuhalten, daß die Regierung in Rom mittlerweile zu der Entscheidung gelangt war, dem Pakt beizutreten, diesbezüglich aber auf definitive Zeichen der Alliierten wartete, so daß erst Anfang März 1949 eine endgültige Entscheidung getroffen werden konnte (vgl. Varsori, *La scelta occidentale*, S. 335–362).

Daß die Mission Sforzas erfolgreich war, zeigte sich schon in der Weihnachtsbotschaft des Papstes vom 24. Dezember 1948, die das Oberhaupt der katholischen Kirche dazu benützte, unmißverständlich Position zu beziehen. Am Ende des Jahres 1948, das „mit vielen Hoffnungen“ begonnen habe, scheine man, so der Papst, „am Rande eines Abgrundes“ zu stehen, „dessen Tücken und Gefahren alle ehrhaften und edlen Völker mit wachsender Angst erfüllen“. Der Kampf gegen die „Mächte der Finsternis“ dauere an, aber der „Glaube müsse sich als unerschütterlich“ erweisen. Darüber hinaus betonte er die Pflicht der Katholiken, sich angesichts der flehentlichen Hilferufe anderer nicht „in einem bequemen oder selbstsüchtigen ‚Isolationismus‘ einzugeln“, zumal das Bild der „großen Familie der Völkergemeinschaft“ noch selten so düster gewesen sei: „Zu keinem Zeitpunkt seit der Einstellung der Kampfhandlungen sind die Gemüter so schwer vom Alptraum eines neuen Krieges und der Angst um den Frieden belastet gewesen.“ Das wahre christliche Verlangen nach Frieden gehe von Gott aus, es sei leicht erkennbar und realistisch: Der „christliche Friedenswille ist Stärke, nicht Schwäche oder willenslose Resignation. [...] Jeder Angriff auf Güter, die man nach dem göttlichen Gebot [...] respektieren und garantieren und deshalb auch beschützen und verteidigen muß, ist eine Sünde, ein Verbrechen, ein Attentat auf die Majestät Gottes selbst, den Schöpfer und Lenker der Erde. Ein Volk, das bedroht oder schon Opfer einer ungerechten Aggression geworden ist, kann nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, wenn es im christlichen Sinne denken und handeln will; und noch mehr verbietet es die Solidarität der Völkerfamilie den anderen, sich als einfache Zuschauer auf eine Position teilnahmsloser Neutralität zurückzuziehen“. Die Gleichgültigkeit habe schon genug Schaden angerichtet und das Bedürfnis nach Sicherheit noch mehr ansteigen lassen: „Sie hat nichts anderes bewirkt, als die Urheber und Befürworter von Aggressionen in Sicherheit zu wiegen und zu ermutigen, und die auf sich allein gestellten Völker dazu gezwungen, ihre Rüstung unbegrenzt zu erhöhen. [...] Das Gebot des Friedens ist göttliches Recht. Sein Ziel ist der Schutz der menschlichen Güter, weil sie Güter des Schöpfers sind. Nun sind aber einige dieser Güter für das menschliche Zusammenleben von einer solchen Bedeutung, daß ihre Verteidigung gegenüber einer ungerechtfertigten Aggression zweifelsohne völlig legitim ist. Zu ihrer Verteidigung ist auch die Völkergemeinschaft, die die Pflicht hat, das angegriffene Volk nicht alleine zu lassen, aufgerufen. Die Gewißheit, daß dieser Pflicht Genüge getan werden wird, wird den Angreifer entmutigen und also den Krieg verhindern helfen, oder, schlimmstenfalls, die Leiden vermindern.“ Der Papst schloß mit den Worten: „In dieser Stunde beschwören wir Euch mit unserer ganzen Kraft. [...] Arbeitet für die Erhaltung des Friedens nach den Grundsätzen des Erlösers mit allen aufrichtigen Menschen zusammen, die, auch wenn sie nicht Eueres Glaubens sind, doch mit Euch im gemeinsamen Vertrauen auf diese Ideale ver-

bunden sind.“⁶⁶ Als wäre die Weihnachtsbotschaft nicht klar genug gewesen, erhob der Papst nur wenige Wochen später, am 23. Februar 1949, als die Debatte über die Gründung des Atlantikpakts in ihre entscheidende Phase getreten war, erneut seine Stimme in einer apostolischen Ermahnung an das katholische Episkopat: „Deshalb begrüßen und unterstützen wir jene Initiativen mit Freude, die mit dem Ziel der Abwendung solcher Gefahren versuchen, die Nationen in Bündnissen mit immer engeren Bindungen zu vereinigen.“⁶⁷

Der Papst selbst erklärte also jetzt, daß er vom *si vis pacem para pacem* zum *si vis pacem para bellum* gelangt war. Das Zögern hatte ein Ende. Die Opposition der christdemokratischen Linken flaute ab; Gronchi und Dossetti hielten zwar an ihren Auffassungen fest, verzichteten aber darauf, sie im Zusammenhang mit der Frage eines Beitritts Italiens zur NATO weiterhin geltend zu machen⁶⁸. Auch in der katholischen Presse wich das Zögern eindeutigen Stellungnahmen. Der Heilige Stuhl übernahm damit erneut eine Führungsrolle bei der Entschlußbildung über die Außenpolitik Italiens. Noch nie – so meinte man jedenfalls im Vatikan – war die Übereinstimmung zwischen Italien und dem Vatikan so ungetrübt gewesen. Die *Civiltà Cattolica* machte das überdeutlich: „Die wirkliche Liebe der Italiener zu ihrem Vaterland muß darin bestehen, für die Größe und Unversehrtheit des Heiligen Stuhls zu arbeiten [...] und aufmerksam darüber zu wachen, daß auf gar keinen Fall der katholische Glaube angegriffen oder die religiöse Einheit, die ihr Stolz und größter Ruhm ist, geschwächt wird. [...] Das italienische Volk muß sich darüber klar werden, daß sein Wohlstand und seine wahren Interessen untrennbar mit den Interessen des Papstes verbunden sind. [...] Damit Italien stark, ruhmreich, frei, unabhängig sein kann, braucht es für immer die Einheit und Solidarität mit dem Papst.“⁶⁹

Mit dem Beitritt Italiens zur NATO war der Höhepunkt der turbulenten Nachkriegszeit überschritten. Eine dramatische Zeitspanne mit zahlreichen Zuspitzungen und Aufgeregtheiten im Leben der Italiener ging zu Ende. Nicht das geringste Ergebnis davon war, daß die Kluft zwischen dem Vatikan und dem italienischen Staat überwunden wurde.

⁶⁶ Radiomessaggio natalizio di S. S. Pio XII sulla sicurezza e il perfezionamento della pace, in: *La Civiltà Cattolica*, 1949, Bd. 1, S. 113–122.

⁶⁷ Esortazione apostolica di S. S. Pio XII all'Episcopato Cattolica per riparare i gravissimi peccati dell'ateismo e dell'odio contro Dio, in: *La Civiltà Cattolica*, 1949, Bd. 1, S. 437–477.

⁶⁸ Vezzosi, *La sinistra democristiana*, S. 24–30.

⁶⁹ Alberto Oddone S. J., *Il Papato e l'Italia nell'ordine religioso*, in: *La Civiltà Cattolica*, 1949, Bd. 3, S. 569; ders., *Il Papato e l'indipendenza e la libertà d'Italia*, in: *Ebenda*, Bd. 4, S. 246.

Pietro Scoppola

Alcide De Gasperi

Sein Weg zur Macht

Am 24. November 1945 trat Ferruccio Parri, der legendäre Führer der Resistenza und Exponent der Aktionspartei, als Ministerpräsident zurück. Bevor er im Quirinal sein Entlassungsgesuch überreichte, äußerte er sich vor dem nationalen Befreiungskomitee, das ihn knapp sechs Monate zuvor mit der Regierungsbildung beauftragt hatte, zur aktuellen politischen Lage. Er sprach dabei über die Leistungen der von ihm geführten Regierung und die Möglichkeiten, die die politischen Kräfteverhältnisse für neue Regierungsbündnisse offen ließen. Im einzelnen hob er hervor, daß es die vorrangige Aufgabe der „von der gemäßigten Linken getragenen“ Regierung gewesen sei, auszugleichen und zu vermitteln. Er würdigte das Werk seiner Regierungsmannschaft und lobte insbesondere die von Außenminister De Gasperi geleistete Arbeit. Einer ausschließlich von der Linken oder von der Rechten gestellten neuen Regierung räumte er keinerlei Chancen ein, da sowohl die eine wie die andere Lösung zu einem „Bürgerkrieg überleiten“ könnte. Voller Heftigkeit und Polemik wandte er sich aber dann gegen jene Kräfte, die den Sturz seiner Regierung herbeigeführt hatten, verwies auf ihre Verantwortung und legte ihre finsternen Pläne bloß. Er spielte dabei auch auf „reaktionäre Umtriebe“ und Konstellationen an, die denen von 1921 und 1922 glichen. Und er vermeinte ein politisches Klima zu spüren, das „präfaschistisch genannt werden kann, in dem sich mit anderen Worten, meine lieben Freunde, der Faschismus vorbereitet“¹. Als er dann auf seine erfolglosen Bemühungen einging, die Regierung auch ohne die Liberalen, die die Krise verursacht hatten, zu halten, klagte er seine politischen Gegner sogar an, einen Staatsstreich geplant zu haben; in diese Anklage schloß er selbst die Democrazia Cristiana mit ein.

Alcide De Gasperi, der Führer der Democrazia Cristiana, erkannte die Gefahr, die in Parris Worten steckte. Sie konnten den Eindruck erwecken, nur wenige Monate nach der Befreiung stehe in Italien die Rückkehr des Faschis-

¹ Der Redetext ist abgedruckt in Ferruccio Parri, *Scritti. 1915–1975*, hrsg. von Enzo Collotti, Giorgio Rochat, Gabriella Solaro Pelazza, Paolo Speziale, Mailand 1976, S. 195 ff. Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich überwiegend um einen vom Autor selbst angefertigten Auszug aus seinem Werk *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1978².

mus bevor. „Nicht so sehr als Generalsekretär einer Partei, die sich auf eine breite Volksbasis stützt, sondern vielmehr als Außenminister“, erwiderte er auf die Rede Parris, „erfüllt mich ein Punkt mit schwerer Besorgnis. Der Ministerpräsident hat die Ereignisse so, wie er sie sieht, dargelegt und bewertet. Das war sein gutes Recht. Jedoch möchte ich die ausländischen Kollegen – es ist ja auch die ausländische Presse präsent – darum bitten, einige Äußerungen des Ministerpräsidenten nicht allzu wörtlich zu nehmen. Zu weit gingen sie damit über dessen eigene Intentionen hinaus. Parri hat nur im selben Tonfall auf die wirklich massiven Angriffe reagiert, die von gewisser Seite gegen ihn gerichtet worden sind, und nur deshalb fühlte er sich zu der Behauptung berechtigt, die christlichen Demokraten hätten mit ihrer Haltung in den vergangenen Tagen auf einen Staatsstreich gezielt. Ich möchte nun nicht, daß man im Ausland auch nur ansatzweise glaubt, die christlichen Demokraten hätten gegen die demokratische Ordnung gehandelt. Wir haben die feste Absicht, für die Erhaltung der demokratischen Spielregeln und der demokratischen Verhältnisse in Italien einzutreten. Wir haben an der Vorbereitung von Wahlen mitgewirkt. Solange sie aber noch nicht durchgeführt sind, fühlen wir uns an den provisorischen Pakt, die von den nationalen Befreiungskomitees bestimmten Regierungen anzuerkennen, gebunden. All das hat mit einem Staatsstreich rein gar nichts zu tun. [...] Absurd und lächerlich ist es, uns auch nur indirekt neofaschistische Bestrebungen zu unterstellen oder mit neofaschistischen Machenschaften in Verbindung zu bringen.“²

Diese Antwort auf Parri beweist, daß De Gasperi genau wußte, wie sehr der demokratische Neubeginn in Italien vom internationalen Klima abhing. Gerade diese Einsicht qualifizierte ihn als Nachfolger des scheidenden Ministerpräsidenten. In der Tat trat am 10. Dezember 1945 nach einer langen und schwierigen Krise die erste von Alcide de Gasperi geleitete Regierung zusammen. Damit begann nicht nur die später so genannte „*età degasperiana*“, sondern auch – und dies ist noch weit bedeutsamer – jene lange Periode christlich-demokratischer Präsenz im Amt des Ministerpräsidenten, die bis 1981 dauerte, als erstmals ein Repräsentant einer laizistischen Partei, der Republikaner Giovanni Spadolini, mit der Regierungsbildung betraut wurde.

Der 10. Dezember 1945 war also kein unbedeutender Moment im politischen Tagesgeschehen der unmittelbaren Nachkriegsjahre, sondern ein wirklich historisches Datum. In der Vergangenheit wurde dieses Ereignis zumeist recht negativ beurteilt. Man erblickte im Regierungsantritt De Gasperis den Anfang der „Restoration“, die die Hoffnungen auf eine demokratische Erneuerung, wie sie von der Widerstandsbewegung genährt worden waren, zunichte gemacht habe. So jedenfalls sah es einer der hervorragendsten Wider-

² M. De Maggi, *Cronache senza regime. Vicende italiane dal 1944 al 1952*, Bologna 1953, S. 151 f.

standskämpfer aus den Reihen der Aktionspartei, der Historiker Leo Valiani, der im übrigen seine durchaus positive Meinung über die politischen und staatsmännischen Fähigkeiten De Gasperis keineswegs verhehlte³.

Einige Monate nach De Gasperis Tod im Jahre 1954 sprach auch Palmiro Togliatti in einem Aufsatz, der in der kommunistischen Monatsschrift „Rinascita“ erschien, von einer „Restauration“⁴. Bezüglich ihres Beginns dachte er aber bezeichnenderweise nicht an den 10. Dezember 1945, sondern an ein späteres Datum, nämlich an den Mai 1947, als Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung verdrängt wurden. An Togliattis Standpunkt orientierte sich später die gesamte marxistische Geschichtsschreibung. Die neomarxistische Linke verschärfte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Polemik noch, indem sie im Zusammenhang mit ihrer Kritik an der Politik des „Historischen Kompromisses“ das entscheidende Datum für den Beginn der Restauration auf die „Wende von Salerno“ aus dem Jahre 1944 vorverlegte und auf diese Weise nun auch die kommunistische Partei in den Restaurationsvorwurf miteinbezog⁵.

Daß die Bewertung der jüngeren Geschichte vom jeweiligen Temperament und politischen Interesse eines Autors abhängt, läßt sich nicht vermeiden. Grundvoraussetzung bei der Bildung eines historisch gesicherten Urteils ist es aber, Ereignisse und Positionen kritisch zu durchleuchten und sie in einen größeren Zusammenhang einzuordnen⁶. Um die Bedeutung des Regierungsantritts des Führers der christdemokratischen Partei angemessen erfassen zu können, muß also zunächst die Rolle untersucht werden, die die katholischen Kräfte in Italien seit der Einigung des Landes gespielt haben. Darüber hinaus muß, insofern es die unmittelbaren Nachkriegsjahre betrifft, herausgearbeitet werden, wie sich die politische Lage im Innern gestaltete und welche Position Italien im internationalen Rahmen einnahm.

Die Rolle der katholischen Kräfte in Italien bis zum Ende des Fascismus

In den Jahren von der nationalstaatlichen Einigung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich die Katholiken unter Berufung auf die Weisung des Heiligen Stuhles, sich nicht an den Parlamentswahlen zu beteiligen („Non expedit“), vom politischen Leben in Italien ferngehalten. Vor allem die katholische Landbevölkerung verzichtete auf die Vertretung ihrer Interessen, was dazu führte, daß allein die gegensätzlichen Interessen der bürgerlichen

³ Leo Valiani, *L'avvento di De Gasperi*, Florenz 1949.

⁴ Zu Togliattis Schriften über De Gasperi vgl. Palmiro Togliatti, *L'opera di De Gasperi*, Mailand 1958.

⁵ Vgl. Mario Tronti, *La DC: il partito della mediazione pura*, in: *Rinascita*, Nr. 49, 13. Dezember 1974, S. 7f. Allgemein vgl. Studi sulla DC, in: *Quaderni della Fondazione Giangiacomo Feltrinelli*, Nr. 21, 1982.

⁶ Vgl. dazu ausführlicher Pietro Scoppola, *La costituente fra politica e storia*, Bologna 1980.

Schichten die politische Auseinandersetzung bestimmten⁷. Anlässlich der Wahlen von 1904 rückte Papst Pius X. vom *Non expedit* erstmals ab. Giovanni Giolitti, langjähriger Ministerpräsident im liberalen Italien, nutzte diese Gelegenheit und warb um die Stimmen der Katholiken, weil er im katholischen Lager ein Gegengewicht zum Industrieproletariat des Nordens und zur sozialistischen Partei erblickte. Vor den Wahlen von 1913, an denen, von einigen Beschränkungen abgesehen, zum ersten Mal alle erwachsenen Männer teilnehmen konnten, versuchte Giolitti den erwarteten Erfolgen der Sozialisten durch eine breite Mobilisierung der Katholiken zu begegnen. Er schloß deshalb den sogenannten „Gentiloni-Pakt“: Die Liberalen sollten die Grundüberzeugungen der Katholiken achten und ihre Forderungen bezüglich des Religionsunterrichtes, des Scheidungsrechtes usw. anerkennen. Als Gegenleistung sollten die Katholiken für die Liberalen stimmen⁸.

Aus diesem Pakt ging eine neue politische und gesellschaftliche Formation hervor, der „liberal-katholisch-nationale Block“, der sich sehr von den „liberal-sozialistischen“ Ansätzen aus den ersten Jahren der Giolitti-Ära absetzte⁹. Niemandem blieb verborgen, welchen entscheidenden Einfluß die Katholiken und ihre Organisationen in Zukunft auf die politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Italien ausüben würden. Der Sozialist Orazio Raimondo zum Beispiel bemerkte in der Parlamentsdebatte, die unmittelbar nach den Wahlen begann und in der es gerade um jenes Abkommen zwischen Liberalen und Katholiken ging, dem viele Liberale ihre Wahl überhaupt erst verdankten: „In Italien, wo es eine heikle römische Frage gibt, gibt es ein noch heikleres Problem: Was wird aus unserem Land werden, wenn die klerikalen Phalanxen, die Aufhebung des *Non expedit* einmal vorausgesetzt, zu den Wahlurnen schreiten?“¹⁰

Als nach dem Ersten Weltkrieg – das *Non expedit* war nun endgültig beseitigt – die italienische Volkspartei („Partito popolare italiano“) gegründet wurde, gewann die katholische Bewegung eine neue Qualität. Gewiß, vieles stammte noch aus der Giolitti-Ära: Es war die breite katholische Basis, die der neuen Partei ein stabiles Fundament verlieh und ihr damit bereits 1919 zu einem überraschenden Wahlerfolg verhalf. Und die Klassenintegration blieb das Leitmotiv der Kräfte, die sich nun um die Volkspartei gruppierten. Das politische Programm, das dahinter stand, war allerdings neu. Luigi Sturzo

⁷ Arturo Carlo Jemolo, *Chiesa e stato in Italia negli ultimi cento anni*, Turin 1963, und Paolo Farneti, *Sistema politico e società civile*, Turin 1971.

⁸ Eine Studie über die Wahlen von 1913 liegt nicht vor. Vgl. allgemein über den Charakter der von Giolitti geschaffenen „Mehrheit“ Hartmut Ullrich, *La classe politica nella crisi di partecipazione dell'Italia giolittiana. Liberali e radicali alla Camera dei deputati 1909–1913*, Rom 1979.

⁹ Vgl. Giampiero Carocci, *Storia d'Italia dall'Unità ad oggi*, Mailand 1975, S. 212.

¹⁰ Vgl. Pietro Scoppola (Hrsg.), *Chiesa e stato nella storia d'Italia*, Bari 1967, S. 422; umfassende Auszüge aus der Parlamentsdebatte vom 4.–6. Dezember 1913 sind hier abgedruckt.

(1871–1959), der Gründer und Führer des Partito popolare italiano, knüpfte weder an die liberal-sozialistischen Tendenzen aus der frühen Phase der Giolitti-Ära, noch an die aus dem „Gentiloni-Pakt“ erwachsene liberal-katholisch-nationale Sammlungsbewegung an. Sein Grundgedanke, dessen Schwächen und utopistischen Einschläge von der Forschung bereits herausgearbeitet worden sind, lautete: Das organische Zusammenwirken von Mittelschichten einerseits und Bauern und Arbeitern andererseits müsse die Grundlage einer *demokratischen Ordnung* bilden¹¹. Doch die Schaffung einer Volkspartei allein genügte nicht, um die ihr zugrunde liegende Idee einer neuen umfassenden Volksbewegung in die Tat umzusetzen. Zum einen nämlich konnte die neue Partei nur auf eine geringe Gefolgschaft aus dem städtischen Proletariat zählen, das sich überwiegend der sozialistischen Partei zuwandte. Zum anderen gelang es ihr nicht, sich mit den Sozialisten politisch zu verständigen. Dies zeigte sich des öfteren; noch nach dem Matteotti-Attentat von 1924 bemühten sich die Sozialisten und die Volkspartei vergeblich um eine Übereinkunft. Vom Turiner Kongreß von 1923 an widersetzten sich dann klerikal-faschistische Kreise, darin vom Vatikan kräftig unterstützt, Sturzos Kurs. Mit ihren Manövern drängten sie ihn aus der Politik und zwangen ihn, Italien zu verlassen. Damit begann eine neue Phase in der Geschichte des Katholizismus in Italien¹².

Nach der Krise der Volkspartei wandten sich die Mittelschichten mehrheitlich dem Faschismus zu. Zugleich kam es zu einer Annäherung zwischen dem Vatikan und Mussolini, die 1929 im Abschluß eines Konkordates gipfelte. Die Regimenähe brachte der Kirche einige Garantien, totalitäre Übergriffe vermochte sie damit abzublocken. Auf der anderen Seite aber stärkte sie das Regime, vermehrte sie die Zahl derjenigen, die ihm zustimmten. Tatsächlich entstand im Verlauf der politischen Krise, die das Matteotti-Attentat ausgelöst hatte und die am 3. Januar 1925 beendet wurde, ein neues Regime. In jenen Jahren begannen die Katholiken eine so entscheidende Rolle in Italien zu spielen, daß manche Historiker von einer Hegemoniestellung der katholischen Kräfte sprechen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf das Parlament und die Verwaltung ausdehnte¹³.

Die tendenziell klerikal-faschistischen Züge des Regimes prägten sich nach 1929 noch klarer aus. So wurden auf Verwaltungsebene und im wirtschaftlichen Bereich engere Beziehungen zwischen Kirche und Staat geknüpft. Zugleich bildete sich neben der faschistischen eine national-katholi-

¹¹ Gabriele De Rosa, *L'utopia politica di Luigi Sturzo*, Brescia 1972, S. 61 ff., arbeitet den Grundgedanken klar heraus.

¹² Über den Klerikal-Faschismus vgl. Bartolo Gariglio, *Cattolici democratici e clerico-fascisti*, Bologna 1976.

¹³ Pier Giorgio Zunino, *La questione cattolica nella sinistra italiana (1919–1939)*, Bologna 1975, S. 5.

sche Kultur heraus, die an Gewicht mehr und mehr zunahm und im Frontespizio, einer florentinischen Zeitschrift, ihren bekanntesten und bedeutsamsten Ausdruck fand¹⁴. Die Kirchenführung ging in ihrer konziliananten Haltung dem Regime gegenüber so weit, daß sie die in der katholischen Basis noch bestehenden Freiräume einzuschränken und den Restwirkungen der früheren Volkspartei entgegenzuarbeiten versuchte; häufig übte sie zu diesem Zweck auch direkten Druck aus. Die Lateranverträge von 1929 hatten – das sei hier nur am Rande erwähnt – gerade für die Volkspartei im Exil verheerende Folgen: Ihre Beziehungen zu den anderen antifaschistischen Gruppen verschlechterten sich zusehends, außerdem machten sich erneut antiklerikale Tendenzen bemerkbar¹⁵.

Im Frühjahr/Sommer 1931 verschärfte sich die nie ganz abgeklungenen Spannungen zwischen Kirche und faschistischem Regime. Selbst das soeben abgeschlossene Konkordat wurde in Frage gestellt. Das Regime versuchte nämlich um diese Zeit, die Volksbildung zu monopolisieren, wodurch auch die Bewegungsfreiheit und die Einflußmöglichkeiten der Kirche beeinträchtigt zu werden drohten. Papst Pius XI. antwortete darauf mit der überaus scharfen Enzyklika *Non abbiamo bisogno* vom 29. Juni 1931. Der Konflikt ließ sich schließlich nach schwierigen Verhandlungen im September beilegen. Der Vorfall selbst war damit aber keineswegs aus der Welt geschafft, vielmehr wirkte er sich auch später sehr nachhaltig auf die Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Regime und überhaupt auf die Entwicklung des politischen Katholizismus aus¹⁶. Für den Faschismus war das Septemberabkommen ein weiterer Sieg, während es die Freiräume derjenigen katholischen Gruppen, die sich dem Regime nicht untergeordnet hatten, weiter einengte. So wurde die polizeiliche Kontrolle über die „Hochschulvereinigung Italienischer Katholiken“ (Federazione Universitaria Cattolici Italiani: FUCI) und die „Bewegung der Hochschulabsolventen“ (Movimento dei laureati) verstärkt, ehemalige Angehörige der Volkspartei schloß man aus Führungspositionen der Katholischen Aktion aus.

Die Ereignisse von 1931 waren aber noch in einem anderen Sinn ein Wendepunkt: Sie zerstörten die Illusion der Katholiken, den Faschismus zum Christentum bekehren zu können. Erst jetzt erkannte die Kirche die wahre Natur des Faschismus, und erst jetzt sah sie ein, daß eine katholische Restau-

¹⁴ Über die Zeitschrift „Il Frontespizio“ und über die national-katholische Kultur im allgemeinen vgl. Luisa Mangoni, *Aspetti della cultura sotto il fascismo: la rivista „Il Frontespizio“*, in: *Modernismo, fascismo, comunismo*, Bologna 1972, S. 363–417.

¹⁵ Vgl. Giuseppe Ignesti, *Momenti del popolarismo in esilio*, in: Pietro Scoppola, Francesco Traniello (Hrsg.), *I cattolici tra fascismo e democrazia*, Bologna 1975, S. 122 ff.

¹⁶ Vgl. insbesondere Maria Cristina Giuntella, *I fatti del 1931 e la formazione della „seconda generazione“*, in: Scoppola, Traniello, *I cattolici tra fascismo e democrazia*, S. 185–233.

ration mit Hilfe des Regimes wohl ein Wunschtraum bleiben würde¹⁷. Der Hoffnung ledig, das Regime von innen heraus verändern zu können, setzte sich in den katholischen Kreisen und in der Kirchenführung mehr und mehr die Idee durch, es von außen her zu beeinflussen. Man ging also daran, die katholischen Organisationen zu stärken, um sie zu einflußreichen, geschlossenen Pressure-Groups auszubilden. So wuchs nicht nur von seiten des Regimes der Druck, auch von seiten der Kirche ging eine Art von Einigkeitszwang auf die katholischen Kulturverbände, die *Federazione universitaria dei cattolici italiani* und den *Movimento dei laureati* aus, in denen eine freie Debatte bis dahin noch am ehesten möglich gewesen war¹⁸.

Diese Umorientierung im katholischen Lager bedeutete natürlich nicht, daß man nun die den Lateranverträgen zugrunde liegende Absicht völlig aufgab, sich das autoritäre Regime für die Christianisierung der italienischen Gesellschaft zunutze zu machen. Beide Linien hielten sich zunächst nebeneinander, doch mehr und mehr setzte sich die Neigung durch, als Alternative zum Faschismus unabhängige katholische Organisationen aufzubauen. Innerhalb und neben der klerikal-faschistischen bzw. katholisch-nationalen Bewegung, die in den Jahren um 1929 vorherrschte und in den Kreisen, die eng mit dem Regime zusammenarbeiteten, auch später noch überwog, entwickelte sich so eine intransigente katholische Strömung. In religiöser Hinsicht auf Glaubensreinheit bedacht, hielt sie Distanz zum Regime. Sie lehnte aber auch Sturzos Positionen im wesentlichen ab.

Die katholischen Kräfte wandten sich also nach der Enttäuschung, die ihnen der Faschismus 1931 bereitet hatte, mehrheitlich nicht freiheitlich-demokratischen Werten zu, die von liberalen und demokratischen Katholiken in den Katholizismus hineingetragen worden waren; sie wählten vielmehr den einfacheren Weg und nahmen eine intransigente Haltung ein, die im Volk tiefer verwurzelt war. Implizit stärkte das die Illusion eines auch in die politische und soziale Sphäre hineinwirkenden „Katholizismus ohne Adjektive“, die schon am Beginn der intransigenten Bewegung gestanden hatte. Diese Haltung markierte schließlich auch den Bruch mit dem frühen politischen Antifaschismus, den man nun als „Relikt der Vergangenheit“ betrachtete.

All dies war für die Katholische Aktion sehr folgenreich. Sie stellte sich damit, von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen, außerhalb des antifaschistischen Widerstandes. Außerdem verzichtete sie auf jegliche Analyse der sich neu abzeichnenden politischen Lage. Und schließlich verkannte sie auch die historische Bedeutung des Kampfes gegen den Faschismus als solchen.

¹⁷ Über das Ende der Illusion, der Faschismus könne sich zum Christentum bekehren, vgl. Luigi Sturzo, *Chiesa e Stato*, Bd. 2, Bologna 1959, S. 180. Vgl. auch Gabriele De Rosa, Luigi Sturzo, Turin 1977, S. 369.

¹⁸ Vgl. Renato Moro, *La formazione della classe dirigente cattolica*, Bologna 1979.

Die Katholiken verhielten sich passiv, tatenlos warteten sie auf den – in ihren Augen unausweichlich bevorstehenden – Moment, an dem sie die Führung des Landes übernehmen würden. Eine katholische Führungsschicht, so glaubten sie, sei in der Lage, die Probleme Italiens zu lösen, wenn sie nur ernsthaft und ehrlich bei der Sache bliebe.

Der Spitze der Katholischen Aktion ging es also unmittelbar vor und nach dem Sturz des Faschismus am 25. Juli 1943 vor allem darum, sich innerlich auf die allerdings noch ungewissen und nicht klar umrissenen zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Sie knüpfte dabei nicht an christlich-demokratische Leitideen und Zielsetzungen der Volkspartei aus der Zeit vor der faschistischen Machtübernahme an, sondern ließ sich von dem Gedanken leiten, daß der Katholizismus, jenseits vom Parteienstreit, die Grundlage des Staates sei. Dieses Modell eines „katholischen Staates“ glich dem Regime Francos und Salazars, auf das sich die katholische Presse im Faschismus wiederholt berufen hatte und auf das sie sich auch später noch mehrfach berief. Wie in Spanien und Portugal galt auch hier der Kommunismus als der Hauptfeind, der vor allen anderen zu bekämpfen war.

Wie sehr solche Ideen im katholischen Lager verwurzelt waren, zeigt ein weiteres Beispiel: Der Plan, eine Italien, Österreich, Ungarn und Spanien umfassende katholische Front als Bollwerk gegen den „kommunistischen Atheismus“ und das „nazistische Heidentum“ zu errichten, hatte in den dreißiger Jahren großen Anklang gefunden. Der Anschluß Österreichs im Jahre 1938 hatte aber die Hoffnung auf seine Verwirklichung zunichte gemacht und entscheidend dazu beigetragen, daß sich die Kirche vom Faschismus lossagte. Als Ausgangspunkt für das Modell eines „katholischen Staates“ und als Richtschnur für das Verhalten der Kirche auf internationaler Ebene lebte diese Idee jedoch weiter, nach dem Sturz des Faschismus erhielt sie erneut großen Auftrieb.

Der Gedanke, daß die katholischen Kräfte nach dem Fall des Regimes die Regierung übernehmen würden, war in den Vorkriegsjahren langsam heran gereift. Nachdem die Krise des Faschismus offenbar geworden war, gewann er an Attraktivität, doch nunmehr im Rahmen des umfassenderen Problems, die Kontinuität des italienischen Staates zu wahren. Die Kirche neigte dabei Lösungen zu, die das überkommene Verfassungssystem und die Grundlagen des italienischen Staates unangetastet und vor allem die 1929 zwischen Kirche und Staat geschlossenen Verträge unberührt lassen sollten. Die spätere Entwicklung in Italien und die Spannungen auf internationaler Ebene machten aber die ursprünglichen Hoffnungen auf eine autoritär-konservative Herrschaftsform zunichte. Die Flucht des Königs aus Rom, der üble Ruf, in den er damit die Monarchie brachte, und der Zusammenbruch des Heeres diskreditierten das autoritäre Regierungssystem. Viele Katholiken hatten außerdem aktiv am Widerstand teilgenommen, oft sogar mit Billigung des Klerus. Zu-

sammen mit dem allgemeinen Klima der „Resistenza“ waren dies die wichtigsten Voraussetzungen für ein Umdenken im katholischen Lager. Die Schaffung einer demokratischen Regierungsform schien gewissermaßen die „via maestra“ nach dem Sturz des Faschismus zu sein. Doch aus welchen Gründen und mit welchem historischen Gepäck wandten sich Kirche und Kirchenvolk der Demokratie zu?

Es besteht kein Zweifel darüber, daß sich unter den Katholiken viele Meinungen herausbildeten. Gewiß fehlte es nicht an solchen, die von den freiheitlich-demokratischen Ideen tatsächlich im Innersten überzeugt waren. Am einflußreichsten aber war vielleicht der instrumentale Demokratiebegriff, wie Leo XIII. (1810–1903) ihn vertreten hatte. Für ihn handelte es sich bei der Demokratie um eine mögliche, erlaubte, bisweilen vorteilhafte Regierungsform, die aber anderen Herrschaftsformen nicht grundsätzlich vorzuziehen war. Die Legitimität einer Regierung hing in seinen Augen davon ab, wie sehr sie das Gemeinwohl beförderte, das er von einem weitgehend ahistorischen Naturbegriff ableitete und gemäß den Kriterien eines abstrakten Rationalismus definierte. Nach diesem Konzept offenbarte sich das Gemeinwohl nicht nach und nach in einem dialektischen Geschichtsprozeß, sondern wurde von der Kirche a priori festgelegt¹⁹.

Welch konservative Stimmung im Katholizismus damals herrschte, wurde auch daran deutlich, daß die Ekklesiologie die Leitmotive des Ultramontanismus aus dem 19. Jahrhundert ins Extrem trieb. In dem bekannten Katechismus, den Kardinal Gasparri 1931 veröffentlichte, wurden die Katholiken sogar als die „Untertanen der Kirche“ bezeichnet. Ferner weckte die Figur des Papstes, wie im frühen 19. Jahrhundert²⁰, Enthusiasmus, der Heilige Stuhl war unbestrittener Flucht- und Orientierungspunkt für die katholische Welt.

Nach dem Sturz Mussolinis wuchsen Ansehen und Einfluß der Kirche enorm an. Während der deutschen Besatzung, in einem von Unsicherheit und Not geprägten Klima, wurden die Bande zwischen Klerus und Volk noch fester. Die drohenden Gefahren weckten religiöse Empfindungen, Bischöfe und Gemeindepfarrer halfen Kriegsopfern und politisch Verfolgten. Gerade im Vatikan fanden viele Führer der antifaschistischen Parteien Zuflucht und Unterstützung. Nach Federico Chabod, dessen Vermutungen von der neueren Forschung voll und ganz bestätigt werden, hatte die Kirche dabei eine ähnliche Funktion wie früher zur Zeit der Barbareneinfälle²¹.

Tief verwurzelte und nicht ausschließlich politische Faktoren stärkten also den Einfluß der Kirche auf die italienische Gesellschaft. Nicht weniger wich-

¹⁹ Vgl. Ernst Troeltsch, *Le dottrine sociali della chiesa e dei gruppi cristiani*, 2 Bde., Florenz 1969.

²⁰ Vgl. Giovanni Miccoli, *Chiesa e società in Italia dal Concilio Vaticano I (1870) al pontificato di Giovanni XXIII*, in: *Storia d'Italia*, Bd. 5: I documenti, 2. Halbbd., Turin 1973, S. 1525.

²¹ Vgl. Federico Chabod, *L'Italia contemporanea (1918–1948)*, Turin 1961, S. 125.

tig war, daß mit dem Sturz des Faschismus auch das Modell eines auf Massenkonsens gegründeten Regimes an Anziehungskraft einbüßte. Die von der faschistischen Propaganda geschaffenen Mythen fielen in sich zusammen. Das rief in weiten Teilen der Bevölkerung eine Ablehnung jeglicher Form von propagandistischer Mobilisierung hervor – ein Prozeß, der von den antifaschistischen Massenbewegungen nur schwer einzudämmen war, weil er die psychische Verfaßtheit einer ganzen Gesellschaft betraf; seinen Ausdruck fand er vor allem in der „Jedermann“-Bewegung (*L'uomo qualunque*). Palmiro Togliatti, der Führer der kommunistischen Partei, hat die Bedeutung dieser Entwicklung erkannt und versucht, ihr durch die Öffnung seiner Partei für die Mittelschichten und katholische Kräfte gerecht zu werden. Dadurch verwickelte er aber die kommunistische Partei in zahlreiche Widersprüche, denn ihre ideologische Ausrichtung und innere Organisationsform erlaubten es ihr nicht, die Linie Togliattis konsequent zu verfolgen. Die Kirche aber, die den Massenmobilisierungstendenzen und kollektiven Einspannungsversuchen des Regimes stets mit großer Skepsis begegnet war, profitierte von der allgemeinen Ablehnung der Massengesellschaft, die dem Ende der faschistischen Mythen folgte²².

Viele Historiker haben diesen Phänomenen zu wenig Beachtung geschenkt. Sie beurteilten Faschismus und Nachkriegszeit nach ausschließlich politischen Kriterien, was zuweilen so weit führte, daß der Antifaschismus zum einzigen Maßstab für die Deutung der historischen Realität wurde. Die Kirche war also ein Bezugspunkt für viele Menschen, die sich enttäuscht von der modernen Welt der Massengesellschaft abwendeten. Ihre Lehre vom Wert des individuellen Menschen fand auch außerhalb des katholischen Lagers Anklang. Sie zog eine Bevölkerung an, die in einer tiefen Identitätskrise steckte und etwa in den Weihnachtsbotschaften von Pius XII. von 1941, 1942 und 1944 Trost und Orientierung fand. Es ist gewiß schwierig, die Bedeutung zu ermessen, die die Kirche bei der Neuorientierung und Identitätsstiftung hatte. Fest steht aber: Sie stabilisierte das alltägliche Zusammenleben auf lokaler Ebene, das vom faschistischen Regime vielfach erschüttert worden war. Der Antifaschismus war dieser Aufgabe nicht gewachsen, da er den Faschismus nur mit politisch-ideologischen Mitteln bekämpfte.

Als der Faschismus zusammenbrach, war klar, daß die katholischen Kräfte einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Zukunft Italiens ausüben würden. Ganz im dunkeln aber lag, welche Richtung sie dabei einschlagen würden. Setzten die Katholiken das ganze Gewicht ihrer Organisation dafür ein, um einen demokratischen Reifungsprozeß einzuleiten, oder wollten sie ihn im Gegenteil bremsen oder gar verhindern? Begünstigte die

²² Vgl. Pietro Scoppola, *La „nuova cristianità“ perduta*, Rom 1986; Andrea Riccardi (Hrsg.), *Pio XII*, Bari 1984.

klassenübergreifende katholische Doktrin, wie bereits in der Giolitti-Ära und zur Zeit des Klerikal-Faschismus, eine Sammlung der Klassen zur Wahrung der Interessen des Bürgertums, oder begünstigte die Kirche jene Allianz zwischen den Mittelschichten und dem „gemeinen Volk“, von der schon Sturzo gemeint hatte, sie sei für den Aufbau der Demokratie in Italien unerlässlich? Viel hing in dieser Situation davon ab, ob die Repräsentanten des politischen Katholizismus in der Lage waren, ein wirklich demokratisches Programm zu entwickeln und Kirchenführung und Kirchenvolk davon zu überzeugen.

Die Democrazia Cristiana und die Katholiken

Die Democrazia Cristiana entstand 1943 nicht als „Partei der Kirche“, sondern durch freie Initiative einer Gruppe von ehemaligen Mitgliedern der Volkspartei, deren Ideen auch bei der jungen, im Faschismus aufgewachsenen Generation Anklang fanden. De Gasperis Vergangenheit als bewährter Antifaschist der ersten Stunde, sein persönliches Ansehen und das seiner Mitarbeiter ebneten der Democrazia Cristiana dann den Weg in die Nationalen Befreiungskomitees. Keineswegs sicher war dabei, ob sie alle organisierten Kräfte des Katholizismus vertrat, und ungewiß blieb zunächst, wie der Vatikan auf die neue Partei reagieren würde. Aus einem Brief Dalla Torres an Kardinal Maglione geht beispielsweise klar hervor, daß der Heilige Stuhl am Wiedereintritt De Gasperis in das politische Leben nicht beteiligt war. De Gasperi wurde allerdings von dem früheren Ministerpräsidenten Ivanoe Bonomi schon vor dem Sturz Mussolinis als geeigneter Mann aus den Reihen der Volkspartei für eine Regierungsbildung ins Spiel gebracht²³. „Jenseits des Tibers“ aber stand die Volkspartei in keinem allzu guten Ruf, zu ihren Exponenten hatte der Heilige Stuhl nur wenig Vertrauen.

Die theoretischen Fundamente seiner Politik schuf sich De Gasperi in der langen Zeit, die er als Emigrant in der Vatikanischen Bibliothek als Angestellter arbeitete. Die Studien, die er hier betrieb, die Kontakte, die er hier knüpfte, waren für seine späteren Orientierungen als Führer der Democrazia Cristiana von entscheidender Bedeutung. Am wichtigsten dabei war: Er räumte der politischen Demokratie oberste Priorität ein und ging so weit über die Tradition der katholischen Soziallehre hinaus. Tatsächlich war – wie bereits angedeutet – die politische Demokratie nach der Soziallehre der Kirche nur eine von vielen Regierungsformen. Die Kirche orientierte ihr „Für oder Wider“ eine Regierung vor allem daran, ob es dieser gelang, eine gerechte Gesellschaftsordnung zu schaffen oder nicht. De Gasperi kehrte das

²³ Dalla Torre an Kardinal Maglione, 11. Juni 1943, in: Actes et documents du Saint-Siège relatifs à la seconde guerre mondiale, Bd. 7: Le Saint-Siège et la guerre mondiale, novembre 1942–décembre 1943, Vatikanstadt 1973, S. 422.

Verhältnis um. Die politische Demokratie war in seinen Augen die entscheidende Voraussetzung für sozialen Fortschritt, erst durch sie waren wirkliche Verbesserungen für die arbeitenden Schichten möglich.

Hinsichtlich der sozialen Probleme aber dachte De Gasperi noch ganz in den Bahnen der traditionellen Soziallehre, doch achtete er dabei stets auf die veränderte Rolle, die der Staat im Wirtschaftsprozeß spielen sollte, und auf die Entschärfung der Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Wie schon für Sturzo besaß die klassenübergreifende Orientierung auch für De Gasperi nicht mehr jenen ahistorischen Charakter, der viele Strömungen des Katholizismus im 19. Jahrhundert gekennzeichnet hatte. Er hob sie auf eine politische Ebene, indem er das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Klassen und Gruppen als notwendige und einzig solide Basis einer auf Konsens gegründeten Demokratie betrachtete. Unter zutiefst gewandelten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen knüpfte De Gasperi also im Grunde an Luigi Sturzos politisches Programm an.

Die Kirche nahm in diesem Programm aus mehreren Gründen eine zentrale Stellung ein. Die demokratische Ordnung in Italien war für De Gasperi nur überlebensfähig, wenn die Kirche sie von Anfang an bejahte. „Das Christentum und, insoweit es Italien betrifft, die katholische Kirche bewahren in sich die Grundlage aller Kultur, die Brüderlichkeit des Evangeliums“, notierte er, als er an seinen „Gedanken über den Wiederaufbau“ arbeitete. Ohne die tatkräftige Mithilfe der Kirche sei es kaum möglich, weite Teile des Volkes an die demokratische Ordnung heranzuführen und so deren Stabilität zu sichern. Er hatte ja nach dem Ersten Weltkrieg selbst miterleben müssen, wie der Vatikan mit seiner Hinwendung zum Faschismus das Schicksal der Demokratie in Italien besiegelt hatte. Nach dem Sturz des Faschismus glaubte er, die Zeit sei reif für die Bejahung der Demokratie durch die Kirche. Die Demokratie, so meinte er, entspreche der eigentlichen Natur der Kirche, wie sich bereits an dem liberalen und demokratischen Katholizismus des 18. Jahrhunderts gezeigt habe. Mehr noch: Die freiheitlich-demokratischen Grundwerte gehörten in seinen Augen einer Denktradition an, die im Christentum wurzelte.

Doch die Zustimmung der Kirche zur demokratischen Ordnung war nicht von vorneherein gesichert. Es entging De Gasperi nicht, daß zwischen der traditionellen Opposition gegen den Liberalismus und der Hinwendung zum autoritären faschistischen Staat eine enge Verbindung bestand. Gleichwohl ließ er nichts unversucht, die Kirche für die Demokratie zu gewinnen. Auf die Kraft von Überzeugungsarbeit zu vertrauen, schied dabei von vorneherein aus; zu viel Zeit wäre vergangen, ehe man das Ziel erreicht hätte. Die Kirche mußte sofort, noch in der Wiederaufbauphase an die Seite der Demokratie gezogen werden, und die neue Partei, die *Democrazia Cristiana*, sollte diese Aufgabe übernehmen.

Andererseits kam der Kirche in rein organisatorischer Hinsicht entscheidende Bedeutung für das Schicksal der Democrazia Cristiana zu. Unter dem Schutz des Konkordats hatten die Gruppen der Katholischen Aktion überlebt, von den Strukturen der früheren politischen Bewegung war hingegen kaum etwas übriggeblieben. Sich die Katholische Aktion, die eine weitverzweigte Organisation besaß, zum Bündnispartner zu machen, mußte für die Führer der Democrazia Cristiana ein vorrangiges Ziel sein. Und De Gasperi wußte, daß dafür vor allem die Zustimmung der Kirchenführung nötig war, denn: Wer in der katholischen Kirche, in der der Zentralismus theoretisch und praktisch ungebrochen war, die Spitze für sich gewann, sicherte sich auch die Unterstützung der peripheren Gliederungen.

De Gasperi mußte also versuchen, das Mißtrauen zu überwinden, das im Vatikan dem neuen politischen System gegenüber herrschte, weil es auf dem Prinzip des freien Wettbewerbs beruhte, die gesetzlichen Garantien für die Ausübung der Religion nicht in gleichem Maße garantieren konnte wie der Faschismus oder das liberale Italien und weil es die Zusammenarbeit katholischer mit nichtkatholischen oder dem Katholizismus gar feindlich gesinnten Kräften vorsah. Diese Aufgabe gehörte wohl zu den schwierigsten, die De Gasperi zu lösen hatte. Handelte es sich für den Vatikan doch um radikale Neuorientierungen seiner bisherigen Positionen. Aber nur auf diese Weise ließ sich die Kirche davon abhalten, Kräfte zu unterstützen, die eine autoritäre Regierungsform anstrebten; nur so konnte man ihrer Neigung entgegenzutreten, autoritäre Regime nach dem Vorbild Francos oder Salazars zu favorisieren.

Hätte De Gasperi versagt, wäre die Democrazia Cristiana eine kleine Partei geblieben, die schon von Anfang an mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätte, auf die die Volkspartei in den letzten Jahren ihres Bestehens gestoßen war. Daß er sie mit Bravour meisterte, lag nicht zuletzt am Substitut im vatikanischen Staatssekretariat, Giovanni Battista Montini, den De Gasperi im Herbst 1943 in Castel Gandolfo, dem Sommersitz des Papstes, wohin er sich nach der Verkündung des Waffenstillstandes geflüchtet hatte, näher kennenlernte. Alles läßt darauf schließen, daß Montini für De Gasperi der wichtigste Mittelsmann im Vatikan, gleichsam sein natürlicher Verbündeter gewesen ist; seine durch langjährige Erfahrung gefestigten Überzeugungen lagen jedenfalls weitgehend auf De Gasperis Linie. Montini stammte aus einer Familie mit einer starken, tief verwurzelten demokratisch-christlichen Tradition. Sein Vater, Giorgio Montini, war Abgeordneter der Volkspartei gewesen und Sturzos Ideen auch nach der Abspaltung des klerikal-faschistischen Flügels von der „Mutter“-Partei treu geblieben. Giovanni Battista Montini selbst hatte die Leitung der „Federazione universitaria dei cattolici italiani“ übernommen, und zwar gegen den Willen der jungen katholischen Studenten. Die übergeordneten Instanzen hofften, Montini könne die nonkonformistischen, gegen

das Regime gerichteten Strömungen dämpfen, die sich in den universitären katholischen Kreisen abzuzeichnen begannen. Montini, obwohl zunächst nicht gerne gesehen, war es dennoch gelungen, das Vertrauen der Studenten zu gewinnen, indem er ihre grundlegenden Forderungen aufgriff und sie zugleich in einen allgemeineren religiösen und geistig-kulturellen Rahmen einordnete. Er hat so dazu beigetragen, Maritains Lehre in Italien bekannt zu machen, und unter den Intellektuellen der Katholischen Aktion den Boden für das demokratische Programm De Gasperis bereitet.

Die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Montini und dem Führer der Democrazia Cristiana, die damals in den Anfängen steckte und unter den Katholiken noch um Vertrauen werben mußte, waren also gegeben. Bedauerlicherweise gibt es bisher keinen zugänglichen Quellenbestand, der über diese Beziehungen und damit über einen nicht unwesentlichen Teil der Geschichte jener Jahre zusammenhängend Auskunft geben könnte. Das Tagebuch von Emilio Bonomelli, einem Vertrauten Montinis, ist nach seinem Tode verschwunden, alles weist darauf hin, daß es im Vatikan aufbewahrt wird²⁴.

De Gasperi war dem Vatikan in Castel Gandolfo sehr viel näher als seine Mitstreiter in Rom. Viel aufmerksamer als diese konnte er dort verfolgen, was hinter den Mauern des Vatikans geschah. Seine Abwesenheit von Rom, die sich über mehrere Monate hinzog, und sein Informationsvorsprung schufen nicht wenige Spannungen innerhalb seiner Partei. De Gasperi vertrat beispielsweise sehr viel gemäßigtere Positionen als etwa Giovanni Gronchi und Giuseppe Spataro, die in Rom direkte Kontakte zu dem am 9. September 1943 entstandenen nationalen Befreiungskomitee aufgenommen hatten. Besonders deutlich trat der Dissens bei der Einschätzung der königlichen Regierung von Marschall Badoglio zutage; während das Befreiungskomitee kein gutes Haar an der Regierung ließ²⁵, riet De Gasperi zur Mäßigung, weil er wußte, daß der Papst pro-monarchisch eingestellt war und jegliche Verhärtung der königlichen Regierung gegenüber mit Mißfallen quittierte. Überraschenderweise fand De Gasperi dabei einen Verbündeten in Togliatti, der im März 1944 die Befreiung des Landes zum vorrangigen Ziel auch der kommunistischen Partei erklärte. Mit dieser sogenannten „Wende von Salerno“ trug er wesentlich zu dem Kompromiß bei, die Entscheidung über Monarchie oder Republik bis nach Kriegsende zu vertagen.

Wie wertvoll die Schützenhilfe des Vatikans für De Gasperis Bemühen um die Sammlung des katholischen Lagers war, zeigte sich beispielhaft an der Geschichte einer vor allem in Rom operierenden Gruppe von Katholiken,

²⁴ Das Tagebuch wird von Maria Romana Catti De Gasperi in *De Gasperi uomo solo*, Mailand 1964, S. 328, ausdrücklich erwähnt.

²⁵ Giuseppe Spataro, *I democratici cristiani dalla dittatura alla Repubblica*, Mailand 1968, S. 228 ff.

aus der schließlich die Bewegung der katholischen Kommunisten hervorging. Vor dem 8. September war es zwischen der Gruppe, die damals noch „Linke Katholische Jugend“ hieß, und der Democrazia Cristiana zu ersten Kontakten gekommen. De Gasperi drängte sehr auf den Eintritt dieser Jugendlichen in seine Partei, die ihre ersten politischen Erfahrungen noch vor Kriegsausbruch gemacht hatten. Die Bewegung wies aber das Bündnisangebot der Democrazia Cristiana zurück, agierte weiterhin selbständig und tat sich vor allem im antifaschistischen Kampf in der Hauptstadt hervor. Der Vatikan hatte so kaum eine Handhabe gegen die Gruppe; ihre Verurteilung wäre einer Verurteilung der gesamten Widerstandsbewegung gleichgekommen²⁶.

Auch nach der Befreiung von Rom konnte die Gruppe der katholischen Kommunisten ihren Platz unter den Katholiken noch für eine gewisse Zeit behaupten. Das Organ der Katholischen Aktion „Quotidiano“ widmete ihr beispielsweise mehrere Artikel; es grenzte sich dabei zwar von den unorthodoxen Positionen ab, die man im Kreise der katholischen Kommunisten debattierte, drückte aber zugleich Interesse und Respekt aus. Das hatte freilich ein Ende, als die Democrazia Cristiana ihren ganzen Einfluß im Vatikan geltend machte. Am 23. Juni veröffentlichte der Osservatore Romano einen Artikel, der ganz eindeutig gegen die katholischen Kommunisten gerichtet war: „Das Unversöhnliche nicht versöhnen“, lautete die Überschrift. Einen Monat später sprach sich selbst Pius XII. gegen die Bewegung aus. Am selben Tag erschien im Osservatore Romano ein langer Artikel von Pater Cordovani, der die katholischen Kommunisten schonungslos verurteilte. Die „Abweichler“ ließen es sich eine Lehre sein. Nach zahlreichen Gesprächen mit Exponenten des Vatikans nahmen sie den Namen „Partei der christlichen Linken“ an.

Die Umbenennung erfolgte nicht nur aus taktischen Gründen, um Angriffen von seiten der Kirchenführung zu entgehen. Die katholischen Kommunisten wollten zum Marxismus, der kommunistischen Partei und zur Kirche kritische Distanz wahren. Es lag aber in ihrer Absicht, eine katholische Kraft zu bleiben und das Vertretungsmonopol der Democrazia Cristiana im katholischen Lager zu bestreiten. Damit gefährdete die neue Partei natürlich die Einheit des Katholizismus als politischer Bewegung und vergrößerte die Unsicherheit, die unter den Katholiken in dieser Frage herrschte. Hätte die Democrazia Cristiana die „Partei der christlichen Linken“ toleriert, so hätten sich auf der Rechten möglicherweise ähnliche Minderheitsströmungen herausgebildet, die nach dem Ende des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus mit der Unterstützung der Kirche rechnen konnten. Aus einem solchen Blickwinkel wird verständlich, warum die Democrazia Cristiana die neue Partei so entschieden ablehnte und mit Hilfe des Vatikans an den Rand zu drängen versuchte. Nur so läßt sich erklären, warum De Gasperi den takti-

²⁶ Carlo Felice Casula, *Cattolici-comunisti e sinistra cristiana (1938–1945)*, Bologna 1976, S. 129.

schen Vorteil außer acht ließ, daß eine kleine Partei zur Linken der Democrazia Cristiana einen Großteil der kirchlichen Aufmerksamkeit auf sich gezogen und so der eigenen Partei größeren Spielraum verschafft hätte²⁷.

Die einzelnen Phasen des Prozesses, in dessen Verlauf sich die Mehrheit der Katholiken und die Kirchenführung schließlich um die Democrazia Cristiana sammelten, lassen sich chronologisch nicht genau bestimmen. Noch im September 1944, also einige Monate nach der Befreiung von Rom, war sich Pius XII. unschlüssig, ob er die in ihrer Stärke und Attraktivität noch schwer einschätzbare Democrazia Cristiana unterstützen sollte, wie seine Äußerungen in Privatgesprächen mit Führern der Katholischen Aktion beweisen. Eine positive Haltung der Democrazia Cristiana gegenüber entwickelte sich erst 1945, als im Zeichen der Resistenza die demokratischen Sehnsüchte im katholischen Lager stärker wurden und zugleich die Neigung der Kirchenführung für autoritäre Experimente nach spanischem und portugiesischem Vorbild schwand.

Die Forschung hat diesen Einstellungsveränderungen und Umdenkungsprozessen bisher fast keine Beachtung geschenkt und auch die Frage vernachlässigt, wie der Widerstand das religiöse Leben, die Kirche und die Katholiken in ihrer Gesamtheit beeinflusst hat. Sicher ist aber, daß die schmachvolle Flucht des Königs und der Regierung Badoglio aus Rom auch von den Katholiken mißbilligt wurde. Dies durchkreuzte den von der Kirchenführung favorisierten Plan, nach dem Sturz des Faschismus ein konservatives Regime zu errichten, das von den alten, der Monarchie verbundenen Kräften getragen und von den katholischen Massenorganisationen unterstützt werden sollte. Und fest steht, daß die Teilnahme vieler Katholiken und selbst des Klerus an der Resistenza Ausdruck eines in der italienischen Geschichte einmaligen demokratischen Reifungsprozesses war. Nach der Errichtung der Republik von Salò und der deutschen Besetzung weiter Teile Nord- und Mittelitaliens galten die Gründe nicht mehr, die die Mehrheit der Katholiken bis dahin davon abgehalten hatte, dem Faschismus aktiv entgegenzutreten. Im Kampf gegen Salò-Faschisten und deutsche Besatzer gerieten sie aber in Gewissensbedrängnis. Die traditionellen Lehrsätze der Kirche halfen den zahlreichen Katholiken, die sich zum Widerstand und zur Ausübung von Gewalt entschlossen, nur wenig. Die Katholiken waren vielmehr gezwungen, ihrem eigenen Gewissen zu folgen, sich nach den Maßstäben ihrer persönlichen Verantwortlichkeit zu richten, auf deren Ausbildung das katholische Erziehungsprogramm im Faschismus keinen großen Wert gelegt hatte. In den nationalsozialistischen Deportationslagern, wo Zehntausende von Italienern den Tag der Befreiung herbeisehnten und in denen viele von ihnen umkamen, mußten sie

²⁷ Vgl. die streng vertrauliche Notiz Sergio Paronettos in seinem schriftlichen Nachlaß; die Notiz mit dem Titel „Die jüngste Verurteilung der Christlichen Linken“ kann auf Anfang 1944 datiert werden.

ihr Gewissen täglich neu befragen: So fanden sie die Kraft, um jene Unterschrift oder jenes Signal zu verweigern, die ihnen die ersehnte Rückkehr nach Italien erlaubt, aber auch den Übertritt zum Faschismus bedeutet hätte. Hier entstand neues religiöses Bewußtsein, das auf der persönlichen Verantwortlichkeit und dem durch die Erfahrung gemeinsamen Leides geweckten Solidaritätsgefühl beruhte, und im Widerstandskampf in der Heimat trat ein der Tradition des italienischen Katholizismus fremder Unabhängigkeits- und Verantwortlichkeitssinn hervor, der die Übernahme der freiheitlich-demokratischen Werte wesentlich erleichterte. Die aktive Teilnahme vieler Katholiken am Widerstand weichte sozusagen eine tief verwurzelte, von religiöser und ideologischer Intoleranz gekennzeichnete Haltung auf. Damit wurde der Grund für neue ökumenische Versuche, für die Zusammenarbeit mit neuen politischen Kräften und für eine kritische Eigenverantwortlichkeit gegenüber der Kirchenführung gelegt.

Dieser Einstellungswandel vollzog sich gewissermaßen im vorpolitischen Raum. Tatsächlich war die Teilnahme der Katholiken am Widerstand zum größten Teil nicht an eine bestimmte politische Linie gebunden; sie ähnelte eher einer spontanen Erhebung für Freiheit und Eigenverantwortlichkeit und gegen ein Gewaltssystem, das die Menschenwürde verletzte. Diese Einstellungen, so diffus sie anfangs auch sein mochten, festigten sich und führten schließlich zu einer klaren, politisch begründeten Entscheidung für die Demokratie.

Das neue Bewußtsein im katholischen Lager blieb von den Enttäuschungen und Fehlentwicklungen, die der Befreiung im Zeichen einer innenpolitischen Verhärtung folgten, weitgehend unberührt. Italien hatte sich nach dem Sturz des Faschismus gerade auch aufgrund der Erfahrungen der katholischen Kräfte grundlegend verändert. De Gasperi erkannte das und knüpfte mit kritischem Verstand an die mit einem moralischen Impetus verbundenen Neuansätze an. Obwohl er selbst am Widerstand nicht aktiv teilgenommen hatte, spürte er genau, wie tief die Resistenza das Bewußtsein des Volkes und damit auch der Katholiken veränderte. Über den Partisanenkrieg, schrieb Parri, habe sich De Gasperi „sehr aufmerksam und fast schon skrupulös informiert“²⁸.

Alles in allem hat die Widerstandsbewegung wohl entscheidend dazu beigetragen, daß der Gedanke an die Errichtung eines autoritären Regimes unter katholischer Führung aufgegeben wurde. Sie überzeugte außerdem auch die Kirchenführung von der Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme der Katholiken an der Etablierung einer demokratischen Gesellschaftsordnung, und sie sicherte schließlich dem Programm De Gasperis eine breite Zustimmung. Selbst der Klerus, der lange geschwankt hatte, setzte schließlich auf die De-

²⁸ Vgl. Parri, Scritti, S. 570.

mocrazia Cristiana, um die erneute Teilnahme der Katholiken am politischen Leben zu gewährleisten.

All dies ist gewiß richtig und war für den Gang der Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Zugleich muß aber auch berücksichtigt werden, daß die Wirkung des Widerstandes begrenzt war und in manchen Aspekten den demokratischen Reifungsprozeß der Katholiken sogar etwas beeinträchtigte. Unter den Historikern herrscht Einigkeit darüber, daß sich im ganzen gesehen nur eine Minderheit zum aktiven Widerstand entschloß. Ernesto Ragionieri schrieb beispielsweise: „Die Verbreitung des Widerstandes und die Zustimmung zu seinen Zielen dürfen nicht zu hoch angesetzt werden, da man andernfalls Gefahr läuft, die spätere Entwicklung der italienischen Gesellschaft nicht mehr zu verstehen. Beim Widerstand handelte es sich zweifellos um eine große aktive Bewegung von Minderheiten, um die größte, die die italienische Geschichte bis zu diesem Zeitpunkt kennengelernt hat, aber eben doch um eine Minderheitsbewegung.“²⁹ Diese Tatsache erklärt sich nicht allein damit, daß sich der Widerstand auf bestimmte geographische Räume beschränkte. Nicht weniger wichtig ist, daß er auch dort, wo er sich ausformte, nur eine begrenzte Wirkung entfaltete. So entspricht es wohl vor allem der Stimmung von Gedenkfeiern, wenn man dem Widerstand „die Konsistenz und die Dimension eines Volkes in Waffen“ zuschreibt.

Wesentlich größeren Realitätsgehalt hat dagegen die Behauptung, die Republik von Salò habe eine „beschränkte, aber gleichwohl bedeutsame Zustimmung“ gefunden. Ehemalige Befreiungskämpfer, die aufgrund „des Stolzes auf die vollbrachten Leistungen und der Erinnerung an die erbrachten Opfer“ dazu neigten, „mit demselben Enthusiasmus, mit dem sie am Befreiungskampf teilgenommen hatten, nun auch auf die Zukunft zu vertrauen“, sahen sich so bald enttäuscht. Erneuerungstendenzen trafen in der italienischen Gesellschaft nämlich auf zähe Beharrungskräfte, und der Überzeugung, „daß Italien sich mit seinem Beitrag zur Niederschlagung des deutschen Imperialismus [...] Kredit verschafft habe“, stand die bittere Einsicht gegenüber, „als Angreifer und Besiegte Schuld auf sich geladen zu haben“. Zu einer angemessenen Einschätzung der verwickelten Verhältnisse waren nur diejenigen in der Lage, die nicht direkt am Befreiungskampf teilgenommen, sondern ihn von ferne beobachtet hatten, Männer wie De Gasperi und Togliatti also, die besser als andere die Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung in Italien abzustecken und damit die Linie zu erkennen vermochten, die zu einem Ausgleich zwischen den politischen Kräften führen konnte.

Andere Aspekte sind zu berücksichtigen, will man die Bedeutung des Widerstandes für das katholische Lager adäquat erfassen. Im Widerstand ver-

²⁹ Ernesto Ragionieri, *Storia d'Italia*, Bd. 4, 3. Halbbd.: *La storia politica e sociale*, Turin 1976, S. 2389, und die folgenden Zitate S. 2402.

kürzte sich die Distanz zwischen Kirche und Demokratie, die Erfahrung des Widerstandes schürte aber zugleich die Angst vor dem Kommunismus. Die Kommunisten spielten im Partisanenkrieg eine herausragende Rolle. Je deutlicher das zutage trat, desto größer wurde die Furcht der Katholiken, der Widerstand könne in eine soziale Revolution einmünden. Die Ereignisse in Griechenland von Ende 1944 galten allen als Warnsignal. In einer Rundfunkansprache vom 11. Oktober 1944 „an die Kämpfer und Arbeiter des Nordens“ griff De Gasperi diese Befürchtungen auf und verwies als Alternative auf die *Democrazia Cristiana*, die „in ihren eigenen Reihen wertvolle Kämpfer, Gefallene und Verfolgte zu verzeichnen hat und eine sichere Garantie für die Zukunft bietet“³⁰. Dies war also auch eine der Wirkungen des Widerstandes: Man sammelte sich um die *Democrazia Cristiana* als politische Kraft katholischen Ursprungs, die als einzige Partei in der Lage zu sein schien, die Hegemonie der Kommunisten zu verhindern. Eine überaus große Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Vergeltungsmaßnahmen und Massenhinrichtungen vor und nach der Befreiung im April 1945, die Prestige und Glaubwürdigkeit der *Resistenza* und der sie hauptsächlich tragenden Kommunisten und Sozialisten schwer beeinträchtigten. Es handelte sich dabei um Vorgänge, die im Klima der Befreiung bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich waren und über die auch die Historiographie den Schleier des Vergessens gebreitet hat. Willkür und Maßlosigkeit wurden in der gemäßigten Presse vielfach aufgebauscht, Lynchjustiz und Volkstribunale hat es aber gegeben und sie haben dem aus dem Widerstand hervorgegangenen Geist der Zusammenarbeit nicht wenig geschadet.

Die Nachrichten über die Schwierigkeiten, mit denen Kirche und Katholiken in den kommunistischen Ländern des Ostens zu kämpfen hatten, verstärkten natürlich Angst und Mißtrauen im katholischen Lager. So ist es nicht verwunderlich, wenn Togliattis Aufgeschlossenheit der Kirche gegenüber, wie sie etwa in seiner berühmten Rede am 9. Juli 1944 im römischen Theater „Brancaccio“ „Für die Freiheit Italiens, für die Errichtung eines wirklich demokratischen Systems“ am klarsten zum Ausdruck kam, mehr und mehr als bloße Taktik gedeutet wurde, die man für weitaus gefährlicher hielt als offene Feindseligkeit. Als Togliatti am 7. April 1945 über die antikommunistischen Einstellungen vieler Gemeindepfarrer und Bischöfe klagte, antwortete ihm Pater Lombardi in der *Civiltà Cattolica* vom 5. Mai mit dem Artikel „Eine gefährlich dargereichte Hand: Über die Rede Togliattis“, der Togliattis „Bündnisangebot“ scharf zurückwies. Tausende von Exemplaren dieses Artikels wurden in den katholischen Vereinen und vor den Kirchentüren verteilt. Der aus dem Widerstand erwachsene Geist der Zusammenarbeit schwächte sich ab, die antikommunistische Mobilisierung der katholischen Kräfte nahm weiter zu.

³⁰ Alcide De Gasperi, *Discorsi politici*, Rom 1950, Bd. 1, S. 21 ff.

In diesem Klima reifte die Entscheidung der Kirche, sich massiv für die *Democrazia Cristiana* einzusetzen. 1945 vermieden es der Papst, die Bischöfe und die katholische Presse noch, sich offen für die *Democrazia Cristiana* auszusprechen; der Sinn ihrer einschlägigen gesellschaftspolitischen Stellungnahmen ist aber deshalb nicht weniger klar geworden. In der *Civiltà Cattolica* vom 17. März 1945 veröffentlichte Pater Oddone einen Artikel über „Die Pflicht der Katholiken, sich zusammenzuschließen“. „Wollen die Katholiken ihre Ziele voll und ganz erreichen“, hieß es, „müssen sie unbedingt Disziplin üben und sich zusammenschließen. Ein fester Bund zwischen all denen, die auf katholischer Seite kämpfen, ist die unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg ihrer Mission und eine Garantie für den sicheren Sieg im Kampf, den sie für die gute Sache führen.“ Im August gab die Konsistorialkongregation den Katholiken genaue politische Instruktionen. Die Gläubigen wurden dazu aufgefordert, „angesichts der Gefahren, die die Religion und das Gemeinwohl bedrohen“, an den Wahlen geschlossen teilzunehmen; die Gefährdungen seien so groß, daß „einmütige Zusammenarbeit aller Ehrlichen“ unerlässlich sei³¹. Man vermied es, exakte Hinweise auf die zu wählende Partei und über die geeigneten Kandidaten zu geben; dies besorgten überall im Lande die lokalen katholischen Organisationen und Tausende von Priestern und Gläubigen, die bei den zum ersten Mal wahlberechtigten Frauen besonderes Gehör fanden. Stichproben haben ergeben, daß von 100 Anhängern der *Democrazia Cristiana* 67 Frauen waren (bei den Kommunisten lag dieser Anteil nur bei 39%, bei den Sozialisten bei 32%).

Als De Gasperi Ende 1945 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, war er nicht nur als Führer einer der dem Nationalen Befreiungskomitee angehörenden Partei allseits anerkannt. Er hatte auch bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen der Katholiken und des Heiligen Stuhles gewonnen. Zweifellos konnte er sich dieses Vertrauens nicht ein für allemal sicher sein, es stellte keine Blankovollmacht dar, war aber eine wesentliche Voraussetzung für jene solide Verbindung von Kirche und demokratischer Ordnung, die De Gasperi anstrebte. Die nachfolgende Entwicklung wurde durch dieses ursprüngliche Mandat für De Gasperi wesentlich mitbestimmt. Schwierigkeiten und Spannungen blieben während seiner Zeit als Regierungschef nicht aus; sie zeigen, welch hohen Preis er für dieses Mandat zu entrichten hatte und wie hart die daran geknüpften Bedingungen waren. De Gasperi hat diesen Teil seiner politischen Laufbahn selbst als den schwierigsten und unbekanntesten bezeichnet; wörtlich hat er in diesem Zusammenhang von seiner „geheimen Lebensgeschichte“, von den „geheimen Bereichen“ seines Erfahrungsschatzes als Politiker gesprochen³².

³¹ A. Prandi, *Chiesa e politica*, Bologna 1968, S. 27.

³² Maria Romana Catti De Gasperi (Hrsg.), *De Gasperi scrive. Corrispondenza con capi di Stato, cardinali, uomini politici, giornalisti*, Brescia 1974, Bd. 1, S. 334.

Die politische Bedeutung des Regierungsantritts von De Gasperi

Die Katholiken wurden, indem sie der Democrazia Cristiana folgten, zu einem Angelpunkt des demokratischen Systems. So einschneidend dies auch war, es reicht nicht hin, um die historische Bedeutung von De Gasperis Regierungsantritt angemessen einschätzen zu können. Dieser ist in einen größeren Rahmen einzuordnen und muß mit der Frage nach den realen Möglichkeiten für eine demokratische Entwicklung verbunden werden, die in Italien nach dem Befreiungskrieg und dem Rücktritt Parris Ende 1945 bestanden. Vor allem aber müssen die Gründe für das Scheitern der Regierung Parri herausgearbeitet werden, die schon wenige Monate nach ihrer Einsetzung im Innern und auf internationaler Ebene viel von dem Konsens eingebüßt hatte, auf den sie sich anfänglich hatte stützen können.

Parris Regierung hatte insbesondere das Vertrauen der Amerikaner verloren, von denen das Schicksal Italiens vor allem abhing. Historiker aus den Reihen der Aktionspartei und marxistische Historiker haben als Grund für den Umschwung auf amerikanischer Seite angeführt, daß es den wiedererstarkten reaktionären Kräften Italiens gelungen sei, die Amerikaner auf ihre Seite zu ziehen. In dieser Interpretation spielt De Gasperi natürlich eine Schlüsselrolle, da es ihm seine Position als Außenminister (seit 1944) ermöglicht habe, die Entscheidungen der Amerikaner bis zu einem gewissen Grad zu beeinflussen.

Zweifellos hat die Tatsache, daß De Gasperi das Außenministerium leitete, seine Position gestärkt, und zweifellos hat er diese Stellung benutzt, um in manchen Fragen die Schützenhilfe der Amerikaner zu erlangen. Die eigentliche Bedeutung seines politischen Konzepts liegt aber nicht darin, sondern in der Umkehr des traditionellen Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik³³. Hatte das außenpolitische Handeln im liberalen Italien und im Faschismus im wesentlichen innenpolitischen Erfordernissen gehorcht, so war es von nun an der Bezugsrahmen für die Innenpolitik. De Gasperi dachte in europäischen Dimensionen und beurteilte Italiens Probleme nicht von einem provinziellen Standpunkt aus. Er erkannte, daß die Außenpolitik für Italien eine bisher noch nie dagewesene Bedeutung erlangen würde. Das gängige Bild von einem konservativen Block, der mit Hilfe der Vereinigten Staaten die Reformarbeit der Regierung Parris hintertrieben und am Ende sogar deren Sturz herbeigeführt habe, wird also dem eigentlichen Verdienst De Gasperis, nämlich der Neudefinition des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik, nicht gerecht.

Eingehendere Arbeiten haben außerdem gezeigt, daß die Scheidelinie zwischen Reformkräften und konservativen Kreisen nicht leicht zu ziehen ist, und auch die Rolle der Amerikaner läßt sich nicht derart schematisch bestim-

³³ Ragionieri, *Storia politica e sociale*, S. 2431.

men, wie sich beispielhaft im Bereich der Wirtschaft zeigt: Um die Inflation einzudämmen, schloß die Alliierte Kontrollkommission staatliche Eingriffe nicht aus. Sie dachte auch an eine Festsetzung der Höchstpreise für Lebensmittel, um Mindestrationen für die Bevölkerung sicherzustellen und Forderungen nach Lohnerhöhungen entgegenzuwirken, an eine grundlegende Steuerreform, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, und an die Auflage von Staatsanleihen, um Kaufkraft abzuschöpfen³⁴. Derartige staatsinterventionistische Maßnahmen deckten sich keineswegs mit der Linie des Wirtschaftsliberalismus, die Männer wie Federico Ricci und Marcello Soleri schon unter Parri vertreten hatten. Darin aber bestand das eigentliche Problem und vielleicht auch die Tragik des Wiederaufbaus in Italien: Es fehlte an einer wirklichen Alternative zur Politik des Wirtschaftsliberalismus, die bereits in der Zeit vor dem Faschismus kräftige Wurzeln geschlagen hatte und nach dem Fall des Faschismus von der spontanen Regung, alle vom faschistischen Regime geschaffenen wirtschaftlichen Kontrollmechanismen abzubauen, noch zusätzlich profitierte.

Einer gewissen Planung im Wirtschaftsbereich, so wie sie die Linksparteien forderten, hätten die Alliierten wahrscheinlich durchaus zugestimmt. Die Voraussetzungen dafür waren aber ein klares Konzept und ein fester Wille auf seiten der italienischen Regierung. Sie aber fehlten – und zwar gerade auch bei Männern, die bereits über Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung verfügten. Sie verloren sich in ideologischen Grundsatzserklärungen, während auf der konservativen Seite hervorragende Persönlichkeiten, die aus einem reichen Erfahrungsschatz schöpften, zielstrebig für die Rückkehr zu einem reinen wirtschaftsliberalen System arbeiteten.

Für Italien war es also kaum möglich, sich dem amerikanischen Einfluß und den Segnungen des westlichen Kapitalismus zu entziehen; Italien war aber auch nicht gezwungen, sich den Vereinigten Staaten und den Spielregeln der westlichen Wirtschaft ganz zu unterwerfen. Den Amerikanern war vor allem an der Verankerung der Prinzipien des freien Wettbewerbs in Italien gelegen; an einer aktiven Mitwirkung bei der inneren Ausgestaltung der Gesellschaft waren sie weit weniger interessiert. Wie die Erfahrung in Italien und anderen Ländern gezeigt hat, begünstigten sie in der Regel eine demokratische Entwicklung, zur Erreichung ihrer Hauptanliegen waren sie aber auch bereit, mit konservativen und halbfaschistischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Der Kapitalismus hat im Verlaufe seiner Geschichte verschiedene Formen des „Überbaus“ hervorgebracht. Eine kohärente Politik bot deshalb der italienischen Regierung bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit, über die ei-

³⁴ Marcello De Cecco, *La politica economica durante la ricostruzione in Italia 1943–1950*, in: Stuart J. Woolf (Hrsg.), *Italia 1943–1950. La ricostruzione*, Bari 1974, S. 295.

gene Zukunft selbst zu entscheiden. Sie war nicht ganz unabhängig, den Amerikanern aber auch nicht völlig ausgeliefert, die sich natürlich wie eine kapitalistische Großmacht benahmen, deshalb aber noch lange nicht – gleichsam automatisch – mit den vom Faschismus diskreditierten Kräften Italiens zusammenarbeiteten. Einem verantwortungsbewußten und weitsichtigen Politiker wie De Gasperi stand so durchaus die Möglichkeit offen, Washingtons Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Nicht anders handelte Cavour bei der Einigung Italiens; auch er bemühte sich um eine realistische Einschätzung der bestehenden internationalen Kräfteverhältnisse und nutzte diese für seine Zwecke aus.

Altiero Spinelli hatte das klar erkannt. Im April 1944 schrieb er an Leo Valiani, es sei illusionär zu glauben, in Europa könnten neue Staaten nach der Art der Revolutionen von 1917/19 entstehen. „Heute wird die ganze Entwicklung von den drei Großmächten kontrolliert und gelenkt. Es ist aus diesem Grunde nicht ratsam, sich wieder auf den Aventin zurückzuziehen und auf eine spontane Erhebung des Volkes zu warten, die doch ausbleibt oder aber zum Scheitern verurteilt ist. Wir müssen eine ganz andere politische Linie einschlagen; wir müssen Druck auf die drei Großmächte ausüben, uns in ihre Politik einschalten und unseren Willen langsam durchzusetzen suchen. Mehr und mehr müssen wir uns – mutatis mutandis – Cavour zum Beispiel nehmen und immer weniger Lenin, der allen heutigen Revolutionären zum Alptraum geworden ist.“³⁵ Als Spinelli im Frühjahr 1944 diese Zeilen schrieb, konnte er sich noch alle drei Großmächte als Ansprechpartner für Italien vorstellen; von ihnen waren Ende 1945 bei realistischer Einschätzung nur noch die Vereinigten Staaten übriggeblieben. Washington – auch dies wird in der linken Geschichtsschreibung gerne übersehen – drängte die italienische Regierung, die demokratische Neuordnung voranzutreiben und – gewissermaßen als Nagelprobe für ihre demokratische Festigkeit – möglichst rasch regionale und Parlamentswahlen durchzuführen. Die Entscheidung über die Abfolge der Wahlen, damals ein heiß diskutiertes innenpolitisches Thema, fiel im September 1945; De Gasperi stimmte dabei vollkommen mit den Amerikanern überein, die regionalen Wahlen vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung auszuschreiben, und setzte sich mit seiner Auffassung schließlich durch.

De Gasperis Orientierung in dieser Frage wurde später eines der Hauptargumente, mit denen linke Historiker ihre These untermauerten, er habe restaurative Ziele verfolgt. De Gasperi, so meinten sie, habe die Amerikaner um Schützenhilfe für seine finsternen Pläne ersucht; nur so habe er sich gegen die Phalanx der Linksparteien durchzusetzen vermocht. Dieser Interpretation

³⁵ Giovanni De Luna (Hrsg.), *Il Partito d'Azione e la svolta di Salerno*, in: *Annali della Fondazione Luigi Einaudi*, Turin 1971, Bd. 5, S. 450f.

liegt das übliche Schema zugrunde: auf der einen Seite die Linken als Hüter des Erbes des Widerstandes, und auf der anderen Seite die von De Gasperi angeführte Rechte, die zur Besitzstandswahrung der alten, politisch diskreditierten Machtgruppen entschlossen war und deshalb die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung, die nach dem Willen der Linksparteien den Demokratisierungsprozeß vorantreiben und die Entscheidung zwischen Republik und Monarchie fällen sollte, verzögerte.

Die Realität war jedoch komplexer. Wie sehr die Linke gerade auch in der Frage der Wahlen gespalten war, zeigen die Quellen und Erinnerungen, die Antonio Gambino für sein Werk „Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC“ gesammelt hat. Nenni und die Kommunisten sprachen sich für eine rasche Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung aus. Innerhalb der Aktionspartei herrschte hingegen die größte Verwirrung. Ugo La Malfa wollte die Regionalwahlen und auch die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung so lange wie möglich hinausschieben, um die Regierung Parri möglichst lange am Leben zu halten. Parri selbst schien zunächst La Malfas Position zu teilen, doch in der Sitzung des Exekutivkomitees der Aktionspartei vom 18. und 19. August 1945 stimmte er für die sofortige Durchführung der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung. Das Ergebnis fiel recht knapp aus: Der Vorschlag wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Wenige Tage später forderte der amerikanische Botschafter in Italien, Alexander Kirk, den italienischen Ministerpräsidenten auf, die regionalen Wahlen möglichst bald und noch vor der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung anzusetzen. Parri, so Kirk, habe dabei etwas wirt „von sofortiger Wahl, von ihrer Aufschiebung um drei oder fünf Jahre (um die Heranbildung einer ‚aufgeklärteren Wählerschaft‘ abzuwarten), von der Gefahr lokaler Aufstände, von der notwendigen Präsenz der alliierten Truppen in Italien“ gesprochen³⁶. De Gasperi, den Kirk kurz danach aufsuchte, besaß hingegen klare Vorstellungen: Die Durchführung der Regionalwahlen hielt er für sofort möglich, an eine Abhaltung der Parlamentswahlen sei im Augenblick wegen diverser technischer Probleme überhaupt nicht zu denken. Der amerikanische Botschafter drängte beim Ministerpräsidenten am 11. September noch einmal auf eine Entscheidung, die der Ministerrat am nächsten Tag endlich traf.

Was geschah in dieser Sitzung des Ministerrats? Legt man die erwähnten gängigen Interpretationsmuster zugrunde, muß man vermuten, daß die Linke, die sich zuvor für eine rasche Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung eingesetzt hatte, dem Druck De Gasperis und der christlich-demokratischen Partei nur deshalb nachgegeben habe, um Schlimmeres zu verhüten; kurz, sie habe den vorgezogenen Regionalwahlen zugestimmt, um die Verfassungge-

³⁶ FRUS, 1945, IV, S. 973, hier zitiert nach Antonio Gambino, *Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC*, Bari 1975, S. 70.

bende Versammlung zu retten³⁷. Die Durchsicht der Protokolle des Ministerrats vom 12. September 1945 ergibt ein ganz anderes Bild³⁸. Die Linke war in sich gespalten. Die einen kritisierten vor allem die Amerikaner, die die Wahlen als eine Art Reifeprüfung betrachteten, von deren Ausgang sie spätere Hilfeleistungen abhängig machten. Viele traten dafür ein, die Wahlen möglichst lange hinauszuschieben, während andere die sofortige Durchführung der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung verlangten, obgleich sie wußten, daß es dafür an allen Voraussetzungen fehlte. Selbst Nenni, der den Slogan „Konstituente oder Chaos“ unter das Volk gebracht hatte, räumte im Laufe der hitzigen Diskussion schließlich ein, daß es „heute in vielen Provinzen gar nicht möglich sei, die Wahlen durchzuführen. Es gäbe noch keine Wahllisten und auch noch gar kein Gesetz.“ Parri, der sich zu einer Entscheidung lange nicht hatte durchringen können, sagte laut Sitzungsprotokoll: „Man dürfe die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung und die regionalen Wahlen nicht gleichsetzen. Die Regionalwahlen seien möglich, doch sei es aus Gründen der öffentlichen Ordnung nicht ratsam, die Wahl zur Versammlung durchzuführen. Er verwies dann auf die Verantwortung, die alle Parteien dem Frieden gegenüber hätten: Er müsse und er wolle den Alliierten heute eine Antwort geben. [...] Einigen der alliierten Forderungen müsse man widerstehen, aber man müsse sich auch anpassen.“ De Gasperi schwieg zu meist, er verlangte nur ausdrücklich, man solle den Amerikanern rasch und präzise antworten. Nicht einmal Togliatti widersetzte sich dem Beschluß der Regierung, zunächst die Regionalwahlen abzuhalten. Er protestierte nur ganz allgemein gegen Einmischungsversuche von amerikanischer Seite.

Das Sitzungsprotokoll enthält genügend Elemente, um die Frage zu beantworten, warum De Gasperi die Abhaltung der Regionalwahlen der Durchführung der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung vorzog. Es ging ihm nicht so sehr darum, die Wählerschaft auf eine Probe zu stellen und genauere Kenntnis über das Gewicht seiner Partei zu erlangen, bevor man sich auf landesweite Wahlen einließ. Ihm war auch nicht daran gelegen, eine Tradition des politischen Katholizismus fortzusetzen, die der Autonomie von Stadt- und Gemeindeverwaltungen stets einen großen Wert beigemessen hatte. Er erkannte vielmehr, daß zum gegebenen Zeitpunkt allein Regionalwahlen durchführbar waren, und ihm war nicht verborgen geblieben, daß demokratische Wahlen das beste Mittel waren, um auf internationaler Ebene ernst genommen zu werden und um vor allem die Amerikaner zufriedenzustellen.

Die Auseinandersetzung um die Wahlen spiegelte die Schwäche und innere Zerrissenheit der Linken wider, die auch von den Amerikanern mit wachsender Sorge wahrgenommen wurden. Parris Bericht von den Umstän-

³⁷ Ebenda, S. 71.

³⁸ Zitiert nach einer nicht immer vollständigen Abschrift der Sitzungsprotokolle, die sich in De Gasperis Nachlaß befindet.

den, die zum Sturz seiner Regierung führten, lieferte zahlreiche eindrucksvolle Beweise für die Uneinigkeit des Regierungslagers: „Für die Regierung war es oftmals schwierig, Beschlüsse zu fassen; auch ihre Ausführung wurde verzögert oder gar verhindert. Jeden Sonntag predigten die Parteiführer in der Provinz. Flammende Reden. ‚Revolution oder Chaos‘, ‚Republik oder Chaos‘. Satt und zufrieden kehrten sie dann am Montag zu den Ministerratsitzungen zurück. Jetzt aber meldeten sich schimpfend die Zeitungen der oppositionellen Monarchisten und Reaktionäre zu Wort. Ist dies nun eine Regierung oder ein Klub von Pokerspielern?“³⁹

So war es kein Wunder, daß die Amerikaner der von der gemäßigten Linken getragenen Regierung Parri immer weniger vertrauten. Zeitweise liebäugelten sie sogar mit dem Gedanken, ihr politisches Kapital auf konservative und reaktionäre Kräfte aus der präfaschistischen Zeit zu setzen. Amadeo Giannini, der Direktor der Bank of America, beispielsweise erklärte im Herbst 1945 in einem Interview, daß man Italien keine Kredite gewähren könne, solange die Partisanen die Fabriken kontrollierten und es an einer von Altkonservativen wie Vittorio Emanuele Orlando und Francesco Saverio Nitti, beide ehemalige Ministerpräsidenten, geführten starken Regierung fehle⁴⁰. Giannini befand sich zu diesem Zeitpunkt gerade in Italien; sein Interview erregte große Aufmerksamkeit und trug zweifellos zur Auslösung der Regierungskrise bei, die schließlich zum Machtantritt De Gasperis führte.

Ende 1945 begann sich auch in Italien ein ähnlicher Umschwung wie auf der internationalen Ebene abzuzeichnen. Das Gefühl, daß die Regierung schwach sei, erhöhte auch hier die Bereitschaft, den rechten Kräften wieder mehr Kredit einzuräumen. Die Wurzeln dieses Umschwungs reichten bis 1944 zurück: Schon vor der Bildung der Regierung Parri im Juni 1945 war jeder Gedanke an eine revolutionäre Umgestaltung in Italien illusorisch geworden. Während man in den Zeitungen der antifaschistischen Parteien Ende 1944 noch über die Rolle der Befreiungskomitees (Comitato di liberazione nazionale = CLN) im künftigen Italien debattierte, gelangten Vertreter des Befreiungskomitees für Oberitalien (Comitato di liberazione nazionale Alta Italia = CLNAI) und der alliierten Militärkommandos zu einem Übereinkommen, das dem Handlungsspielraum der CLN bis in die Zeit nach der Befreiung hinein enge Grenzen setzte und jede Hoffnung auf eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft zunichte machte. Nicht weniger utopisch als die Zielsetzung, einen sozialistischen Staat zu schaffen, war der Versuch, den bürokratischen Zentralismus des alten liberalen Staates durch eine auf die lokalen Befreiungskomitees gegründete basisdemokratische Ordnung zu ersetzen. Diese große zukunftsweisende Idee der Aktionspartei, die die aktive Teil-

³⁹ Parri, Scritti, S. 569.

⁴⁰ John Diggins, *L'America, Mussolini e il fascismo*, Bari 1972, S. 513.

nahme breiter Volksschichten voraussetzte, entsprach jedoch nicht – und schon gar nicht nach zwanzig Jahren Diktatur – den Traditionen Italiens und den Neigungen der Italiener. Gewiß, der Widerstand hatte zu Initiativen lokaler Selbstverwaltung geführt. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob die damit verbundenen Erfahrungen ausreichten, um die Reserven zu entkräften, die in der italienischen Gesellschaft gegen solche Experimente bestanden.

Nur ein Weg war gangbar, um die Verhältnisse des alten liberalen Staates zu überwinden und die Demokratie in Italien zu etablieren. Nur die großen Volksparteien konnten eine neue demokratische Ordnung sichern, sie mußten an die Stelle der alten liberalen Führungsschichten treten und die Herrschaft im Staate übernehmen. Dies geschah, aber nicht ohne Schwierigkeiten und Spannungen. Schon beim Regierungsantritt von Parri hatten sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der Gemäßigten verschoben. Die Mehrheit der Partisanen sah dies auch ein, nur der linke Flügel der Aktionspartei nicht. Ohne reale Basis im Volk hielt er an seinem jakobinischen Demokratieverständnis fest, das den CLN eine entscheidende Rolle im künftigen Italien zuwies. Damit aber geriet er nicht nur in einen heillosen Gegensatz zu den Zielsetzungen der Alliierten, seine Vorstellungen waren selbst mit der Natur der CLN nicht zu vereinbaren. Bei diesen handelte es sich nämlich nicht um eine potentiell revolutionäre, sondern um eine überparteiliche, damit auch klassenübergreifende Organisation, deren inneres Gleichgewicht zu labil war, als daß es extreme Forderungen auszuhalten vermocht hätte.

Die Kommunisten waren realistischer. Sie wußten, daß weite Bevölkerungskreise vor allem Zentral- und Südtaliens den CLN mit äußerster Skepsis begegneten. Togliatti hatte dies bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Italien bemerkt: „Vor allem fiel mir die Mauer, die Barriere, das vollkommene Unverständnis auf, das die fortschrittlichen demokratischen Kräfte von der übergroßen Mehrheit der Bürger, des Mittelstandes, der Intellektuellen, aber auch der Arbeiter trennte.“⁴¹ Innerhalb der kommunistischen Partei herrschte deshalb Unsicherheit über Natur und Rolle der CLN. In den ersten Monaten der Regierung Parri legte sie ihnen noch große Bedeutung bei. Von April bis September 1945 versuchte sie „über die lokalen Befreiungskomitees und die Betriebsräte als Organe der Volksregierung ein demokratisches System des CLN zu schaffen, das den Staat stützen und dessen Mängel ausgleichen sollte“⁴². Zugleich drängte sie den Ministerpräsidenten, die soziale Erneuerung voranzutreiben und eine Agrarreform ins Werk zu setzen. „Los Parri“, spornte ihn Velio Spano im Leitartikel der *L'Unità* vom 27. September an. Zu diesem Zeitpunkt glaubte die kommunistische Führung aber nicht

⁴¹ Zitiert nach Rosario Villari, *La crisi del blocco agrario*, in: Valerio Castronovo (Hrsg.), *L'Italia contemporanea 1945–1975*, Turin 1976, S. 131.

⁴² Giorgio Amendola, *Lotta di classe e sviluppo economico dopo la liberazione*, in: *Tendenze del capitalismo italiano*, Rom 1962, S. 164.

mehr an eine spontane Reformbewegung von unten, und sie bezweifelte, ob die Regierung über genügend Energie und Tatkraft für einschneidende Maßnahmen verfügte. Sie setzte nunmehr auf Wahlen, um die eigentliche Stärke der Massenparteien zu ergründen und eine solide Grundlage für Regierungsverhandlungen zu schaffen.

Die kommunistische Partei rührte allerdings keinen Finger, um die Regierung Parri zu Fall zu bringen. Es waren die Liberalen, die gegen Ende des Jahres 1945 die Regierungskrise auslösten. Sie handelten dabei in Übereinstimmung mit den gemäßigten Bevölkerungsschichten, die das Vertrauen in die CLN und die antifaschistischen Politiker fast ganz verloren hatten. Bereits im Mai 1945 hatte der Generalsekretär der Italienischen Liberalen Partei (Partito liberale italiano = PLI), Leone Cattani, auf die Gefahren einer auf die CLN gestützten Politik verwiesen: „Die Ausdehnung der Befreiungskomitees auf die ganze Gesellschaftsstruktur widerspricht jetzt, nach erfolgter Befreiung des Landes, ihrer provisorischen Natur, widerspricht der Demokratie selbst. [...] Es besteht die Gefahr, daß neben und vielleicht auch gegen den demokratischen Einheitsstaat, der unter vielfältigen Schwierigkeiten wiederersteht, der Grund für einen zweiten Staat gelegt wird.“⁴³ Im selben Monat wandte sich Benedetto Croce gegen die Leichtfertigkeit, mit der die Worte „Faschismus“ und „Faschist“ gegen diejenigen verwandt wurden, die sich auf die Legalität beriefen. „Zuweilen ist man geneigt, sich mit den Schimpfnamen zu schmücken, die heute eine positive Bedeutung angenommen haben“, erklärte er⁴⁴.

Die Abneigung gegen die mit den CLN verbundene Regierung Parri wuchs, obgleich die Befreiungskomitees keine wirkliche Macht besaßen und auch als Reformkraft keine entscheidende Rolle spielten. Von ihnen ging aber eine stete Drohung aus, die den Umsturz anzukündigen schien und so viele Menschen in Sorge und Schrecken versetzte. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die ständige Bezugnahme auf eine Revolution, die nie stattfand, in ähnlicher Weise die Gemüter bewegt und schließlich zur Niederlage der Linken beigetragen. Am 3. Oktober 1945 polemisierte Nitti gegen die „CLN-Atmosphäre“ und bezeichnete die momentanen Verhältnisse als die schlimmsten, die Italien seit Jahrhunderten je erlebt habe⁴⁵. Selbst linke Stimmen wie *Il Ponte* und *Voce Repubblicana* klagten über die „Distanz zwischen den Parteien und der öffentlichen Meinung“, über den „weit verbreiteten Unmut“, über die „Ohnmacht der Regierung“.

⁴³ Sandro Setta, *L'Uomo Qualunque 1944–1948*, Bari 1975, S. 100, zitiert aus: *Risorgimento liberale*, 30. Mai 1945.

⁴⁴ Benedetto Croce, *Il partito liberale e il pericolo dell'ora*, in: Ders., *Scritti e discorsi politici*, Bd. 2, Bari 1973, S. 229 f.

⁴⁵ Vgl. den Text der Rede in: *Il Tempo*, 4. Oktober 1945.

Parri hat unmittelbar nach seinem Sturz die später immer wieder vertretene Ansicht geäußert, reaktionäre Kräfte, Liberale und christliche Demokraten hätten an einem Strang gezogen, um ihn zu Fall zu bringen. So viel ist richtig: De Gasperi und die Liberalen waren sich einig, wenn es darum ging, dem jakobinischen Demokratieverständnis der linken Parteien entgegenzutreten. Der Beitrag der liberalen Partei war hier gewichtig, wie Cattani selbst hervorgehoben hat. Die These von einem Zusammenspiel von *Democrazia Cristiana* und Liberalen am Vorabend des Sturzes von Parri entbehrt jedoch jeder Grundlage. Die beiden Parteien verfolgten weder in der Regierungskrise, noch jemals in den politischen Auseinandersetzungen jener Jahre gemeinsame Ziele. Gewiß, die Liberalen fühlten bei De Gasperi vor, ob er notfalls die Regierungsgeschäfte übernehmen würde, bevor sie die Regierungskrise auslösten. De Gasperi, der ihr vernichtendes Urteil über die Leistungsfähigkeit der Regierung Parri teilte, war jedoch von der Zweckmäßigkeit ihres Vorhabens keineswegs überzeugt. Es widerstrebte ihm, seiner Partei noch vor den Wahlen eine so große Verantwortung aufzubürden.

Die Liberalen zogen sich am 21. November 1945 aus der Regierung zurück, nachdem sie bereits zwei Tage zuvor eine Richtungsänderung in der Politik der Regierung gefordert hatten⁴⁶, was Parri veranlaßte, noch am selben Tag die Parteiführer zu einer Lagebesprechung einzuladen. De Gasperi, der an dieser wohl sehr spannungsgeladenen Sitzung teilgenommen hat, hat darüber Aufzeichnungen gemacht, die einige Aspekte der Regierungskrise und die Positionen der Beteiligten erhellen. Parri betonte einleitend, daß es nicht sinnvoll sei, die einmal begonnene Arbeit nun mit einer Regierungskrise zu unterbrechen. Daraufhin meldete sich De Gasperi zu Wort: Er sehe keine Notwendigkeit für einschneidende Änderungen. Togliatti sprach nur ein Mal, sein im übrigen sehr sachlicher Beitrag endete so: „Die Liberalen haben einen Formfehler begangen. Ihr hättet Eure Korrekturvorschläge vorbringen müssen. Ihr durftet nicht gleich Protest einlegen. Wir sind gegen eine Krise. Ihr stellt uns vor die Alternative: ‚Die Regierung ist nicht repräsentativ für das Land. Akzeptiert, unsere Vorschläge jetzt sofort zu diskutieren, oder wir lösen die Krise aus.‘“ Am heftigsten griff Emilio Lussu von der Aktionspartei die Liberalen an, wie aus den Notizen De Gasperis hervorgeht: „23 Jahre lang haben die Liberalen die Faschisten unterstützt. Das wiederholt sich heute. Das Kampfterrain wandelt sich. Für die Aktionspartei gehören die Liberalen zur extremen Rechten. [...] Künstliche Krise. Das reale Land, ein Haufen von Abenteurern.“ Tatsächlich bezog sich die Kritik der Liberalen in wesentlichen darauf, daß Zusammensetzung und Ausrichtung der Regierung nicht

⁴⁶ Vgl. die nach den Sitzungen vom 6. bis zum 16. November 1945 verabschiedete Schlußerklärung, zitiert von Leone Cattani, *Dalla caduta del fascismo al primo governo De Gasperi*, in: *Storia contemporanea* 5 (1974), S. 781, Anm. 9.

den wirklichen Kräfteverhältnissen im Lande, eben nicht dem „realen Lande“ entsprächen. Der Liberale Brosio verteidigte seine Partei: „Es ist nötig zurückzutreten. Die Sitzungen beginnen hier und werden dort weitergeführt.“ Die Aufzeichnungen enden dramatisch. Sie zeigen, daß man schon am 19. November dem Bruch nahe war: „Parri: Es beginnt eine Zeit äußerst schwierigen Kampfes. [...] R[uini]: Von Bürgerkrieg darf man nicht einmal sprechen; Br[osio]: Protestiert; Parri: Ich bin verpflichtet, es den Parteien zu sagen, und wenn die es nicht verstehen, auch dem Volk.“

Die Aufzeichnungen erlauben trotz ihres fragmentarischen Charakters Einblick in das Innenleben der Regierungskoalition. Danach kann keine Rede davon sein, daß in der Regierungskrise zwei geschlossene Formationen der Rechten und der Linken aufeinandertrafen. Mit der Aktionspartei und den Liberalen befanden sich auf der einen Seite zwei Gruppierungen, die keine wirkliche Basis im Volk besaßen, sich aber gegenseitig das Recht streitig machten, dessen Interessen zu vertreten. Auf der anderen Seite standen die Repräsentanten der großen Parteien, die wußten, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten. Sie waren der Regierung Parri nicht feindlich gesinnt und wollten in einem Klima der Zusammenarbeit bis zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung gelangen. Es handelte sich in jenen Tagen also nicht so sehr um einen Konflikt zwischen rechts und links, sondern eher um einen Zusammenstoß zwischen einem elitären jakobinischen bzw. liberalen Politikverständnis, wonach eine Honoratioren- oder Kaderpartei die Interessen des Volkes vertrat, und einer neuen Auffassung, der zufolge die großen Massenparteien den Ton angaben.

Die Regierungskrise war so auch kein politisches Manöver der Democrazia Cristiana zur Einleitung einer restaurativen Wende. Sie war vielmehr eine notwendige Folge des Rückzugs der Liberalen, denn mit ihm ging der Konsens zwischen den Parteien verloren, der auf dem schwierigen Verfassungskompromiß zwischen CLN und der Monarchie vom April 1944 beruhte und auch der Regierungsbildung zugrunde gelegen hatte. Den Standpunkt seiner Partei faßte De Gasperi auf einem Briefbogen des politischen Büros der Democrazia Cristiana wie folgt zusammen: Mit dem Ausscheiden der Liberalen werden automatisch „die Basis und der Auftrag der Koalition, d.h. der CLN (aus dem sich die Liberalen noch nicht zurückgezogen haben), verändert“. Auch Parri betonte im November, daß seine Regierung aus der Solidarität aller antifaschistischen Parteien, „einschließlich der Kommunisten, einschließlich der Liberalen“, hervorgegangen sei⁴⁷. Er war deshalb zum Rücktritt gezwungen, nachdem die Einmütigkeit nicht mehr bestand.

De Gasperi wurde zum Nachfolger Parris bestimmt. Wäre er damals tatsächlich als ein Mann der Rechten oder ein Mann der Restauration betrachtet

⁴⁷ Ebenda, S. 783, Anm. 11.

worden, so hätten ihn die Sozialisten, die Vertreter der Aktionspartei und die Kommunisten wohl kaum als Ministerpräsident akzeptiert. Die privaten Notizen De Gasperis und Nennis bieten ein aufschlußreiches Bild der Ereignisse und Auseinandersetzungen, die schließlich zur Wahl De Gasperis geführt haben. Am 26. November, so geht aus De Gasperis Aufzeichnungen hervor, stießen in einer Zusammenkunft der Parteivertreter die Führer der Sozialisten und die Repräsentanten der Aktionspartei heftig mit den Liberalen zusammen. Nenni und Lussu glaubten damals allen Ernstes an einen bevorstehenden Rechtsruck, der natürlich von den Linkskräften nicht kampflos hingenommen worden wäre. Als der Vorschlag diskutiert wurde, den mittlerweile 85jährigen Orlando zum neuen Ministerpräsidenten zu machen, winkte Nenni energisch ab. Er verglich ihn mehrmals mit Hindenburg, der Hitlers Machtergreifung ermöglicht hatte. Togliatti war aus anderen Gründen gegen Orlando: „O. sagte heute morgen, er wolle keine Kampfregerung. Der Mann ist zum Kampf nicht geeignet. Festigkeit ist nötig. Die Unschlüssigen werden nachgeben und sich anschließen.“ Auch Togliatti hielt Unruhen für wahrscheinlich und befürchtete, daß Orlando nicht in der Lage sein würde, die öffentliche Ordnung zu wahren. Lussu warnte: Die Berufung Orlandos würde „einen Sieg der Konservativen bedeuten und diese nur zu neuen Angriffen ermutigen. Keinerlei Entspannung; sie würde nur wieder eine neue Krise auslösen.“ Nenni erklärte, das das „Gravitationszentrum nicht um einen Millimeter nach rechts verschoben werden“ dürfe. De Gasperi hielt sich in der Diskussion ganz zurück. Seinen eigenen Aufzeichnungen zufolge ergriff er nur ein einziges Mal das Wort: „Aspekte zur Friedensstiftung“, notierte er.

Am 30. November hatte sich das Bild bereits gewandelt. Nun war schon fast sicher, daß die Wahl auf De Gasperi fallen würde. Nenni unterstützte den Führer der Christdemokraten – in Übereinstimmung mit Saragat, der Nenni ermuntert hatte, hart zu bleiben und dem Druck von rechts nicht nachzugeben. „De Gasperi als Ministerpräsident steht nicht rechts. Die Konst[ituenten] betreffend ist er ein Garant der Freiheit“, fügte er hinzu. Um des Ausgleichs willen sollte aber das Innenministerium nach Meinung Nennis und Saragats einem Sozialisten oder Kommunisten übertragen werden. Zwischen Sozialisten und Liberalen entspann sich darüber eine heftige Diskussion. De Gasperi drängte auf eine Entscheidung, und Nenni beharrte auf seinem Standpunkt, der sich schließlich auch durchsetzte: „Eine neutrale Lösung schließe ich aus, sie muß politisch sein. Also entweder ein Sozialist oder ein Kommunist.“ Die neue Regierung war also auf gar keinen Fall Ausdruck jener finsternen Kräfte, die Parri für den Sturz seiner Regierung verantwortlich gemacht hatte. Er selbst stimmte mit La Malfa darin überein, daß sich die Aktionspartei aktiv an ihr beteiligen solle.

Die einfachste Antwort auf die Frage, weshalb De Gasperi zum Regierungschef gemacht wurde, ist auch die überzeugendste. Die Parteien einigten

sich auf ihn, weil sie glaubten, daß allein eine von ihm geführte Regierung den Aufbau der italienischen Demokratie einleiten und wirksam den – zeitweise auch von amerikanischer Seite unterstützten – Versuchen entgegentreten könne, die konservativen Kräfte des alten Italien an die Macht zurückzubringen. Die hier zitierten Quellen erlauben gewiß noch kein endgültiges Urteil. Sie gestatten aber, das Bild, das Leo Valiani 1949 in Anlehnung an Äußerungen Parris gezeichnet und an dem die Forschung mit einigen Varianten und Ergänzungen lange Zeit festgehalten hat, in einigen Punkten zu korrigieren. Parri habe die Krise schadlos überstanden, heißt es, und De Gasperi habe mit der Restauration des alten Staates begonnen⁴⁸. In diese Interpretation fügt sich, und Valiani hat das nicht übersehen, der uneingeschränkte Konsens bei der Bildung der ersten Regierung De Gasperi nur schwerlich ein. Er nimmt deshalb zu der eher unwahrscheinlichen Erklärung Zuflucht, die führenden Köpfe der Aktionspartei seien bei der Regierungsbildung in eine „unschlüssige Passivität“ versunken⁴⁹, also Parri, Lussu und La Malfa, deren kämpferischer Elan in der Auseinandersetzung mit den Liberalen nicht leicht übertroffen werden konnte. Wahrscheinlicher ist, daß sie die Entscheidung für De Gasperi nicht als Anfang einer gefährlichen Restauration betrachteten; sie sahen darin vielmehr die Möglichkeit, den von allen verspürten Mangel an politischer Handlungsfähigkeit endlich zu beheben.

Antonio Gambino greift noch mehr als 25 Jahre nach Valiani zu einer irrationalen Argumentation, um die Unterstützung der Kommunisten, Sozialisten und der Aktionspartei für De Gasperi zu erklären. Daß sie De Gasperis Regierungsantritt positiv oder zumindest nicht negativ aufnahmen, sei Ausdruck einer „gewissen Blindheit“ gewesen⁵⁰. Er und andere Autoren sind in ihrer Beweisnot fast gezwungen, so zu argumentieren, denn anders ließe sich ihr Vorurteil, daß die Regierung De Gasperi eine Regierung der Restauration gewesen sei, nicht länger aufrechterhalten.

Die nostalgische Verklärung der Regierung Parri ist aufgrund der außergewöhnlichen moralischen Qualitäten ihres Führers und aufgrund der Tatsache, daß sie mit den Werten des Widerstandskampfes so eng verbunden war, durchaus verständlich. Bisweilen hat sie allerdings zu stark vereinfachenden und unkritischen Deutungen geführt, die mit der historischen Wirklichkeit nur recht wenig zu tun haben. Enzo Piscitelli beispielsweise hat die schwache Reaktion von Arbeiterschaft und Partisanen auf den Sturz von Parri so erklärt: „Die Arbeiterschaft und die Partisanen hatten begriffen, daß ihre Regierung nie wieder zustande kommen würde und daß jede Hoffnung auf soziale und wirtschaftliche Veränderungen von nun an vergeblich sei.“ Richtig aber ist, daß die Einheitsgewerkschaft am 1. Dezember 1945, als bereits feststand,

⁴⁸ Valiani, *Avvento di De Gasperi*, S. 38.

⁴⁹ Ebenda, S. 36.

⁵⁰ Gambino, *Storia del dopoguerra*, S. 104 f.

daß De Gasperi mit der Regierungsbildung beauftragt würde, nur auf ein schnelles Ende der Regierungskrise im Rahmen der sechs Parteien der Resistenza und auf die Bildung einer handlungsstarken Regierung drängte. Der Beschluß der Gewerkschaft, so Piscitelli in seinem vergeblichen Bemühen, die historischen Tatsachen mit seinem Urteil in Einklang zu bringen, sei nur auf Druck der katholischen Kräfte innerhalb der Gewerkschaft gefaßt worden⁵¹. Parri selbst hat aus einer zeitlichen Distanz von fast dreißig Jahren freimütig seine eigenen Stärken und Schwächen benannt: „Unglücklicherweise vermag ich nicht zu vergessen, und der Widerstand hatte meine Seele nachhaltig mit all der von ihm verursachten Not, mit all dem mit ihm verbundenen Leid, und mit seiner ganzen Größe geprägt. Mit diesen Erfahrungen schien es mir unmöglich, die Übernahme der Regierungsgeschäfte im Viminale zu verweigern.“ Zugleich betonte er, daß seine Regierung nicht klassenkämpferisch orientiert gewesen sei: „Sie vertrat keine klassenkämpferische Linie, und darin unterschied sie sich von der offiziellen Position der Kommunisten. Sie war für jeden Fortschritt der Arbeiterklasse offen, wenn er sich nur auf der Basis einer konkreten und realistischen Politik vollzog.“ Genau erkannte er auch die Grenzen, die seinem Handeln gesteckt waren: „Die Kommunisten, Sozialisten, christlichen Demokraten und Liberalen verfolgten jeweils eigene, verschiedene Ziele. Und ich, was konnte ich dort mittendrin mit meinen zu einfachen Ideen und meinen zu ernstesten Idealen bewirken? [...] In Wirklichkeit war ich ein Außenseiter. Ein unruhiger Außenseiter.“

Am Ende seiner zuweilen bitteren Reflexionen gab Parri dann auch zu, daß er die Liberalen und die christlichen Demokraten damals zu Unrecht verdächtigt hatte, den Versuch eines Staatsstreichs unternommen zu haben: „Ich hatte übertrieben. Handstreich hätte ich sagen müssen.“ Schließlich räumte er mit Blick auf die spätere Entwicklung ein, daß die Regierungskrise kein Vorspiel des Faschismus gewesen sei: „Es kam die Verfassung. Mehr und mehr, nach vielen Kämpfen, haben die Italiener sie entdeckt. Nach und nach tauchte im Repertoire der offiziellen Feiertagsredner der Slogan auf: Widerstand, Ursprung der Verfassung. Der Slogan ist richtig. Handelt es sich dabei nicht nur um Rhetorik, so könnte es auch eine späte Rache sein.“⁵²

Nenni, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, schrieb dreißig Jahre nach den Ereignissen über den Sturz Parris und den Aufstieg De Gasperis ins höchste Regierungsamt: „Parri [...] hatte keine Partei hinter sich, die die Angriffe von rechts, von den Liberalen in erster Linie, aber auch von den christlichen Demokraten Tag für Tag hätte abwehren können. Er hatte nur seine Biographie, die Geschichte eines ganz der Sache der Freiheit gewidmeten Lebens, aber das allein reichte leider nicht aus. Gleichwohl war De Gasperi, der auf ihn

⁵¹ Enzo Piscitelli, *Da Parri a De Gasperi. Storia del dopoguerra 1945–1948*, Mailand 1975, S. 138.

⁵² Parri, *Scritti*, S. 567 ff.

folgte und bis zu den Wahlen von 1946 das Ruder führte, noch nicht der Mann der Restauration. Er wurde es zwischen 1947 und 1948, als sich die internationalen Rahmenbedingungen grundlegend gewandelt hatten.“⁵³

Nostalgische Rückwendung und die internationale Entwicklung, vor allem der Kalte Krieg, mit ihren Rückwirkungen auf die innenpolitische Lage Italiens haben das Bild verzerrt, und De Gasperis Regierungsübernahme hat dabei eine andere Bedeutung erhalten, als die, die sie Ende 1945 auch für alle Linksparteien hatte. Sie alle erblickten in ihr eine neue Chance für die Demokratie, deren Lebensgrundlagen von den eben erst geschlagenen konservativen Kräften zerstört zu werden drohten. Es handelte sich aber nicht nur um eine neue Chance, sondern um eine Wende. Die großen antifaschistischen Parteien, die weite Teile des Volkes repräsentierten, nahmen den Platz der alten Eliten ein, die noch den liberalen Staat aus der Zeit vor dem Faschismus verkörperten. In dieser Hinsicht stellte De Gasperis Regierungsantritt das wirklich Neue in der italienischen Nachkriegsgeschichte dar. Neue politische Kräfteverhältnisse begannen sich herauszubilden, die für einige Jahrzehnte fortbestehen sollten.

⁵³ Pietro Nenni, *Intervista sul socialismo italiano*, hrsg. von Giuseppe Tamburrano, Bari 1977, S. 72.

Auswahlbibliographie

- Aga-Rossi, Elena (Hrsg.), *Il Piano Marshall e l'Europa*, Rom 1983
- Dies., *L'Italia nella sconfitta*, Neapel 1976
- Andreotti, Giulio, *De Gasperi visto da vicino*, Mailand 1986
- Ders., *De Gasperi e il suo tempo*. Trento – Vienna – Roma, Mailand 1974
- Amendola, Giorgio, *Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview*, Stuttgart 1977
- Ders., *Gli anni della Repubblica*, Rom 1976
- Ders., *Lettere a Milano 1939–1945*, Rom 1980
- Arcidiacono, Bruno, *Le „précédent italien“ et les origines de la guerre froide. Les alliés et l'occupation de l'Italie 1943–1944*, Brüssel 1984
- Artieri, Giovanni, *Quarant'anni di Repubblica*, Mailand 1987
- Badoglio, Pietro, *L'Italia nella seconda guerra mondiale*, Mailand 1946
- Bartoli, Domenico, *L'Italia si arrende. La tragedia dell'8 settembre 1943*, Mailand 1983
- Battaglia, Roberto, *Storia della Resistenza italiana*, Turin 1964
- Bianchi, Gianfranco, *25 luglio. Crollo di un regime*, Mailand 1967
- Becker, Josef/Knipping, Franz (Hrsg.), *Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950*, Berlin/New York 1986
- Bocca, Giorgio, *Palmiro Togliatti*, Rom/Bari 1977
- Bonanni, Massimo (Hrsg.), *La politica estera della Repubblica Italiana*, Mailand 1967
- Brosio, Manlio, *Diari di Mosca 1947/1951*, Bologna 1986
- Cacace, Paolo, *Venti anni di politica estera italiana (1943–1963)*, Rom 1986
- Calamandrei, Piero, *Diario 1939–1945*, 2 Bde., Florenz 1982
- Carocci, Giampiero, *Storia d'Italia dall'Unità ad oggi*, Mailand 1975
- Castellano, Giuseppe, *La guerra continua*, Mailand 1963
- De Castro, Diego, *La questione di Trieste. L'azione politica e diplomatica italiana dal 1943 al 1954*, 2 Bde., Triest 1981
- Castronovo, Valerio (Hrsg.), *L'Italia contemporanea 1945–1975*, Turin 1976
- Casuala, Carlo Felice, *Cattolici-comunisti e sinistra cristiana (1938–1945)*, Bologna 1976
- Cattani, Leone, *Dalla caduta del fascismo al primo governo De Gasperi*, in: *Storia contemporanea* 5 (1974)
- Colarizi, Simona, *La seconda guerra mondiale e la Repubblica*, Turin 1984
- Coles, Harry L./Weinberg, Albert K., *Civil Affairs: Soldiers become Governors*, Washington 1964
- Collotti, Enzo (Hrsg.), *Archivio Pietro Secchia 1945–1973*, Mailand 1979
- Croce, Benedetto, *Quando l'Italia era tagliata in due*, Bari 1948

- Day, Douglas Charles, *The Shaping of postwar Italian Politics: Italy 1945–1948*, University of Chicago 1982
- Duroselle, Jean Baptiste, *Le conflit de Trieste*, Brüssel 1966
- Edelman, Eric Steven, *Incremental Involvement: Italy and United States Foreign Policy 1943–1948*, Yale University 1981
- Ellwood, David W., *L'alleato nemico. La politica dell'occupazione anglo-americana in Italia 1943–1946*, Mailand 1977
- Degli Espinosa, Agostino, *Il Regno del Sud*, Rom 1973
- Faenza, Roberto/Fini, Marco, *Gli Americani in Italia*, Mailand 1976
- De Felice, Renzo (Hrsg.), *L'Italia fra tedeschi e alleati. La politica estera fascista e la seconda guerra mondiale*, Bologna 1973
- Galante, Severino, *La genesi dell'impotenza: la politica estera della Democrazia Cristiana tra grande alleanza e guerra fredda*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 2 (1986)
- Ders., *La fine di un compromesso storico. PCI e DC nella crisi del 1947*, Mailand 1980
- Gambino, Antonio, *Storia del dopoguerra. Dalla liberazione al potere DC*, Bari 1975
- De Gasperi e l'età del centrismo (1947–1953), Rom 1984
- Ghisalberti, Carlo, *Storia costituzionale d'Italia 1848–1948*, Bari 1986
- Giovannetti, Alberto, *Roma città aperta*, Mailand 1962
- Grandi, Dino, *25 luglio. Quarant'anni dopo*, hrsg. von Renzo De Felice, Bologna 1983
- Graziano, Luigi, *La politica estera italiana del dopoguerra*, Padua 1968
- Harris, Charles Reginald S., *Allied Military Administration of Italy, 1943–1945*, London 1957
- Harper, John L., *L'America e la ricostruzione dell'Italia 1945–1948*, Bologna 1987
- Hughes, H. Stuart, *The United States and Italy*, Cambridge/Mass./London 1979
- Isnenghi, Mario/Lanaro, Silvio (Hrsg.), *La Democrazia Cristiana dal fascismo al 18 aprile*, Venedig 1978
- L'Italia dalla liberazione alla repubblica. Atti del Convegno internazionale organizzato a Firenze il 26–28 marzo 1976 con il concorso della Regione Toscana*, Mailand 1977
- Italia e Stati Uniti durante l'amministrazione Truman*, Mailand 1976
- Kogan, Norman, *Italy and the Allies*, Cambridge 1956
- Kuby, Erich, *Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte*, Hamburg 1982
- Lamb, Richard, *The ghosts of peace 1935–1945*, London 1987
- Lill, Rudolf, *Geschichte Italiens vom 16. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Faschismus*, Darmstadt 1980
- De Luna, Giovanni, *Storia del Partito d'Azione. La rivoluzione democratica 1942–1947*, Mailand 1982
- Macmillan, Harold, *War Diaries. Politics and War in the Mediterranean. January 1943–May 1945*, London 1984
- Magister, Sandro, *La politica vaticana e l'Italia. 1943–1978*, Rom 1979
- Mammarella, Giuseppe, *L'Italia dalla caduta del fascismo ad oggi*, Bologna 1974
- Margiocco, Mario, *Stati Uniti e PCI 1943–1980*, Rom/Bari 1981
- Mercuri, Lamberto, *Guerra psicologica. La propaganda anglo-americana in Italia 1942–1946*, Rom 1983

- Ders., 1943–1945. Gli Alleati e l'Italia, Neapel 1975
- Miller, James Edward, The United States and Italy 1940–1950. The Politics and Diplomacy of Stabilization, Chapel Hill/London 1986
- Ders., Taking off the Gloves: The United States and the Italian Elections of 1948, in: Diplomatic History 7 (1983)
- Montanelli, Indro/Cervi, Mario, L'Italia della Repubblica (2 giugno 1946–18 aprile 1948), Mailand 1985
- Morozzo della Rocca, Roberto, La politica estera italiana e l'Unione sovietica 1944–1948, Rom 1985
- La Nascita della Repubblica, mostra storico-documentaria a cura dell'Archivio Centrale dello Stato, Rom 1987
- Nenni, Pietro, Tempo di guerra fredda. Diari 1943–1956, Mailand 1981
- Ders., Intervista sul socialismo italiano, hrsg. von Giuseppe Tamburrano, Bari 1977
1944. Salerno capitale. Istituzioni e società, Neapel 1985
- Di Nolfo, Ennio/Rainero, Romain/Vigezzi, Brunello (Hrsg.), L'Italia e la politica di potenza in Europa, Mailand 1988
- Ders., Le paure e le speranze degli italiani (1943–1953), Mailand 1986
- Ders., Die europäische Einigung und die italienische Außenpolitik 1945–1954, in: VfZ 28 (1980)
- Ders., Vaticano e Stati Uniti 1939–1952. Dalle carte di Myron C. Taylor, Mailand 1978
- Ders., Problemi della politica estera italiana: 1943–50, in: Storia e politica 14 (1975)
- Novak, Bogdan C., Trieste 1941–1954, Chicago 1970
- Ortona, Egidio, Anni d'America. La ricostruzione: 1944–1951, Bologna 1984
- Parri, Ferruccio, Scritti. 1915–1975, hrsg. von Enzo Collotti, Giorgio Rochat, Gabriella Solaro Pelazza, Paolo Speziale, Mailand 1976
- Pastorelli, Pietro, La politica estera italiana del dopoguerra, Bologna 1987
- Ders., La crisi del marzo 1948 nei rapporti italo-americani, in: Nuova Antologia, Nr. 2132, Oktober/Dezember 1979
- Pieri, Piero/Rochat, Giorgio, Badoglio, Turin 1974
- Pirelli, Alberto, Taccuini 1922/1943, Bologna 1974
- Piscitelli, Enzo, Da Parri a De Gasperi. Storia del dopoguerra 1945–1948, Mailand 1975
- Platt, Alan/Leonardi, Robert, American Foreign Policy and Postwar Italian Left, in: Political Science Quarterly (Sommer 1978)
- Procacci, Giuliano, Geschichte Italiens und der Italiener, München 1983
- Puntoni, Paolo, Parla Vittorio Emanuele, Mailand 1958
- Quaroni, Pietro, Il mondo di un ambasciatore, Mailand 1965
- Quartararo, Rosaria, Italia e Stati Uniti. Gli anni difficili (1945–1952), Neapel/Rom 1986
- Quazza, Guido, La politica della Resistenza italiana, in: Stuart J. Woolf (Hrsg.), Italia 1945–1950. La ricostruzione, Bari 1974
- Ranieri, Ruggero, Europeismo e politica europea: osservazioni sulla presenza italiana in Europa occidentale dal 1947 al 1951, in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1985)
- Riccardi, Andrea (Hrsg.), Pio XII, Bari 1984
- Ders., Il „Partito romano“ nel secondo dopoguerra (1945–1954), Brescia 1983

- De Robertis, Antonio Giulio M., *Le grandi potenze e il confine giuliano 1941–1947*, Bari 1983
- Romano, Sergio, *Storia d'Italia dal Risorgimento ai nostri giorni*, Mailand 1978
- Romita, Giuseppe, *Taccuini politici (1947–1958)*, Mailand 1980
- De Rosa, Gabriele (Hrsg.), *Alcide De Gasperi. I cattolici dall'opposizione al governo*, Bari 1955
- Rossi, Ernest E., *The United States and the 1948 Italian Elections*, University of Pittsburgh 1964
- Rossini, Giuseppe (Hrsg.), *Democrazia Cristiana e Costituente*, 3 Bde., Rom 1980
- Santarelli, Enzo, *Fascismo e neofascismo. Studi e problemi di ricerca*, Rom 1974
- Sassoon, Donald, *L'Italia contemporanea. I partiti le politiche la società dal 1945 a oggi*, Rom 1988
- Ders., *Togliatti e la via italiana al socialismo*, Turin 1980
- Schröder, Josef, *Italiens Kriegsausritt 1943. Die deutschen Gegenmaßnahmen im italienischen Raum: Fall „Alarich“ und „Achse“*, Göttingen 1969
- Scoppola, Pietro, *La costituente fra politica e storia*, Bologna 1980
- Ders., *La proposta politica di De Gasperi*, Bologna 1977
- Ders./Traniello, Francesco (Hrsg.), *I cattolici tra fascismo e democrazia*, Bologna 1975
- Ders. (Hrsg.), *Chiesa e stato nella storia d'Italia*, Bari 1967
- Sebastian, Peter, *I Servizi Segreti Speciali Britannici e l'Italia (1940–45)*, Rom 1986
- Secchia, Pietro, *Il partito comunista e la guerra di liberazione 1943–1945*, Mailand 1975
- Ders./Frassati, Filippo (Hrsg.), *La resistenza e gli alleati*, Mailand 1962
- Sechi, Salvatore/Merli, Stefano, *Dimenticare Livorno. Sul partito unico dei lavoratori 1944–1947*, Mailand 1985
- Setta, Sandro, *L'Uomo Qualunque 1944–1948*, Bari 1975
- Sforza, Carlo, *Cinque anni a Palazzo Chigi. La politica estera italiana dal 1947 al 1951*, Florenz 1952
- Shepperd, George, *La campagna d'Italia, 1943–1945*, Mailand 1970
- Smith, Emory Timothy, *The Fear of Subversion. The United States and the Inclusion of Italy in the North Atlantic Treaty*, in: *Diplomatic History* 7 (1983)
- Ders., *The United States, Italy and Nato: American Policy toward Italy, 1948–1952*, Kent State University 1981
- Spataro, Giuseppe, *I democratici cristiani dalla dittatura alla Repubblica*, Mailand 1968
- Spriano, Paolo, *Le passioni di un decennio (1946–1956)*, Mailand 1986
- Ders., *I comunisti europei e Stalin*, Turin 1983
- Ders., *Storia del Partito comunista italiano, Bd. 4: La fine del fascismo. Dalla riscossa operaia alla lotta armata*, Turin 1973
- Steininger, Rolf, *Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen*, Innsbruck 1987
- Tamburrano, Giuseppe, *Pietro Nenni*, Rom/Bari 1986
- Tarchiani, Alberto, *Dieci Anni Tra Roma e Washington*, Mailand 1955
- Ders., *Italia-America: Le dieci giornate di De Gasperi negli Stati Uniti*, Mailand 1947
- Thaulero, Giustino Filippone, *La Gran Bretagna e l'Italia dalla Conferenza di Mosca a Potsdam (1943–1945)*, Rom 1979

- Toscano, Mario, Dal 25 luglio all'8 settembre (Nuove rivelazioni sugli armistizi fra l'Italia e le Nazioni Unite), Florenz 1966
- Tranfaglia, Nicola (Hrsg.), Il mondo contemporaneo. Storia d'Italia, Bd. 2, Florenz 1978
- Valiani, Leo, L'avvento di De Gasperi, Florenz 1949
- Varsori, Antonio, La scelta occidentale dell'Italia (1948–1949), in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1985)
- Ders., Gli Alleati e l'emigrazione democratica antifascista (1940–1943), Florenz 1982
- Ders., La Gran Bretagna e le elezioni politiche italiane del 18 aprile 1948, in: Storia contemporanea 13 (1982)
- Vedovato, Giuseppe, Italienische Außenpolitik. Grundzüge, Entwicklung, Analysen, Bonn 1984
- Vigezzi, Brunello (Hrsg.), La dimensione atlantica e le relazioni internazionali nel dopoguerra (1947–1949), Mailand 1987
- Woolf, Stuart J. (Hrsg.), The rebirth of Italy 1943–50, London 1972
- Zangrandi, Ruggero, 1943: 25 luglio–8 settembre, Mailand 1964
- Zeno, Livio, Ritratto di Carlo Sforza, Florenz 1975

Personenregister

- Alexander, Harold 58, 71, 144
Alfieri, Dino 40
Alphand, René 172
Ambrosio, Vittorio 27, 36, 44
Amendola, Giorgio 23
Anders, Wladyslaw 110
Antonini, Luigi 64
Aquarone, Alberto 28, 36
Attlee, Clement 64, 146, 148, 150
- Babuscio Rizzo, Francesco 190
Badoglio, Pietro 10, 27, 32–34, 36–41, 43–47,
51–54, 97–102, 110, 113, 136–138,
161–166, 171, 186 f., 220, 222
Bartoli, Domenico 39
Bernucci, Giorgio Luigi 202
Bevin, Ernest 15, 125, 144, 146, 148–157
Bidault, Georges 15, 72, 169 f., 172–175
Bogomolov, Alexander 98 f.
Bonomelli, Emilio 220
Bonomi, Ivano 25, 27, 44 f., 52, 54, 58 f., 100,
102–104, 108–110, 113, 118 f., 125, 139 f.,
143, 165–169, 187, 217
Bordiga, Amadeo 101
Bottai, Giuseppe 26
Brosio, Manlio 105, 109, 114, 121, 123, 125 f.,
236
Bullitt, William C. 70 f., 75
Byrnes, James F. 15, 65–67, 72, 191
- Calamandrei, Piero 23
Calvino, Italo 24
Campilli, Pietro 122, 172
Carandini, Niccolò 119
Castellano, Giuseppe 34 f., 39, 164 f.
Cattani, Leone 234 f.
Caviglia, Enrico 27, 32, 39
Cavour, Camillo 173, 229
Chabod, Federico 215
Charles, Noel 141, 143 f., 147, 149–151, 153
Churchill, Winston S. 13, 30–32, 48, 51–55,
57 f., 64 f., 96 f., 99, 125, 132–135, 137–139,
142 f., 145, 147, 153, 187
- Ciano, Galeazzo 26
Cicognani, Amleto 188, 190
Clay, Lucius D. 87
Clemenceau, Georges 8
Colarizi, Simona 76
Cordovani, Mariano 221
Couve de Murville, Maurice 166 f.
Croce, Benedetto 97, 138, 234
Currie, Lauchlin 55
- Dalla Torre, Giuseppe 202, 217
De Felice, Renzo 14, 26, 28 f.
De Gasperi, Alcide 14–16, 19–22, 61 f., 64,
67 f., 73–75, 77–80, 82–86, 91 f., 102,
104–108, 110–115, 119 f., 123–127, 147,
151, 153, 155–158, 167–169, 177, 187, 189,
196, 204, 207–209, 217–221, 223–227,
229–232, 235–240
De Gaulle, Charles 30, 161–166, 168–170,
172, 177
De Nicola, Enrico 125
De Panafieu, François 164
De Ruggero, Guido 105
Dewey, Thomas 56
Di Nolfo, Ennio 20 f., 74
Djilas, Milovan 78
Dollmann, Eugen 44
Dossetti, Giuseppe 201, 204, 206
Dowling, Walter 64, 67, 75
Drouin, Roger 172
Duca d'Aosta 32
Dunn, James 75, 85, 87, 91–93
- Eden, Anthony 30–32, 53 f., 133, 141–143,
145
Einaudi, Luigi 77, 173
Eisenhower, Dwight D. 23, 32, 35, 40, 42, 52,
96, 136, 164
- Fenoglio, Beppe 24
Forrestal, James 76, 79, 84–87
Franco, Francisco 163, 214, 219

- Gallarati Scotti, Tommaso 154, 158
Gambino, Antonio 230, 238
Gasparri, Pietro 215
Gentiloni, Ottorino 210f.
Giannini, Amadeo 232
Giolitti, Giovanni 210f., 217
Giovagnoli, Agostino 122
Giraud, Henri-Honoré 164
Goebbels, Joseph 24
Grandi, Dino 9f., 24, 26–29
Grazzi, Umberto 172f.
Gronchi, Giovanni 201, 204, 206, 220
Guariglia, Raffaele 36, 39
- Halifax, Edward Wood 106, 143
Harvey, Oliver Charles 142
Himmler, Heinrich 44
Hindenburg, Paul von 237
Hitler, Adolf 7, 9f., 25f., 28–31, 33, 37, 39, 44, 49, 51f., 59, 73, 82, 96, 101f., 111, 135, 137, 180, 183, 192–194, 198, 237
Hodscha, Enver 110
Hull, Cordell 193f.
Hunt, E. E. 55
- Juin, Alphonse 165, 168
- Kappler, Herbert 44
Kardelj, Edward 78
Kennan, George 72, 87, 90
Kesselring, Albert 37, 45
Kirk, Alexander 70, 75, 230
Kostylev, Mykhail 97
- La Malfa, Ugo 230f., 237f.
La Terza, Pier Luigi 112, 119
Law, Richard 56
Leahy, William D. 86f.
Lenin, Wladimir Iljitsch 8, 229
Leo XIII. 179, 215
Lippmann, Walter 68
Lloyd George, David 8
Lombardi, Riccardo 194, 197, 225
Lovett, Robert 75f., 83f.
Lussu, Emilio 44, 235, 237f.
- Machiavelli, Niccolò 9
Mackensen, Hans Georg von 37
Mack Smith, Denis 9
Macmillan, Harold 13, 57f., 136, 163
- Maglione, Luigi 165, 217
Magnani, Valdo 126
Malik, Jakob Alexandrowitsch 108
Mallet, Victor 154
Maniu, Juliu 114
Maria José di Piemonte 32
Maritain, Jacques 220
Markos siehe Vafiadis, Markos
Marshall, George C. 16, 40, 63, 74f., 79, 84f., 87f., 92f., 121f., 127, 157, 172, 196f., 199f., 202, 204
Mason-MacFarlane, Noel 53f., 101, 139
Massigli, René 163f.
Matteotti, Giacomo 211
Matthews, H. Freeman 64, 67
Menelik II. 8
Meneguzzi Rostagni, Carla 190f.
Merzagora, Cesare 121
Messe, Giovanni 118
Messineo, Antonio 192, 197
Migone, Bartolomeo 114, 143, 154
Millar, Hoyer F. R. 144, 154
Miller, James Edward 18, 72, 90
Mola, Aldo A. 46
Molotow, Wjatscheslaw 15, 96, 102, 108f., 111, 118f., 122
Monnet, Jean 176
Montini, Giorgio 219
Montini, Giovanni Battista 219f.
Moravia, Alberto 24
Morgenthau, Henry 71
Morozzo della Rocca, Roberto 123f.
Murphy, Robert D. 54, 163
Mussolini, Benito 7–11, 14, 18, 21, 23, 25–28, 30–32, 36, 39, 41f., 51f., 55f., 59, 64, 70, 73, 96, 102, 111, 128, 131–134, 136, 162, 164, 166, 180, 184–187, 211, 215, 217
- Nenni, Pietro 14f., 63f., 77, 82, 94, 111f., 114–116, 128, 150–153, 156f., 169, 230f., 237, 239
Nitti, Francesco Saverio 232, 234
Nixon, Richard 67
- Oddone, Andrea 226
Orlando, Vittorio Emanuele 8, 232, 237
Osborne, D'Arcy 32
- Palermo, Mario 45
Parodi, Max 177

- Paronetto, Sergio 194, 222
 Parri, Ferruccio 60f., 108, 110, 125, 143, 169,
 187, 207f., 223, 227f., 230–239
 Pastorelli, Pietro 182
 Paulucci De Calboli, Giacomo 163
 Pesenti, Antonio 104
 Pétain, Philippe 102, 164
 Petersen, Jens 18
 Pétit (franz. General) 165
 Petkow, Nikola 114
 Pinzani, Carlo 47
 Pirelli, Alberto 29, 39f.
 Piscitelli, Enzo 238f.
 Pius IX. 179
 Pius X. 210
 Pius XI. 183, 212
 Pius XII. 93, 165, 181f., 184f., 194, 197,
 199f., 204–206, 216, 220–222, 226
 Pleven, René 176f.
 Procacci, Giuliano 8
 Prunas, Renato 97f., 101, 105, 125, 162–166
- Quaroni, Pietro 11, 16, 97f., 100, 102–109,
 113, 116, 119–123, 158f., 172–174, 177
 Quartararo, Rosaria 14
- Ragionieri, Ernesto 46, 224
 Rahn, Rudolf 43
 Raimondo, Orazio 210
 Reale, Eugenio 119, 128
 Ricci, Federico 228
 Rintelen, Enno von 37
 Roatta, Mario 42
 Roosevelt, Franklin D. 13, 18, 31f., 51, 56f.,
 71, 90, 96f., 99, 102, 134–137, 139, 142,
 161, 183f., 186, 188f., 193f.
 Ross, Adam 53, 57
 Ruge, Friedrich 37
 Ruini, Meuccio 236
 Rumbold, Anthony 53
- Salazar, Antonio de Oliveira 214, 219
 Salvemini, Gaetano 99, 106
 Saragat, Giuseppe 64, 156f., 168f., 237
 Sargent, Orme G. 143f., 154
 Schuman, Robert 174–177
 Schuster, Ildefonso 93
 Scoccimarro, Mauro 128
 Scoppola, Pietro 20f.
- Secchia, Pietro 81f., 95, 127
 Secchi, Salvatore 19
 Sereni, Emilio 126
 Serra, Enrico 20
 Sforza, Carlo 15f., 54, 71, 87, 97, 105, 108,
 114, 117, 120, 122f., 125, 129, 134,
 138–140, 153–158, 163, 166, 169, 172–175,
 177, 187, 204f.
 Shdanov, Andrej Alexandrowitsch 198
 Soleri, Marcello 228
 Soragna, Meli Lupi Antonio di 115
 Spadolini, Giovanni 208
 Spano, Velio 233
 Spataro, Giuseppe 220
 Spellman, Francis 190
 Spinelli, Altiero 229
 Spriano, Paolo 78
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 53, 71, 81f., 93,
 95–111, 113, 120, 125, 127f.
 Stettinius, Edward 140, 186
 Stone, Ellery W. 71, 75, 168
 Sturzo, Luigi 210f., 213, 217–219
- Tarchiani, Alberto 75f., 83, 85, 106, 114, 119,
 158, 189–191, 204
 Tardini, Domenico 185, 202
 Taylor, Myron C. 183, 185f., 189f., 194–196,
 199f.
 Terracini, Umberto 111
 Tito, Josip 76, 148
 Tittmann, Harold 185f., 194
 Togliatti, Palmiro 47, 53, 75f., 78, 81f., 88, 99,
 104, 110, 114, 127f., 194, 209, 216, 220,
 224f., 231, 233, 235, 237
 Tranfaglia, Nicola 46
 Trotzki, Leo Davidowitsch 101
 Truelle, Jacques 162
 Truman, Harry S. 64, 67f., 71–73, 75f., 80,
 83–85, 87–92, 169, 188, 195f., 199f.
- Umberto von Savoyen 147
- Vafiadis, Markos 127
 Valiani, Leo 209, 229, 238
 Vandenberg, Arthur 66
 Varsori, Antonio 20
 Velde, Harold 67
 Vigezzi, Brunello 7, 171
 Visconti Venosta, Giovanni 103
 Vittorini, Elio 24

- Vittorio Emanuele III. 10, 25, 27–29, 32 f., 36,
47, 51, 53 f., 99, 137 f., 147, 161 f., 164 f.,
184 f., 222
- Ward, Jack C. 152
- Watt, Donald C. 131
- Weizsäcker, Ernst von 37
- Wilson, Henry Maitland 53
- Wilson, Woodrow 8
- Winton, Robin de 153
- Wyschinski, Andrei 97–99, 101, 108, 118 f.,
128, 163
- Zangrandi, Ruggero 44–46
- Zoppi, Vittorio 123

Studien **zur Zeitgeschichte**

Band 25

Gerhard Hirschfeld
**Fremdherrschaft und
Kollaboration**

Die Niederlande unter
deutscher Besatzung
1940–1945
1984. 380 Seiten.

Band 26

Leonid Luks
**Entstehung der
kommunistischen
Faschismustheorie**

Die Auseinandersetzung
der Komintern mit Fas-
chismus und National-
sozialismus 1921–1935
1984. 330 Seiten.

Band 27

Heinz Dieter Hölsken
Die V-Waffen

Entstehung–Propaganda–
Kriegseinsatz
1984. 220 Seiten.

Band 28

Patrick Moreau
**Nationalsozialismus
von links**

Die „Kampfgemeinschaft
Revolutionärer National-
sozialisten“ und die
„Schwarze Front“
1930–1935
1985. 280 Seiten.

Band 29

Marie-Luise Recker
**Nationalsozialistische
Sozialpolitik im
Zweiten Weltkrieg**

1985. 325 Seiten.

Band 30

Michael Prinz
**Vom neuen Mittel-
stand zum Volksge-
nossen**

Die Entwicklung des
sozialen Status der An-
gestellten von der Wei-
marer Republik bis zum
Ende der NS-Zeit
1986. 362 Seiten.

Band 31

Wolfgang Zank
**Wirtschaft und Arbeit
in Ostdeutschland
1945–1949**

Probleme des Wiederauf-
baus in der Sowjetischen
Besatzungszone Deutsch-
lands
1987. 214 Seiten.

Band 32

Klaus Segbers
**Die Sowjetunion im
Zweiten Weltkrieg**

Die Mobilisierung von
Verwaltung, Wirtschaft
und Gesellschaft im
„Großen Vaterländi-
schen Krieg“ 1941–1943
1987. 314 Seiten.

Band 33

Peter Longerich
**Propagandisten im
Krieg**

Die Presseabteilung des
Auswärtigen Amtes
unter Ribbentrop
1987. 356 Seiten.

Band 34

Kai-Uwe Merz
**Kalter Krieg als anti-
kommunistischer
Widerstand**

Die Kampfgruppe gegen
Unmenschlichkeit
1948–1959
1987. 264 Seiten.

Band 35

Margit Szöllösi-Janze
**Die Pfeilkreuzlerbe-
wegung in Ungarn**

Historischer Kontext,
Entwicklung und Herr-
schaft
1989.

Oldenbourg

Zeitgeschichte

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herausgegeben von Karl
Dietrich Bracher und
Hans-Peter Schwarz

Band 49

Hans Buchheim

Deutschlandpolitik 1949–1972

Der politisch-diplomati-
sche Prozeß

1984. 179 Seiten.

Band 50

Gerald D. Feldman/
Irmgard Steinisch

Industrie und Gewerk- schaften 1918–1924

Die überforderte Zentral-
arbeitsgemeinschaft
1985. 222 Seiten.

Band 51

Arthur L. Smith

Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg

Die Entlassung der deut-
schen Kriegsgefangenen
1985. 200 Seiten.

Band 52

Norbert Frei

Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Presse- tradition

Die Geschichte der Nach-
kriegszeitung Südost-
Kurier

1986. 204 Seiten.

Band 53

Werner Bührer

Ruhrstahl und Europa

Die Wirtschaftsvereini-
gung Eisen- und Stahlin-
dustrie und die Anfänge
der europäischen Integra-
tion 1945–1952

1986. 236 Seiten.

Band 54

Das Tagebuch der Hertha Nathorff

Berlin – New York.

Aufzeichnungen 1933 bis
1945.

Herausgegeben von

Wolfgang Benz.

Vergriffen.

Band 55

Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland

Berichte der Schweizer
Gesandtschaft in Bonn
1949–1955.

Herausgegeben von
Manfred Todt.

1987. 187 Seiten.

Band 56

Nikolaus Meyer-Landrut

Frankreich und die deutsche Einheit

Die Haltung der franzö-
sischen Regierung und
Öffentlichkeit zu den
Stalin-Noten 1952.

1988. 162 Seiten.

Oldenbourg

Wiedergutmachung

Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben von Ludolf
Herbst und Constantin
Goschler.

Mit Beiträgen von W.
Schwarz, K. Heßdörfer,
H.-D. Kreikamp, C.
Goschler, N. Sagi, Y. Je-
linek, R. Huhn, M. Wolff-
sohn, S. Shafir, W. Albrecht,
N. Frei, H. G. Hockerts,
U. Herbert, W. Benz, H.
Langbein, E. G. Lowenthal,
W. G. Niederland, G. Jas-
per, A. Spitta und L.
Herbst.

1989. 428 Seiten,
DM 58,-

ISBN 3-486-54721-6

Schriftenreihe der Viertel-
jahrshefte für Zeitgeschich-
te, Sondernummer

Wohl kaum jemand außer-
halb eines kleinen Spe-
zialistenkreises vermag
sich in der gegenwärtigen
Diskussion über die Wie-
dergutmachung zurecht-
zufinden. Die Ausein-
dersetzung etwa um die
Entschädigung für die
ehemaligen Zwangsarbei-
ter in der deutschen In-
dustrie, für die im Dritten
Reich Zwangssterilisiert
und für andere Ver-
folgtengruppen, aber
auch der Fall Nachmann
haben vereinzelt Schlag-
lichter auf dieses Thema
geworfen und geben ein
verwirrendes Bild frei:
Beträchtlichen finanzi-
ellen Leistungen der
Bundesrepublik Deutsch-
land stehen immer noch
umfangreiche Ansprüche
ehemaliger NS-Verfolgter
gegenüber.

Dieser Sammelband gibt
eine differenzierte Orien-
tierungshilfe zum Prob-
lemkreis der Wiedergut-
machung und liefert einen
Überblick über den gegen-
wärtigen Stand der ein-
schlagigen zeithistorischen
Forschung. Die von Prak-
tikern und Historikern ver-
faßten Beiträge informie-
ren sowohl über die Grund-
lagen und das System der

Wiedergutmachung als
auch über die Probleme
der Praxis und die Prob-
leme einzelner Verfolgten-
gruppen.

Im Mittelpunkt steht die
Frage, wie sich die deut-
sche Nachkriegsgesell-
schaft mit der NS-Zeit
auseinandersetzt.

Oldenbourg